



Der Postbank Konzern in Zahlen 2007

		01.01. – 31.12.2007	01.01. – 31.12.2006
Gewinn- und Verlustrechnung			
Bilanzbezogene Erträge	Mio €	2.824	2.710
Gesamt-Erträge	Mio €	4.253	4.117
Verwaltungsaufwendungen	Mio €	–2.856	–2.812
Ergebnis vor Steuern	Mio €	1.004	941
Konzerngewinn	Mio €	870	695
Cost Income Ratio gesamt	%	67,2	68,3
Cost Income Ratio klassisches Bankgeschäft	%	64,8	66,7
Eigenkapital-Rendite			
vor Steuern	%	19,3	18,9
nach Steuern	%	16,7	14,0
Ergebnis je Aktie	€	5,30	4,24
		31.12.2007	31.12.2006
Bilanz			
Bilanzsumme	Mio €	202.991	184.887
Kundeneinlagen	Mio €	89.703	87.663
Kundenkredite	Mio €	89.622	79.388
Risikovorsorge	Mio €	1.154	1.155
Eigenkapital	Mio €	5.311	5.207
Basel-II-Kernkapitalquote (ohne Cap)	%	6,9	6,6 ¹
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	21,47	21,70 ²
Langfrustrating			
Moody's		Aa2	A 1
	Ausblick	stabil	stabil
Standard & Poor's		A–	A
	Ausblick	stabil	negativ
Fitch		A	A
	Ausblick	stabil	stabil
Informationen zur Aktie			
		31.12.2007	31.12.2006
Aktienkurs zum Stichtag	€	60,75	63,97
Aktienkurs (01.01. bis 31.12.)	Hoch €	74,72	65,45
	Tief €	43,41	48,21
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	9.963	10.491
Anzahl der Aktien	Mio	164,0	164,0
¹ interne Berechnung; ² Zahlen angepasst			
Informationen zum Retail-Geschäft			
Neugeschäft			
		2007	2006
Neukunden	Tsd	1.000	962
Neu eröffnete Girokonten	Tsd	587	469
Neugeschäft Baufinanzierung inkl. Portfolio-Ankäufe	Mrd €	12,4	14,0
Neugeschäft Privatkredite	Mrd €	1,40	1,35
Neu beantragte Bausparsumme	Mrd €	11,2	11,6
Neugeschäft Wertpapier	Mrd €	3,1	2,6
Bestand			
		2007	2006
Kundenbestand	Mio	14,5	14,6
Bestand Girokonten	Mio	4,9	4,7
Spareinlagen	Mrd €	43,9	42,1
Bauspareinlagen	Mrd €	16,6	16,7
Bestand private Baufinanzierung inkl. Portfolio-Ankäufe	Mrd €	68,0	62,3
Bestand Privatkredite	Mrd €	2,9	2,4
Depotvolumen	Mrd €	11,5	10,5

Meilensteine im Jahr 2007

- I 1. Januar 2007 Übernahme der Zahlungsverkehrseinheit der HypoVereinsbank, München
- I 1. April 2007 Ernennung von Marc Heß zum CFO und Generalbevollmächtigten; gleichzeitig scheidet Henning R. Engmann als Finanzvorstand aus
- I 10. Mai 2007 Hauptversammlung Deutsche Postbank AG mit mehr als 97 % Zustimmung zu den Tagesordnungspunkten; Dividende je Aktie unverändert 1,25 €
- I 30. Juni 2007 Professor Dr. Wulf von Schimmelmann scheidet nach über acht Jahren an der Spitze des Postbank Konzerns auf eigenen Wunsch als Vorstandsvorsitzender aus
- I 1. Juli 2007 Dr. Wolfgang Klein wird neuer Vorstandsvorsitzender der Deutschen Postbank AG
- I 1. Juli 2007 Bestellung neuer Vorstandsmitglieder: Dr. Michael Meyer (Produktmarketing) und Guido Lohmann (Mobiler Vertrieb)
- I 18. Juli 2007 Neuordnung der Versicherungsaktivitäten: BHW Leben und PB Versicherungen werden an die Talanx-Gruppe verkauft. Gleichzeitig Abschluss eines langfristigen Kooperationsvertrages zum Vertrieb von Lebens- und Unfallversicherungen mit Talanx
- I 21. September 2007 Postbank und HUK-COBURG vereinbaren Vertriebspartnerschaft
- I 6. Dezember 2007 Vorstellung des strategischen Programms „Next Step“ anlässlich des ersten Capital Markets Days der Postbank
- I 19. Dezember 2007 Erteilung der Pfandbrieflizenz seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

Finanzkalender 2008

- I 5. März 2008 Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2007
- I 8. Mai 2008 Hauptversammlung, Köln
- I 13. Mai 2008 Zwischenbericht zum 1. Quartal 2008, Analystentelefonkonferenz
- I 30. Juli 2008 Zwischenbericht zum 1. Halbjahr 2008, Analystentelefonkonferenz
- I 10. November 2008 Zwischenbericht zum 3. Quartal 2008, Analystentelefonkonferenz

Postbank Konzern

Geschäftsbericht 2007

Die Postbank Gruppe ist mit 14,5 Millionen Kunden und rund 21.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Unser Kerngeschäft ist das Geschäft mit Privatkunden, daneben sind wir im Firmenkundengeschäft sowie in den Bereichen Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

Die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre verdanken wir insbesondere einem herausragenden Preis-Leistungs-Verhältnis und unserer im deutschen Bankenmarkt einzigartigen Vertriebsoberfläche. Aufbauend auf diesen Stärken, werden wir auch unsere Innovationskraft und die Servicequalität unseres Hauses weiter steigern. Auch künftig wollen wir mit neuartigen Produkten und Prozessen sowie mit exzellenten Dienstleistungen dem Markt einen Schritt voraus – einfach besser – sein.

Wem wir unseren Erfolg allerdings in noch höherem Maß verdanken, das sind unsere Kunden, die uns ihr Vertrauen schenken. Vertrauen entsteht im Dialog. Deshalb spielen Beratung und Service für uns eine zentrale Rolle. Wie facettenreich diese Rolle angelegt ist und wie wir sie ausfüllen, soll daher das Thema dieses Geschäftsberichts sein.

Inhalt

Der Konzern 2007

An unsere Investoren	Unsere Geschäftsfelder	Unsere Verantwortung
4 Brief an die Aktionärinnen und Aktionäre	22 Retail Banking	40 Bericht des Aufsichtsrats
6 Vorstand	30 Firmenkunden	44 Corporate Governance
8 Aktionäre und Aktie	34 Transaction Banking	56 IT/Operations
16 Strategie – Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden	36 Financial Markets	58 Mitarbeiter
		60 Nachhaltigkeit

Zeichenerklärung



Querverweis
mit Seitenzahlangebe



Internetverweis

Das Geschäftsjahr 2007

	Konzernlagebericht		Konzernabschluss		Weitere Informationen
66	Geschäfts- und Rahmenbedingungen	101	Gewinn- und Verlustrechnung	163	Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
70	Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	102	Bilanz	164	Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
71	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	103	Eigenkapitalveränderungsrechnung	165	Anlage
72	Segmentberichterstattung	104	Kapitalflussrechnung	167	Gremien
74	Bilanzentwicklung	106	Erläuterungen – Notes	168	Konzernstruktur
74	Nachtragsbericht	139	Segmentberichterstattung (Note 41)	170	Glossar
75	Risikobericht	162	Bestätigungsvermerk	176	Adressen
97	Prognosebericht				

Umschlag

U2	Kennzahlen
U3	Meilensteine
U3	Finanzkalender
U4	Impressum



Sehr geehrte Damen und Herren,

2007 war für die Finanzbranche ein bewegtes und herausforderndes Jahr – für die Postbank war es durchaus erfolgreich und richtungsweisend. So kann ich Ihnen in meinem ersten Brief als Vorstandsvorsitzender der Postbank von einem sehr erfreulichen Verlauf in unserem Kundengeschäft und einer positiven Ergebnisentwicklung berichten. Und dies in einem Umfeld, das von der Jahresmitte an im Zeichen erheblicher Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten stand.

Die Integration des BHW hat die Postbank planmäßig abgeschlossen. Wir sind im Vertrieb mit rund 850 Filialen und mehr als 4.000 mobilen Beratern bestens aufgestellt und haben unsere gesamten Konzernstrukturen effizient auf eine nachhaltige Wertschaffung ausgerichtet. Darüber hinaus hat unser Vorstandsteam das Strategieprogramm „Next Step“ erarbeitet. Mit ihm wollen wir die Postbank in die Zukunft führen und sie im Wettbewerb noch erfolgreicher machen.

Im Geschäft mit unseren privaten Kunden konnten wir unsere Position als führende Retail-Bank in Deutschland weiter ausbauen. Bei nahezu allen unseren Kernprodukten haben wir Marktanteile hinzugewonnen, teilweise sogar in erheblichem Umfang, und mit attraktiven Produkten und Konditionen neue Maßstäbe im Markt gesetzt. Trotz des intensiven Wettbewerbs konnten wir unser Ziel, im Jahr 2007 eine Million neue Kunden zu gewinnen, erreichen.

Im Rahmen einer strategischen Neuordnung des Versicherungsgeschäfts haben wir unsere eigenen Aktivitäten veräußert und mit der Talanx-Gruppe einen Kooperationsvertrag zum Vertrieb von Lebens- und Unfallversicherungen an die Kunden der Postbank geschlossen. Unser Versicherungsangebot wird durch die Vertriebspartnerschaft mit der HUK-COBURG für den Bereich Sachversicherungen gezielt ergänzt. Die Reichweite unserer Produkte und Finanzdienstleistungen haben wir zudem durch die Vertriebspartnerschaft mit Tchibo weiter ausgedehnt.

Im Firmenkundengeschäft haben wir uns als Kernbank für den deutschen Mittelstand gut etabliert und unsere Profitabilität weiter erhöht. Unseren neuen Mandanten HypoVereinsbank haben wir im Transaction Banking erfolgreich integriert und somit unseren Marktanteil als treibende Kraft in der Konsolidierung dieses Geschäftsfelds in Deutschland von 16 % auf 20 % steigern können.

Die gute Entwicklung im operativen Geschäft schlägt sich in einer erfreulichen Ergebnissteigerung nieder. Zwar konnte sich die Postbank den durch die Subprime-Krise ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten nicht völlig entziehen. Dank unseres konservativen Investmentansatzes und unseres guten Risikomanagements konnten wir allerdings den Einfluss der bisherigen Marktentwicklungen auf unsere Ergebnislage in überschaubaren Grenzen halten.

Mit 1.004 Mio € haben wir beim Vorsteuerergebnis erstmals in der Geschichte der Postbank die Schwelle von 1 Mrd € überschritten und somit eine Ergebnissteigerung von knapp 7 % gegenüber dem guten Vorjahreswert verzeichnet. Das ist gerade in diesem schwierigen Umfeld ein schöner Erfolg für uns. Hieran hatte – bei einer trotz kräftigen Anstiegs der Kundenkredite stabilen Risikovorsorge – erneut unser straffes Kostenmanagement entscheidenden Anteil. Der Verwaltungsaufwand legte um nur 1,6 % zu, während wir die Erträge in einem insgesamt herausfordernden Marktumfeld um gut 3 % steigern konnten. Dies führte zu einer weiteren Verbesserung der Cost Income Ratio im klassischen Bankgeschäft auf 64,8 %.

Diese gute finanzielle Entwicklung verdanken wir dem außergewöhnlich engagierten Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei denen ich mich im Namen des gesamten Vorstands bedanken möchte. Unsere Mitarbeiter sind mit ihrem ausgeprägten Leistungswillen und ihrer hohen Bereitschaft, die vor uns liegenden Aufgaben entschlossen zu meistern, die Garanten unseres künftigen Erfolgs.

Mit Blick auf unseren Aktienkurs ergibt sich für das vergangene Jahr ein gemischtes Bild: Die zunehmend ungünstige Entwicklung an den Kapitalmärkten, in deren Mittelpunkt die Finanzwerte standen, wirkte sich auf den Kurs auch unserer Aktie aus, der insgesamt um 5,0 % nachgab. Dennoch hat sich die Postbank Aktie vergleichsweise recht gut geschlagen: Sie entwickelte sich im Vergleich zu unserer Peer Group aus neun führenden europäischen Retail-Banken um über 14 Prozentpunkte und gegenüber dem Durchschnitt der im DAX gelisteten deutschen Banken um 10 Prozentpunkte besser und zeigte somit die beste Entwicklung aller deutschen DAX-Banken.

Im Dezember haben wir der Öffentlichkeit unser neues Strategieprogramm „Next Step“ vorgestellt: Die Postbank wird ihr bewährtes Geschäftsmodell gezielt weiterentwickeln und ihre Wertschöpfung nachhaltig stärken. Durch die noch konsequentere Kundenorientierung und ein geschärftes Kompetenzprofil strebt die Postbank an, als Nummer 1 für Liquiditäts- und Finanzmanagement in dem herausfordernden Marktumfeld auch weiterhin profitabel zu wachsen.

Vor diesem Hintergrund streben wir selbstbewusste Ziele an: Die Postbank plant, ihr Ergebnis vor Steuern bis 2010 deutlich auf 1.400 Mio € bis 1.450 Mio € und ihr Ergebnis nach Steuern auf 980 Mio € bis 1.015 Mio € zu steigern. Die Cost Income Ratio im klassischen Bankgeschäft soll sich so bis 2010 auf unter 58 % verbessern. Damit wird sich die Postbank nachhaltig unter den profitabelsten deutschen Banken positionieren.

Meine Damen und Herren, auch wenn das Jahr 2008 angesichts der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten am Kapitalmarkt kein einfaches Bankenjahr werden wird: Die Postbank hat allen Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Ich hoffe, dass ich Ihnen etwas von meinem persönlichen Optimismus vermitteln konnte. Die Postbank wird für ihre Kunden noch attraktiver werden und ihren erfolgreichen Weg fortsetzen. Daran sollen Sie als unsere Aktionäre partizipieren. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und hoffe, dass Sie die Postbank auch künftig begleiten.

Bonn, den 5. März 2008

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Wolfgang Klein
Vorsitzender des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG



Von links: Dr. Michael Meyer, Dr. Mario Daberkow, Dirk Berensmann, Hans-Peter Schmid, Guido Lohmann, Marc Heß (CFO und Generalbevollmächtigter), Ralf Stemmer, Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender), Loukas Rizos, Stefan Jütte.



Aktionäre und Aktie: Postbank Aktie in volatilem Marktumfeld gut behauptet

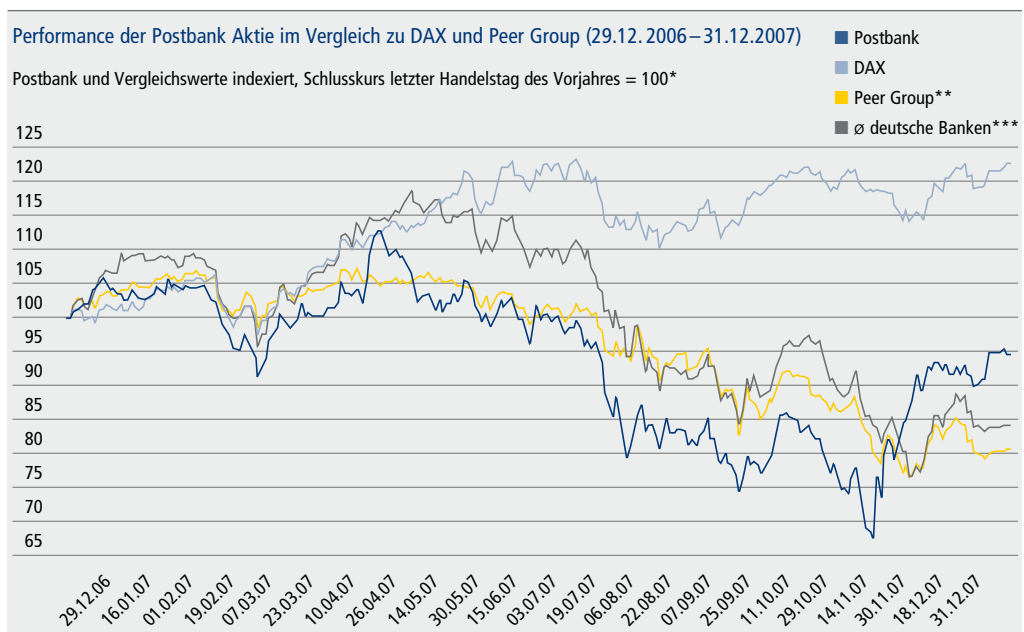
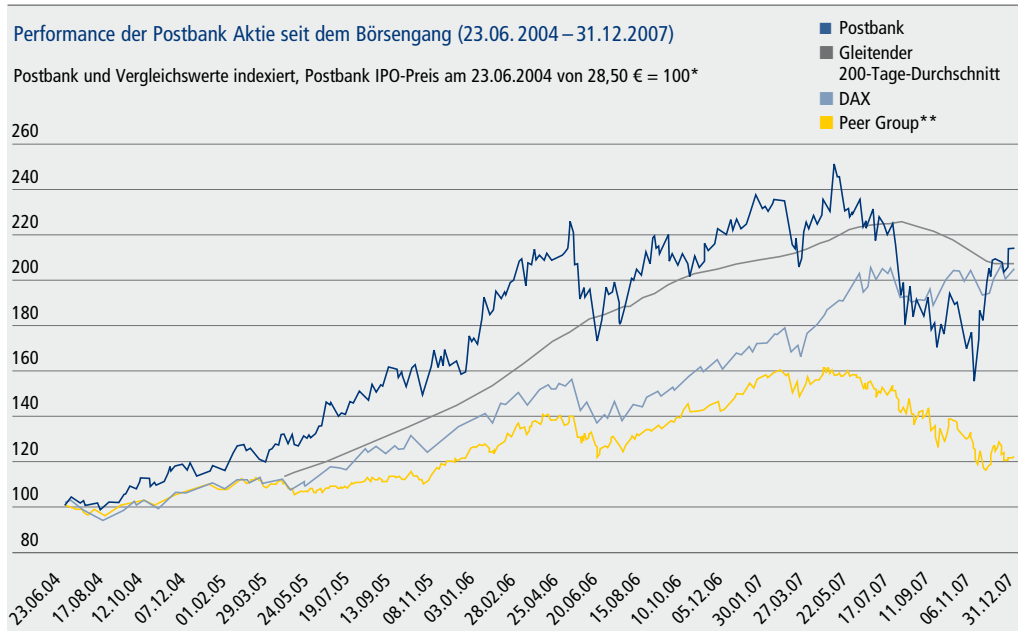
2007 war für Finanztitel ein turbulentes Börsenjahr. Die Postbank entwickelte sich dabei deutlich besser als andere deutsche Bankenwerte und als die europäische Peer Group. Temporäre Kursverluste konnten bis zum Jahresende weitgehend ausgeglichen werden. Der Vorstand schlägt eine im Vergleich zum Vorjahr stabile Dividende für unsere Aktionäre vor. Die neuen Mittelfristziele der Postbank wurden vom Kapitalmarkt gut aufgenommen.

I Finanztitel unter Druck

Die Postbank Aktie setzte im Jahr 2007 ihre positive Entwicklung aus dem Vorjahr zunächst fort und erreichte am 27. April 2007 einen neuen Höchstkurs von 74,72 €. Ende Juli begann dann, ausgelöst durch die sich verschärfende Hypothekenkrise in den USA, weltweit eine Korrektur der Aktienmärkte. Mit zum Teil massiven Abschreibungen auf Vermögenswerte und der Schieflage einzelner nationaler und internationaler Kreditinstitute erreichte die Krise auch den europäischen Finanzsektor und führte zu einer Vertrauenskrise bei Bankentiteln. Die Kurse von Finanzwerten gaben auf breiter Front deutlich nach.

Die Postbank Aktie konnte sich dieser Entwicklung nicht entziehen, ihre zeitweiligen Kursverluste aber bis zum Jahresende weitgehend ausgleichen. Sie beendete das Jahr 2007 mit einem Kurs von 60,75 €. Mit einem Kursrückgang von 5 % (inklusive Dividende 3,1 %) im gesamten Jahresverlauf entwickelte sich die Postbank Aktie jedoch besser als andere deutsche und auch europäische Bankenwerte: So verloren die im DAX notierten Bankentitel durchschnittlich 15 % an Wert, die Titel unserer europäischen Vergleichsgruppe sogar rund 19 %. Der DAX hingegen konnte mit einem Jahresplus von etwa 22 % die Entwicklung der Bankaktien insgesamt deutlich überflügeln.

Zur im Branchenvergleich besseren Performance der Postbank Aktie haben die positiven operativen Entwicklungen im dritten Quartal, aber auch aufkommende M&A-Spekulationen beigetragen. Auch die geschaffene Transparenz, die vergleichsweise gute Struktur und die insgesamt begrenzten finanziellen Auswirkungen aus dem Kreditsatzgeschäft (Structured-Credit-Portfolio) stärkten das Vertrauen in die Postbank und unterstützten die Erholung unseres Aktienkurses.



* Kursverlauf von Postbank Aktie und Peer Group ohne Dividende

** Banco Popular, Banco Popolare di Verona e Novara, Swedbank, Svenska Handelsbanken, Alliance & Leicester, Banco Espírito Santo, Erste Bank, Unicredit, Royal Bank of Scotland

*** Commerzbank, Deutsche Bank, Hypo Real Estate



I Analysten erhöhen ihre Empfehlungen zur Postbank

Im vierten Quartal erhöhten Analysten in größerem Umfang ihre Empfehlungen zur Postbank. Die Postbank Aktie wurde Ende 2007 wieder von der Mehrheit der Analysten positiv beurteilt: 15 Kauf- und 15 Haltempfehlungen standen nur drei Verkaufsempfehlungen gegenüber. Eine Übersicht der aktuellen Empfehlungen finden Sie auf unseren Investor-Relations-Seiten im Internet unter www.postbank.de/IR in der Rubrik Aktie & Anleihe unter dem Punkt Analysteneinschätzungen. Gegenwärtig berichten die Analysten von mehr als 30 Bank- und Wertpapierhäusern laufend über die Unternehmensentwicklung und die Geschäftsaussichten des Postbank Konzerns.

I Ziele für 2010 zeigen das anhaltende Wachstum der Postbank

Unser erster Investorentag (Capital Markets Day) am 6. Dezember 2007 war ein Erfolg für die Postbank: Die erstmals veröffentlichten finanziellen Ziele für 2010, klare strategische Weichenstellungen sowie detailierte Informationen und Kennzahlen bestätigten das einzigartige Geschäftsmodell und damit das klare Investmentprofil der Postbank.

Mit einem für 2010 geplanten Ergebnis vor Steuern von 1,4 Mrd € bis 1,45 Mrd € erwartet die Postbank eine weitere deutliche Steigerung ihrer Ertragskraft. Zudem arbeiten wir kontinuierlich daran, unsere Effizienz zu steigern. So soll sich die Cost Income Ratio im klassischen Bankgeschäft (ohne Transaction Banking) bis 2010 auf unter 58 % verbessern. Es ist das erklärte Ziel der Postbank, sich nachhaltig unter den profitabelsten deutschen Banken zu positionieren.

Um die finanzielle Transparenz weiter zu erhöhen, werden wir anhand eindeutiger Kennzahlen (Key-Performance-Indikatoren, KPIs) regelmäßig über die strukturellen Fortschritte bei der Wertschöpfung im Kundengeschäft berichten. Diese KPIs werden – neben den Quartalsergebnissen – verstärkt im Fokus der Berichterstattung stehen. Eine weitere Verbesserung der Kundenorientierung, der Produktivität und der Qualität sowie die Hebung der vertrieblischen Potenziale aus unserer attraktiven Kundenbasis haben dabei Priorität.

Kennzahlen unserer Aktie		2004	2005*	2006	2007	+/- in 2007	
Jahres-Schlusskurs	€	32,50	49,00	63,97	60,75	-5,0 %	
Höchstkurs **	€	34,18	50,84	65,45	74,72	14,2 %	
Tiefstkurs **	€	27,73	32,16	48,21	43,41	-10,0 %	
Gewinn je Aktie	€	2,65	3,00	4,24	5,30	25,0 %	
Kurs-Gewinn-Verhältnis ***		12,3	16,3	15,1	11,5	-24,0 %	
Anzahl der Aktien	Mio Stück	164,0	164,0	164,0	164,0	unverändert	
Marktkapitalisierung ***	Mio €	5.330	8.036	10.491	9.963	-5,0 %	
Beta-Faktor (relativ zum DAX)		0,60	0,73	0,95	1,03		
Eigenkapitalkosten ****	%			8,5	8,5		
Eigenkapital	Mio €	4.766	5.061	5.207	5.311	2,0 %	
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	%	14,0	15,0	18,9	19,3		
Ausschüttungssumme (für 2007: Vorschlag)	Mio €		205	205	205	unverändert	
Dividende je Aktie (für 2007: Vorschlag)	€		1,25	1,25	1,25	unverändert	
Dividendenrendite ***	%		2,6	2,0	2,1		
Jahresperformance ** ohne Dividende	%	14,0	50,8	30,6	-5,0		
Jahresperformance ** mit Dividende	%	14,0	54,6	33,1	-3,1		

* pro forma

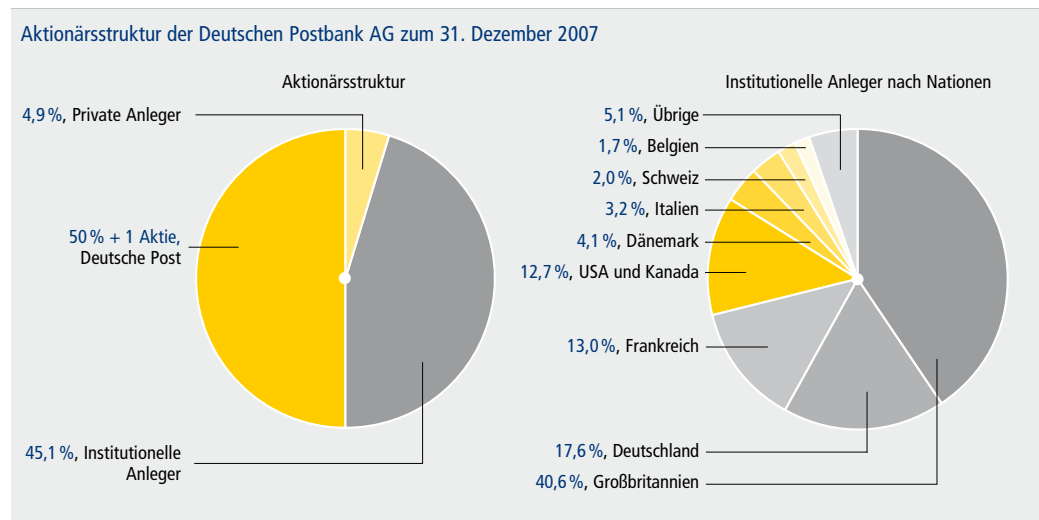
** 2004: 23.06 bis 31.12.

*** basierend auf dem Jahresschlusskurs

**** Berechnung: Risikoloser Zins von 4 % + Beta-Faktor (seit dem Börsengang) x Risikoprämie für den Aktienmarkt von 5 %

I Aktionärsstruktur

Nach dreijähriger Kapitalmarktpresenz und dank einer stets intensiven Kommunikation des Postbank Vorstands und des Investor-Relations-Teams mit Analysten und Investoren ist das einzigartige Geschäftsmodell der Postbank heute international bekannt. Dass das Geschäftsmodell auch bei institutionellen Anlegern hohen Zuspruch findet, zeigen beispielsweise die halbjährlichen Analysen der Aktionärsstruktur: Der Anteil institutioneller Anleger steigt laufend an und liegt aktuell bei 45 % des Aktienkapitals. Hervorzuheben ist außerdem das besonders hohe Interesse britischer Anleger. Dies entspricht der Bedeutung dieses Marktes. Die Deutsche Post hielt Ende 2007 mit 50 % plus einer Aktie die Mehrheit an der Postbank. Der Anteil der Privatanleger sank dagegen, dem allgemeinen Trend in Deutschland folgend, auf unter 5 %.



I Transparenz schafft Vertrauen

Um das Vertrauen von Analysten und Anlegern dauerhaft zu sichern, pflegen wir eine offene Kommunikation. Neben der Berichterstattung im Rahmen der Quartals- und Jahresberichte führen wir regelmäßig Roadshows im In- und im Ausland durch und nehmen an Konferenzen der bedeutendsten Investmentbanken teil. Um der seit Sommer 2007 gegenüber Banktiteln vorherrschenden Unsicherheit entgegenzutreten, haben wir im zweiten Halbjahr unsere Kapitalmarktkommunikation verstärkt. Vorstand und Investor-Relations-Team informierten auf Investorenkonferenzen, zusätzlichen Roadshows und auf Veranstaltungen von Anlegerschutzvereinigungen über die unverändert gute Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns und über die begrenzten Auswirkungen der Kapitalmarkturbulenzen. In mehr als 350 Einzelgesprächen und in intensivem telefonischem Kontakt zu Analysten und Investoren konnten wir unser stabiles Geschäftsmodell erläutern und das positive Kapitalmarkt-Standing der Postbank untermauern.

Eine glaubwürdige und verständliche Kommunikation bestätigt uns auch die aktuelle Umfrage der Börse Online: In der Leserwahl zum BIRD 2007 (Beste Investor Relations Deutschland) belegt die Postbank innerhalb der DAX-Unternehmen Platz 5 und unter allen DAX-, TecDAX-, MDAX- und SDAX-Unternehmen Platz 9 – die Postbank zeigt demnach die beste Kommunikation aller börsennotierten Banken.



Zum direkten Austausch mit Privatanlegern haben wir die Teilnahme an Aktionärsforen verstärkt. Im Berichtsjahr standen wir auf fünf Veranstaltungen von Vereinigungen deutscher Aktionärsschützer mit Präsentationen und Fragerunden im Dialog mit interessierten Anlegern. Umfassende Informations- und Bestellmöglichkeiten bieten wir auch auf unseren neu gestalteten Internetseiten unter www.postbank.de/IR an. Zudem steht das Investor-Relations-Team für Fragen von privaten und institutionellen Anlegern direkt unter der unten angegebenen Aktionärshotline zur Verfügung.

I Bestätigung der Hauptversammlung

Vertrauen schenkte uns auch die dritte öffentliche Hauptversammlung der Postbank am 10. Mai 2007 in Köln. Die anwesenden Aktionäre stimmten allen Punkten der Tagesordnung mit großer Mehrheit zu, für die vorgeschlagene Dividende sprachen sich 99,99 % der Aktionäre aus. Dies bestätigt uns darin, die seit Jahren verfolgte Geschäftspolitik fortzusetzen und im Sinne einer gezielten Evolution mithilfe der in diesem Bericht erläuterten neuen strategischen Maßnahmen weiter zu verbessern.

Wir laden Sie ein, die Postbank weiter aktiv zu begleiten und als Aktionär an unserer nächsten Hauptversammlung am 8. Mai 2008 in der Kölnarena teilzunehmen. Der Vorstand schlägt für das Geschäftsjahr 2007 die Ausschüttung einer unverändert hohen Dividende von 1,25 € je Aktie vor.



Die weiteren Postbank Termine für 2008 sind für Sie im Finanzkalender am Anfang des Geschäftsberichts zusammengestellt. Zudem empfehlen wir Ihnen zur weiteren Information, für Anfragen und Bestellungen unseren Investor-Relations-Internetauftritt unter www.postbank.de/IR, oder rufen Sie uns an unter der Aktionärshotline 0228 920-18003.

Was der alles hinkriegt.
Und jetzt kauft er auch
noch 'nen Roller.



Ansparen Früher war's das Mofa, heute ist es der Roller: der Klang der Freiheit.

Ab jetzt schaltet das Leben einen Gang höher. Ende der Schulzeit, Ausbildung oder Studium, die erste eigene Wohnung, der erste Job. Zeit der Wünsche. Wir helfen, Träume zu erfüllen. Das passgenaue Ansparmodell, eine Finanzierung, die Raum gibt, statt einzuengen – mit unseren erfahrenen Beratern ist die beste Lösung bald gefunden. Denn sie wollen, was wir wollen: dass junge Menschen unbeschwert durchstarten können.



Strategie: Next Step – einen Schritt voraus

Interview mit
Dr. Wolfgang Klein



Herr Dr. Klein, nach den ersten Monaten als Vorsitzender des Vorstands: Wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?

Ich ziehe eine ausgesprochen positive Bilanz. Ich habe viel Unterstützung durch mein Vorstandsteam und die Mitarbeiter der Bank erfahren, die alle an einem Strang ziehen. Die Postbank ist im Kundengeschäft weiter vorangekommen und wir haben ein sehr gutes Jahresergebnis erzielt. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise konnten wir gut beherrschen. Unsere Bank nimmt schon heute eine führende Stellung im deutschen Markt ein und verfügt über beste Voraussetzungen, um noch erfolgreicher zu werden. Das macht mich mit Blick auf die Zukunft sehr optimistisch.

Sie haben nach Ihrer Amtsübernahme mit „Next Step“ ein neues strategisches Programm vorgestellt. Was soll sich künftig ändern?

Mir ist es wichtig zu betonen, dass die Postbank gut aufgestellt ist. Wir haben eine in Deutschland und in Europa einzigartige Plattform geschaffen, die uns im Wettbewerb stark positioniert. Wir haben uns die Wertschöpfungsstrukturen der Postbank daher nicht mit dem Ziel angesehen, die strategische Ausrichtung unserer Bank grundlegend zu ändern. Die in den letzten Jahren erfolgreiche Entwicklung der Postbank bestätigt unser bewährtes Geschäftsmodell. Wir wollen aber für unsere Kunden mit einem optimierten Kompetenzprofil noch attraktiver werden. Kurz gesagt: Es geht uns um die wertorientierte Weiterentwicklung der Postbank, um weiterhin profitables Wachstum in allen Bereichen zu erzielen.

Die Postbank konzentriert sich auf den deutschen Markt, der zu den schwierigsten Bankenmärkten in Europa zählt. Sind die Wachstumsmöglichkeiten da nicht limitiert?

Zugegeben, die Konkurrenz ist enorm, und es herrschen noch immer keine fairen Wettbewerbsbedingungen für die privaten Banken. Wir haben aber bereits in den vergangenen Jahren gezeigt, was man mit einer klaren strategischen Ausrichtung auch im deutschen Markt bewegen kann, und bei der Profitabilität erhebliche Fortschritte erzielt. Ich bin davon überzeugt: Der deutsche Markt eröffnet – trotz struktureller Nachteile – denjenigen Banken Chancen, die Kunden mit überzeugenden Leistungsversprechen gewinnen und mit ihnen langfristige Geschäftsverbindungen aufbauen können. Und genau das sind attraktive Perspektiven für die Postbank. Mit unserem strategischen Handlungsprogramm „Next Step“ werden wir das Potenzial unserer starken Kundenbasis künftig noch besser ausschöpfen.

Wie genau wollen Sie das erreichen? Was wird sich bei der Postbank ändern?

Wir werden unsere bekannten Stärken bei der Effizienz, die sich in einem im Markt führenden Preis-Leistungs-Verhältnis dokumentiert, und bei der Vertriebskraft unserer Multikanalplattform um ein verbessertes Service- und Qualitätsniveau sowie Innovationen bei Produkten und Prozessen ergänzen. Mit der Umsetzung unseres



neuen Kundenversprechens „Einfach besser“ will die Postbank ihre Rolle als Nummer 1 für Liquiditäts- und Finanzmanagement festigen. Zu diesem Zweck werden wir die gesamte Organisation voll auf eine weiter erhöhte Wertschöpfung im Kundengeschäft ausrichten. Um es einfach auszudrücken: Die Postbank wird sich von einer produktzentrierten Bank zu einer Bank mit eindeutiger Kundenorientierung entwickeln.

Was dürfen die Kunden im Retail Banking von der Postbank erwarten?

Im Rahmen einer wertorientierten Fokussierung unserer Vertriebskapazitäten werden wir uns künftig insbesondere auf unsere 4,6 Millionen Stammkunden konzentrieren. Das sind die Kunden, die die Postbank schon heute als ihren bevorzugten Finanzpartner nutzen und mit denen wir bislang rund 75 % des Wertbeitrags erzielen. Neu ist, dass wir diesen Kunden einen festen Ansprechpartner in unserem Filialnetz oder im mobilen Vertrieb zuordnen. Wir planen, den Anteil derjenigen Kernkunden, die drei oder mehr Produkte der Postbank nutzen, bis 2010 von derzeit 40 % auf 47 % auszubauen und ihre Anzahl im gleichen Zeitraum auf 5,2 Millionen zu erhöhen. Das heißt übrigens nicht, dass wir unsere knapp zehn Millionen Potenzialkunden vernachlässigen werden. Sie dürfen ein anhaltend hohes Leistungsniveau von uns erwarten.

Das ist ein hoher Anspruch. Müssen Sie nicht Veränderungen in Ihren Vertriebskanälen vornehmen, um dem zu genügen?

Genau das tun wir bereits. Ich gebe Ihnen einige Beispiele: Ganz wesentlich ist dabei eine breit angelegte Qualifizierungsoffensive, mit der wir die schon heute guten Beratungs- und Produktkompetenzen unserer Kundenbetreuer weiter verbessern. Im Filialvertrieb haben wir zudem das Projekt „Filiale im Wandel“ gestartet, mit dem wir unserer erweiterten Value Proposition – optisch und qualitativ – Rechnung tragen und unsere Ertragskraft stärken. Bis 2010 wollen wir die Produktivität der Mitarbeiter im Filialvertrieb gegenüber 2006 um 50 % steigern. Im mobilen Vertrieb rechnen wir bei der Entwicklung der Produktivität mit einer ähnlichen Größenordnung gegenüber dem Jahresende 2006. Wir werden die Anzahl der mobilen Berater bis dahin von 4.260 auf 5.000 erhöhen und dabei den Anteil der Finanzmanager, die ein breiteres Produktspektrum vertreiben können, auf über 60 % anheben.

Welche Ziele im Kundengeschäft verfolgen Sie mit diesem neuen Ansatz?

Wir wollen in allen unseren Kernprodukten im Neugeschäft stark wachsen, weitere Marktanteilsgewinne erreichen und die jeweiligen Ergebnisbeiträge erhöhen. Neben der Bau- und Konsumentenfinanzierung betrifft dies auch das Provisionsgeschäft. Gerade im Bereich Lebensversicherungen, bei Investmentprodukten sowie bei der Altersvorsorge sehen wir überdurchschnittliche Wachstumsmöglichkeiten. Besonderes Augenmerk gilt auch dem Spargeschäft. Hier werden wir unseren Kunden anhaltend attraktive Konditionen anbieten und planen so einen hohen Volumenzuwachs, der sich mittelfristig deutlich positiv auf unsere Ertragsentwicklung auswirken sollte.



Die Postbank steht aber nicht nur für das Privatkundengeschäft. Ist „Next Step“ auch für das Firmenkundengeschäft relevant?

Allerdings. Die Postbank bietet auch ihren ca. 30.000 Firmenkunden ein breites Leistungsspektrum mit einem Schwerpunkt im Bereich Zahlungsverkehr. Wir werden uns jetzt darauf konzentrieren, bei bis zu 3.000 Kunden zu deren Top-5-Banken zu gehören. Auch bei dieser Kundengruppe gilt also unser Anspruch des Liquiditäts- und Finanzmanagement-Spezialisten. Hierzu wollen wir unseren Bestand an Mittelstandskrediten in den nächsten drei Jahren deutlich auf 5 Mrd € erhöhen. Gleichzeitig werden wir unser profitables Geschäft bei der gewerblichen Immobilienfinanzierung gezielt und risikobewusst ausbauen. Insgesamt sollen so die Erträge des Ressorts Firmenkunden bis 2010 auf 500 Mio € ansteigen. Aber auch in anderen Bereichen wollen wir uns gezielt stärken.

... Sie meinen das Transaction Banking?

Unter anderem, ja. Um weitere Wachstumspotenziale zu erschließen, wollen wir das Transaction Banking auf der Grundlage unserer umfangreichen Konsolidierungsexpertise im Inland in Richtung des europäischen Marktes ausbauen. Angesichts der dazu erforderlichen Investitionen streben wir eine Partnerstrategie an. Bereits in der ersten Jahreshälfte 2008 können wir übrigens den Aufbau unserer mandatenfähigen Plattform nach dem SEPA-Standard abschließen. Ebenso plant die Postbank, ihre Kompetenzen in der Kreditabwicklung zur Marktfähigkeit auszubauen. Vergessen Sie aber bitte nicht das Ressort Financial Markets: Die Postbank ist ein hochprofessioneller Dienstleister im Management von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken. Als eine Art Innovationsmotor wird Financial Markets einen Fokus auf die Entwicklung von Produkten für unsere Privat- und Firmenkunden legen.

Sie haben sich auf mittelfristige Finanzziele für 2010 festgelegt. Geben Sie sich da nicht zu lange Zeit, und sind diese Ziele wirklich ambitioniert genug?

Angesichts der Tatsache, dass wir unser Vorsteuerergebnis bis 2010 gegenüber 2007 um gut 40% steigern wollen, bewerte ich unsere Planung durchaus als sportlich. Bedenken Sie, dass wir uns in einem hart umkämpften Markt bewegen und das zu erwartende Zinsumfeld in den nächsten Jahren sicherlich keine optimalen Bedingungen ermöglichen wird. Die Ziele entsprechen vom Zeithorizont her übrigens der vollständigen Umsetzungsphase unseres „Next Step“-Programms. Außerdem bieten wir dem externen Beobachter durch neue Kennzahlen, so genannte Key-Performance-Indikatoren (KPI) künftig noch tiefere Einblicke in die Postbank, wodurch wir die Transparenz in unserer Berichterstattung weiter erhöhen werden.

Das klingt kompliziert ...

Ist es aber nicht. Die meisten KPIs habe ich bereits erwähnt, sie orientieren sich wesentlich an der Produktivität unserer Vertriebskanäle, unseren Kundenzahlen und dem Cross-Selling. Sie beziehen sich sowohl auf das Retail Banking als auch auf unser Firmenkundengeschäft. Die Kennziffern sind quasi Bindeglied zwischen den eher kurz- bis mittelfristigen Vertriebszielen unserer Mitarbeiter und unseren langfristig orientierten Kapitalmarktzielen. Sie helfen also, die gesamte Bank auf unsere finanziellen Ziele auszurichten. Mit diesen für die Wertschöpfung zentralen Kennziffern können Sie die strukturellen Fortschritte, die die Postbank im Kundengeschäft macht, noch besser bewerten. So lässt sich auch von außen beurteilen, inwieweit wir unsere optimierte strategische Ausrichtung tatsächlich in konkrete Maßnahmen und Erfolge umsetzen.

Key Performance Indicators Postbank ¹		2006	2007	Ziel 2010	
Kunden					
Anzahl Stammkunden	Mio	4,4	4,6	5,2	
Stammkunden, die mindestens drei Produkte nutzen	%	39	40	47	
Filialvertrieb					
Produktivitätsindex Kräfte Filialvertrieb, 2006 = 100	%	100	121	150	
Mobiler Vertrieb					
Anteil der Finanzmanager, die 3 bis 5 Produktkategorien vertreiben	%	40	54	> 60	
Anzahl mobile Berater		4.200	4.260	5.000	
Produktivitätsindex Finanzmanager, 2006 = 100	%	100	110	140	
Segment Firmenkunden					
Produktivitätsindex Vertriebskräfte Inland, 2005 = 100	%	105	107	135	
Gesamterträge im Segment Firmenkunden, 2005 = 355	Mio €	372	382	500	
Mittelstandskredite	Mrd €	2,8	3,5	5,0	

¹ Künftige Entwicklung der KPIs unterliegt unter Umständen quartalsmäßigen Schwankungen.

Was ist Ihre Vision für die Postbank im Jahr 2010?

Die Postbank wird qualitativ deutlich wachsen und ihre bereits heute starke Marktstellung weiter ausbauen. So wird sie die in Deutschland unangefochtene Nummer 1 im Retail Banking sein, weil sie ihre Kunden mit attraktiven Produkten, einem außergewöhnlichen Serviceniveau und einem unverändert guten Preis-Leistungs-Verhältnis überzeugt. Dieses Wachstum wird sie in spürbare und stabile Ergebnissteigerungen umsetzen. Bei einem anhaltend straffen Kostenmanagement wird sie so ihre Effizienz weiter erhöhen. Gleichzeitig wird sie einen Schwerpunkt auf die kontinuierliche Stärkung ihrer Kapitalbasis legen. Letztlich ist es das vorrangige Ziel der Postbank, mit einem nachhaltig profitablen Geschäftsmodell eine kontinuierlich hohe Wertschöpfung zu erzielen. Dafür stehe ich mit meinem Vorstandsteam.

Versichern Paare, die sich lange kennen, sagen oft: „Wenn wir heiraten, ändert sich eigentlich nichts.“ Und sind überrascht, wenn es doch so kommt. Noch enger die Verbindung, noch stärker das Verantwortungsgefühl für den anderen. Mehr Gedanken an die Zukunft, mehr Interesse an Sicherheit, speziell an Sicherheit vor finanziellen Risiken. Dabei helfen wir gern. Umfassende Beratung, optimaler Schutz, beste Konditionen – im Verbund mit unseren leistungsstarken Versicherungspartnern tun wir alles, damit unsere Kunden den Kopf frei haben für die wirklich wichtigen Dinge. Ihre Hochzeit zum Beispiel.



■ *Typisch Klaus: Ich hab' gerade mal „ja“ gesagt, und er denkt schon an Versicherungen.*



Retail Banking: „Einfach besser“: Fokussierung auf Kunden und Kernprodukte

Die Postbank verzeichnete 2007 im Retail Banking erfreuliche Fortschritte und ist auf ihrem Weg zur „Nummer 1 für Liquiditäts- und Finanzmanagement“ weiter vorangekommen. Es ist uns gelungen, bei allen Kernprodukten Marktanteile hinzuzugewinnen. Nachdem wir die Integration der Filialen und des BHW abgeschlossen haben, verfügt die Postbank als echte Multikanalbank über eine einzigartige Positionierung im deutschen Privatkundenmarkt. Unseren 14,5 Millionen Kunden stehen über 855 Filialen, 4.260 mobile Berater sowie leistungsfähige Direktkanäle zur Verfügung. Das Produktspektrum umfasst alle wesentlichen Bankprodukte rund um den Zahlungsverkehr, die Geldanlage, die Finanzierung von Wohneigentum und die private Altersvorsorge.

Im Rahmen des Strategieprogramms „Next Step“ werden wir unser Privatkundengeschäft kontinuierlich und wertorientiert weiterentwickeln. Insbesondere werden wir den Fokus unserer Vertriebskanäle künftig verstärkt auf unsere 4,6 Millionen Stammkunden legen. Das Wertpotenzial dieser Kundengruppe wollen wir mithilfe umfassender Produkt- und Betreuungsangebote noch besser erschließen. Selbstverständlich dürfen auch unsere übrigen knapp 10 Millionen Potenzialkunden von uns ein anhaltend hohes Leistungsniveau erwarten.

I Filialvertrieb weiter optimiert

Wurden 2006 die Weichen für einen aktiven und kundenbezogenen Filialvertrieb gestellt, so stand der Filialvertrieb 2007 ganz im Zeichen der nachhaltigen Umsetzung. Hierzu gehörten neben umfangreichen vertriebslichen Qualifizierungsmaßnahmen die Implementierung durchgängiger Führungsprozesse und die systematische Nutzung der hohen Kundenfrequenz in den Postbank Filialen. Somit konnte der Filialvertrieb einen wesentlichen Beitrag zur Gewinnung der 1 Million Neukunden leisten, die sich 2007 für die Postbank entschieden.

Unser Projekt „Filiale im Wandel“ zielt darauf, das Erscheinungsbild und die Servicequalität der Filialen zu verbessern sowie die Wahrnehmung der angebotenen Bankdienstleistungen zu erhöhen. Im Jahr 2007 haben wir die ersten Pilotfilialen mit einer erfreulichen Resonanz seitens unserer Kunden eröffnet.

So wurde beispielsweise das Filial-TV eingeführt. Hier zählen wir bereits jetzt zum größten Anbieter dieses Formates. Auch die Einführung von speziellen Serviceschaltern für Bankkunden, der Verkauf von Veranstaltungstickets und Kundencafés dienen vor allem dazu, die Zufriedenheit unserer Kunden zu steigern. Um dies auch messen zu können, haben wir 2007 das Filialbarometer neu eingeführt, das durch Interviews Kundenzufriedenheit und Kundenbindung für jede Filiale systematisch ermittelt und Veränderungen in regelmäßigen Intervallen misst.

Auch wenn das Erscheinungsbild der Filialen zukünftig deutlich stärker auf Bankprodukte ausgerichtet wird, bietet die Vielfalt der Angebote im Bereich postalischer und neuer Dienstleistungen (Telekom, Strom, Schreibwaren) ein Ertragspotenzial, das wir weiterhin nutzen und ausbauen werden. Außerdem sichert uns dieses Angebot einen dauerhaft hohen Zustrom potenzieller Neukunden, die wir für unsere Bankprodukte und Dienstleistungen gewinnen können.

I Mobiler Vertrieb – Postbank Finanzberatung steigert Produktivität

Das Geschäftsjahr 2007 hat sich für die Postbank Finanzberatung AG, in der der mobile Vertrieb der Postbank AG zusammengefasst ist, erfolgreich entwickelt. Die Integration der Postbank Vermögensberatung und des BHW Vertriebs sowie den Neuaufbau des Vertriebszweigs Baufinanzierungsberatung in der Gesellschaft haben wir erfolgreich abgeschlossen. Durch gezielte Konsolidierungsschritte, qualitätsfokussierte Rekrutierungsmaßnahmen und individuelle Weiterbildungsangebote konnte eine deutliche Verbesserung der Beratungsqualität realisiert werden. Zum Jahresende 2007 hatten wir 4.260 mobile Berater unter Vertrag.

Die Produktivität der mobilen Berater erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr nachhaltig. So haben unsere über 500 Vermögensberater nach dem Best-Select-Beratungsansatz die Bruttoprovisionserträge um mehr als 30 % im Vergleich zum Vorjahr gesteigert.

Bei den knapp 3.600 Finanzmanagern wurde der Anteil der Mehrproduktberater erheblich ausgebaut, sodass der Anteil der Berater, die die höchste Qualifizierungsstufe im Mehrproduktverkauf erreicht haben, von 40 % Ende 2006 auf 54 % gesteigert wurde. Die fast 160 Baufinanzierungsberater haben das Vorjahresergebnis um mehr als 70 % übertroffen.

Die Postbank Finanzberatung leistet mit ihren drei Vertriebszweigen einen wichtigen Beitrag zur Multikanalstrategie der Postbank. Die Kundenpotenziale werden durch kompetente Beratung zu Hause oder in einem der 987 Beratungscenter bestmöglich ausgeschöpft.

Retail Banking¹

Segmentergebnis	2007 Mio €	2006 Mio €	
Bilanzbezogene Erträge	2.456	2.396	
Provisionsüberschuss	988	1.061	
Verwaltungsaufwand	-2.210	-2.178	
Ergebnis vor Steuern	944	924	
Cost Income Ratio	64,2 %	63,0 %	
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	32,7 %	32,7 %	

139

¹ siehe Note 41

Im Drittvertrieb Absatzziele übertroffen

Das Vermittler- und Kooperationsgeschäft, das wir unter der Marke DSL Bank betreiben, entwickelte sich weiter positiv. Im hart umkämpften Baufinanzierungsmarkt konnten wir unsere führende Position festigen. Der Absatz des ebenfalls über DSL angebotenen Privatkredits übertraf unsere Ziele spürbar. Die gute Entwicklung in beiden Bereichen verdanken wir vor allem unserer innovativen Produkt- und Preisgestaltung und unseren optimierten Service- und Betreuungsangeboten. Details finden Sie in den jeweiligen Produktabschnitten

Internet und Callcenter – weiterhin steigende Beliebtheit

Die Direktkanäle haben für die Postbank weiter an Bedeutung gewonnen: Auch 2007 repräsentierte die Website www.postbank.de mit mehr als 3,3 Millionen Besuchern pro Monat das erfolgreichste Online-Angebot aller Einzelinstitute in Deutschland. Insgesamt 3,8 Millionen Konten wurden online geführt, 19 % mehr als im Vorjahr. Darunter waren 2,8 Millionen Online-Girokonten, 590.000 Online-Depots und 390.000 Konten der SparCard direkt. Die Zahl der für das Telefon-Banking vorgemerkten Girokonten stieg von 3,4 Millionen im Vorjahr auf 3,7 Millionen.

Gefördert haben wir unser Geschäft über die Direktvertriebskanäle nicht allein durch gezielte Marketingaktionen, sondern auch durch einen neuen, in puncto Übersichtlichkeit, Verständlichkeit und Optik weiter optimierten Internetauftritt (www.postbank.de). Auch unser Sprachportal wurde technisch erneuert und erlaubt nunmehr ein noch besseres Eingehen auf die Wünsche und Bedürfnisse unserer Kunden.



I Ziele in der Neukundengewinnung insbesondere mit ungebrochen erfolgreichem Girokonto erreicht

Im Jahr 2007 konnten wir etwas mehr als 1 Million Neukunden für uns gewinnen, 4 % mehr als im Vorjahr. Unser Ziel haben wir damit leicht übertroffen. Die Postbank ist mit insgesamt ca. 14,5 Millionen Kunden weiterhin größtes Einzelinstitut im deutschen Retail Banking.

Wichtigstes Produkt für die Gewinnung von Neukunden war wiederum das Girokonto. Trotz des starken Wettbewerbs und vielfältiger Produktnachahmung durch Wettbewerber konnten wir mit rund 587.000 neu eröffneten privaten Girokonten unser Neugeschäft um gut 25 % steigern. Zum Jahresende 2007 führten wir 4,9 Millionen private Girokonten nach 4,7 Millionen im Vorjahr. Unseren Marktanteil konnten wir damit weiter auf fast 7 % erhöhen.

Gleichzeitig steigerten wir in dem häufig mit dem Girokonto verbundenen Kreditkartengeschäft unseren Bestand bis zum Jahresende erneut kräftig um 6,3 % auf 1.099.000 Karten. Die konsequente Verstärkung der Vertriebsanstrengungen, die 2007 eingeführte Guthabenverzinsung sowie die kostenlose Ausstattung aller Karten mit einer Einkaufsversicherung trugen zu diesem Erfolg maßgeblich bei.

I Im harten Wettbewerb um Spargelder gut positioniert

Das Sparvolumen hat sich bei der Postbank gut entwickelt. Trotz eines rückläufigen Marktes und eines hohen Konkurrenzdrucks um Spargelder konnten wir den Gesamtbestand um 2,9 % auf 60,5 Mrd € steigern. Ohne die Bauspareinlagen, die unverändert bei 16,6 Mrd € lagen, betrug der Anstieg sogar erfreuliche 4,3 %. Hierzu trug in besonderem Maße zum einen das im April 2006 eingeführte Postbank Quartal-Sparen bei; auf dieses Produkt entfiel zum Jahresende 2007 ein Volumen von über 10,0 Mrd € nach 3,9 Mrd € am Vorjahresende. Zum anderen konnten wir das Einlagevolumen des Tagesgeldkontos von 0,8 Mrd € im Jahr 2006 auf 2,3 Mrd € im Berichtsjahr fast verdreifachen.

Wir werden durch attraktive Produkte und Konditionen auch weiterhin sehr aktiv am Markt agieren und beabsichtigen unser Sparvolumen und unseren Marktanteil auch künftig signifikant zu steigern.

I Spitzenposition im Baufinanzierungsgeschäft behauptet

Das Neugeschäft in der privaten Baufinanzierung hat sich im Gesamtmarkt mit 181,8 Mrd € nach 188,2 Mrd € im Vorjahr rückläufig entwickelt. Hier wirkt sich vor allem der starke Rückgang der Baugenehmigungen im Wohnungsbau aus, die in den ersten elf Monaten im Vergleich zum Vorjahr um 27,8 % gesunken sind. Dagegen gewannen Bestandskäufe wieder mehr an Bedeutung; so konnte das Transaktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr geringfügig gesteigert werden. Dies ist ein Trend, der voraussichtlich länger anhalten wird. Größere staatliche Eingriffe zur Stützung des Neubaus sind unwahrscheinlich, da im Rahmen des Klimaschutzes zukünftig die Förderung der energetischen Verbesserung der bestehenden Gebäude Vorrang hat. Das Marktvolumen der Kredite für den Wohnungsbau war insgesamt leicht rückläufig.

Vor diesem Hintergrund reduzierte sich der Absatz der Postbank im vermittelten Baufinanzierungsneugeschäft von 10,8 Mrd € im Jahr 2006 auf 9,8 Mrd € im Berichtsjahr. Hiervon entfallen 5,0 Mrd € (Vorjahr: 5,4 Mrd €) auf die Marke BHW. Das im Drittvertrieb über die Marke DSL Bank generierte Baufinanzierungsvolumen sank von 5,4 Mrd € am 31. Dezember 2006 auf 4,8 Mrd € am 31. Dezember 2007. Hier macht sich immer noch die hohe Basis des Jahres 2006 bemerkbar. Diese ist auf die Ende 2005 ausgelaufene Eigenheimzulage zurückzuführen, die für einen starken Überhang ins Jahr 2006 sorgte. Zusätzlich dazu wurden im Berichtsjahr Portfolioankäufe in Höhe von 2,6 Mrd € nach 3,2 Mrd € im Vorjahr getätigt.

Berücksichtigt man auch die Prolongationen von bestehenden Baufinanzierungen, ergibt sich ein freundlicheres Bild. Das Neugeschäft betrug dann 12,1 Mrd € im Jahr 2007 nach 12,5 Mrd € im Vorjahr. Der Rückgang um nur noch 3,1 % liegt besser als der Markt, der 2007 in vergleichbarer Abgrenzung um 3,4 % sank.

Die Bestände an Wohnungsbaukrediten der Postbank stiegen insgesamt von 62,3 Mrd € am Jahresende 2006 auf 68,0 Mrd € (+9,1 %) am Ende des Berichtsjahres. Ohne den Bestand an Portfolioankäufen stieg er um 8,8 % auf 58,2 Mrd €, damit haben wir unser Wachstumsziel von 10 % trotz der schwierigen Marktbedingungen fast erreicht. Unseren Marktanteil konnten wir von 7,8 % Ende 2006 auf 8,6 % Ende 2007 steigern und damit die Position der Postbank Gruppe als Nummer 1 in der privaten Baufinanzierung in einem schwierigen Marktumfeld eindrucksvoll ausbauen.

I Marktanteile im Bereich Bausparen erfolgreich verteidigt

Der Bausparmarkt hat sich 2007 mit 3,6 Millionen neu beantragten Bausparverträgen um 6,6 % rückläufig entwickelt. Die beantragte Bausparsumme sank auf 98,3 Mrd € (-3,6 %). Ursachen hierfür sind die rückläufige Entwicklung im Baufinanzierungsgeschäft und der aufgrund von Tarifänderungen der Bausparkassen erhöhte Umsatz im Vorjahr.

Das Neugeschäft des BHW belief sich auf 401.000 Verträge (Vorjahr: 453.000 Verträge) mit einer beantragten Bausparsumme von 11,2 Mrd € (Vorjahr: 11,6 Mrd €). Damit hat BHW nach beantragter Bausparsumme sein Vorjahresergebnis fast erreicht. Der Marktanteil nach beantragter Bausparsumme von 11,4 % konnte erfolgreich verteidigt werden.

Derzeit plant die Bundesregierung Änderungen bei der Wohnungsbauprämie und eine verbesserte Einbeziehung des selbst genutzten Wohneigentums in die Altersvorsorgeförderung. Für das Bausparen bedeutet das im Wesentlichen, dass sowohl Spar- als auch Tilgungsleistungen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum über die Riesterförderung zusätzlich unterstützt werden sollen.

I Privatkredite der Postbank weiterhin absatzstark

Im Privatkreditgeschäft setzten wir im Jahr 2007 auf die drei Marken Postbank, BHW und DSL. Der Postbank Privatkredit wird über die Postbank Finanzcenter, das Internet und unsere Callcenter vertrieben. Die Beratungsqualität in den Filialen der Postbank wurde von der Stiftung Warentest mit dem Qualitätsurteil „Gut“ ausgezeichnet (Zeitschrift FINANZtest 2/2007).

Im stagnierenden Gesamtmarkt konnte sich die Postbank behaupten. Das Neugeschäftsvolumen betrug 1,398 Mrd € und lag damit um 3,2 % über dem Niveau des Vorjahres. Der Bestand wuchs um 20,8 % auf 2,9 Mrd €, der Marktanteil stieg von 1,7 % auf 1,9 %.

Das von uns seit 2004 unter der Marke DSL Bank angebotene Geschäft belebte sich weiter und stieg um 50 % gegenüber dem Vorjahr auf ca. 200 Mio €. Hierzu trug u. a. der neu eingeführte DSL Autokredit bei, mit dem wir uns erfolgreich in der Automobilfinanzierung etabliert haben. Die Leistungspalette unter der Marke Postbank haben wir mit dem Postbank Minutenkredit für das Segment von 1.500 bis 2.999 € und mit der Einführung von risikoadjustierten Konditionen qualitativ weiterentwickelt.

I Im Wertpapiergeschäft deutlicher Zuwachs beim Altersvorsorgekonto

Das auf einem Zwei-Zertifikatekonzept basierende Postbank Altersvorsorgekonto konnte sich mit über 60.000 neu eröffneten Konten und einem durch Bruttomittelzuflüsse in Höhe von 160 Mio € auf 235 Mio € erhöhten Bestand erfolgreich am Markt positionieren. Im Wertpapiergeschäft insgesamt stieg das Neugeschäft einschließlich Fonds und Zertifikaten gegenüber dem Vorjahr um 19 % auf 3,1 Mrd €. Besonders hervorzuheben ist hier das neue Postbank Strategie Sieger Zertifikat, dessen zwei Tranchen mit einem Volumen von insgesamt 286 Mio € platziert wurden.

Die Anzahl der Depots lag mit 965.000 um 5,1 % über dem Vorjahr. Gleichzeitig stieg das von unseren Kunden gehaltene Depotvolumen um 9,5 % auf 11,5 Mrd € und lag damit im Bereich unseres Ziels einer Steigerung von 10%.

I Starkes Versicherungsgeschäft dank Riester-Rente

Im zurückliegenden Jahr haben wir die Weichen für die Zukunft des Versicherungsgeschäfts im Postbank Konzern neu gestellt: Wir verkauften unserer Anteile an den Versicherungsgesellschaften der Gruppe an unseren Joint-Venture-Partner Talanx, prolongierten jedoch zugleich die mit der Talanx-Gruppe im Lebens- und Unfallversicherungsbereich bestehende Kooperation langfristig und weiteten sie zudem auf den mobilen Vertrieb aus. Die in der langjährigen erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Talanx aufgebauten Vertriebsprozesse können damit weiter genutzt und verbessert werden. So wird die Talanx beispielsweise ihre Betreuungskapazitäten für die Postbank erweitern und die Vertriebsunterstützung intensivieren. Darüber hinaus werden wir das Produktspektrum über die Vertriebswege hinweg harmonisieren. Wir werden die einfachen Angebote und die abschlussorientierten Verkaufsprozesse der Postbank Versicherung mit der Produktflexibilität der BHW Leben verbinden und Lebens- und Unfallversicherungen – mit Ausnahme der Postbank Vermögensberater – ausschließlich unter der Marke Postbank anbieten.

Zur Komplettierung unseres Angebots sind wir eine langfristige Vertriebskooperation im Bereich Sachversicherungen mit der HUK-COBURG Versicherungsgruppe (Kfz, Hausrat, Wohngebäude, Haftpflicht, Rechtsschutz) eingegangen. Im Gegenzug verkauft die HUK-COBURG über den eigenen Vertrieb mit mehr als 5.000 Beratern und Vertrauensleuten einfache Postbank Produkte wie z. B. das Girokonto. Mit ihrer attraktiven Preis-Leistungs-Positionierung und der volumenorientierten Vertriebsoberfläche ist die HUK-COBURG ein idealer Partner für die Postbank.

Insgesamt reduzierte sich die Versicherungssumme von 1,8 Mrd € im Vorjahr auf 1,6 Mrd € am Jahresende 2007. Riester-Produkte trugen hierzu 0,8 Mrd € nach 0,9 Mrd € bei.

I Ausblick

Mit dem Strategieprogramm „Next Step“ haben wir uns anspruchsvolle Ziele gesetzt, die wir durch einen kontinuierlichen quantitativen und qualitativen Ausbau unserer Vertriebskanäle erreichen wollen.

Im Filialgeschäft werden wir nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojektes „Filiale in Wandel“ eine große Anzahl von Filialen neu gestalten. Darüber hinaus wollen wir die Produktivität unserer Mitarbeiter im Vertrieb von Finanzdienstleistungen bis zum Jahr 2010 gegenüber 2006 um 50 % steigern. Hier haben wir bereits 2007 erhebliche Fortschritte erzielt.

In der Postbank Finanzberatung halten wir an unserem Ziel fest, der führende mobile Finanzvertrieb in Deutschland zu sein, und streben einen Ausbau der Verkäufersmannschaft auf 5.000 Berater bis zum Jahr 2010 an. Hierbei setzen wir sowohl auf organisches Wachstum als auch auf Teamverstärkung von außen. Mehr als 60 % der Berater sollen dann in der Lage sein, mindestens drei Produktkategorien zu vertreiben, nachdem dieser

Anteil Ende 2007 bei ca. 54 % lag. Die starke Kundenbasis der Postbank mit 14,5 Millionen Kunden, der Best-Select-Ansatz der Vermögensberater sowie die drei bedarfsorientierten Vertriebszweige Finanzmanager, Vermögensberater und Baufinanzierungsberater schaffen gute Voraussetzungen dafür, dieses Ziel zu erreichen.

Die Anzahl der Stammkunden wollen wir bis zum Jahr 2010 von 4,6 Millionen auf 5,2 Millionen ausbauen. Dabei soll sich der Anteil der Kunden, die drei und mehr Produkte nutzen, von derzeit 40 % auf 47 % der Stammkunden erhöhen.

Trotz starker Konkurrenz im Spargeschäft streben wir an, unser Einlagenvolumen erheblich auszudehnen. Dazu beitragen werden eine anhaltend attraktive Verzinsung der Produkte, insbesondere beim Postbank Quartal-Sparen und bei der SparCard direkt, sowie zusätzliche verkaufsfördernde Maßnahmen. Damit wollen wir den Wertbeitrag unserer Sparprodukte in den kommenden Jahren spürbar steigern.

Im Baufinanzierungsgeschäft erwarten wir positive Impulse insbesondere aus der steigenden Bedeutung von Baumaßnahmen zur Energieeinsparung und aus dem hohen Modernisierungs- und Renovierungsbedarf im deutschen Wohnungsbestand. Hier wird sich auch das Klimaprogramm der Bundesregierung günstig auswirken. Darüber hinaus kann die geplante Einbeziehung von Baudarlehen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum in die Riester-Förderung den Markt beleben.

Neues Absatzpotenzial im Bereich Versicherungen ergibt sich aus der Attraktivität der sogenannten Basisrente (Rürup): Die steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge wird jährlich erhöht. Insgesamt wird die staatlich geförderte Altersvorsorge weiter an Bedeutung gewinnen. Zu Beginn des Jahres 2008 wurde die letzte Riester-Stufe erreicht, was den Absatz zusätzlich beleben dürfte.

Im Wertpapiergeschäft wird die Einführung der Abgeltungssteuer die fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen stärker in den Fokus der Kunden rücken, da diese Sparform von der Steuer ausgenommen ist. Wir versprechen uns davon ein steigendes Neugeschäft in diesen Produkten.

Im Rahmen unserer Zukunftsstrategie werden wir uns in der Produktion von Bankdienstleistungen auf die Felder konzentrieren, bei denen wir Skaleneffekte erzielen können und somit Vorteile bei der Preisgestaltung haben. In Produktfeldern, die wir nicht selbst besetzen, werden wir unseren Kunden über die Kooperation mit starken Partnern jedoch weiterhin mit im Markt führenden Angeboten zur Verfügung stehen und so entsprechende Provisionserträge generieren können. Den Grundstein hierzu haben wir mit der Vertriebskooperation mit Talanx und der HUK-COBURG im Versicherungsgeschäft gelegt.

Die strukturellen Fortschritte bei der Entwicklung unseres Privatkundengeschäftes werden wir dem Kapitalmarkt künftig noch transparenter darlegen. Mit den Key-Performance-Indikatoren (KPIs) wird der Erfolg unserer Vertriebskanäle noch besser messbar.

Insgesamt ist die Postbank im Privatkundengeschäft bestens aufgestellt, um auch künftig ihre bereits gute Marktstellung weiter auszubauen und in einem anhaltend harten Wettbewerb kontinuierlich Marktanteile zu gewinnen. Wir wollen die Postbank nachhaltig als die klar führende Bank im deutschen Retail Banking positionieren und die Wertbeiträge unseres Privatkundengeschäftes weiter erhöhen.

Bauen Wenn das erste Baby kommt, ist vieles ungewiss, doch eins steht fest: Der Nachwuchs braucht Platz. Für viele Menschen ist dies der Anlass zu bauen. Ihnen wie allen anderen, die vom eigenen Zuhause träumen, helfen wir gerne weiter. Sie profitieren von der Kompetenz und der Erfahrung der Nr. 1 in der privaten Baufinanzierung: Wo unsere Kunden Neuland betreten, kennt sich unser Baufinanzierer BHW schon lange bestens aus. Unsere Kunden sollen sich Zeit für große Pläne nehmen – wir übernehmen den Rest.

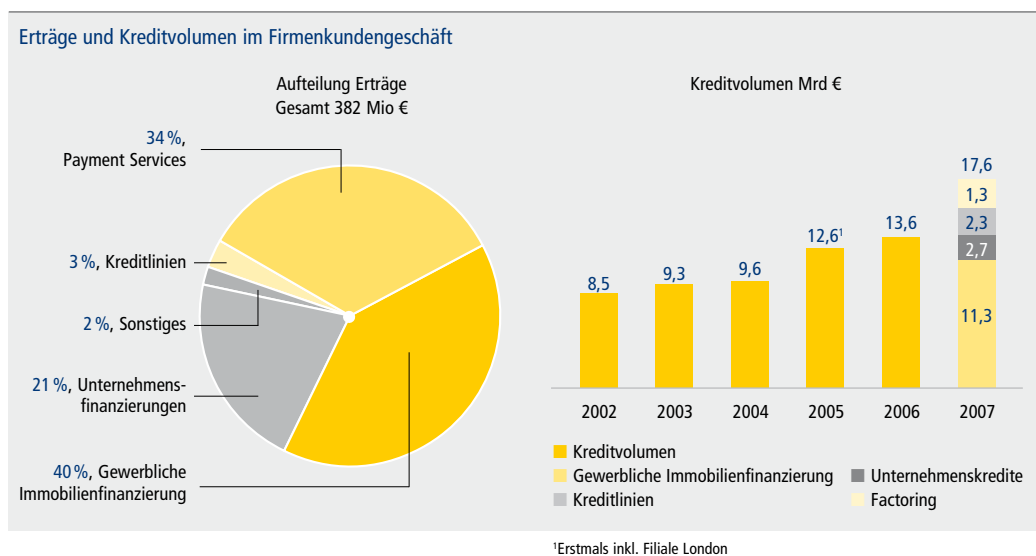


*Super hinbekommen,
jetzt nur noch den Baum
und das Haus.*



Firmenkunden: Risikobewusstes Wachstum fortgesetzt

Auch im Geschäft mit unseren etwa 30.000 Firmenkunden blicken wir auf eine positive Entwicklung. Wir haben unsere innovativen Lösungen rund um den Zahlungsverkehr weiterentwickelt und unser Kreditportfolio risikobewusst ausgebaut. So hat die Postbank ihre Position als leistungsstarker, verlässlicher Partner in der Zahlungsverkehrsabwicklung wie auch in den Bereichen Investitionsfinanzierung speziell für den Mittelstand, gewerbliche Immobilienfinanzierung im In- und im Ausland sowie Leasing und Factoring gestärkt. Darüber hinaus bietet sie auch attraktive Anlagemöglichkeiten sowie kundennahe Beratungsdienstleistungen zur optimierten Strukturierung von Bilanzen an.



I Weiterentwicklung unserer Zahlungsverkehrslösungen

Im Geschäftsjahr 2007 haben wir für unsere Kunden, zu denen rund 90 % der DAX-Unternehmen und ca. 70 % der MDAX-Unternehmen zählen, das Produktangebot im Zahlungsverkehr weiter verbessert. Im Fokus standen dabei Zahlungsverkehrslösungen zur kundenseitigen und bankinternen Prozessoptimierung, die Schaffung von Mehrwert sowie die bedarfsorientierte Ausrichtung unserer Angebotspalette und die Entwicklung individueller Lösungsmodelle auf europäischer Ebene. Ebenso bedeutend war für uns der erfolgreiche Abschluss der Vorbereitungen für den SEPA-Start im Januar 2008.

I Eingeleitete Mittelstandsoffensive zeigt erste Erfolge

Im inländischen Firmenkundengeschäft mit rund 30.000 Kunden zählt sich unsere Positionierung als Kernbank für den Mittelstand zunehmend aus. So hat sich das Neugeschäftsvolumen mit Firmenkundenkrediten auf rund 1 Mrd € erhöht und damit gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Positiv hierbei ist vor allem die Entwicklung bei Investitions- und Kontokorrentkrediten. Auch die im Laufe des Jahres eingeführten Förderkreditprogramme, die unsere Produktpalette im Kreditgeschäft abrunden, entwickeln sich bereits erfreulich. Das strategiekonforme Wachstum steht dabei weiterhin im Einklang mit der bewährten risikobewussten Kreditpolitik der Postbank.

Zeitlich befristete Aktionsprogramme zur Stärkung von Kundenbeziehungen sowie eine Entlastung der Firmenkundenbetreuer von administrativen Aufgaben haben für positive Vertriebsimpulse gesorgt. Der konsequent vorangetriebene qualitative und quantitative Ausbau des Vertriebs macht sich in einer verbesserten Betreuungsintensität und einer daraus resultierenden gestärkten Kundenbindung bemerkbar.

Im Rahmen eines ganzheitlichen Beratungsansatzes bieten wir unseren Kunden auch eine vollumfängliche und leistungsstarke Produktpalette im Anlage- und Risikomanagement. Unsere Produktlösungen ermöglichen ein optimales Finanzmanagement für unsere Kunden. Dabei kommen neben klassischen Finanzierungsinstrumenten auch derivative Absicherungsinstrumente für das Zins- und Währungsmanagement zum Einsatz.

I Deutliches Wachstum bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen

Die gewerbliche Immobilienfinanzierung stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Auf dieses Marktsegment entfallen 65 % des gesamten Kreditvolumens und 40 % der Erträge.

Über lange Jahre gewachsene Geschäftsbeziehungen sowie unser von Kunden und Konsortialpartnern anerkanntes Know-how bilden das Fundament für weiteres Wachstum in diesem Segment, sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft. Bereits in den letzten Jahren konnten wir den Kundenstamm um namhafte Adressen der Immobilienwirtschaft und eine Reihe nationaler und internationaler Konsortialpartner erweitern.

Insgesamt überschritt das Volumen der gewerblichen Immobilienfinanzierung des Konzerns mit 11,3 Mrd € erstmals die 10-Milliarden-Euro-Marke nach 8,5 Mrd € im Jahr 2006.

I PB Capital mit Rekordergebnis in einem schwierigen Marktumfeld

Unsere US-Tochter PB Capital konnte sich in einem schwierigen Marktumfeld sehr gut behaupten und im Konzern einen sehr erfreulich gestiegenen Ergebnisbeitrag leisten. Insbesondere der Mix von drei einander ausgleichenden Geschäftsfeldern – Financial Markets, Credit Investments und Real Estate – und die konservative Risikopolitik begründen diesen Erfolg.

Im wichtigen Geschäftsfeld der gewerblichen Immobilienfinanzierung agierte die PB Capital aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheiten in den USA zurückhaltend und nutzte zunehmend Geschäftsmöglichkeiten im Segment langfristig vermieteter Immobilien, die zuvor überwiegend durch Verbriefungen finanziert wurden.

Insgesamt erhöhten sich die Kreditinanspruchnahmen von PB Capital von 2,3 Mrd \$ im Jahr 2006 auf nunmehr 3,3 Mrd \$.

I Postbank London Branch erneut sehr erfolgreich

Den Schwerpunkt des Geschäfts der Postbank London Branch bildete auch 2007 die Immobilienfinanzierung, wobei das Unternehmen seine Position als etablierter Anbieter strukturierter gewerblicher Immobilienfinanzierungen in UK weiter ausbauen konnte. Der Postbank London Branch ist es gelungen, ihren Kundenstamm – bestehend aus bedeutenden, teils börsennotierten Immobilienentwicklern und -investoren, Immobilienfonds und vermögenden Privatinvestoren – deutlich zu erweitern und damit die Basis für weiteres kontrolliertes Wachstum zu legen.

Im Geschäftsjahr 2007 konnte sie dank ihrer guten Marktstellung neue Immobilienkredite im Volumen von 1,6 Mrd € verbindlich zusagen. Dabei galt es, die hohe Kreditqualität und das gute Risikoprofil weiterhin sicherzustellen. Einen erfreulichen Beitrag zum Ergebnis leisteten auch die Londoner Treasury-Aktivitäten mit den Schwerpunkten Refinanzierung sowie Währungs- und Zinssicherungsgeschäfte für die Immobilienkunden.

Die Postbank London Branch konnte ihren Ertrag im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Drittel steigern. Die gesamten Forderungen gegenüber Kunden und aus Finanzanlagen betrugen zum Ende des Berichtsjahrs 2,5 Mrd €.

Obwohl nach mehreren Jahren deutlichen Preiswachstums eine moderate Abkühlung des Immobilienmarktes in Großbritannien erwartet wird, bleiben wir für unseren Teilmarkt zuversichtlich. Die Finanzierung qualitativ hochwertiger Immobilien in guten Lagen mit solventen und erfahrenen Partnern ist weniger anfällig für Korrekturen als der Gesamtmarkt. Außerdem werden nach dem deutlichen Rückgang der Vertriebsaktivitäten unserer Wettbewerber neue Geschäftsmöglichkeiten für ertrags- und risikosensitive Finanzierer wie die Postbank London Branch und auch die PB Capital erwartet.

I PB Factoring wächst weiter zweistellig

In einem für die deutsche Factoring-Branche sehr erfolgreichen Jahr 2007 konnte die PB Factoring ihre Marktanteile weiter ausbauen und ihre Position als eine der führenden Factoring-Gesellschaften unter den deutschen Anbietern festigen. Im Berichtsjahr erzielte das Unternehmen erneut eine zweistellige Steigerung bei Umsatz und Ertrag. Das angekaufte Umsatzvolumen wuchs um weitere 21 % auf 6,8 Mrd €. Neben dem Ausbau des Geschäfts standen die Optimierung interner Prozesse sowie die Festigung und der Ausbau der Kundenbeziehungen im Blickpunkt. So wurde u. a. ein Portal entwickelt, das die Kommunikation mit den Kunden vereinfacht und darüber hinaus umfangreiche Auswertungen bereitstellt. Ein weiterer Fokus lag auf der Entwicklung eines CRM-Systems (Customer Relationship Management), das alle relevanten Informationen, von der Angebotserstellung bis hin zur Vertragsverwaltung, in einer individualisierten Datenbank bündelt. Damit wurden maßgebliche Grundlagen für den Ausbau der Gesellschaft geschaffen.

I Postbank Leasing mit guter Neugeschäftsentwicklung

Postbank Leasing ist integraler Bestandteil unseres Firmenkundengeschäfts. Eine kundenorientierte Organisation mit Lösungen im Bereich der Finanzierung von Logistikgütern und höherwertigen Produktionsanlagen ist ein strategischer Erfolgsfaktor der Gesellschaft, der 2007 ein Neugeschäftsvolumen von rund 100 Mio € ermöglichte.

I Ausblick

Unser Ziel ist es, im Firmenkundengeschäft als Kernbank für den deutschen Mittelstand weiter zu expandieren und uns als leistungsstarker und verlässlicher Partner bei unseren Kunden zu positionieren. Exzellente Voraussetzungen bilden unsere starke Kundenbasis, die breite Produktpalette und unsere qualifizierten Mitarbeiter. Bis zum Jahr 2010 wollen wir unseren Bestand an Mittelstandskrediten auf 5 Mrd € nach 3,5 Mrd € am Jahresende 2007 erhöhen.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir weiterhin mit anlassbezogenen Aktionen unsere Visibilität im Markt erhöhen sowie mit Produktinnovationen – insbesondere im Zahlungsverkehr und im Finanzmanagement – und durch den weiteren Ausbau des regionalen Vertriebs das Geschäft mit unseren Stammkunden intensivieren.

Firmenkunden¹

Segmentergebnis	2007 Mio €	2006 Mio €	
Bilanzbezogene Erträge	278	267	
Provisionsüberschuss	104	105	
Verwaltungsaufwand	–163	–171	
Ergebnis vor Steuern	191	165	
Cost Income Ratio	42,7 %	46,0 %	
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	50,5 %	46,7 %	

139

¹ siehe Note 41

Im Zahlungsverkehr haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Prozess- und Kostenstrukturen weiter zu verbessern. Außerdem streben wir an, in den Jahren 2008 und 2009 unsere Zugangskanäle für die Ein- und Auslieferung von Zahlungsverkehrsaufträgen und -informationen zu erweitern.

Unser profitables Geschäft im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung wollen wir mit Schwerpunkt Europa weiter gezielt und risikobewusst ausbauen. Wenngleich die Transaktionsvolumen am Gewerbeimmobilienmarkt tendenziell rückläufig sind, rechnen wir für 2008 mit einer weiterhin erfreulichen Geschäftsentwicklung.

Die Verwerfungen an den Verbriefungsmärkten, die das Marktgeschehen nach unserer Einschätzung zumindest in den ersten Monaten 2008 weiter beeinflussen werden, dürften dazu führen, dass großvolumige Finanzierungen wieder häufiger von klassischen Bankenkonsortien begleitet werden. Von dieser „Wiederentdeckung“ der Banken, die bereit und in der Lage sind, Kredite auf ihre Bilanz zu nehmen, wollen wir klar profitieren. Dies allerdings bei strikter Beibehaltung unserer von sehr großer Vorsicht geprägten Risikopolitik.

Insgesamt wollen wir die Erträge des Ressorts Firmenkunden von 382 Mio € am Jahresende 2007 bis zum Jahr 2010 auf 500 Mio € steigern.

Transaction Banking: Führender Konsolidierer im Markt

Im Transaction Banking ist die Postbank Technologieführer in Deutschland. Seit der Übernahme des Zahlungsverkehrs der HypoVereinsbank zu Beginn des Jahres 2007 hat sie einen Marktanteil von 20 % bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen. Damit ist sie der Treiber der Konsolidierung in Deutschland und mit ihrer ausgezeichneten Expertise bereits eine Größe im europäischen Zahlungsverkehr. Den Depotbereich ausgenommen, deckt die Postbank mit Dienstleistungen rund um das Konto, den Zahlungsverkehr sowie den Kredit das gesamte Leistungsspektrum des Marktes ab.

I Neuer Mandant erfolgreich eingegliedert

In der Zahlungsverkehrsabwicklung verstehen wir uns als Full Service Provider (Anbieter einer umfassenden Dienstleistungspalette). Als Plattform für die Transaktionen unserer Mandanten, denen wir diese Dienstleistung seit 2004 anbieten, nutzen wir die Postbank Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG (BCB). Im Rahmen der geschlossenen Verträge erbringen wir für unsere Mandanten hochprofessionelle operative Dienstleistungen im inländischen und im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr, bearbeiten Nachforschungen und interne Konten. Nach Deutscher Bank und Dresdner Bank konnte zum 1. Januar 2007 mit der HypoVereinsbank ein weiterer Mandant gewonnen werden. Deren übernommene Tochtergesellschaft HVB Payments & Services GmbH wurde erfolgreich integriert. Zudem wurden drei von sieben Standorten entsprechend der vereinbarten Standortkonsolidierung geschlossen und die Effizienz damit wie geplant erhöht.

I Transaktionszahl und Marktanteil deutlich gesteigert

Im Jahr 2007 wickelte die Postbank einschließlich der BCB rund 7,4 Milliarden Zahlungsverkehrstransaktionen ab – nach ca. 6,2 Milliarden im Jahr 2006. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf unseren neuen Mandanten HVB zurückzuführen. Wie erwartet ist der beleghafte Zahlungsverkehr weiterhin rückläufig und hatte im Berichtsjahr mit rund 174 Millionen Transaktionen nur noch einen Anteil von 2,3 % am Gesamtvolumen.

Durch die Übernahme der Zahlungsverkehrsabwicklung für die HVB konnten wir 2007 unseren Marktanteil von zuvor 16 % auf über 20 % ausweiten und weitere Skaleneffekte erzielen.

I Organisationsstrukturen auf Wachstum ausgerichtet

Im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Transaction Banking wurde die Organisationsstruktur im Zahlungsverkehr weiter optimiert, was u. a. die Umwandlung der ehemaligen Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG zum 1. Juli 2007 in eine Aktiengesellschaft beinhaltet. Darüber hinaus haben Postbank und BCB die Industrialisierung des Transaction Banking weiter vorangetrieben. Wir konzentrieren uns auf wenige Standorte, an denen wir den Zahlungsverkehr mit standardisierten Prozessen großvolumig abwickeln. In einem zentralen Leitstand wird die Produktion bundesweit überwacht und gesteuert. So können die täglich anfallenden Zahlungsverkehrsmengen disponiert und zur optimalen und effizienten Bearbeitung auf die einzelnen Standorte verteilt werden.

Durch ein modernes Risikomanagement mit umfassender Notfallplanung haben wir uns gegen operationelle Risiken abgesichert. Zudem stellen wir mit nur einem Schadensfall pro 66 Millionen Transaktionen die hohe Qualität unserer Leistungen unter Beweis. Unsere Prozessstandardisierung und -dokumentation sowie das Qualitätsmanagement sind mit der Zertifizierung gemäß DIN EN ISO 9001ff für alle Mandanten unterlegt.

Im IT-Bereich des Transaction Banking war das Geschäftsjahr 2007 geprägt durch die Vorbereitung zur Einführung der Single Euro Payments Area (SEPA). Auf Basis der Anforderungen der Mandanten sowie eigener Konzepte haben wir die marktgerechte Einführung der SEPA-Produkte für die Abwicklung von europaweit einheitlichen Überweisungen (SCT) und Lastschriften (SDD) vorbereitet. In einem ersten Schritt wird ab Januar 2008 die SEPA-Überweisung abgewickelt.

Wir sind davon überzeugt, mit unserem hohen Industrialisierungsgrad von Bankdienstleistungen und unseren Instrumenten zur Prozesssteuerung eine herausragende Position im deutschen und auch im europäischen Bankenmarkt einnehmen zu können. Dies bietet beste Voraussetzungen für weiteres Wachstum.

Transaction Banking¹

Segmentergebnis	2007 Mio €	2006 Mio €
Bilanzbezogene Erträge	4	4
Provisionsüberschuss	350	263
Verwaltungsaufwand	–331	–245
Ergebnis vor Steuern	36	27
Cost Income Ratio	93,5 %	91,8 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	–	–

139

¹ siehe Note 41

| KreditService mit weiter erhöhter Prozesseffizienz

KreditService ist das Kompetenzzentrum der Postbank für die Bearbeitung und Abwicklung von Krediten, das sogenannte Kreditprocessing. Diesen Full Service bieten wir sowohl im Konzern als auch für externe Mandanten. Im Rahmen der BHW Integration wurden in der Kreditbearbeitung die Prozesse des BHW und der Postbank einander angeglichen. Darüber hinaus arbeiten wir kontinuierlich daran, die industrielle, standardisierte und hoch-effiziente Abwicklung von Baufinanzierungen weiter zu optimieren.

Mit unserer im Jahr 2006 eingeführten SAP-Plattform für die Abwicklung von Hypothekenfinanzierungen und durch weitere Prozessoptimierungen konnten wir unsere Bearbeitungsgeschwindigkeit wesentlich steigern. So wurden schließlich über 90 % aller eingereichten Kreditanträge innerhalb von 48 Stunden abschließend bearbeitet. Um die Durchlaufzeit bei der Kreditentscheidung noch weiter zu verkürzen, haben wir 2007 eine neue digitale Einreicherplattform eingeführt, die derzeit bereits bei 40 % aller Kreditanträge genutzt wird und weiter ausgebaut werden soll.

| Ausblick

Vor dem Hintergrund der Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums (SEPA) streben wir an, uns auf dem europäischen Markt neues Wachstumspotenzial zu erschließen. Hier beläuft sich unser Marktanteil inklusive Deutschland derzeit bereits auf 5 %. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für weiteres Wachstum sind sehr gut. Der deutsche Zahlungsverkehrsmarkt gilt als der effizienteste in Europa und ist damit ein ideales Sprungbrett für internationales Wachstum.

Die rechtlichen Voraussetzungen für den gemeinsamen europäischen Zahlungsverkehrsraum werden 2008 durch die Einführung von SEPA geschaffen. Auf Basis einheitlicher rechtlicher Grundlagen werden bis 2010 europaweit gemeinsame Standards für Überweisungen, Lastschriften und Kartenzahlungen eingeführt sowie Formate, Abwicklungsverfahren und Laufzeiten angepasst. Wir planen, mit einem oder mehreren Partnern in Form von Kooperationen, Beteiligungen oder Joint Ventures ein gemeinsames Europa-Angebot aufzubauen.

Im Kreditprocessing konnte sich in Deutschland bisher noch kein Markt für die Übernahme dieser Dienstleistung für Dritte etablieren. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Nachfrage insbesondere aufgrund des weiter steigenden Wettbewerbsdrucks im deutschen Finanzmarkt in den nächsten Jahren wachsen wird. Die daraus resultierende schwierige Kosten- und Margensituation wird kostengünstigere Lösungen zur Kreditbearbeitung erforderlich machen. Hier haben wir mit unseren stark industriell geprägten und auf Mandantenfähigkeit ausgerichteten Kreditprozessen eine hervorragende Ausgangsposition, um neue Kunden zu gewinnen.

Financial Markets: Schwieriges Marktumfeld gemeistert

75

Das Ressort Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Es sichert zum einen den Konditionsbeitrag aus dem Kundengeschäft und minimiert damit die aus dem Kundengeschäft resultierenden Marktpreisrisiken (Details hierzu finden Sie im Risikobericht). Zum anderen steuert es die Liquiditätsposition der Bank. Zusätzlich optimiert Financial Markets die Rendite-Risiko-Relation und generiert Erträge aus der gezielten und kontrollierten Übernahme von Marktpreisrisiken innerhalb eng vorgegebener Limite.

Im Jahr 2007 hat sich die effiziente Risikosteuerung durch das Ressort Financial Markets ausgezahlt: Von den durch die Krise am amerikanischen Hypothekemarkt ausgelösten Marktturbulenzen war die Postbank nur in überschaubaren Grenzen betroffen. Die Liquiditätssteuerung konnte weiter optimiert und das Emissions- und Konsortialgeschäft weiter ausgebaut werden.

I Treasury – erfolgreiche Steuerung der Marktrisiken in schwierigem Umfeld

Im Mittelpunkt der Aufgaben des Treasury steht – über die bereits erwähnte Sicherung der Konditionsbeiträge hinaus – vor allem die Steuerung der Zinsänderungsrisiken der Bank nach den im Markt gängigen Verfahren. Neben klassischen Wertpapieren wie Bundesanleihen und Pfandbriefen werden hier derivative Finanzinstrumente als integraler Bestandteil der modernen Gesamtbanksteuerung eingesetzt. Zunehmende Bedeutung hat im vergangenen Jahr die Liquiditätssteuerung erhalten, die vor dem Hintergrund eines rückläufigen Passivüberhangs optimiert wurde.

Auf der Basis hausinterner Markteinschätzungen werden im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite Marktpreis- und Spreadrisiken eingegangen. Auch 2007 konnte der Bereich Treasury trotz eines – vor allem durch die Subprime-Krise ausgelösten – schwierigen Marktumfeldes erneut einen wichtigen Beitrag zum Anstieg der bilanzbezogenen Erträge der Postbank leisten.

I Geld-, Devisen- und Kapitalmärkte – Marktpositionierung ausgebaut

Der Bereich Geld-, Devisen- und Kapitalmärkte (GDK) setzt für alle positionsverantwortlichen Bereiche der Bank die Transaktionen an den Finanzmärkten um. Er fungiert hauptsächlich als Dienstleister für den Konzern und entwickelt insbesondere für das Retail-Geschäft Produkte wie die im Jahr 2007 sehr erfolgreich emittierten Zertifikate „Postbank Strategie Sieger Zertifikat I und II“ sowie die „Postbank Index Garant Rente“. Darüber hinaus wird hier unter strikter Einhaltung der Risikolimits auch in begrenztem Maße Eigenhandel zur Generierung von Zusatz-erträgen betrieben. Zudem ist der Bereich GDK für die kurzfristige Liquiditätssteuerung der Bank verantwortlich.

Im Geschäftsjahr ist es erneut gelungen, die Marktstellung bei Zins- und Devisenprodukten sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene auszubauen. Der Aktienhandel konnte von den volatilen Marktschwankungen erfreulich profitieren.

I Emissions- und Konsortialgeschäft – erfolgreiche Mittelaufnahme

Im Rahmen der Steuerung ihrer Kapitalbasis begab die Postbank 2007 unter Federführung des Bereichs Emissions- und Konsortialgeschäft eine Nachranganleihe über rund 500 Mio € sowie Namens-Genussrechte über 135 Mio €. Zusätzlich konzentriert sich dieser Bereich auf den weiteren Ausbau der breiten Funding-Basis der Postbank, die mit der fortschreitenden Entwicklung des Kundengeschäfts auf der Aktivseite, – insbesondere bei den Baufinanzierungen – eine immer größere Rolle spielt.

Im Dezember 2007 erhielt die Postbank die von ihr beantragte Pfandbrieflizenz von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und legte zur Diversifizierung ihrer Refinanzierung ein sogenanntes „Debt Issuance Programme“ auf, in dessen Rahmen sie Anfang Januar 2008 sehr erfolgreich ihren ersten Pfandbrief emittierte.

I Asset Management – Zuwachsraten im Bestandsgeschäft und Neuakquisitionen

Der Konzernbereich Asset Management hat sich im Berichtsjahr sowohl bei Spezialfonds für institutionelle Kunden als auch bei Publikumsfonds für private Kunden erneut stark positioniert.

Im Spezialfondsgeschäft stieg das unter Verwaltung stehende Fondsvermögen trotz eines teilweise herausfordernden Börsenumfelds von 11,7 Mrd € am Jahresende 2006 auf 11,8 Mrd € am 31. Dezember 2007. Der Bruttomittelzufluss bei unseren eigenen Publikumsfonds lag im Berichtsjahr bei ca. 460 Mio € (710 Mio € im Vorjahr), sodass ein Endbestand von 1,8 Mrd € nach 1,9 Mrd € im Vorjahr erreicht wurde. Insbesondere der als Garantiefonds aufgelegte Postbank Protekt Plus verzeichnete anhaltend hohe Mittelzuflüsse.

Zum vierten Quartal 2007 wurde der Umbrella-Fonds Postbank Vermögensmanagement Plus aufgelegt, mit den drei Sondervermögen Ertrag, Wachstum und Chance. Der Kunde hat damit die Möglichkeit, entsprechend seiner individuellen Risiko- und Ertragserwartung zu investieren.

Financial Markets¹

Segmentergebnis	2007 Mio €	2006 Mio €
Bilanzbezogene Erträge	187	144
Provisionsüberschuss	83	63
Verwaltungsaufwand	–83	–78
Ergebnis vor Steuern	190	132
Cost Income Ratio	30,7 %	37,7 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	37,2 %	23,8 %

139

¹ siehe Note 41

I Luxemburg – neue Strukturen tragen Früchte

Die Deutsche Postbank Int. S.A. (PBI) bietet ihren Privatkunden Anlagemöglichkeiten im Geldmarkt, in Aktien-, Renten- und Garantiefonds sowie in sonstigen Wertpapierprodukten. In der Beratung von Firmenkunden konnte sie im Jahr 2007 insbesondere im Bereich des Zins- und Währungsmanagements erfreuliche Zuwächse verzeichnen. In Kooperation mit der PB Firmenkunden AG wurden und werden neue Produkte entwickelt und erfolgreich eingeführt sowie an der Verbesserung des Leistungskatalogs für Firmenkunden kontinuierlich gearbeitet.

Dies hat den Standort sowohl im Hinblick auf die Diversifikation als auch auf den Ertrag nachhaltig gestärkt und ermöglichte im Geschäftsjahr 2007 einen Anstieg im Ergebnis vor Steuern von 66,2 Mio € im Jahr 2006 auf 83,2 Mio € im Jahr 2007. Weitere Details können dem Geschäftsbericht der PBI entnommen werden, der über deutsche.postbank@postbank.lu erhältlich ist.

I Ausblick

Die Hauptaufgabe des Ressorts Financial Markets wird auch künftig in einer effektiven Risikosteuerung für die gesamte Postbank Gruppe liegen. Da es nur eine Frage der Zeit ist, wann der nur noch minimal vorhandene Passivüberhang in einen Aktivüberhang übergeht, wird neben dem weiteren Ausbau einer effektiven Liquiditätssteuerung ein aktives Emissionsprogramm wesentlicher Bestandteil der Aktivitäten im Jahr 2008 sein.

Voraussichtlich werden sich die Kapitalmärkte auch 2008 schwierig gestalten. Daher wird das Augenmerk auf der weiteren Optimierung der Asset Allocation als eines wichtigen Bestandteils des Risikomanagements und auf dem aktiven Management der Marktpreis- und Spreadrisiken liegen. Zudem wird Financial Markets weiter Innovationsmotor für die Produktentwicklung der Kundenbereiche sein.

Finanzieren *Wovon träumen Sie? Jeder Mensch hat Ziele und Wünsche. Große und kleine, persönliche und geschäftliche. Manche können warten, manche nicht. Wenn günstige Gelegenheiten schneller kommen als die nötigen Mittel, wenn eine größere Investition ganz neue Chancen eröffnet, dann sind wir für unsere Kunden da. Ob beim Privatkredit oder beim Business Kredit arbeiten wir nach der Devise: Fundiert in der Beratung – einfach, schnell und günstig in der Leistung. Wir freuen uns über Menschen, die etwas bewegen wollen. Ihnen gilt unsere volle Unterstützung.*



■ *Und ich weiß auch
schon, wer mein neues
Atelier einrichten wird.*



Bericht des Aufsichtsrats

Herr Dr. Klaus Zumwinkel hat zum 19. Februar 2008 sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Postbank AG niedergelegt. Er hatte entscheidenden Anteil daran, dass die Postbank sich zur führenden Retail-Bank Deutschlands entwickelt hat. Unter seiner Ägide gelang der erfolgreiche Börsengang der Postbank, gefolgt von der überaus positiven Entwicklung des Aktienkurses. Während seiner Amtszeit als Aufsichtsratsvorsitzender hat er zusammen mit dem Vorstand der Postbank wichtige Weichenstellungen für das Unternehmen vorgenommen, die ein nachhaltiges Wachstum der Bank auch in Zukunft ermöglichen. Der Aufsichtsrat der Postbank bedankt sich für die außerordentlichen Verdienste von Herr Dr. Zumwinkel und für die exzellente Führung des Gremiums.

In der Bilanzsitzung am 3. März 2008 hat sich der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG neu konstituiert und das bisherige Aufsichtsratsmitglied Herrn Dr. Frank Appel zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat den Vorstand regelmäßig beraten, überwacht und war in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2007 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der strategischen Maßnahmen sowie über wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben informiert. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen wurden dem Aufsichtsrat unter Angabe von Gründen erläutert. Alle zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens wurden eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, hat der Aufsichtsrat nach gründlicher Prüfung und Beratung sein Votum abgegeben. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert und stand in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.

I Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2007 hat sich der Aufsichtsrat in fünf Sitzungen und anhand regelmäßiger Zuleitung von Unterlagen über die aktuelle wirtschaftliche und strategische Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung und das aktive Risikomanagement sowie über neue Produkte unterrichten lassen. Die einzelnen Themen hat er intensiv hinterfragt und diskutiert. Bis auf Herrn Asmussen, der aufgrund seiner Verpflichtungen im Bundesministerium für Finanzen nur an zwei Aufsichtsratssitzungen teilnehmen konnte, haben sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats an mehr als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen im Geschäftsjahr teilgenommen.

In der ersten Sitzung am 16. März 2007 hat der Aufsichtsrat nach umfassender eigener Beratung und vorhergehender Erörterung und Empfehlung durch den Prüfungsausschuss den Jahres- und Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG gebilligt. Weitere Themen der Beratung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat waren Vorstandsangelegenheiten, der gemeinsame Bericht zur Corporate Governance, die Tagesordnung mit den Beschlussvorschlägen für die Hauptversammlung 2007, der Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Deutschen Postbank Beteiligungen GmbH und die Personal- und Revisionsberichte. Dem Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag hat die Hauptversammlung 2007 zugestimmt.

In der zweiten Aufsichtsratssitzung im Anschluss an die Hauptversammlung am 10. Mai 2007 hat sich der Aufsichtsrat neu konstituiert und die Herren Dr. Meyer und Lohmann zu Vorständen bestellt. Die Neukonstituierung wurde durch die Neuwahl von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat erforderlich. In dieser Sitzung wurden Herr Dr. Klaus Zumwinkel zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Herr Michael Sommer zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

In der außerordentlichen Sitzung am 18. Juli 2007 hat der Aufsichtsrat dem Verkauf sämtlicher Anteile an der PB Versicherung AG, der PB Lebensversicherung AG, der BHW Lebensversicherung AG und der BHW Pensions-

kasse an die Talanx AG sowie der damit verbundenen Vertriebskooperation zugestimmt. Dabei wurden die Definition des Kerngeschäfts und die Neuausrichtung der Deutschen Postbank AG im Versicherungsgeschäft intensiv diskutiert. Der Aufsichtsrat hat den Nutzen der Produktion eigener Versicherungsprodukte und die Konzentration auf deren ausschließlichen Vertrieb gegeneinander abgewogen.

Die Sitzung am 28. September 2007 hat der Aufsichtsrat genutzt, um die Auswirkungen der Subprime- und Liquiditätskrise auf die Deutsche Postbank AG zu erörtern. Der Aufsichtsrat hat eingehend über Analysen und Bewertungsmethoden beraten und sich von der Effektivität des Risikocontrollings überzeugt. Weitere Themen waren die Vorbereitung der Strategiediskussion und der Teilverkauf der BHW Bank AG.

In einer ausgedehnten Sitzung am 30. November 2007 hat sich der Aufsichtsrat insbesondere mit der Geschäfts- und Mittelfristplanung sowie der zukünftigen strategischen Ausrichtung der Deutschen Postbank AG beschäftigt. Weitere Themen der Sitzung waren die Beratungen zu Änderungen des Corporate Governance Kodex und der Teilverkauf der BHW Bank AG. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand die neue Strategie erläutern lassen sowie eingehend und umfassend über Maßnahmen und zukünftige Aufgaben in der Geschäftspolitik diskutiert.

Der Ausübung von Beteiligungsrechten in der BHW Holding AG und der Postbank Filialvertrieb AG hat der Aufsichtsrat im Umlaufverfahren zugestimmt.

I Arbeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat zur Intensivierung seiner Arbeit sechs Ausschüsse gebildet. Deren Aufgabe ist es, die Beschlussfassungen für aufsichtsratsrelevante Themen vorzubereiten. Darüber hinaus sind aus Gründen der Effizienz einzelne Entscheidungsbefugnisse – soweit dies gesetzlich zulässig ist – auf Ausschüsse übertragen worden. Die Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsratsplenum regelmäßig und ausführlich über die Arbeit und die Ergebnisse der Aufsichtsratsausschüsse.

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und seiner Ausschüsse zum 31. Dezember 2007:

Aufsichtsrat			
Dr. Klaus Zumwinkel (Vors.)	Rolf Bauermeister	Elmar Kallfelz	Elmo von Schorlemer
Michael Sommer (stv. Vors.)	Wilfried Boysen	Prof. Dr. Ralf Krüger	Torsten Schulte
Wilfried Anhäuser	Prof. Dr. Edgar Ernst	Dr. Hans-Dieter Petram	Eric Stadler
Jörg Asmussen	Annette Harms	Dr. Bernd Pfaffenbach	Gerd Tausendfreund
Marietta Auer	Dr. Peter Hoch	Dr. Klaus Schlede	Renate Treis

Präsidialausschuss (§ 10 GO AR)		Personalausschuss (§ 13 GO AR)	
Dr. Klaus Zumwinkel (Vors.)	Elmar Kallfelz	Michael Sommer (Vors.)	Dr. Klaus Schlede
Michael Sommer (stv. Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger	Dr. Klaus Zumwinkel (stv. Vors.)	Torsten Schulte

Kreditausschuss (§ 11 GO AR)		Nominierungsausschuss (§ 14 GO AR)	
Prof. Dr. Ralf Krüger (Vors.)	Dr. Peter Hoch	Dr. Klaus Zumwinkel (Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Elmar Kallfelz		
Marietta Auer	Renate Treis		

Prüfungsausschuss (§ 12 GO AR)		Vermittlungsausschuss (§ 15 GO AR)	
Dr. Peter Hoch (Vors.)	Wilfried Anhäuser	Dr. Klaus Zumwinkel (Vors.)	Elmar Kallfelz
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Gerd Tausendfreund	Michael Sommer (stv. Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger

Der Präsidialausschuss ist u. a. zuständig für die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands, den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands, die Gewährung von Organkrediten sowie besondere Themen von übergelagerter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss hat im letzten Jahr fünf Mal getagt. Gegenstand der Beratungen waren insbesondere die Diskussion und Vorbereitung von Vorstandsbestellungen, die Prolongation von Organkrediten und die Prüfung der Effizienz der Aufsichtsrats-tätigkeit.

Der Kreditausschuss ist zuständig für Kreditentscheidungen, grundsätzliche Fragen der Kreditgewährung und spezielle Investitionsentscheidungen. In sechs Sitzungen hat er auftragsgemäß über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen beraten. Darüber hinaus hat der Kreditausschuss Berichte über das Kreditrisiko entgegengenommen und regelmäßig die Kreditrisikostategie erörtert. Schwerpunkt der Kreditausschussarbeit waren die Beratungen im Zuge der Subprime-Krise. In einer außerordentlichen Sitzung zu diesem Thema hat der Vorstand den Kreditausschuss umfassend über die Entwicklungen und Auswirkungen der Subprime-Krise auf die Deutsche Postbank AG informiert. Diese Erkenntnisse wurden regelmäßig in den darauf folgenden Aufsichtsrats- und Ausschusssitzungen vertieft, aktualisiert und bewertet.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen des Personalwesens der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in der Personalausschusssitzung waren die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns, die Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG sowie geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte drei Mal. Gegenstand der Beratungen waren – unter Beteiligung des Wirtschaftsprüfers – die intensive Begleitung der Jahresabschlussprüfung sowie die Erörterung der Rechnungslegung und der Risikoüberwachung. Ferner hat sich der Prüfungsausschuss ausführlich mit dem Risikocontrolling der Deutschen Postbank AG beschäftigt und sich über die Prüfungsergebnisse der Internen Revision berichten lassen.

Der Vermittlungsausschuss und der erst im November 2007 aufgrund der neu in den Corporate Governance Kodex eingefügten Ziffer 5.3.3. gebildete Nominierungsausschuss sind im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zusammengetreten.

I Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte Pricewaterhouse-Coopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2007 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Sie hat auch den vom Vorstand nach § 312 Aktiengesetz aufgestellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen („Abhängigkeitsbericht“) geprüft. Über das Ergebnis dieser Prüfung hat der Abschlussprüfer berichtet und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Ferner hat der Abschlussprüfer gemäß § 317 Abs. 4 HGB eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zur Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns, der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unter-

nehmen sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden vom Aufsichtsrat geprüft.

Die Beratungen fanden in Gegenwart der Abschlussprüfer statt. Diese haben über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratssitzung berichtet und Fragen beantwortet. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat in der Aufsichtsratssitzung über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss berichtet. Der Aufsichtsrat hat das Ergebnis der Abschlussprüfung und der Prüfung des Abhängigkeitsberichts zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss. Er billigt den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss; der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt. Den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns hält der Aufsichtsrat in der Abwägung zwischen finanzieller Vorsorge der Gesellschaft und Aktionärsinteresse für angemessen und schließt sich ihm an. Ferner hat der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts.

I Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Folgende Änderungen haben sich im Vorstand der Deutschen Postbank AG im Geschäftsjahr 2007 ergeben. Herr Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann und Herr Henning Engmann haben ihre Vorstandsmandate zum 30. Juni 2007 und zum 31. März 2007 niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat mit Wirkung zum 1. Juli 2007 Herrn Dr. Wolfgang Klein zum Vorstandsvorsitzenden sowie Herrn Dr. Michael Meyer zum Vorstand Produktmanagement und Herrn Guido Lohmann zum neuen Vorstand des Mobilen Vertriebs der Deutschen Postbank AG bestellt.

Die Besetzung des Aufsichtsrats hat sich im Geschäftsjahr 2007 ebenfalls geändert. Frau Rosemarie Bolte, Frau Sabine Schwarz, Frau Christine Weiler, Herr Ralf Höhnmann und Herr Harald Kuhlow sind als Mitglieder aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. An ihrer Stelle wurden Frau Renate Treis, Herr Wilfried Anhäuser, Herr Rolf Bauermeister, Herr Torsten Schulte und Herr Eric Stadler durch die Delegiertenversammlung in den Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG berufen.

Im laufenden Geschäftsjahr hat sich eine weitere Änderung im Aufsichtsrat ergeben. Herr Dr. Klaus Zumwinkel hat im Februar 2008 sein Amt als Mitglied des Aufsichtsrats niedergelegt. An seiner Stelle ist Herr Dr. Frank Appel als Mitglied des Aufsichtsrats gerichtlich bestellt worden. In der Bilanzsitzung am 3. März 2008 ist Herr Dr. Frank Appel aus der Mitte des Aufsichtsrats zum Vorsitzenden gewählt worden.

I Corporate Governance

Von Bedeutung für den Aufsichtsrat waren auch die Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Vorstand und Aufsichtsrat haben bereits im Jahr 2003 entschieden, allen Empfehlungen des Corporate Governance Kodex zu folgen. Auch ist beabsichtigt, künftig alle Empfehlungen des Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007 umzusetzen. Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG wurde vom Vorstand und vom Aufsichtsrat zuletzt am 30. November 2007 abgegeben und danach den Aktionären auf der Internetseite des Unternehmens dauerhaft zugänglich gemacht. Weitere Einzelheiten zum Thema Corporate Governance, einschließlich des Wortlauts der Erklärung, werden im Corporate Governance Bericht (siehe S. 44) dargestellt.

Als Mitglied der Aufsichtsräte der Deutschen Postbank AG und der Talanx AG hat Herr Dr. Petram an der Entscheidungsfindung während des Verkaufs der Versicherungsgesellschaften nicht mitgewirkt und sein Stimmrecht höchstvorsorglich nicht ausgeübt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 3. März 2008

Der Aufsichtsrat



Dr. Frank Appel
Vorsitzender

Corporate Governance

I Leitgedanke

Die Deutsche Postbank versteht gute Corporate Governance als verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen.

Dabei umfasst Corporate Governance das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, insbesondere die effiziente Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat, die Transparenz des Unternehmensgeschehens und die Achtung der Aktionärsinteressen. In diesem Rahmen wird die Corporate Governance mindestens einmal jährlich vom Vorstand und dem Aufsichtsrat erörtert. Eine gute Corporate Governance fördert das Vertrauen aller Beteiligten und Interessierter, aller Anleger, Kunden und Mitarbeiter in das Unternehmen.

Es geht nicht lediglich um die Einhaltung oder Befolgung von Normen, sondern um gelebte Unternehmenskultur. Aus diesem Grund entspricht die Deutsche Postbank AG allen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

I Führungs- und Kontrollstruktur

Die Deutsche Postbank AG ist nach dem dualen Führungsprinzip aufgebaut, das dem Vorstand Führungsaufgaben und dem Aufsichtsrat Überwachungs- und Beratungsaufgaben zuweist. Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in intensivem Dialog aus. Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstandsvorsitzende stehen in regelmäßigem Kontakt.

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Unternehmensleitung. Der Vorstandsvorsitzende koordiniert die Arbeit der Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG besteht gegenwärtig aus neun Mitgliedern, die die Geschäfte der Gesellschaft gesamtverantwortlich nach einheitlichen Zielsetzungen, Plänen und Richtlinien führen. Die Deutsche Postbank AG ist in Ressorts gegliedert, in denen die Vorstände eigenverantwortlich, aber stets dem Gesamtwohl der Gesellschaft entsprechend, handeln. Der Vorstand bestimmt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik und die Konzernorganisation.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen sind, unmittelbar eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er besteht aus 20 fachlich erfahrenen Mitgliedern. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des AktG von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur nächsten Wahl ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Von diesen zehn Aufsichtsratsmitgliedern müssen sieben Arbeitnehmer der Gesellschaft sein, darunter ein leitender Angestellter. Die weiteren Aufsichtsratsmitglieder müssen Vertreter von im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften sein. Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sechs Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind der Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Kredit- und Vermittlungsausschuss sowie der 2007 neu eingerichtete Nominierungsausschuss. Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung, Funktion und Sitzungsinhalten der Ausschüsse (siehe S. 40).



Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs- und Beratungspflichten nachkommt. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Hauptversammlung

Die Aktionäre üben ihre Rechte in der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall einmal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Ebenso wird die Hauptversammlung bis zur Generaldebatte im Internet übertragen. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Die Stimmrechtsvertreter sind während der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Transparenz

Die Deutsche Postbank AG ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen und zu bekräftigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen allen Interessengruppen zeitgleich zugänglich gemacht. Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie die Quartalsberichte und kommuniziert über Presse- bzw. Investor-Relations-Meldungen und -Konferenzen, Ad-hoc-Mitteilungen, Meldungen nach § 15a WpHG, Unternehmensberichte oder die unternehmenseigene Webseite (www.postbank.de). Dort sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitverlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.



Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und müssen Interessenkonflikte unverzüglich gegenüber dem Aufsichtsrat offen legen. Im Falle wesentlicher Interessenkonflikte ist eine vorzeitige Beendigung des Mandats vorgesehen. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung. Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats.



Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder finden Sie auf S. 157, Note (59).

I Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Postbank Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB) binnen 90 Tagen erstellt. Zwischenberichte werden innerhalb von 45 Tagen veröffentlicht.

161

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Postbank ist zu einer internen Rotation verpflichtet. Ferner ist er angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf S. 161, Note (60).

Risikomanagement

Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Deutschen Postbank AG auch im Umgang mit Risiken wider. Die Deutsche Postbank AG hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben ein umfangreiches Risikomanagementsystem institutionalisiert, um die Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Zudem ist dieses System darauf ausgerichtet, die relevanten Daten zur Risikosituation der Deutschen Postbank AG zeitnah generieren zu können. Das Risikomanagement findet, um dessen Effizienz zu erhöhen, auf drei verschiedenen Ebenen statt: Vorstand, Risikokomitee und in den jeweiligen operativen Einheiten zur Risiko-steuerung. Gemäß den Vorgaben der MaRisk werden die relevanten Berichte und die Strategien zu unterschiedlichen Risikoarten auch im Aufsichtsrat vorgestellt und beraten. Gesteuert werden sowohl Einzel- als auch Portfoliorisiken. Dabei stellt die Deutsche Postbank AG die Risiken dem erwarteten Ertrag aus der Geschäftstätigkeit gegenüber, um beurteilen zu können, ob diese unter Berücksichtigung ihrer geschäftspolitischen Ziele in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Wirksamkeit des Systems wird von der internen Revision geprüft.

75

Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht auf S. 75 ff. entnehmen.

I Vergütungsbericht 2007

Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex die Höhe und Struktur der Vergütungssysteme.

Die Darstellung erfolgt in individualisierter und allgemein verständlicher Form sowie getrennt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten.

Darüber hinaus werden monetäre Vergütungsanteile der Vorstandsvergütung für Nebentätigkeiten, für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit oder in Form von Versorgungszusagen aufgezeigt. Angaben zum Aktienbesitz, zur Kreditvergabe, zu den Offenlegungspflichten gemäß Wertpapierhandelsgesetz und zu den D&O-Versicherungen runden die Darstellung ab.

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung wird vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Versorgungszusagen. Das Fixum wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Der Jahresbonus des Vorstandsvorsitzenden wird durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats auf Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

Die Jahresboni der übrigen Vorstandsmitglieder werden auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich zu jeweils 50 % aus Unternehmenszielen der Deutschen Postbank AG und aus individuellen Zielen zusammen. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird der maximale Jahresbonus gewährt. Im Fall des Vorstandsvorsitzenden liegt die Begrenzung bei der Höhe der fixen jährlichen Vergütung. Im Übrigen ist das Verhältnis des möglichen variablen Vergütungsbestands zum fixen Vergütungsbestandteil aus Anreizgründen so bemessen, dass der mögliche variable Vergütungsbestandteil die Höhe des fixen Vergütungsbestands übersteigen kann.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht. Bis 2004 haben Mitglieder des Vorstands der Deutschen Postbank AG Aktienoptionen der Deutschen Post AG erhalten.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2007 insgesamt Bezüge in Höhe von 10.529,0 T€ erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 4.469,8 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.489,2 T€) und 6.059,2 T€ auf Boni (im Vorjahr 6.082,2 T€).

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „Sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 189,8 T€ enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Einzelheiten ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle:

Vorstandsvergütung 2007	Fixum	Nebenleistungen	Erfolgsabhängige Vergütung	Summe
	T€	T€	T€	T€
Dr. Wolfgang Klein ¹ , Vorsitzender ab 01.07.2007	687,5	45,7	797,7	1.530,9
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Vorsitzender bis 30.06.2007	555,0	14,6	825,0	1.394,6
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9
Henning R. Engmann, Mitglied bis 31.03.2007	125,0	7,8	200,0	332,8
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8
Guido Lohmann, Mitglied seit 01.07.2007	125,0	9,8	161,5	296,3
Dr. Michael Meyer, Mitglied seit 01.07.2007	175,0	6,9	219,9	401,8
Loukas Rizos	550,0	19,5	1.067,3	1.636,8
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4
Gesamt	4.280,0	189,8	6.059,2	10.529,0

¹ Der ausgewiesene Betrag umfasst die Vorstandstätigkeit im Gesamtjahreszeitraum.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Im Fall von Herrn Rizos bestehen Ruhegehaltsansprüche darüber hinaus bei mehrheitlicher Übernahme der Gesellschaft durch eine Drittgesellschaft oder wegen Änderung des vereinbarten Aufgabenbereichs ohne wichtigen, von Herrn Rizos zu vertretenden Grund.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bilden die Vorstandsmitglieder Jütte und Rizos. Herr Rizos hat einen maximalen Versorgungsgrad von 75 %. Der höchstmögliche Versorgungsgrad beträgt bei Herrn Jütte 50 % des versorgungsfähigen Einkommens. Der Vorstandsvorsitzende hat den maximalen Versorgungsgrad von 60 % bereits erreicht.

Die bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt in den bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Am 10. Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Lohmann und Dr. Meyer liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben und ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst. Derzeit liegt dieser Zinssatz bei 6 %. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Rizos und Dr. Meyer haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		
	Versorgungs- grad am Ende des Geschäfts- jahres 31.12.2007 %	Maximal- versorgungsgrad (in %) %	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Dr. Wolfgang Klein, Vorsitzender ab 01.07.2007	60	60	184.414
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Vorsitzender bis 30.06.2007 (Ruhestand)	–	75	1.623.938
Dirk Berensmann	56	60	206.979
Dr. Mario Daberkow	0	60	95.858
Henning R. Engmann, ausgeschieden am 31.03.2007	–	60	146.386
Stefan Jütte	28,4	50	232.740
Loukas Rizos	66	75	343.715
Hans-Peter Schmid	0	60	303.715
Ralf Stemmer	0	60	79.976

In den Fällen der Herren Schmid, Stemmer und Dr. Daberkow ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2007 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen seiner vorhergehenden Versorgung ein.

	Beitragssumme für 2007 €	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2007 €	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Guido Lohmann, seit 01.07.2007	192.109	197.872	55.806
Dr. Michael Meyer, seit 01.07.2007	229.214	236.090	nicht bei Postbank bewertet

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betrugen 4,95 Mio €.

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz DBO) für laufende Pensionen beläuft sich auf 42,77 Mio €.

Sonstiges

Die Vorstände haben im Geschäftsjahr keine Leistungen Dritter erhalten, die im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand zugesagt oder gewährt worden sind.

Abgesehen von den aufgeführten Versorgungszusagen sind keinem Vorstandsmitglied weitere Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit zugesagt worden.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2009 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2006 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2010 fällig.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Vergütung. Für den Vorsitzenden eines Aufsichtsratsausschusses erhöht sich die Vergütung jeweils um das 1-Fache, für ein Mitglied eines Aufsichtsratsausschusses jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Anfallende Umsatzsteuern auf die Aufsichtsratsvergütung und Auslagen werden erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Begrenzt wird die Aufsichtsratsvergütung, indem die beiden variablen Vergütungskomponenten jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten dürfen. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt nicht 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, übersteigen. Darüber hinaus darf die Ausschussvergütung nicht das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds übersteigen. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für das Geschäftsjahr 2007 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 996 T€ (Vorjahr: 963 T€). Die Erhöhung der variablen Vergütung beruht im Wesentlichen auf dem deutlich verbesserten und nachhaltig positiven Ergebnis des Deutschen Postbank Konzerns.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

	Fixe Vergütung	Variable Vergütung*	Summe	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung**
	T€	T€	T€	T€
Dr. Klaus Zumwinkel	52,5	55,3	107,8	52,5
Michael Sommer	45,0	47,5	92,5	45,0
Wilfried Anhäuser	12,8	14,3	27,1	12,8
Jörg Asmussen	15,0	15,5	30,5	15,0
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5
Rolf Bauermeister	9,7	10,7	20,4	9,7
Rosemarie Bolte	5,3	5,6	10,9	5,3
Wilfried Boysen	15,0	16,0	31,0	15,0
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	33,5	63,5	30,0
Annette Harms	15,0	16,3	31,3	15,0
Dr. Peter Hoch	37,5	41,0	78,5	37,5
Ralf Höhmann	5,3	5,6	10,9	5,3
Elmar Kallfelz	32,7	36,5	69,2	32,7
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	41,5	79,0	37,5
Harald Kuhlowl	6,3	6,8	13,1	6,3
Dr. Hans-Dieter Petram	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Klaus Schlede	22,5	23,8	46,3	22,5
Elmo von Schorlemer	15,0	16,3	31,3	15,0
Torsten Schulte	12,8	14,1	26,9	12,8
Sabine Schwarz	5,3	5,6	10,9	5,3
Eric Stadler	9,7	10,7	20,4	9,7
Gerd Tausendfreund	22,5	24,5	47,0	22,5
Renate Treis	12,8	14,8	27,6	12,8
Christine Weiler	5,3	5,6	10,9	5,3
Summe	478,0	518,4	996,4	478,0

* inkl. Sitzungsgeld

** Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 14,5 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2007 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Bis zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 931 T€ (Vorjahr: 924,7 T€) gewährt. An Vorstandsmitglieder, die 2007 ausgeschieden sind, wurden keine Kredite vergeben. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadensfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstandsmitglieder vorgesehen. Die Höhe der Eigenbeteiligung beträgt zwischen 10 % und 40 % des Jahresfestgehalts.

Effizienzprüfung

Die Effizienzprüfung des Aufsichtsrats wird anhand einer Selbstevaluation und ggf. durch zusätzliche Beratungen beauftragter Aufsichtsratsmitglieder durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Aufsichtsrats werden regelmäßig konkrete Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet, um die Effizienz der Arbeit weiter konsequent steigern zu können. So ist zur Verbesserung der Aufsichtsratsarbeit der Fragebogen zur Selbstevaluation überarbeitet und, im Rahmen einer Geschäftsordnungsänderung, die Ausschusszuständigkeit neu strukturiert worden. Sodann hat der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit erneut geprüft und bestätigt.

Kodex Neuerungen

Die Gremien der Deutschen Postbank AG haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr mehrfach mit den Themen und Regelungen des Corporate Governance Kodex auseinandergesetzt. Den neuen Empfehlungen des Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007 trägt die Deutsche Postbank AG insofern Rechnung, indem die Compliance-Berichterstattung explizit in die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats aufgenommen wurde und der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss gegründet hat, der der Hauptversammlung geeignete Kandidaten für die Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats vorschlägt. Ferner soll der Hauptversammlung die Zustimmung zur elektronischen Weitergabe von Informationen an die Aktionäre vorgeschlagen werden.

Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben am 30. November 2007 folgende gemeinsame Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben:

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG erklären, dass seit der letzten Entsprechenserklärung vom 30. November 2006 sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 12. Juni 2006 entsprochen wurde und die Absicht besteht, künftig sämtlichen Empfehlungen des Kodexes in der geltenden Fassung vom 14. Juni 2007 zu entsprechen.

Soweit es die elektronische Weitergabe von Informationen an die Aktionäre betrifft, bedarf diese der vorherigen Zustimmung der Hauptversammlung. Der Hauptversammlung 2008 soll die Zustimmung vorgeschlagen werden. Auf Grundlage dieses Beschlusses können die Einberufungsunterlagen für die Hauptversammlung 2009 auf Wunsch des Aktionärs auch elektronisch versandt werden.

■ *Frech wie immer:
Er kauft mein Traumboot, und ich
„darf mal das Deck schrubben“.*



Anlegen *Das Schöne an der Zeit ist: Sie kann für uns arbeiten – vorausgesetzt, wir geben ihr Gelegenheit dazu und folgen einem gut durchdachten Plan. Beispielsweise bei der Geldanlage und beim Vermögensaufbau. Hier ist ein Finanzpartner gefragt, der mit Know-how und reicher Erfahrung nicht nur die ideale Strategie für den Augenblick entwickelt, sondern diese, entsprechend der Lebensphase, immer wieder optimiert. Unsere Kunden bestimmen, wann es losgeht und wo sie ankommen möchten, wir steuern sie sicher ans Ziel.*



IT/Operations: Leistungsfähige IT meistert hohe Anforderungen

Die Postbank verfügt über eine hocheffiziente IT-Plattform, die im Jahr 2003 völlig neu implementiert und seitdem ständig weiterentwickelt wurde. Die größten Investitionen liegen daher auf absehbare Zeit bereits hinter uns, und wir konzentrieren uns darauf, die hohe Leistungsfähigkeit der Postbank im Kundengeschäft weiter zu stärken. Hier sah sich die Postbank IT im zurückliegenden Jahr einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber. Auf der Agenda standen neben der Umsetzung zahlreicher gesetzlicher Neuregelungen beispielsweise die Optimierung unserer Organisationsstruktur, die Weiterentwicklung des Multikanal-Banking sowie die Entwicklung und Einführung neuer Produkte für die Firmenkunden der Postbank.

I Organisation

Nach der erfolgreichen Integration der IT-Einheiten von BHW und HypoVereinsbank (HVB) haben wir im Berichtsjahr die nächste Stufe der prozessorientierten Optimierung der Strukturen in der Postbank Systems AG erreicht. Ziel der zum 1. Januar 2008 etablierten neuen Organisationsstruktur ist eine weitere Effizienzsteigerung durch noch konsequentere Ausrichtung der IT-Prozesse auf die Kernaufgaben Plan (Steuerung der IT) – Build (Realisierung unserer IT-Vorhaben) – Run (Betrieb bestehender IT-Lösungen). In diesem Zusammenhang wurde die Zahl der Vorstandsressorts von vier auf drei reduziert (Informationsstrategie (Plan), Projekte (Build) und Betrieb (Run)).

I ISE, TARGET 2 und SEPA

Im Zahlungsverkehr standen 2007 die regulatorischen Anforderungen für ISE, das imagegestützte Scheckeinzugsverfahren, für TARGET 2 (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System) und für SEPA, die Single Euro Payments Area, im Vordergrund. Die BCB-Mandanten Dresdner Bank, HVB und Postbank wurden von der Bundesbank als drei der ersten zehn TARGET-2-Teilnehmer ausgezeichnet. Die Dresdner Bank haben wir in die Lage versetzt, als einziger Teilnehmer bereits das erste Testfenster der Euro Banking Association (EBA) wahrzunehmen, und damit Dresdner Kleinwort als erstem europäischem Institut den Anschluss an die neue SEPA-konforme Plattform der Euro Banking Association (EBA) ermöglicht.

I MiFID

Im Berichtsjahr haben wir pünktlich das Projekt „MiFID“ abgeschlossen. Damit erfüllt die Postbank die umfangreichen gesetzlichen Regelungen der EU-Richtlinie „Markets in Financial Instruments Directive“ (MiFID) zur Verbesserung des Kundenschutzes und zur Steigerung der Transparenz im Beratungs- und Ordergeschäft für Finanzmarktinstrumente.

Für Financial Markets haben wir mit Abschluss des Projekts „Migration BHW Backoffice“ alle Financial-Markets-Bestände der BHW Bausparkasse aus dem Hamelner Backoffice-System BSP auf die Backoffice-Systeme der Postbank (BSP und Prime) migriert. Als Voraussetzung dafür wurden die Systeme in die Lage versetzt, mandantenfähig zu arbeiten. Durch die Anpassung der Prozesse und die zentrale Verwaltung der Stamm- und Gattungsdaten konnte der operative Aufwand deutlich verringert werden.

I Basel II

Mit der nationalen Umsetzung von Basel II orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Hierbei hat sich die Deutsche Postbank AG für den anspruchsvollen Internal Rating-Based Approach (IRBA) entschieden. Dieser Ansatz basiert auf selbst entwickelten Ratingmodellen zur differenzierten Eigenkapitalunterlegung der Risiken.

Das IT-Programm Basel II konzentrierte sich in der ersten Stufe auf die IT-technische Anbindung von Risikoportfolios und die durch SAP-Anwendungen gestützte Berechnung der Eigenkapitalunterlegung. Nach der Zulassung der Deutschen Postbank AG für den IRBA durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 22. Dezember 2006 wurden ab dem 1. April 2007 die Meldungen gemäß Solvabilitätsverordnung nach Basel II erstellt. Die zweite Stufe endet am 31. März 2008 mit der Kalkulation weiterer Risikoportfolios auf Basis interner Ratingmodelle.

| Multikanal-Banking

Im Jahr 2007 wurde die Anwendung Multikanal-Banking in drei Schritten (Releases) weiterentwickelt. Das März-Release enthielt vor allem gesetzliche Änderungen, wie z. B. die EU-Vermittlerrichtlinie. Darüber hinaus wurde ein neuer Beratungsprozess für den Fondsverkauf eingeführt. Im Juli-Release wurden vor allem neue Kreditprozesse im Rahmen des strategischen Projektes „Fit für Wachstum“ umgesetzt. Das November-Release konzentrierte sich auf die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen zu den Themen Markets in Financial Instruments Directive (MiFID) und Versicherungs-Vertrags-Gesetz (VVG). Darüber hinaus wurden weitere neue Kreditprozesse, z. B. für den Verkauf von Auto- und Minutenkrediten, eingeführt.

Im November 2007 wurde die Internetpräsenz der Postbank im Rahmen der Initiative EasyOne komplett überarbeitet und für unsere Kunden noch einfacher und besser nutzbar gestaltet.

Zum Jahreswechsel 2008 schließlich wurde die Anbindung der neuen Talanx-Versicherungsprodukte sichergestellt.

| Neue Produkte für Firmenkunden

Im Rahmen der Firmenkundenstrategie haben wir eine Vielzahl von Finanzprodukten entwickelt und Prozessverbesserungen umgesetzt. Zu den Themen des Jahres 2007 gehören Globaldarlehen, automatische Passivkontenanlage, automatische Referenzzinssteuerung, revolvingierende Rahmendarlehen, Textautomation, verbesserte Obligodarstellung mit neuen Produkten, Bereitstellungsprovision und risikoadjustiertes Kontokorrent.

Im Projekt „Kreditplattform“ haben wir einen ersten Ansatz zum Customer Relationship Management (CRM) für den Bereich Firmenkunden realisiert, der die Firmenkundensachbearbeiter bei der Erfassung von konditionsrelevanten Daten unterstützt.

Für 2008 wurden die Themen strukturierte syndizierte Finanzierung und risikoadjustiertes Controlling vorbereitet.

| Ausblick

Nachdem insbesondere die Vielzahl regulatorischer Änderungen im Jahr 2007 zu der höchsten Projektauslastung der Postbank IT in ihrer Geschichte führte, werden auch 2008 signifikante Anteile der Projektkapazitäten durch rechtliche Anforderungen gebunden sein. Nach der Umsetzung der MiFID-Vorgaben im Jahr 2007 stellt die Einführung der Abgeltungssteuer zu Beginn des Jahres 2009 die nächste regulatorische Herausforderung dar, die in relativ kurzer Zeit zu meistern ist. Weitere Schritte im Basel-II-Umfeld stehen ebenso an wie der Abschluss unserer Arbeiten rund um das Thema geldwerter Vorteil sowie die Umsetzung der Langfristlösung im Hinblick auf die Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen (GdPdU).

Im direkten Kundengeschäft werden wir die IT-Unterstützung für die stark vertriebsorientierten Fokusthemen „Sofortinfo, Sofortverkauf und Sofortservice“ liefern. Der Ausbau der Systeme für das Firmenkundengeschäft und die Beendigung des Programms „Payment Solution“ im Sommer 2008 runden unsere Aktivitäten des laufenden Geschäftsjahres ab.

Mitarbeiter: Evolution und Qualifikation als Erfolgsfaktoren

Die Mitarbeiter der Postbank haben einen entscheidenden Anteil am Erfolg der Postbank und sind unerlässlich für die Erreichung der strategischen Ziele. Eine effiziente proaktive Personalarbeit ist daher ein entscheidender Erfolgsfaktor. Idealerweise wird das Potenzial unserer Mitarbeiter gefördert, und sie werden an den richtigen Stellen effektiv eingesetzt bei gleichzeitiger Kontrolle der Personalkosten. Die Postbank lebt bereits eine ausgeprägte Performance-Kultur bei hohem Flexibilisierungsgrad. Im zurückliegenden Jahr hat sie mit der Gründung der PB Vertriebsakademie, in der alle Bildungsdienstleistungen der Postbank gebündelt sind, den entscheidenden Schritt getan, um einen konzernweit einheitlichen hohen Qualifizierungsstandard sicherzustellen. In das System der leistungsgerechten Entlohnung wurden 2007 auch die Beamten unter unseren Mitarbeitern vollständig einbezogen.

I Personelle Herausforderungen gemeistert

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2007, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 21.474 Mitarbeiter, gut 200 weniger als am 31. Dezember 2006. In der Gesamtzahl enthalten sind etwa 7.500 Beamte, was einem Anteil von 35 % nach 36 % im Vorjahr entspricht. Knapp 25 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis; diesen Anteil möchten wir weiter ausbauen.

Dem Vertrieb waren zum Ende des Berichtsjahres, zusätzlich zu den 4.260 selbstständigen mobilen Verkaufsberatern, rund 12.800 Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet) zuzuordnen. Die Stärkung der Vertriebsfunktionen bei weitgehend konstanter Mitarbeitergesamtzahl geschah über die Ausschöpfung von Synergien in Backoffice-Funktionen – hier wurden etwa 1.900 auf Vollzeit umgerechnete Stellen eingespart, davon 1.200 als Folge der Integration von BHW und Filialen im Jahr 2006 – und den gleichzeitigen Ausbau der Mitarbeiterkapazitäten im Vertrieb.

I Ein Bildungsdienstleister für alle Postbank Mitarbeiter

Als großen Gewinn für das Unternehmen werten wir die Gründung der PB Vertriebsakademie GmbH zum 1. Januar 2007; sie ging hervor aus der früheren Abteilung Vertriebsakademie der BHW Bausparkasse und der zur Deutschen Post AG ausgelagerten operativen Personalentwicklung der Postbank. In ihr sind alle Bildungsdienstleistungen der Postbank gebündelt und stehen sowohl den Vertriebsmitarbeitern der Postbank und den für die Postbank tätigen selbstständigen Vertriebsmitarbeitern als auch den Backoffice-Kräften zur Verfügung. Die PB Vertriebsakademie GmbH übernimmt von der operativen Auftragsklärung über die Konzeption der Personalentwicklungsmaßnahmen und die Marktrecherche bis zum Veranstaltungsmanagement und zum Bildungscontrolling alles, was die Postbank von einem Bildungsdienstleister erwartet. Diese Bündelung stellt einen für die Mitarbeiter in den verschiedenen Vertriebskanälen der Postbank einheitlichen und über alle Funktionen gleichbleibend hohen Qualifizierungsstandard sicher.

Im Berichtsjahr investierte der Postbank Konzern über 46.000 Fortbildungstage in die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter. Erheblichen Anteil hieran hatte die Postbank Filialvertrieb AG, die systematisch die Verkaufskompetenz ihrer Mitarbeiter erweiterte. Über die Fortbildungstage hinaus wurde in erheblichem Umfang in Training on the Job und in Coaching-Maßnahmen investiert.

I Vereinheitlichung der Konzernausbildung

Im Jahr 2007 bot die Postbank bundesweit 334 neue Ausbildungsplätze an, damit waren zum 31. Dezember 2007 713 Nachwuchskräfte im Postbank Konzern beschäftigt. Für 2008 ist eine weitere Steigerung auf 358 Ausbildungsplätze vorgesehen. Gleichzeitig wurde das Ausbildungskonzept der Postbank auf die unternehmensübergreifende Ausbildung im Konzern umgestellt. Dadurch gewährleisten wir, dass die Auszubildenden optimal auf die fachlichen und vertrieblichen Anforderungen des Konzerns vorbereitet werden. Unter den angebotenen Ausbildungsberufen war erstmals auch der des Kaufmann/der Kauffrau für Dialogmarketing.

Die Postbank kooperiert seit Jahren mit der Frankfurt School of Finance and Management erfolgreich in den ausbildungsintegrierten Studiengängen sowie für den theoretischen Teil der betrieblichen Berufsausbildung. Diese Zusammenarbeit wurde auch im Berichtsjahr erfolgreich fortgesetzt und auf das BHW sowie die Postbank Filialvertrieb AG ausgeweitet.

I Leistungsbezogene Entgeltsysteme für eine starke Performance-Kultur

Die Postbank zahlt ihren Mitarbeitern konzernweit ein variables leistungsbezogenes Entgelt und nimmt damit in Deutschland eine Vorreiterrolle ein. Als letzter Mosaikstein konnten die bei der Postbank und ihren Tochtergesellschaften beschäftigten Beamten mit dem rückwirkenden Inkrafttreten der Postbankleistungsentgeltverordnung vollständig in die Unternehmenskultur „Entlohnung nach Leistung“ integriert werden. Die Ermittlung des „Leistungsbonus“ erfolgt über Zielvereinbarung oder Leistungsbeurteilung. Unsere Führungskräfte haben damit nicht nur ein Bezahl-, sondern auch ein Führungs- und Entwicklungsinstrument in Händen, das von Mitarbeitern und Führungskräften gleichermaßen akzeptiert ist.

Mitarbeiter

	31.12.2007	31.12.2006
Anzahl Mitarbeiter (auf Vollzeit umgerechnet)	21.474	21.696
Anzahl Teilzeitkräfte	5.608	5.771
Anteil weiblicher Mitarbeiter	58 %	59 %
Anteil männlicher Mitarbeiter	42 %	41 %
Anteil Beamte ca.	35 %	36 %

Die variable Vergütung des Managements kann individuell fast 50 % der Jahresvergütung ausmachen, in Vertriebsfunktionen und in speziellen Geschäftsfeldern auch deutlich mehr. Führungskräfte der oberen Ebenen können darüber hinaus seit 2005 – im Rahmen der Teilnahme an einem Long-Term-Incentive-Plan (LTI) – von einem an die Wertentwicklung der Postbank Aktie gekoppelten jährlichen „Cash-Premium“ auf das Gehalt profitieren.

Aufgrund der langen Laufzeit der 2006 erreichten Lohn- und Tarifabschlüsse gab es im Berichtsjahr keine Lohn-tarifverhandlungen, daher konnte die Postbank die Personalkostenentwicklung für 2007 verlässlich steuern. Die zweite Stufe der Lohn- und Tarifabschlüsse aus dem Jahr 2006 wirkt je nach Konzernunternehmen in Höhe von 1,5 % oder 2,5 % seit dem 1. Dezember 2007 bzw. ab dem 1. April 2008.

I Ideenmanagement hebt Ersparnispotenzial

Über das Ideenmanagement der Postbank schaffen unsere Mitarbeiter langfristige Werte, indem sie mit Verbesserungsvorschlägen aktiv ins unternehmerische Geschehen eingreifen: Im Jahr 2007 konnten bei der Postbank rund 1.200 Vorschläge mit einem Ersparnispotenzial von insgesamt mehr als 3,1 Mio € umgesetzt und Prämien in einer Gesamthöhe von mehr als 350.000 € ausgezahlt werden. In der aktuellen Jahresstatistik 2006 des Deutschen Instituts für Betriebswirtschaft (dib) belegt die Postbank einen hervorragenden 4. Platz unter 20 Banken.

I Ausblick „Next Step“

Das Ressort Ressourcen wird einen aktiven Beitrag im Rahmen des Strategieprogramms „Next Step“ leisten. Auch 2008 steht die qualitative Weiterentwicklung unserer Mitarbeiter bei gleichzeitiger Kostenkontrolle im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Mit dem Fokus „Qualitätsführerschaft der Postbank“ werden wir konsequent unser Qualifizierungskonzept weiterentwickeln, um in dem zunehmend stärkeren Wettbewerb unsere Mitarbeiter schnell und gezielt fördern und auf den neuesten Stand bringen zu können. Hierfür bietet uns die 2007 eingerichtet PB Vertriebsakademie die ideale Plattform.

Zudem werden wir die Feinsteuerung des Personalbestands und damit des Personalaufwands weiterentwickeln. Unser auf einen Mix von quantitativen und qualitativen Kriterien gestütztes Analyseverfahren wird die zielgenaue Gesamtsteuerung der Personalbedürfnisse der Fachbereiche flexibilisieren und dadurch die Mitarbeiterverfügbarkeit erhöhen. Dies dient parallel auch der Optimierung der Personalkostenstruktur, in der wir auch das Management von Mitarbeiterzahl und Personalkosten je Vollzeitbeschäftigtem präzise steuern.

Nachhaltigkeit: Ausbau unserer Engagements in Kernbereichen

Als eine der großen börsennotierten Banken Deutschlands bekennt sich die Postbank zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Verantwortungsbewusstes Handeln in Bezug auf unsere Aktionäre, unsere Kunden, unsere Mitarbeiter, auf Gesellschaft und Umwelt ist Bestandteil unseres Selbstverständnisses und bildet die Grundlage für unseren langfristigen wirtschaftlichen Erfolg.

I Nachhaltiges Handeln schafft langfristige Werte

In der Postbank ist nachhaltiges Handeln eingebettet in die Konzernwerte, den Verhaltenskodex und die Umweltleitlinien unseres Mehrheitseigners Deutsche Post World Net.

Seit 2005 ist die Postbank Mitglied im Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e. V. (VfU). Hier engagieren wir uns in Arbeitskreisen und bei Roundtable-Gesprächen mit UNEP FI, der führenden Vereinigung internationaler Banken im Bereich Nachhaltigkeit, z. B. zu den Themen „Banken und der Klimawandel“ oder „Gesellschaftliche Verantwortung“. Mit der erneuten Unterzeichnung des Carbon Disclosure Projects (CDP5) im Jahr 2007 bekennen wir auch weiterhin, dass Banken bei Anlageentscheidungen verstärkt Aspekte des Klimaschutzes beachten sollen.

Die Postbank sieht sich auf ihrem eingeschlagenen Weg bestätigt – dies spiegelt sich auch darin wider, dass wir in weltweit anerkannte Nachhaltigkeitsindizes aufgenommen wurden und gute Ergebnisse bei Nachhaltigkeitsratings erzielen konnten:

Nachhaltigkeitsindizes		gelistet seit
FTSE4good Indices Europe & Global		März 2006
Ethical Index Euro		Januar 2007
ASPI Eurozone (Advanced Sustainable Performance Index)		Dezember 2007
Nachhaltigkeitsratings	Ergebnis	
SAM Research (2007)	über Branchendurchschnitt	
SiRi (2006)	über Branchendurchschnitt	
Scoris DAX 30-Rating (2007)	Platz 18 (bester der im Jahr 2006 erstmals gelisteten DAX-Werte)	
Vigeo (2007)	über Branchendurchschnitt	

I Gesellschaftliche Verantwortung leben

Soziale Integration

Im Rahmen der seit 2004 bestehenden Sozialpartnerschaft mit der Aktion Mensch fördert die Postbank integrative Projekte in der Kinder- und Jugendhilfe. So haben wir beispielsweise das Finanzprodukt „Postbank Gewinn-Sparen“ aufgelegt und hieraus seit 2004 rund 665.000 € an die Aktion Mensch gespendet, im Berichtsjahr allein eine Summe von 190.000 €. Darüber hinaus fanden im Jahr 2007 zum vierten Mal bundesweit zehn Fußballturniere „Cool down, kick off – Straßenfußball für Toleranz“ statt, bei denen Fairness,

Dialogfähigkeit und Zivilcourage im Mittelpunkt stehen. Seit Beginn der Sozialpartnerschaft war das Projekt bundesweit in 40 Städten zu Gast; knapp 3.000 Kinder und Jugendliche nahmen bisher an den Turnieren teil.

BHW zeichnet seit 2005 jährlich bei dem bundesweiten Wettbewerb „Netzwerk Nachbarschaft“ die vorbildlichsten Nachbarschaften in Deutschland aus. An dem Wettbewerb unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin beteiligten sich im Berichtsjahr mehrere Tausend aktive Nachbarn aus 230 Bewerberinitiativen.

Hochschulförderung

Mit dem „Postbank Finance Award“ haben wir im Jahr 2007 zum vierten Mal den mit 70.000 € höchstdotierten finanzwirtschaftlichen Hochschulpreis in Deutschland verliehen. Am diesjährigen Wettbewerb nahmen 38 Arbeitsgruppen von 32 Hochschulen aus Deutschland und Österreich teil. Ziel ist es, unter dem Motto „Zukunft verstehen – Zukunft gestalten“ die Entwicklung von innovativen und wissenschaftlichen Lösungen für aktuelle finanzwirtschaftliche Herausforderungen zu fördern. Darüber hinaus engagiert sich die Postbank in der Hochschulförderung durch Kooperationen mit verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Unterstützung von Schulen

An unseren Standorten in Bonn und Hameln bestehen mehrere Kooperationen mit weiterführenden Schulen; Themenfelder sind dabei die Berufswahlorientierung, die Vermittlung von wirtschaftlichem Know-how und die Entwicklung von Handlungskompetenz. Ergänzend hat die Postbank ihre im Jahr 2004 gegründete Kooperation mit dem Verein Schulen ans Netz e.V. ausgeweitet. Unser wirtschaftliches Planspiel konnte hierdurch als fester Bestandteil des Schulunterrichts etabliert werden.

I Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz

Die Postbank berücksichtigt Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes auf vielfältige Weise. So wurden 2007 beispielsweise mehrere Großstandorte der Postbank unter Umweltgesichtspunkten untersucht; die Ergebnisse dienen uns als Ansatzpunkte für eine Optimierung des bestehenden Umweltmanagements. Ferner haben wir eine Internetumfrage zum Thema „Banken und der Klimawandel“ unterstützt, und das BHW Forum stand 2007 unter dem Motto „Vom Wohnklima zum Klimaschutz“. Auch mit unseren Produkten leisten wir einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz:

- I Der Investmentfonds „PB Dynamik Vision“ zählt mit einem Volumen von rund 330 Mio € zu den großen Nachhaltigkeitsfonds in Deutschland. Der Fonds investiert in Unternehmen, die im Hinblick auf Ökologie und soziale Verantwortung als Branchenbeste im angesehenen Dow Jones Nachhaltigkeitsindex gelistet sind.
- I Mit den „Öko-Konstant-Darlehen“ bietet BHW seit Juli 2007 Finanzierungslösungen für Maßnahmen an, durch die der Energieverbrauch in Eigenheimen verringert wird. BHW unterstützt damit die Kunden, aktiv zum Klimaschutz beizutragen.
- I In unseren Postbank Finanzcentern bieten wir umweltfreundliche Papierprodukte, einen Ökostromvertrag, ein klimaneutrales DHL-Paket sowie in Aktionszeiten Energiesparlampen an.

I Ausblick

Mitte 2008 wird der zweite Nachhaltigkeitsbericht von Deutsche Post World Net erscheinen; in ihm werden ausgewählte Beispiele für das nachhaltige Handeln der Postbank enthalten sein. Parallel dazu werden wir unsere Nachhaltigkeits-Website www.postbank.de/nachhaltigkeit aktualisieren und die Berichterstattung ausweiten. Außerdem ist es unser Ziel, 2008 das Umweltmanagement der Postbank weiter zu optimieren und unsere Klimabilanz zu verbessern.



Vorsorgen Kein Weckerklingeln in aller Frühe, kein Termin drängt zur Eile, nach dem Beruf bekommt das Leben ein ganz neues Gesicht. Wir möchten, dass es für unsere Kunden das Gesicht eines entspannten, freudigen und genussvollen Lebens ist. Was wir dafür tun? Wir beraten sie umfassend – je früher, desto besser – und finden mit ihnen gemeinsam die beste Lösung. Staatliche Förderung nutzen, mit betrieblicher Altersvorsorge Steuern sparen, die passende private Absicherung auswählen. Das verstehen wir unter intelligenter Zukunftssicherung. Und ist die erst unter Dach und Fach, kann's schon losgehen mit der Vorfreude.



*Die weiß, was sie will
und wie sie drankommt.
Genau wie ich.*



Kreditersatzgeschäft

Der hohe Einlagenüberhang der letzten Jahre wurde von der Postbank u. a. in strukturierten Kreditverbriefungen als Kreditersatzgeschäft angelegt. Hierzu investierte die Postbank in international diversifizierte Kreditverbriefungen, um zur Optimierung ihres Risiko/Return-Profiles eine breite Streuung des Kreditrisikos über verschiedene Kundengruppen, Ratingklassen und geografische Regionen zu erzielen. Vor dem Hintergrund der Konzentration ihrer Geschäftstätigkeit auf den deutschen Markt mindert dies die Abhängigkeit der Postbank von der konjunkturellen Lage in Deutschland und eröffnet ihr gleichzeitig die Chance, von der positiven Entwicklung in anderen Märkten zu profitieren. Die Anlagen erfolgten unter restriktiven Vorgaben und durchliefen die intensiven Kreditprozesse der Postbank, sodass uns die Turbulenzen an den Kapitalmärkten im Jahr 2007 nur in begrenztem Ausmaß getroffen haben.

Die finanziellen Auswirkungen werden im Lagebericht und in den Notes dieses Geschäftsberichts beschrieben. Da die im Lagebericht und in den Notes bei der Darstellung des Handelsergebnisses erwähnten Effekte aus der Bewertung der in diesen Kreditverbriefungen eingebetteten Derivate nicht in Zusammenhang mit dem originären Handelsergebnis der Postbank stehen, werden wir auch zukünftig die Effekte gesondert ausweisen.

Inhalt

Das Geschäftsjahr 2007

Konzernlagebericht	Konzernabschluss	Weitere Informationen
66 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	101 Gewinn- und Verlustrechnung	163 Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
70 Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	102 Bilanz	164 Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
71 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	103 Eigenkapitalveränderungsrechnung	165 Anlage
72 Segmentbericht-erstattung	104 Kapitalflussrechnung	167 Gremien
74 Bilanzentwicklung	106 Erläuterungen – Notes	168 Konzernstruktur
74 Nachtragsbericht	139 Segmentbericht-erstattung (Note 41)	170 Glossar
75 Risikobericht	162 Bestätigungsvermerk	176 Adressen
97 Prognosebericht		

Konzernlagebericht der Deutschen Postbank

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

- I Am 1. Januar 2007 haben wir die Zahlungsverkehrseinheit der HypoVereinsbank (HVB) übernommen.
- I Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG fand am 10. Mai 2007 in Köln statt. Die Aktionäre stimmten allen Tagesordnungspunkten mit einer Mehrheit von jeweils über 97 % zu. Am Folgetag wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von 1,25 € pro Aktie ausgeschüttet.
- I Professor Dr. Wulf von Schimmelmann schied zum 30. Juni 2007 nach über acht Jahren erfolgreicher Arbeit an der Spitze der Deutschen Postbank AG auf eigenen Wunsch als Vorstandsvorsitzender aus. Sein Nachfolger in diesem Amt seit dem 1. Juli 2007 ist Dr. Wolfgang Klein.
- I Ebenfalls zum 1. Juli 2007 wurden vom Aufsichtsrat zwei neue Vorstandsmitglieder bestellt: Dr. Michael Meyer leitet das Produktmarketing und Guido Lohmann verantwortet den mobilen Vertrieb der Bank. Diese beiden Einheiten wurden bisher von Dr. Wolfgang Klein in Personalunion geführt.
- I Im Versicherungsgeschäft hat sich die Postbank neu aufgestellt. In einem ersten Schritt wurde am 18. Juli ein Vertrag zum Verkauf der BHW Lebensversicherung AG sowie der PB Versicherung AG und der PB Lebensversicherung AG an die Talanx Gruppe unterzeichnet. Das Closing dieser Transaktion fand zum 30. September statt. Gleichzeitig schlossen wir mit der Talanx einen langfristigen Kooperationsvertrag zum Vertrieb von Lebens- und Unfallversicherungen an die Kunden der Postbank.
- I Um die Reichweite der Postbank Produkte noch weiter zu erhöhen, gründeten wir am 27. August eine Partnerschaft zum Vertrieb von Finanzdienstleistungen mit Tchibo, einem der größten deutschen, international tätigen Konsumgüter- und Einzelhandelsunternehmen.
- I Im Zuge der strategischen Neuordnung des Versicherungsgeschäfts ging die Postbank am 21. September eine Vertriebspartnerschaft mit der HUK-COBURG ein. Seit Oktober 2007 werden über die Vertriebskanäle der Postbank exklusiv Kfz-, Haftpflicht- und Sachversicherungen der HUK-COBURG vertrieben. Umgekehrt bietet die HUK-COBURG über ihre Distributionswege exklusiv Produkte der Postbank, wie z. B. das Postbank Girokonto, an.
- I Anlässlich des ersten Capital Markets Day der Postbank am 6. Dezember 2007 stellte der Vorstand das strategische Programm „Next Step“ vor. Dieses beinhaltet eine noch intensivere Fokussierung auf den Kunden und ein geschärftes Kompetenzprofil. Damit strebt die Postbank an, als „Nummer 1 für Liquiditäts- und Finanzmanagement“ in einem herausfordernden Marktumfeld auch weiterhin profitabel zu wachsen.
- I Am 19. Dezember wurde der Postbank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Pfandbrieflizenz erteilt. Diese erlaubt ihr, im Rahmen des neu aufgelegten „Debt Issuance Programme“ Pfandbriefe zu emittieren. Mit der Ausgabe von

Pfandbriefen stellen wir unsere Refinanzierungsstruktur, die bisher vor allem auf unserer starken Basis an Kundeneinlagen beruht, auf eine noch breitere Grundlage. Unserem Deckungsstock für die Emission von Hypothekendarlehen-Pfandbriefen wurde von den Ratingagenturen Fitch Ratings, Moody's und Standard & Poor's indikativ die Bestnote „AAA“ erteilt. Anfang Januar 2008 folgte dann bereits unsere erste, sehr erfolgreiche Pfandbriefemission im Volumen von 1,5 Mrd. €.

Weltwirtschaft im Aufschwung trotz erster Belastungen aus der Finanzmarktkrise

Die Weltwirtschaft blieb auch 2007 stabil auf Wachstumskurs. Zwar nahmen aufgrund der Finanzmarktkrise in den USA und des massiv gestiegenen Ölpreises die globalen Konjunkturrisiken in der zweiten Jahreshälfte zu. Die Wachstumsdynamik wurde dadurch jedoch nicht spürbar gedämpft. Die globale Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr konnte mit einem Plus von knapp 5 % beinahe das Niveau des Vorjahres erreichen.

Die Konjunktur in den Vereinigten Staaten litt im gesamten Jahr 2007 unter einem starken Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen. Die ausgeprägte Schwäche des Marktes für Wohnimmobilien wirkte sich zunächst aber nur in begrenztem Maß auf andere Wirtschaftssektoren aus. Der private Verbrauch wuchs weiterhin solide. Die Unternehmen weiteten ihre Investitionen aus, wobei insbesondere der Wirtschaftsbau deutlich zulegte. Zudem profitierten die US-Exporte von der robusten Weltkonjunktur und dem schwachen US-Dollar. So lieferte der Außenhandel 2007 einen markanten Beitrag zum Wirtschaftswachstum, nachdem er dieses in den Vorjahren jeweils belastet hatte. Als Folge des kraftlosen Wohnungsbaus fiel der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2007 hingegen mit 2,2 % deutlich geringer aus als im Vorjahr und blieb damit auch knapp hinter unseren Erwartungen zurück.

In Asien setzte sich der wirtschaftliche Aufschwung nahezu ungebrems fort. Erneut verzeichneten die asiatischen Schwellenländer mit einem Zuwachs von fast 10 % das höchste Wirtschaftswachstum weltweit. Dagegen ließ die konjunkturelle Dynamik in Japan nach. Hier wuchs das BIP mit 1,9 % schwächer als im Vorjahr. Während vom Außenhandel weiterhin kräftige Wachstumsimpulse ausgingen, expandierte – vor allem als Resultat leicht rückläufiger Bruttoanlageinvestitionen – die Binnennachfrage verhaltener.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums war 2007 günstiger, als wir zu Jahresbeginn erwartet hatten. Auch wenn die konjunkturelle Dynamik im Jahresverlauf etwas nachließ, blieb das BIP-Wachstum mit 2,7 % nur geringfügig hinter dem des Vorjahres zurück. Dabei profitierte die Wirtschaft des Euroraums erneut von einem steigenden Außenbeitrag, trotz der starken Entwicklung des Euro. Getragen wurde das Wachstum jedoch vor allem von der Binnennachfrage. Besonders positiv entwickelten sich weiterhin die Bruttoanlageinvestitionen, während das Wachstum des privaten Verbrauchs nicht an den Wert des Vorjahres heranreichte.

Kräftiges Wachstum in Deutschland

Wenngleich auch in Deutschland das Tempo des wirtschaftlichen Aufschwungs im Verlauf des Jahres 2007 nachließ, übertraf das BIP-Wachstum hier mit 2,5 % zum wiederholten Mal die Erwartungen. Massive Impulse gingen im Berichtsjahr vom Außenhandel aus.

Die Exporte legten mit einer Steigerung von gut 8 % deutlich stärker zu als die Importe, mit der Folge, dass der Außenhandel für rund die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Wachstums verantwortlich zeichnete. Auf der binnenwirtschaftlichen Seite erwiesen sich die Bruttoanlageinvestitionen mit einem Plus von etwa 5 % auch im Berichtsjahr als wichtigster Wachstumsträger. Dabei stiegen speziell die Ausrüstungsinvestitionen mit einem Zuwachs von 8,4 % weiterhin sehr dynamisch. Die Bauinvestitionen wuchsen dagegen mit 2 % spürbar verhaltener als im Vorjahr. Allerdings entwickelten sich die verschiedenen Bauparten sehr unterschiedlich: Während der Wirtschaftsbau im Zuge der insgesamt regen Investitionstätigkeit der Unternehmen einen Zuwachs von rund 3 % erreichte, nahmen die Wohnungsbauinvestitionen lediglich um 0,3 % zu, und selbst dieses bescheidene Plus war lediglich einem starken ersten Quartal zu verdanken. Im weiteren Jahresverlauf fielen die Wohnungsbauinvestitionen hinter die Vorjahresentwicklung zurück. Negativ bemerkbar machten sich in dieser Phase die Vorzieheffekte des Jahres 2006, als der Wohnungsbau vorübergehend von dem Wegfall der Eigenheimzulage und der Anhebung der Mehrwertsteuer profitiert hatte.

Der kräftige Anstieg der Unternehmensinvestitionen wirkte sich auch 2007 positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Bis zum Jahresende sank die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt auf 3,51 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang um rund 590.000 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Im gleichen Zeitraum ging die Arbeitslosenquote von 9,8 % auf 8,4 % zurück. Dennoch erwies sich der private Verbrauch im Berichtsjahr als Schwachpunkt der deutschen Wirtschaft. Verantwortlich hierfür war vor allem die kräftige Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 16 % auf 19 % zu Jahresbeginn, die zu einer spürbaren Dämpfung der Konsumneigung führte. Obwohl sich der private Verbrauch im Jahresverlauf wieder erholte, konnte er insgesamt den Wert des Vorjahres nicht erreichen. Unsere Erwartung eines moderaten Wachstums beim Konsum wurde damit enttäuscht. Gleichwohl fiel das BIP-Wachstum in Deutschland im Berichtsjahr deutlich stärker aus, als von uns erwartet.

Entwicklung an den Märkten

Das Geschehen an den Finanzmärkten 2007 lässt sich in zwei Phasen gliedern. In der ersten Jahreshälfte dominierte der Einfluss der positiven globalen Wirtschaftsentwicklung. Aktienkurse und Zinssätze kletterten auf den höchsten Stand seit mehreren Jahren. Ab der zweiten Jahreshälfte breitete sich an den Märkten dann eine tiefe Verunsicherung aus. Auslöser war die Krise des US-Hypothekenmarktes (Subprime-Krise), die zu Misstrauen der Finanzmarktteilnehmer untereinander und letztlich zu massiven Verwerfungen in vielen Marktsegmenten führte.

Die Notierungen an den Aktienmärkten stiegen bis in die zweite Jahreshälfte hinein kräftig an. Der dämpfende Einfluss steigender Kapitalmarktzinsen wurde in dieser Phase überkompensiert durch die gute Konjunktur und anhaltende Gewinnsteigerungen der Unternehmen. Ab dem Sommer gerieten die Aktienmärkte dann unter Druck und mussten nach teilweise sehr heftigen Schwankungen per saldo einen Teil der zuvor erzielten Kurssteigerungen wieder abgeben. Besonders stark betroffen waren Finanzwerte. Nachdem im Zuge der US-Subprime-Krise viele Banken massive Abschreibungen auf Vermögenswerte vornehmen mussten und es sogar zu einigen Schieflagen gekommen war, gaben die Kurse von Finanzwerten auf breiter Front nach. Dies zog die meisten der führenden Aktienindizes

der Industriestaaten nach unten, auch wenn die Kursentwicklung jenseits der Finanzwerte aufgrund anhaltender Gewinnsteigerungen der Unternehmen weiterhin positiv war. Trotz der Turbulenzen beendeten wichtige Aktienindizes das Berichtsjahr mit einem Plus. Insbesondere der DAX 30 entwickelte sich wegen seines hohen Anteils an zyklischen Werten und der guten konjunkturellen Entwicklung in Deutschland erneut sehr positiv. Mit einem Anstieg von gut 22 % im Jahresverlauf überflügelte er sehr deutlich den EURO STOXX 50, der lediglich um knapp 7 % zulegte. Der S&P 500 stieg um knapp 5 %. Die Postbank Aktie behauptete sich in der ersten Jahreshälfte per saldo auf dem Ende 2006 erreichten Niveau. Ab dem Sommer geriet sie dann in den allgemeinen Abwärtssog der Bankwerte, konnte die zwischenzeitlichen Kursverluste aber bis zum Jahresende wieder weitgehend ausgleichen. Details hierzu finden Sie im Kapitel „Aktionäre und Aktie“.

Im Verlauf des Jahres 2007 wurde der Euro an den Devisenmärkten entgegen unseren Erwartungen erneut stark aufgewertet. Nach einem verhaltenen Anstieg in der ersten Jahreshälfte, legte er im zweiten Halbjahr massiv zu und wurde zum Jahresende bei 1,46 US-Dollar gehandelt. Dies entspricht einer Aufwertung um 10,6 % im Vorjahresvergleich. Treibende Kräfte der Dollar-Abwertung waren die Subprime-Krise und die daraus resultierenden Finanzmarkturbulenzen. Diese schürten die Furcht vor einer Rezession in den USA und veranlassten die US-Notenbank, beginnend im September, den Leitzins von zuvor konstant 5,25 % bis Ende 2007 auf 4,25 % zu senken. Wir hatten hingegen für 2007 mit einem weitgehend unveränderten Leitzins in den USA gerechnet. Im Januar 2008 reduzierte die US-Notenbank den Leitzins nochmals massiv bis auf ein Niveau von 3 %.

Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung und zunehmender Inflationsrisiken im Euroraum erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins in der ersten Jahreshälfte zwei Mal um insgesamt 0,5 Prozentpunkte auf die in unserem letztjährigen Geschäftsbericht prognostizierte Zielgröße von 4 %. Vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen, der zunehmenden Konjunkturrisiken und des steigenden Euro-Außenwertes verzichtete sie dann aber im weiteren Jahresverlauf auf eine zusätzliche Straffung der Geldpolitik. Dennoch stiegen die Geldmarktsätze in der zweiten Jahreshälfte massiv an. Das gegenseitige Misstrauen der Finanzinstitute erfasste auch den Geldmarkt, sodass kräftige Renditeaufschläge für Ausleihungen der Banken untereinander verlangt wurden. Der 3-Monats-Euribor kletterte in der Spitze bis auf 4,95 % und lag auch zum Jahresultimo mit fast 4,7 % noch ungewöhnlich weit über dem EZB-Leitzins.

Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung und die EZB-Leitzinserhöhungen ließen die Kapitalmarktrenditen in der ersten Jahreshälfte 2007 kräftig steigen. Sowohl die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen als auch die Rendite 10-jähriger deutscher Bundesanleihen erreichten um die Jahresmitte Mehrjahres-Höchststände. Die US-Leitzinssenkungen und der Verzicht der EZB auf weitere Leitzinsanhebungen sorgten jedoch für Entlastung. Zudem profitierten Staatsanleihen vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen von ihrer Funktion als „sicherer Hafen“. Zum Jahresultimo lag die Rendite 10-jähriger US-Treasuries um rund 0,6 Prozentpunkte niedriger als Ende 2006. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen stieg dagegen im gleichen Zeitraum um gut 0,3 Prozentpunkte auf 4,3 %. Die Zinsstrukturkurve blieb damit relativ flach.

Wie für alle Banken schränkt die flache Zinsstrukturkurve auch für die Postbank die Möglichkeiten ein, durch die Refinanzierung von in einem normalen Zinsumfeld relativ höher verzinslichen langfristigen Krediten durch niedriger verzinsten kurzfristigen Einlagen die Erträge zu steigern. Aufgrund des starken Kundengeschäfts ist die Postbank bei der Refinanzierung weniger stark vom Kapitalmarkt abhängig. Da die Einlagen im Allgemeinen eine geringere Zinselastizität aufweisen, hat sich die Verflachung der Zinskurve nicht unmittelbar und nicht in vollem Umfang auf die Refinanzierungskosten ausgewirkt.

Branchensituation

Die deutschen Banken konnten 2007 mehrheitlich eine erfreuliche Entwicklung ihrer operativen Ergebnisse vorweisen. Die Marktverwerfungen infolge der US-Hypothekenkrise haben die Erträge in der zweiten Jahreshälfte aber teilweise spürbar belastet. Einzelne Finanzinstitute, die am Markt für strukturierte Produkte sehr aktiv waren, gerieten in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten. Verglichen mit vielen internationalen Finanzinstituten, hielten sich bislang die Belastungen aus der US-Subprime-Krise bei den deutschen Kreditinstituten insgesamt aber in Grenzen.

Im Prime Standard der Deutschen Börse sind sieben Banken gelistet, von denen wir bei der folgenden Auswertung die IKB u. a. aufgrund der nur bis zum 30. Juni 2007 vorliegenden Geschäftszahlen nicht berücksichtigt haben. Die übrigen sechs Banken erreichten in den ersten neun Monaten des Berichtsjahrs eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach Steuern von 19,5 %, dies entspricht einem Zuwachs von 5,8 Prozentpunkten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert. Im gleichen Zeitraum reduzierten sie ihre Aufwand-Ertrags-Relation von durchschnittlich 57,2 % auf 53,3 %. Erzielt wurde die Verbesserung der Rentabilitätskennziffern durch einen höheren Zinsüberschuss bei einer geringeren Risikovorsorge sowie durch eine Steigerung des Provisionsergebnisses bei überwiegend nur leicht höheren Verwaltungsaufwendungen. Das Eigenhandelsergebnis entwickelte sich dagegen mehrheitlich rückläufig. Für das vierte Quartal ist bei den deutschen Banken von einem anhaltend positiven operativen Trend auszugehen, wobei mit weiteren finanziellen Belastungen durch die Marktverwerfungen gerechnet werden muss.

Bei der Kreditvergabe war in Deutschland im Berichtsjahr eine insgesamt verhaltene Zunahme zu beobachten. Die einzelnen Marktsegmente entwickelten sich allerdings sehr unterschiedlich. Infolge der erneut kräftig steigenden Investitionen belebte sich die Kreditnachfrage seitens der Unternehmen, wie von uns erwartet, spürbar. Hier stieg das Kreditvolumen bis zum Ende des dritten Quartals um 6,3 % oder 50,8 Mrd € auf 858,4 Mrd €. Bei den privaten Wohnungsbaukrediten, bei denen wir mit einem verhaltenen Zuwachs gerechnet hatten, gab das Marktvolumen im gleichen Zeitraum dagegen um 0,3 % oder 2,4 Mrd € auf 792,6 Mrd € nach. Hier wirkten sich die schwache Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen und hierunter insbesondere die geringen Neubauaktivitäten negativ aus, nachdem es im Vorjahr aufgrund des Wegfalls der Eigenheimzulage und der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten gekommen war. Die konsumorientierten Kredite stagnierten erwartungsgemäß nahezu. Im Gesamtmarkt stieg das Volumen der Ratenkredite lediglich um 0,2 % oder 0,3 Mrd € auf 130,9 Mrd €.

Die Kreditportfolios deutscher Banken wiesen auch 2007 eine vergleichsweise hohe Qualität auf. Nach Angaben der Deutschen

Bundesbank ist nur mit einer moderaten Zunahme der Kredite mit Einzelwertberichtigungsbedarf zu rechnen, nachdem die Relation der Bestände an Not leidenden Krediten zum Bruttokundenkreditvolumen auf das niedrigste Niveau seit Ende der neunziger Jahre gesunken ist. Vor dem Hintergrund einer anhaltend positiven Konjunkturentwicklung befinden sich deutsche Unternehmen und Haushalte nach wie vor in einer soliden finanziellen Verfassung. Bei einer stabilen Ertragslage dürfte der Verschuldungsgrad deutscher Unternehmen 2007 außerhalb des Finanzsektors allenfalls leicht angestiegen sein. Die privaten Haushalte dürften ihre Verschuldung weiter zurückgeführt haben. Der Trend bei den Unternehmensinsolvenzen wies angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung 2007 weiter nach unten. Der Rückgang verlangsamte sich jedoch erwartungsgemäß. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen verringerte sich um rund 4 % auf gut 29.000. Ein niedrigerer Stand war zuletzt im Jahr 2000 zu verzeichnen. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen erhöhte sich demgegenüber um ca. 16 % auf rund 107.000, womit sich das Tempo des Anstiegs im Vergleich zum Vorjahr etwa halbierte. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Möglichkeit der Privatinsolvenz erst seit 1999 besteht und deshalb immer noch bislang unbearbeitete Altfälle zu Buche schlagen.

Die deutsche Bankenlandschaft ist weiterhin durch die Drei-Säulen-Struktur aus privaten Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie eine im europäischen Vergleich hohe Zahl an Kreditinstituten (30. September 2007: 2.022 Institute nach 2.048 Instituten Ende 2006) geprägt. Übernahmen bzw. Fusionen waren 2007 nur innerhalb der einzelnen Säulen zu beobachten. Nennenswert sind hierbei die Übernahmen der DEPFA durch die Hypo Real Estate sowie die der Sachsen LB durch die Landesbank Baden-Württemberg.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2007

Im Jahr 2007 lag der Schwerpunkt der Investitionen der Postbank auf der Fortführung der operativen Integration der im Vorjahr getätigten Akquisitionen. So wurde hauptsächlich der Ausbau der Beratungs- und verkaufsunterstützenden IT-Systeme unter Einbeziehung des CRM Systems (Customer Relationship Management) vorangetrieben, um somit die Realisierung von Synergien zu unterstützen. Parallel dazu wurde zur weiteren Stärkung des Vertriebs die moderne Multikanalarchitektur ausgebaut. Zusätzliche Investitionsaktivitäten sind auf die Fortführung der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen aus Basel II und auf den weiteren Aufbau der Kreditfabrik in der BHW Bausparkasse zurückzuführen. Die Weiterentwicklung der Postbank zur Kernbank für den Mittelstand wird durch den Ausbau einer Firmenkundenstrategie im Bereich Kredit gefördert. Ziel des Projekts „Filiale im Wandel“ ist die Steigerung der Attraktivität der Postbank Filialen, um mehr Neukunden zu gewinnen und die Cross-Selling-Quote bei Bestandskunden zu verbessern. Im Jahr 2007 wurden die Optimierungsmaßnahmen an sechs Standorten pilotiert, zwei weitere befinden sich in der Umsetzung. Weitere wesentliche Investitionsausgaben standen im Zusammenhang mit der Fortführung der Umsetzung der mandantenfähigen Zahlungsverkehrs-Plattform „Payment Solution“ und der Abwicklung des gesamten inländischen Zahlungsverkehrs für die jeweiligen Mandanten.

Organisation und Steuerung

Angaben nach § 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht

Der Konzern Deutsche Postbank AG bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden schwerpunktmäßig in Deutschland an.

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2007 410.000.000 € und ist in 164.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Der Bund ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe beteiligt, die wiederum rund 30,5 % an der Deutschen Post AG hält, welche mit 50 % plus eine Aktie an der Postbank beteiligt ist.

Der Anteil des an den Börsen gehandelten Streubesitzes der Postbank beträgt somit 50 % abzüglich einer Aktie. Es sind gemäß den uns vorliegenden Mitteilungen gemäß § 21 Abs. 1a WpHG keine sonstigen Aktionäre bekannt, die direkt oder indirekt mehr als 10 % des Grundkapitals halten.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital bis zum 24. März 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen um bis zu 41.000.000 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Ein Genehmigtes Kapital als Akquisitionswährung ist in der deutschen Unternehmenspraxis verbreitet. Unter Inanspruchnahme des Genehmigten Kapitals kann die Gesellschaft Unternehmenserwerbe flexibel und ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes tätigen. Das Genehmigte Kapital entspricht einem Anteil von 10 % des Grundkapitals.

Der Vorstand kann des Weiteren neue auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bareinlagen bis zum 10. Mai 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats aus dem Genehmigten Kapital II ausgeben, um dadurch das Grundkapital um bis zu insgesamt 137.000.000 € zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Durch die Schaffung des Genehmigten Kapitals II soll die Gesellschaft in die Lage versetzt werden, schnell und flexibel neues Eigenkapital beschaffen zu können. Das Genehmigte Kapital II entspricht einem Anteil von weniger als 33,5 % des Grundkapitals.



Die genauen Regelungen zu den Genehmigten Kapitalien sind unserer auch im Internet einsehbaren Satzung zu entnehmen.

Die Hauptversammlung der Postbank am 10. Mai 2007 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien bis zu 10 % des Grundkapitals ermächtigen.

Die Gesellschaft ist somit zum einen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zum 9. November 2008 ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen.

Zum anderen ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum 9. November 2008 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Anzurechnen sind Aktien, die die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt. Auf Grundlage der Ermächtigung erworbene Aktien kann der Vorstand in anderer Weise als durch den Verkauf über die Börse oder Angebot an alle Aktionäre nur in den in der Ermächtigung vorgesehenen Fällen verwenden. Es bedarf dazu jeweils der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den von der Hauptversammlung beschlossenen Beschlussvorschlägen zu TOP 6 und 7 der ordentlichen Hauptversammlung vom 10. Mai 2007, die ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft einsehbar ist.



Die jährlich wiederkehrende Erteilung der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien durch die Hauptversammlung entspricht einer verbreiteten Praxis bei börsennotierten Aktiengesellschaften in Deutschland. Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 8. Mai 2008 vorschlagen, die Ermächtigung zu erneuern.

Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 (2) der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine

Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Deutschen Post AG einen Kooperationsvertrag im Bereich Finanzdienstleistungen im Vertriebsnetz der Deutschen Post AG geschlossen. Dieser Vertrag kann von jeder Partei mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende, frühestens aber zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden. Beabsichtigt die Deutsche Post AG, ihre Anteilmehrheit an der Deutschen Postbank AG durch Veräußerung oder aufgrund einer Kapitalmaßnahme aufzugeben, so kann sie eine Vertragsänderung verlangen. Kommt eine entsprechende Vertragsänderung innerhalb einer angemessenen Frist nicht zustande, so kann die Deutsche Post den Kooperationsvertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Kalendermonatsende schriftlich kündigen. Sollte die Deutsche Post AG den Kooperationsvertrag kündigen, so könnte dies den stationären Vertrieb der Deutschen Postbank AG, der für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von grundlegender Bedeutung ist, beeinträchtigen.

Darüber hinaus hat die Deutsche Postbank AG mit der Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern BHW Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx und ihrer genannten Töchter durch die Postbank über ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können seitens der BHW Lebensversicherung AG, der PB Versicherung Aktiengesellschaft und der PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollenerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollenerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollten die BHW Lebensversicherung AG, die PB Versicherung Aktiengesellschaft oder die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Bei öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft gelten ausschließlich Gesetz und Satzung einschließlich der Bestimmungen des deutschen Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes. Die Hauptversammlung hat den Vorstand nicht zur Vornahme von in ihre Zuständigkeit fallenden Handlungen ermächtigt, um den Erfolg von etwaigen Übernahmeangeboten zu verhindern.

Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots

Im Falle von Herrn Rizos bestehen Ruhegehaltsansprüche bei einer mehrheitlichen Übernahme der Gesellschaft durch eine Drittgeseilschaft.

I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung wird vom Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Pensionszusagen. Das Fixum wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus. Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Für die Vorstandsmitglieder ist bislang weder ein Long-Term-Incentive-Plan noch eine ähnliche Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung aufgelegt worden. Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2007 in

Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2009 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2006 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2010 fällig.

44

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate-Governance-Bericht oder dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Noteangabe (57).

150

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Erfolgsrechnung

Das Geschäftsjahr 2007 war durch eine flache Zinsstruktur, ein insgesamt moderates Marktwachstum in Deutschland bei einem anhaltend intensiven Wettbewerb gerade im Privatkundengeschäft sowie im zweiten Halbjahr volatile Kapitalmärkte gekennzeichnet. In diesem herausfordernden Umfeld konnte die Postbank durch konsequente Ausschöpfung ihrer starken Kundenbasis, eine weiterhin dynamische Neukundengewinnung und ein sich insgesamt gut entwickelndes Neugeschäft ihre führende Marktstellung weiter ausbauen. Bei wesentlichen Kernprodukten des Privatkundengeschäfts gewann sie Marktanteile hinzu und verzeichnete auch in anderen Geschäftsbereichen ein erfreuliches Wachstum.

Vor diesem Hintergrund verlief die finanzielle Entwicklung der Postbank im Berichtsjahr ebenso erfreulich. Im Vorjahresvergleich legte die Postbank – bei kontinuierlich strikter Kostendisziplin und einer stabilen Kreditrisikoversorge – bei den Erträgen insgesamt leicht zu. Die Auswirkungen der durch die Subprime-Krise induzierten Marktturbulenzen auf die Erfolgsrechnung der Postbank hielten sich in überschaubaren Grenzen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Geschäftsjahr 2007 dabei auch durch zwei wesentliche Sondereffekte beeinflusst: Zum einen haben wir den im Juli angekündigten Verkauf unserer Versicherungsbeteiligungen an die Talanx-Gruppe vollzogen. Der positive Gesamteffekt in der Gewinn- und Verlustrechnung, der im dritten Quartal anfiel, belief sich nach Berücksichtigung von Transaktionskosten, Vorsorge im Anlage- und Beteiligungsportfolio und Wertanpassungen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise auf ca. 125 Mio € vor Steuern. Diesem standen Belastungen z. B. aus den restlichen Integrationsaufwendungen für das BHW gegenüber. Zum anderen wirkte sich die aufgrund der beschlossenen Steuerreform erforderliche Neubewertung der latenten Steuerposition positiv aus und führte im Berichtsjahr zu einer erheblich verminderten Steuerquote, die zu einem entsprechend spürbaren Anstieg des Konzerngewinns beitrug.

Das Ergebnis vor Steuern legte im Geschäftsjahr 2007 um 6,7 % auf 1.004 Mio € zu. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern erhöhte sich von 18,9 % zum 31. Dezember 2006 leicht auf 19,3 % zum 31. Dezember 2007. Der Anstieg des Ergebnisses vor Steuern ging mit einer weiter gestärkten Eigenkapitalbasis einher. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern erreichte 16,7 % nach 14,0 % im Jahr 2006. Die Cost Income Ratio der Gesamtbank verbesserte sich auf 67,2 % nach 68,3 % im Geschäftsjahr 2006 und erreichte im selben Zeitraum im klassischen Bankgeschäft 64,8 % (66,7 %).

Um den Vergleich mit dem Vorjahr zu erleichtern, haben wir die Vorjahreszahlen in zwei Positionen angepasst (siehe auch Note 5):

118

Das Bewertungsergebnis der Fair-Value-Option wurde dem Handelsergebnis statt dem Zinsüberschuss zugeordnet.

Im Jahr 2006 wurden Unwinding- und Diskontierungseffekte auf die Vorquartale erstmals brutto ausgewiesen.

Die Kommentierungen beziehen sich auf die dementsprechend angepassten Zahlen.

Die Positionen im Einzelnen

Bilanzbezogene Erträge

Die bilanzbezogenen Erträge – sie bestehen aus Zinsüberschuss, Handels- und Finanzanlageergebnis – stiegen 2007 – unter Berücksichtigung von Veräußerungsgewinnen in beiden Vergleichsjahren – gegenüber dem Vorjahr (2.710 Mio €) um 4,2 % auf 2.824 Mio € an.

Zinsüberschuss

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen einer flachen, seit Sommer teilweise inversen Zinsstrukturkurve stieg der Zinsüberschuss im Berichtsjahr im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 (2.154 Mio €) um erfreuliche 4,0 % auf 2.240 Mio €. Dieser Anstieg wurde von einer spürbaren Zunahme des Zinsüberschusses im vierten Quartal begünstigt, die auch auf positive Einmalerträge zurückzuführen ist. Die im Jahresverlauf gute Geschäftsentwicklung schlug sich in höheren Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften nieder. Auch bei den Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren verzeichneten wir eine positive Entwicklung. Dem standen geringere laufende Erträge u. a. infolge des Abbaus von Beständen bei Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren gegenüber.

Die Zinsaufwendungen verzeichneten einen weniger starken Anstieg: Bei unserem Spareinlagenbestand haben wir auf die weiter gestiegenen Marktzinsen und den intensiven Wettbewerb reagiert und unseren Kunden durch Sonderaktionen und eine kontinuierliche Anhebung der Durchschnittsverzinsung noch attraktivere Konditionen geboten. Dank der starken Einlagenbasis der Postbank wirkten sich die im Zuge der Finanzmarktkrise deutlich gestiegenen Zinsen am Interbankenmarkt sowie insgesamt ungünstigere Bedingungen am Kapitalmarkt in der Aufnahme von Refinanzierungsmitteln nur moderat auf unseren Zinsaufwand aus.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis der Postbank wird durch das Bilanzstrukturmanagement und die Eigenhandelsaktivitäten geprägt. Es profitierte von einem erfreulichen Anstieg des Ergebnisses aus Zinsprodukten, u. a. bedingt durch die im zweiten Halbjahr leicht gefallen langfristigen Zinsen. Vor dem Hintergrund der sich im Zuge der Marktwertverfälschungen ausweitenden Credit Spreads wirkten die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten in strukturierten Kreditprodukten (siehe Note 4) belastend, sodass das Derivateergebnis nicht mehr den sehr guten Wert des Vorjahres erreichen konnte. Insgesamt lag das Handelsergebnis im Geschäftsjahr 2007 mit 290 Mio € dennoch um 9,8 % über dem Vorjahreswert von 264 Mio €.

110

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Finanzanlageergebnis ist maßgeblich durch die Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf der Versicherungsbeteiligungen an Talanx geprägt. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2006, das ebenfalls Buchgewinne aus dem Verkauf nicht strategischer Beteiligungen im Umfang von 84 Mio € enthielt, lag das Finanzanlageergebnis 2007 insgesamt mit 294 Mio € auf Vorjahreshöhe (292 Mio €).

Der Verkaufspreis der Versicherungsbeteiligungen betrug 550 Mio €. Nach Abzug der Buchwerte verblieb ein Bruttoergebnis von 391 Mio €. Dies haben wir im dritten Quartal – wie bei Bekanntgabe der Transaktion im Juli 2007 angekündigt – genutzt, um gezielte Vorsorge im Anlage- und Beteiligungsportfolio vorzunehmen. So haben wir durch die Veräußerung von weitgehend niedrigverzinslichen Wertpapierbeständen aus unserem AfS-Portfolio Verkaufsverluste in einem Volumen von 183 Mio € realisiert, um durch die Wiederanlage der frei gewordenen Mittel zu aktuellen Marktzinsen die Ertragskraft künftiger Perioden zu stärken. Unter Berücksichtigung der Impairments des dritten Quartals, einer Vorsorge für das Beteiligungsportfolio im sonstigen Aufwand sowie im Einzelnen nicht zurechenbarer Transaktionskosten im Verwaltungsaufwand verblieb ein positiver Sondereffekt im Vorsteuerergebnis von rund 125 Mio €. Im Finanzanlageergebnis betrug der Effekt jedoch 146 Mio €, da Teile der genannten Belastungen in anderen Ergebnislinien anfielen.

Das Finanzanlageergebnis 2007 berücksichtigt insgesamt ein – auf der Grundlage eines vorsichtigen Bewertungsansatzes ermitteltes – Impairment in Höhe von 112 Mio € auf die von den Auswirkungen der Subprime-Krise auf die internationalen Finanzmärkte betroffenen Bestände.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss betrug im Geschäftsjahr 2007 1.429 Mio € und lag damit um 1,6 % über dem guten Vorjahreswert (1.407 Mio €). Nachdem wir im ersten Halbjahr einen besonderen Schwerpunkt auf den Vertrieb nicht provisionstragender Produkte – insbesondere im Spärbereich – gelegt hatten, zeigten die mit Beginn der zweiten Jahreshälfte initiierten vertrieblichen Maßnahmen zur Stärkung des Provisionsüberschusses erste Wirkung. Auch die Beiträge aus dem Wertpapiergeschäft entwickelten sich dabei positiv. Belastend wirkten im Geschäftsjahr erwartungsgemäß die rückläufigen Erträge aus dem Absatz von Postdienstleistungen und aus dem Verkauf von „neuen Dienstleistungen“ in unseren Filialen. Ebenso waren die Erlöse aus dem Versicherungsgeschäft, die 2006 aufgrund eines Sondereffekts bei der Riester Rente relativ hoch waren, im Jahr 2007 rückläufig.

Gesamterträge

Die Gesamterträge verbesserten sich im Jahr 2007 inklusive des Veräußerungsgewinns aus den Versicherungsbeteiligungen und trotz der Belastungen aus der Subprime-Krise gegenüber dem ebenfalls durch Einmalserträge begünstigten Vorjahreswert von 4.117 Mio € um 3,3 % auf 4.253 Mio €.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge lag im Geschäftsjahr mit 338 Mio € auf Vorjahreshöhe (337 Mio €), obwohl der Bestand der Kundenkredite im Berichtsjahr deutlich um 12,8 % zulegte. Einerseits unterstreicht dies das konservative Risikoprofil der Postbank. Andererseits findet in dieser Entwicklung auch die im Berichtsjahr verbesserte gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland mit entsprechend günstigen Auswirkungen auf die

finanzielle Situation von Unternehmen und auch der privaten Haushalte ihren Ausdruck.

Verwaltungsaufwand

Die Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen verlief erneut sehr erfreulich. Die gesamten Kosten stiegen gegenüber 2006 (2.812 Mio €) um nur 1,6 % auf 2.856 Mio €. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als hierin erstmals auch die Kosten aus dem seit dem 1. Januar 2007 konsolidierten Zahlungsverkehrsgeschäft der HypoVereinsbank sowie Einmalaufwendungen, wie Transaktionskosten im Zusammenhang mit dem Verkauf der Versicherungsbeteiligungen oder Integrationskosten für das BHW sowie die Belastungen aus der Mehrwertsteuererhöhung, enthalten sind. Bereinigt um diese Effekte ergab sich damit ein Rückgang der Verwaltungsaufwendungen. Dies werten wir als deutlichen Beleg für die hohe Effizienz der Strukturen und Prozesse der Postbank und ihre Fähigkeit, deutlich steigende Volumen im Kundengeschäft bei sehr stabilen Kosten umsetzen zu können.

Die Cost Income Ratio verbesserte sich im Berichtsjahr von 68,3 % im Jahr 2006 auf 67,2 %, im klassischen Bankgeschäft – also ohne Transaction Banking – von 66,7 % auf 64,8 %.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag im Geschäftsjahr 2007 bei –55 Mio € nach –27 Mio € im Vorjahr. Dies hängt u. a. mit höheren Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände, insbesondere auf Software, zusammen.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag erstmals in der Geschichte der Postbank leicht über 1 Mrd €. Gerade angesichts des herausfordernden Marktumfelds werten wir die erzielten 1.004 Mio € – ein Anstieg um 6,7 % gegenüber 2006 (941 Mio €) – als ein sehr erfreuliches Ergebnis.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern belief sich auf 19,3 %, im Jahr 2006 hatte sie bei 18,9 % gelegen.

Jahresüberschuss

Im Geschäftsjahr 2007 belief sich die Steuerquote der Postbank auf nur 13 % nach 26 % im Vorjahr. Dies ist vor allem auf die am 6. Juli 2007 beschlossene Steuerreform zum 1. Januar 2008 zurückzuführen, die eine Neubewertung der per Saldo latenten Steuerverpflichtungen in der Bilanz zum künftig geltenden Steuersatz in Höhe von rund 30 % als einmaligen Effekt im Berichtsjahr erforderlich machte.

Der Jahresüberschuss lag somit im Geschäftsjahr 2007 um 25,2 % über dem des Vorjahres (695 Mio €) und erreichte 870 Mio €. Das Ergebnis je Aktie legte entsprechend deutlich von 4,24 € auf 5,30 € zu.

Die Eigenkapitalrendite nach Steuern erreichte 16,7 % nach 14,0 % im Vorjahr.

I Segmentberichterstattung

Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten haben wir die Vorjahreszahlen insofern angepasst, als dass das Bewertungsergebnis der Fair-Value-Option dem Handelsergebnis statt dem Zinsüberschuss zugeordnet wurde. Dieser Effekt betrifft ausschließlich das Segment Retail Banking.

Retail Banking

Das Ergebnis vor Steuern im Retail Banking konnten wir im Berichtsjahr trotz eines intensiven Wettbewerbs im deutschen Privatkundengeschäft um 2,2 % auf 944 Mio € steigern. Die bilanzbezogenen Erträge trugen zu diesem Wachstum mit einem Anstieg von 2,5 % auf 2.456 Mio € bei. Der Zinsüberschuss ist mit einem Anteil von mehr als 97 % der bilanzbezogenen Erträge die dominierende Ertragskomponente des Retail Banking. Er stieg um 2,3 % auf 2.392 Mio €.

Der Provisionsüberschuss im Privatkundengeschäft war um 6,9 % auf 988 Mio € rückläufig. Hier wirken sich die bereits erläuterten Rückgänge aus Nicht-Bankdienstleistungen, insbesondere der Postdienstleistungen, im Filialgeschäft aus. Dies konnten wir dort jedoch durch entsprechendes Kostenmanagement kompensieren. Erfreulich ist die unterjährige Entwicklung unseres Provisionsüberschusses aus dem Bankgeschäft. Hier zeigten die eingeleiteten vertrieblichen Maßnahmen bereits Wirkung, sodass seit Jahresmitte eine kontinuierliche Steigerung der Erträge erreicht werden konnte.

Die Gesamterträge waren leicht um 13 Mio € oder 0,4 % auf 3.444 Mio € rückläufig. Aufgrund des geringeren Wachstumsmomentums auf der Ertragsseite haben wir unsere Anstrengungen im Kostenmanagement noch weiter verstärkt. Trotz der Belastung durch die bereits erwähnten Einmalaufwendungen, wie die Integrationskosten für BHW und die Filialen, stieg der Verwaltungsaufwand nur um rund 1,5 % auf 2.210 Mio €. Die integrationsbezogenen Belastungen bei BHW wurden im Vorjahr aufgrund ihres anderen Aufwandscharakters im Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen erfasst, der hierdurch mit –78 Mio € deutlich negativ war. Im Berichtsjahr war diese Position mit +2 Mio € nahezu ausgeglichen.

Der Anstieg der Risikovorsorge um 5,4 % auf 292 Mio € liegt deutlich unter dem Wachstum des Kreditbuchs im Segment Retail Banking: Dieses wuchs um 9,6 % bzw. 6,3 Mrd € auf 72,1 Mrd €. Hieran hatten risikoarme Baufinanzierungen mit über 94 % oder 68,0 Mrd € den größten Anteil.

Die Cost Income Ratio erhöhte sich leicht von 63,0 % auf 64,2 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern blieb konstant bei 32,7 %.

Firmenkunden

Im Firmenkundengeschäft konnten wir das Ergebnis vor Steuern deutlich um 15,8 % auf 191 Mio € steigern. Wachstumstreiber war der Zinsüberschuss mit einem Anstieg um 12,3 % auf 292 Mio €. Die bilanzbezogenen Erträge legten insgesamt um 4,1 % auf 278 Mio € zu. Der Provisionsüberschuss war mit 104 Mio € nach 105 Mio € im Vorjahr nahezu konstant. Die Gesamterträge stiegen somit um 2,7 % auf 382 Mio €.

Der Verwaltungsaufwand konnte aufgrund des guten Kostenmanagements im Bereich Firmenkunden deutlich um 4,7 % auf 163 Mio € zurückgefahren werden. Getragen von der guten konjunkturellen Entwicklung, insbesondere in Deutschland, war die Risikovorsorge – trotz Anstiegs des Kreditvolumens im Segment Firmenkunden um 4,0 Mrd € auf 17,6 Mrd € – um 26 % auf 28 Mio € rückläufig.

Insgesamt ergab sich eine deutliche Verbesserung der Cost Income Ratio von 46,0 % auf 42,7 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg von 46,7 % auf einen Rekordwert von 50,5 %.

Transaction Banking

Im Segment Transaction Banking haben wir im Geschäftsjahr erstmals den Beitrag der Anfang 2007 übernommenen Zahlungsverkehrsaktivitäten der HypoVereinsbank verbucht. Außerdem haben wir die interne Verrechnung von Transaction-Banking-Leistungen auf Marktpreise umgestellt. Das Vorsteuerergebnis betrug zum Jahresende 2007 36 Mio € und lag damit um ein Drittel über dem Vorjahreswert. Der Provisionsüberschuss überstieg dabei mit 350 Mio € den Vorjahreswert um 33,1 %. Der Verwaltungsaufwand wuchs, u. a. bedingt durch die Einbeziehung der HVB Einheit, um 35,1 % auf 331 Mio €. Insgesamt stieg die Cost Income Ratio dieser von industriellen Strukturen geprägten Geschäftsaktivität leicht von 91,8 % auf 93,5 %.

Financial Markets

Im Segment Financial Markets konnten wir das Ergebnis vor Steuern deutlich um 58 Mio € oder 43,9 % auf 190 Mio € verbessern. Die Gesamterträge wuchsen um 30,4 % auf 270 Mio €. Hier ist der Zinsüberschuss – im Wesentlichen getragen durch die gute Entwicklung unserer Luxemburger Einheit PBI – mit einem Anstieg von 23,9 % auf 114 Mio € für das Wachstum maßgeblich. Positiv haben auch die Ergebnisse aus unseren Handelsaktivitäten beigetragen. Wir haben im Jahr 2007 erfolgreich Marktopportunitäten genutzt und so das Handelsergebnis um 56,5 % auf 72 Mio € gesteigert.

Auch der Provisionsüberschuss hat mit einer Steigerung von 20 Mio € auf 83 Mio € zur Ergebnisverbesserung im Segment Financial Markets beigetragen.

Der Verwaltungsaufwand stieg um 6,4 % auf 83 Mio €. Die Cost Income Ratio verbesserte sich von 37,7 % auf 30,7 %, die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg deutlich von 23,8 % auf 37,2 %.

Übrige

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Übrige verringerte sich um 50 Mio € auf –357 Mio €. Der negative Wert des Zinsüberschusses stieg dabei leicht um 3,7 % auf –562 Mio €. Hingegen legte das Handelsergebnis trotz der oben bereits erwähnten Belastungen aus der Bewertungsveränderung von eingebetteten Derivaten in strukturierten Kreditprodukten spürbar um 17,7 % auf 213 Mio € zu. Das Finanzanlageergebnis ging um 4,6 % auf 248 Mio € zurück. In dieser Position wurden die oben erwähnten Gewinne aus der Veräußerung unserer Versicherungsbeteiligungen gebucht. Gegenläufig wirkten jedoch die Impairments auf die von der Subprime-Krise betroffenen Finanzanlagen. Insgesamt blieben die Bilanzbezogenen Erträge unverändert bei –101 Mio €.

Das Provisionsergebnis hingegen lag mit –96 Mio € um 11 Mio € unter dem Vorjahreswert. Dies ist im Wesentlichen auf die höhere Konsolidierungsposition aufgrund der Änderung der internen Verrechnungssystematik im Transaction Banking zurückzuführen. Der Verwaltungsaufwand verbesserte sich u. a. aus dem vorgenannten Grund sehr deutlich um 71 Mio € auf nur noch –69 Mio €, während sich der Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen um rund 107 Mio € auf –69 Mio € verschlechterte. Dies hängt u. a. mit höheren Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und einer Vorsorge für das Beteiligungsportfolio zusammen.

I Bilanzentwicklung

Die Bilanzsumme der Postbank stieg im Vergleich zum 31. Dezember um 9,8 % auf 203 Mrd €. Auf der Aktivseite trug zu diesem Anstieg das Kreditgeschäft maßgeblich bei. Auch auf der Passivseite konnten wir das Kundengeschäft weiter ausbauen und die Einlagen deutlich erhöhen. Dies führte in Verbindung mit der planmäßigen Rückführung teurerer verbriefter Altverbindlichkeiten insgesamt zu weiteren strukturellen Verbesserungen und einer Reduzierung des Einlagenüberhangs.

Aufgrund des Verkaufs der BHW Lebensversicherung AG sowie deren Spezialfonds, der PB Lebensversicherung AG sowie der PB Versicherung AG sind im Berichtsjahr Vermögenswerte in Höhe von etwa 2,5 Mrd € – davon rund 1,0 Mrd € Finanzanlagen – und Verbindlichkeiten in Höhe von 2,3 Mrd € abgegangen. Die Verbindlichkeiten betreffen mit 2,2 Mrd € versicherungstechnische Rückstellungen.

Ein Teilportfolio der BHW Bank AG wird gemäß IFRS 5 („zur Veräußerung bestimmte Gruppe von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten“) klassifiziert. Die diesem zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden werden entsprechend gesondert ausgewiesen (s. auch Note 28 und 39). So wurden auf der Aktivseite u. a. Forderungen an Kunden in Höhe von rund 0,6 Mrd € diesem Unternehmen zugeordnet.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden konnten um 4,9 Mrd € auf 92,1 Mrd € ausgeweitet werden. Wachstumsmotor hierbei sind insbesondere private Baufinanzierungen. Das Baufinanzierungsvolumen inklusive Bauspardarlehen stieg um 9,1 % auf 68,0 Mrd €. Im Berichtsjahr wurden ferner die Altbestände der niedrigmargigen Forderungen an öffentliche Haushalte weiter planmäßig abgebaut, und zwar um 1,9 Mrd € auf 3,5 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen – Forderungen an Kreditinstitute, Handelsaktiva und Finanzanlagen – lagen mit 103,1 Mrd € um 10,2 Mrd € über dem Vorjahresendwert. Die längerfristigen Finanzanlagen stiegen dabei um 5,3 Mrd € auf 68,6 Mrd €, während wir im Gegenzug die Handelsaktiva im zweiten Halbjahr um 3,3 Mrd € auf 9,9 Mrd € reduziert haben. Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen u. a. aufgrund stichtagsbedingt höherer Interbankengeschäfte um 8,2 Mrd € auf 24,6 Mrd €.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden konnten wir erneut deutlich um 9,4 Mrd € oder 9,3 % auf 110,7 Mrd € steigern. Die klassischen Spareinlagen waren dabei – dem Markttrend folgend – um 1,0 Mrd € auf 34,6 Mrd € rückläufig. Die Bauspareinlagen blieben mit 16,9 Mrd € unverändert auf dem Niveau des Vorjahres. Deutlich ausbauen konnten wir täglich fällige Einlagen und Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist, die um 10,5 Mrd € auf 58,8 Mrd € stiegen.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva, legten um 9,5 Mrd € auf 76,3 Mrd € zu. Hierbei erhöhten sich – wie entsprechend auf der Aktivseite – die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 13,8 Mrd € auf 61,1 Mrd €.

Die Handelspassiva stiegen um 2,0 Mrd € auf 5,6 Mrd €, während wir vergleichsweise höher zu verzinsende verbrieft

Verbindlichkeiten aus Altbeständen um 6,3 Mrd € auf 9,6 Mrd € abgebaut haben.

Eigenkapital und Nachrangkapital

Das Eigenkapital lag zum Jahresende 2007 mit 5,3 Mrd € um rund 0,1 Mrd € über dem Vorjahresniveau. Die Gewinnrücklagen sind dabei um 0,5 Mrd € auf 3,5 Mrd € gestiegen. Die Neubewertungsrücklage lag bei –523 Mio € nach +6 Mio € per 31. Dezember 2006 und –320 Mio € per 30. September 2007. Diese Entwicklung ist u. a. auf zinstragende Positionen in unserem Anlagebestand zurückzuführen. Die Kurswerte dieser Bestände sind aufgrund des gestiegenen Marktzinsniveaus zurückgegangen. Außerdem wirken sich hier die im Rahmen der Finanzmarktkrise negativen Wertveränderungen der AfS-Bestände unseres Portfolios von strukturierten Kreditprodukten aus.

Barwertzuwächse unserer Passivpositionen, wie z. B. Sicht- und Spareinlagen, schlugen sich hingegen aufgrund der IFRS-Bewertungsvorschriften nicht positiv in der Neubewertungsrücklage nieder. Im Berichtsjahr emittierten wir eine hybride Tier-1-Anleihe über rund 500 Mio € und Namens-Genussrechte in Höhe von 135 Mio €. Das gesamte Nachrangkapital stieg somit von 5,0 Mrd. € auf 5,6 Mrd €.

Die Postbank hat zum 1. Januar 2007 die Sovabilitätsverordnung umgesetzt und berechnet ihre Eigenmittelausstattung nach diesen Vorschriften. Die so errechnete Kernkapitalquote beträgt – ohne Berücksichtigung der anfänglich geltenden Beschränkungen gemäß § 339 SolvV – zum Bilanzstichtag 6,9 %. Die auf internen Berechnungen beruhende Basel-II-Quote zum Jahresende 2006 lag bei 6,6 % und die nach den Vorschriften der Basler Eigenkapitalvereinbarung (BIZ) berechnete Quote bei 5,5 %. Die Postbank profitiert somit wie erwartet von der Umsetzung der SolvV, welche wegen der ökonomischen Betrachtung eine geringere Gewichtung unseres Bestandes an privaten Baufinanzierungen in den Risikoaktiva ermöglicht. Unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen betrug die Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2007 6,5 %.

Die Einführung der SolvV im Postbank Konzern schreitet weiter planmäßig voran. Seit 1. Januar 2008 berichtet u. a. auch das BHW nach den neuen Normen, weshalb wir eine weitere Verbesserung bei der Kernkapitalquote erwarten.

Dividende

Im Geschäftsjahr 2006 wurden die Akquisitionen von BHW und Filialen ohne Kapitalerhöhung durchgeführt. Zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis der Postbank plant der Vorstand, wie bereits im Zuge der vorgenannten Akquisitionen angekündigt, daher der Hauptversammlung auch für das Geschäftsjahr 2007 eine unveränderte Dividende in Höhe von 1,25 € je Aktie vorzuschlagen. Bezogen auf 164 Millionen Aktien, entspricht dies einer Ausschüttungssumme von 205 Mio €.

I Nachtragsbericht

Das Kammergericht Berlin hat mit Beschluss vom 15. Januar 2008 im Freigabeverfahren rechtskräftig entschieden, dass die gegen den auf der Hauptversammlung der BHW Holding AG vom 20./21. Juli 2006 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die Deutsche Postbank AG anhängigen Anfechtungsklagen der Eintragung des Übertragungsbeschlusses im Handelsregister nicht entgegenstehen. Daraufhin hat das Registergericht den Übertragungsbeschluss am 12. Februar 2008 im Handelsregister der BHW Holding AG eingetragen. Mit der Eintragung ist der Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre wirksam geworden und sämtliche Aktien der Minderheitsaktionäre sind auf die Deutsche Postbank AG übergegangen.

I Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für den Postbank Konzern eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Eine Kernkompetenz des Postbank Konzerns ist, bankübliche Risiken in einem eng definierten Rahmen einzugehen und gleichzeitig die sich ergebenden Renditechancen zu nutzen. In diesem Sinne hat der Postbank Konzern eine Risikomanagement-Organisation geschaffen, die die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. In Zusammenarbeit mit den Risikokomitees hat der Gesamtvorstand die grundlegenden Strategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten und die sonstigen Geschäftsfelder des Konzerns festgelegt. Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgrund des breit diversifizierten Kundenportfolios sind die Konzentrationsrisiken im Portfolio des Postbank Konzerns tendenziell gering ausgeprägt. Innerhalb der Kreditrisikoüberwachung sind Prozesse, Berichtswege und Eskalationsmechanismen aufgesetzt worden, mit denen Kontrahenten- bzw. Emittentenrisiken überwacht werden und das Exposure nach z. B. verschiedenen Branchen, Kundengruppen und Einzeladressen aufgeschlüsselt wird.

Die operative Verantwortung für die Risikosteuerung ist im Konzern auf mehrere Einheiten verteilt; dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts, dezentral die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, BHW Bank AG, Deutsche Postbank International S. A., PB Capital Corp. und PB Factoring GmbH sowie die Niederlassung in London.

Der dem Finanzressort zugeordnete Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige, konzernweite Risikoüberwachungseinheit. Im Risikocontrolling liegt die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter BHW Bausparkasse AG,

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees			
	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	Op-Risk-Komitee
Vorstände/ Generale- vollmächtigte	- Kredit - Financial Markets - Produktmarketing - Services	- Financial Markets - Kredit - Produktmarketing - Finanzen	- IT/Operations - Ressourcen - Services - Filialvertrieb
Aufgaben	- Limitallokation der Kreditrisiken - Definition des Limitsystems - Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren - Festlegung Standardrisikokosten	- Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken - Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs - Ergebnisüberwachung - Steuerung des MRK-Portfolios	- Festlegung Risikostrategie Op-Risiken - Definition Mindestanforderungen für Konzerneinheiten - Definition Rahmenbedingungen für Op-Risk

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden, konzernweit geltenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostراتيجien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergibt sich aus den einzelnen Geschäftsfeldern, deren Aktivitäten durch die Geschäftsstrategie vorgegeben sind. Die Postbank ist aktiv in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets.

BHW Bank AG, Deutsche Postbank International S. A., PB Capital Corp. und der Niederlassung in London übernimmt dieser Bereich das operative Risikocontrolling und hat die Verantwortung für das Reporting auf Gruppenebene.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Jahr 2007 hat der Postbank Konzern sein internes Berichtswesen erweitert. Der monatlich an das Marktrisikokomitee gerichtete Bericht zu Marktpreisrisiken verknüpft innerhalb einer einheitlichen

Berichtsstruktur die wesentlichen Ergebniseffekte und Risikokennzahlen auf Konzernebene. Die im Risikocontrolling erstellten Risikoberichte an den Gesamtvorstand und die Positionsverantwortlichen sind um Aspekte zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch, zu Spreadrisiken sowie zur Überwachung von Liquiditätsrisiken auf Konzernebene erweitert worden.

Die wesentlichen Informationen zur Risikolage werden regelmäßig auf Basis einer standardisierten Berichtsform mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Arten von Risiken

Der Postbank Konzern unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen eintreten können.

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spreadrisiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.

I Operationelle Risiken

Die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

I Beteiligungsrisiken

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

I Immobilienrisiken

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz des Deutschen Postbank Konzerns und umfassen Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken.

I Kollektivrisiken

Spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG. Sie umfassen die negativen Auswirkungen aufgrund von (nicht zinsinduzierten) Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen der Bausparer von den prognostizierten Verhaltensannahmen.

I Geschäftsrisiken

Die Gefahr eines Ergebnissrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapital- und Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Risikokapital und Risikolimitierung

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird im Hinblick auf den Anlegerschutz beurteilt und dient als Grundlage für die Ableitung der Systematik zur Limitierung von wesentlichen Risiken. Die Summe der der Bank zur Absicherung ihrer Risiken zur Verfügung stehenden Mittel wird als Risikodeckungsmasse bezeichnet. Das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank erfüllt alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen und liefert steuerungsrelevante Impulse.

Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn er die erstrangigen Verbindlichkeiten mit einer seinem Zielrating entsprechenden Wahrscheinlichkeit bedienen kann. Das Konzept zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse richtet sich hierbei an der IFRS-Konzernbilanz aus. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem bilanziellen Eigenkapital abzüglich Goodwill, dem Nachrangkapital, der Neubewertungsrücklage, den sonstigen beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten und dem erwarteten Gewinn der Planperiode.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand des Postbank Konzerns nur einen Teil der Risikodeckungsmasse zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko des Postbank Konzerns dar. Das Risikokapital wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand festgelegt und auf die Risikoarten verteilt. Die weitere Verteilung erfolgt dann durch die Risikokomitees.

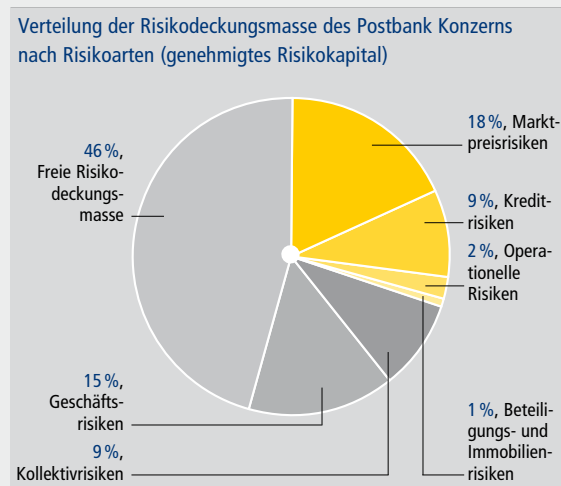
Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos stehen dem Postbank Konzern ausreichend Liquiditätsreserven zur Verfügung. Darüber hinaus reserviert der Postbank Konzern ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren für potenzielle Stresssituationen. Das LFT-Risiko wird zurzeit implizit über das für Geschäftsrisiken bereitgestellte Risikokapital begrenzt. Eine eigenständige Limitierung der LFT-Risiken ist mittelfristig geplant.

Da eine einfache Summation des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Hierbei wird generell von hohen Korrelationen zwischen Markt-, Kredit- und Kollektivrisiken ausgegangen. Die Geschäftsrisiken sowie die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel ebenfalls mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den anderen Risikofaktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko wird gegenüber allen anderen Risikoarten von einer geringen Korrelation ausgegangen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten, sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2007 und 2006 (Berechnung jeweils per 31. Dezember).

Risikokapital differenziert nach Risikoarten		
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Marktpreisrisiken	2.044	1.931
Kreditrisiken	1.191	1.191
Operationelle Risiken	635	635
Beteiligungs- und Immobilienrisiken	126	126
Kollektivrisiken	1.000	1.000
Geschäftsrisiken	1.893	1.893
Summe vor Diversifikation	6.889	6.775
Diversifikationseffekte	1.276	1.268
Summe nach Diversifikation	5.613	5.508
Freie Risikodeckungsmasse	4.678	5.165
Risikodeckungsmasse gesamt	10.291	10.673

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns nach Risikoarten nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Geschäftsjahr 2007 (Berechnung per 31. Dezember 2007) stellt sich wie folgt dar:



Um die Auslastung des Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestufteten Risiken verwendet der Postbank Konzern einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d.h. an dem Verlust (abzüglich der erwarteten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel 1 Jahr) nicht überschritten wird. Das Konfidenzniveau leitet sich dabei aus dem angestrebten Zielrating im A-Bereich ab.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung sowohl für das Kerngeschäft als auch für das Eigengeschäft über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch die Anlage in ein unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten optimiertes Zielfortfolio. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert, sondern stellen mit ihrem Risikokapital Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Auch hier wird fortwährend die Adäquanz der Abzugsgröße ermittelt.

Solange die vergebenen Limite eingehalten werden und die aggregierten Limite und Abzugsgrößen kleiner sind als die Risikodeckungsmasse, ist auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet. Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals sind die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhalten. Nebenbedingungen.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen, um unter Berücksichtigung von Risiko-/Return-Aspekten Renditen zu erzielen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Die Auslastung des Risikokapitals lag zum 31. Dezember 2007 bezogen auf Marktpreisrisiken bei 43,5 % und bezogen auf Kreditrisiken bei 61 %.

Die im Zuge der US-Hypothekenkrise ausgelöste Unsicherheit auf den Finanzmärkten und die damit verbundenen Spread-Ausweitungen führten in der zweiten Jahreshälfte in einzelnen Portfolios zu entsprechenden Marktwertrückgängen. Vor diesem Hintergrund wurde das für Marktpreisrisiken vorgesehene Risikokapital bereits im dritten Quartal in geringem Umfang erhöht. Die Auslastung der Risikodeckungsmasse durch das verteilte Risikokapital stieg dadurch gegenüber dem 31. Dezember 2007 leicht um etwa einen Prozentpunkt an, der Anteil der Marktpreisrisiken am gesamten Risikokapital hat sich dementsprechend ebenfalls leicht erhöht. Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war durch die Auswirkungen der US-Hypothekenkrise jedoch zu keiner Zeit beeinträchtigt.

Darüber hinaus erfolgte im vierten Quartal wie geplant die vollständige Integration von Spreadrisiken in die laufende Marktpreisrisikoberechnung. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Re-Allokation einzelner Marktpreisrisikolimits auf Subportfolioebene.

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über den Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung des Postbank Konzerns eingebunden.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet intensiv die Risikotragfähigkeit und Risikoauslastung. Konzernweit wird im Risikotragfähigkeitsbericht vierteljährlich die Risikotragfähigkeit dargestellt.

Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezialisierter Berichte dargestellt. Das Reporting umfasst sämtliche relevanten Töchter der Deutschen Postbank AG. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des konzernweiten Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in Auszügen der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren umfänglich informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene liegt im Bereich Risikocontrolling.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen: Solvabilitätsverordnung und MaRisk

Solvabilitätsverordnung

Mit der nationalen Umsetzung von Basel II orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Entsprechend müssen Kredite nunmehr in Abhängigkeit von ihren Risiken, d. h. in der Regel abhängig von der Bonität der Schuldner, mit Eigenkapital unterlegt werden. Darüber hinaus fordert die Aufsicht mit der neuen Eigenkapitalübereinkunft erstmals auch eine Unterlegung Operationeller Risiken mit Eigenkapital.

Die finale Fassung für die Umsetzung von Basel II in deutsches Recht ist zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Rechtliche Grundlage für die differenzierte Eigenmittelunterlegung der Risiken sind das angepasste Kreditwesengesetz (KWG) und die Solvabilitätsverordnung. Die Postbank hat am 21. Dezember 2006 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Zulassung für die Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken nach den Regelungen des IRB-Basisansatzes bzw. des IRB-Ansatzes für das Mengengeschäft erhalten. Für die folgenden Portfolios hat die Deutsche Postbank AG daher seit dem 1. Januar 2007 die aufsichtliche Eigenkapitalunterlegung mittels Verwendung interner Ratingsysteme auf Basis selbst geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie selbst geschätzter Verlustquoten und Konversionsfaktoren für das Mengengeschäft kalkuliert:

- I im Mengengeschäft: Baufinanzierungen, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden sowie angekaufte Forderungen ohne BHW,
- I im Individualgeschäft: Zentralregierungen, Banken, inländische Unternehmen und gewerbliche Spezialfinanzierungen.

Für 2007 beträgt der gemäß § 67 SolvV kalkulierte Abdeckungsgrad für die auf Basis interner Ratings kalkulierten Portfolios 60,4 % der Positionswerte und 51,1 % der risikogewichteten Positionswerte (Kalkulation per 30. Juni 2007). Der Abdeckungsgrad stellt das Verhältnis aller IRBA-Positionswerte bzw. risikogewichteten IRBA-Positionswerte zu sämtlichen nach § 67 Abs. 4 SolvV zu berücksichtigenden Positionswerten bzw. risikogewichteten Positionswerten dar. Für das Jahr 2007 wurden die BHW-Portfolios gemäß § 67 Abs. Nr. 7 SolvV als ausnahmefähige Adressrisikopositionen behandelt und damit nicht bei der Berechnung des Abdeckungsgrades einbezogen.

Die Postbank Gruppe hat im Jahr 2007 für die weiteren Portfolios der Deutschen Postbank AG sowie für die Risikopositionen der übrigen

zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis zählenden Gesellschaften die Übergangsregelung nach § 339 Abs. 10 SolvV angewendet und das Adressenausfallrisiko auf Basis der Regelungen des Grundsatz I ermittelt. Dabei handelt es sich insbesondere um die Portfolios der Tochtergesellschaften sowie den überwiegenden Anteil der OTC-Derivate.

Ab 1. Januar 2008 meldet die Postbank auch für OTC-Derivate sowie den überwiegenden Teil der Portfolios der PB Factoring GmbH, der BHW-Bausparkasse AG, Hameln, der Deutschen Postbank International S. A., Luxemburg, der Niederlassung London sowie der PB Capital, Wilmington/USA, und der PB Realty, New York/USA, die Eigenmittelunterlegung auf Basis interner Ratings. Damit beträgt für 2008 der erwartete Abdeckungsgrad (einschließlich BHW-Portfolios) für die auf Basis interner Ratings kalkulierten Portfolios 92,3 % der Positionswerte und 89,9 % der risikogewichteten Positionswerte (Kalkulation per 30. Juni 2007). Für die nicht nach dem IRB-Ansatz kalkulierten Restportfolios wird ab 2008 der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) angewendet.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen der Marktpreisrisiken nutzt die Postbank die aufsichtlichen Standardmethoden. Mittelfristig plant die Postbank, auch für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken ein internes Marktrisikomodell einzuführen und dieses ebenfalls zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen zu verwenden.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen Operationeller Risiken verwendet die Postbank den Standardansatz. Dieser ist Basis für eine geplante mittelfristige Umsetzung des fortgeschrittenen Messansatzes. Hierfür hat die Postbank 2007 bereits ein eigenes Quantifizierungsmodell entwickelt, das nun intern validiert und sukzessive weiterentwickelt wird.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26a KWG veröffentlicht die Postbank auf ihrer Internetseite einen separaten Offenlegungsbericht gemäß Solvabilitätsverordnung.



Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ersetzen die bisherigen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) sowie die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision (MaIR) und ergänzen diese Regelungen insbesondere um die Themenbereiche Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken. Das inhaltliche Ziel der MaRisk besteht vor allem in der Einrichtung angemessener, am Gesamtrisikoprofil einer Bank ausgerichteter Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse.

Der Postbank Konzern erfüllt die in den MaRisk kodifizierten Anforderungen zur Steuerung der bankspezifischen Risiken und zur Sicherstellung der betriebswirtschaftlichen Risikotragfähigkeit.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Risikodefinition

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten führen

können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Mit Rohwarenrissen behaftete Geschäfte werden vom Postbank Konzern nicht getätigt. Rohwarenrissen werden daher im Folgenden nicht gesondert betrachtet.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung festgelegt. Die Steuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets der Deutschen Postbank AG, wobei die BHW Bank AG, die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken im Rahmen separat definierter Risikolimits eigenständig steuern.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Marktpreisrisiken definiert. Das für das Eingehen von Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellte Risikokapital begrenzt den Umfang der einzugehenden Marktpreisrisiken auf ein für die Postbank verträgliches sowie erwünschtes Maß und führt zu einer unter Risiko-/Renditegesichtspunkten optimierten Risikomischung.

Marktpreisrisiken werden abgesichert, wenn deren aktive Übernahme nicht gewünscht ist. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Aktien-, Zins-, Fremdwährungs-, Spread- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Hierbei wird durchgängig eine Bewertung auf Mark-to-Market-Basis vorgenommen. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Gap-Strukturen herangezogen. Darüber hinaus werden die Marktpreisrisikopositionen regelmäßig Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen, bei denen die Auswirkung ungewöhnlicher Marktbewegungen auf Barwerte als auch auf GuV- und Bilanzgrößen analysiert werden.

Hierbei werden auch die durch mögliche Spread-Veränderungen verursachten Marktwertveränderungen für die relevanten Portfolios regelmäßig

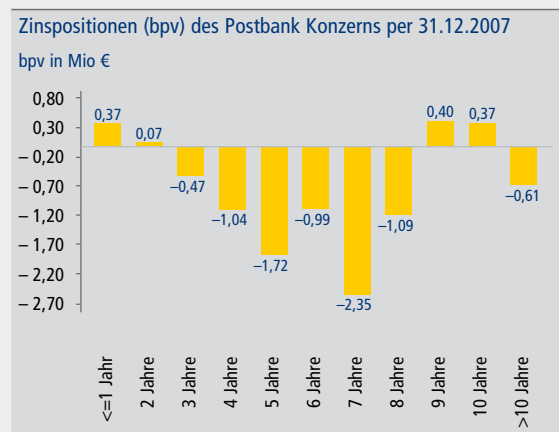
analysiert. Die Erkenntnisse aus den Marktentwicklungen im Jahr 2007 haben unmittelbar Berücksichtigung in den analysierten Spread-Szenarien und der daraus abgeleiteten Risikotragfähigkeitsanalyse gefunden. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen (Spread-VaR) wurden im Verlaufe des Jahres 2007 vollständig in die laufende Risikoüberwachung integriert.

Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken für die Postbank und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder extremen Marktbewegungen mit Relevanz für die Postbank ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzinsänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinssensitiver Finanzinstrumente. Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinssensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken der Postbank kommen neben den Standardansätzen auch eigenentwickelte statistische Modelle zur Anwendung. Von besonderer Bedeutung für die Postbank sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Einlagengeschäfte und das Bausparkollektiv. Spezielle Abbildungsvorschriften und Bodensatzdefinitionen bilden hier die Basis für ein modernes Konzept zur Risikosteuerung.

Die nachstehende Grafik zeigt die offenen Zinspositionen des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2007 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, es besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog dazu als Passivüberhang zu interpretieren.



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2007 im Wesentlichen auf den mittleren Laufzeitbereich konzentrieren.

Überwachung der Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktpreisrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt grundsätzlich nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93 % unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung einer Haltedauer von 10 Tagen und eines Konfidenzniveaus von 99 %. Als Risikofaktoren werden neben Aktienkursen, Wechselkursen, Zinskurven sowie Volatilitäten auch die Risiken aus Spread-Veränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem Zeitraum von 10 Handelstagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Der Varianz-Kovarianz-Ansatz wird auf alle Portfolios des Handelsbestands und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimits werden entsprechend skaliert.

Limitierung

Die Marktpreisrisiken werden im Postbank Konzern durch ein System risikobegrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Gesamtlimits werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimes den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Ergebnisse des durchgeführten Backtestings wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert. Die vor allem im zweiten Halbjahr erhöhte Volatilität der Marktrisikofaktoren führte in einzelnen Subportfolios zu einem Anstieg von Beobachtungen, in denen die reine Marktwertschwankung größer als der kalkulierte VaR war. Auf den relevanten übergeordneten Ebenen zeigt das Backtesting für das Jahr 2007 aber im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen (Worst-Case-Szenarien) auf die Vermögenspositionen des Postbank Konzerns. Im Rahmen dieser Analysen werden auch die marktwertigen Auswirkungen auf die Bilanz- und GuV-Positionen auf Gesamtkonzernebene untersucht. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limiten gegenübergestellt. Der Vorstand wird über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns auch bei extremen Marktsituationen gesichert war.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt der Postbank Konzern bei Geschäftsabschluss auch eine Prüfung aller Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

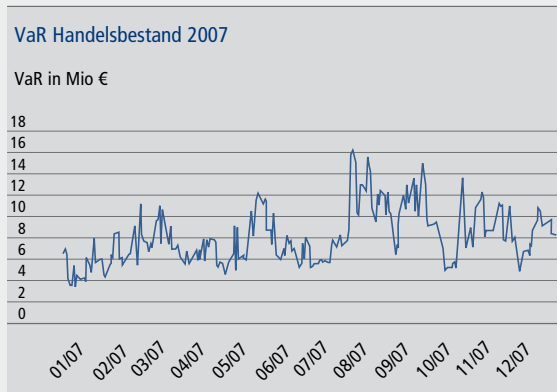
Für den Postbank Konzern wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 (sowie für das Vergleichsjahr 2006) folgende Value-at-Risk-Werte für das Handelsbestand ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbestand	2007 Mio €	2006 Mio €
VaR am Jahresresultimo	7,9	4,3
Minimaler VaR	3,0	2,7
Maximaler VaR	16,1	10,3
VaR im Jahresdurchschnitt	7,8	5,1

Für das Anlagebuch betrug per 31. Dezember 2007 der VaR (99 %, 10 Tage) 208,5 Mio € (zum Vergleich: 156,1 Mio € per 31. Dezember 2006). In die Berechnung werden sämtliche risikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen.

Bedingt durch die Geschäftsstrategie des Postbank Konzerns wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zinsänderungsrisiken (einschließlich Spread-Risiken) determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbestand Aktienkurs- und Volatilitätsrisiken eingegangen. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen insbesondere durch die Geschäftsaktivitäten der ausländischen Töchter der Deutschen Postbank AG.

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres 2007 für den Handelsbestand ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Im zweiten Halbjahr 2007 wurden im Handelsbuch die ausgeprägten Marktschwankungen flexibel zur kurzfristigen Positionierung insbesondere am Aktienmarkt genutzt. In Verbindung mit den aufgrund der deutlich höheren Marktvolatilität zum Teil spürbar gestiegenen Risikoparametern bewegte sich der VaR in den letzten beiden Quartalen damit unter deutlichen Schwankungen auf einem leicht höheren Niveau als in den beiden ersten Quartalen 2007.

Das für Marktpreisrisiken definierte VaR-Handelslimit ist während der Berichtsperiode nicht überschritten worden.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente zu den Marktpreisrisiken:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen.
- I Der Wochenbericht fasst die wesentlichen Veränderungen des Marktes und in den Positionen zusammen und richtet sich an die Positionsverantwortlichen. Die Tages- und Wochenberichte werden regelmäßig mit den Positionsverantwortlichen abgestimmt und liefern die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtesting-Analysen. Darüber hinaus wird, getrennt nach Portfolios und Währungen, über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse, abgegrenzt nach Managementeinheiten bzw. GuV-Wirksamkeit, dar.

- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus seit 2007 die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Risikodefinition

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert der Postbank Konzern als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- I Bonitäts- und Ausfallrisiken
Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- I Abwicklungsrisiken
Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- I Kontrahentenrisiken
Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.
- I Länderrisiken
Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferisiko).

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (KRK) delegiert, die Kontrolle durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss.

Der Postbank Konzern steuert sein Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostategie. Die Kreditrisikostategie enthält Vorgaben für die Risikoprofile und Renditeziele der einzelnen Kreditprodukte.

Als eine weitere risikostrategische Maßnahme orientiert sich der Postbank Konzern bezüglich der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios für Firmenkunden, Banken und Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko an einem Zielportfolio. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielportfolio. Aufgrund seiner sehr starken Risikodiversifikation ist das Privatkundengeschäft nicht Teil des Zielportfolios, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos statt und zum anderen auf Portfolioebene.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien des Postbank Konzerns enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets zusätzlich von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens im Bereich Firmenkunden und Financial Markets ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die den Mindestanforderungen an die Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II entsprechen. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren regelmäßig ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kredits bzw. Kreditnehmers. Parallel werden die Verwertungsquote bei Zahlungsunfähigkeit entweder individuell (im Falle der Baufinanzierungen) oder pauschal (im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts) geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über ein heuristisches Modell qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse der Masterskala und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Rating-Agentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung bewertet die Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Vorhersagekraft der Modelle.

Im Rahmen der Anmeldungen der Rating- und Scoringsysteme zum IRB-Ansatz hat die Postbank die Prozesse zur Konzeption, Implementierung und Überwachung der Ratingsysteme den Anforderungen an die Verwendung interner Ratingsysteme angepasst. Dazu gehören insbesondere die regelmäßige Überprüfung des Leistungsverhaltens und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme sowie die Einbindung der Ergebnisse der Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen. Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit des Ratingsystems sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Management Reportings informiert.

Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlustes“, also des Verlustes, der über den Zeitraum eines Jahres erwartet werden kann, und fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft des Postbank Konzerns werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung, die in Form von Return-on-Equity-Kennziffern (ROE) ermittelt wird, ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Die im täglichen Geschäftsbetrieb einer Bank eingegangenen Risiken können durch Sicherungsinstrumente oder Aufrechnungsverfahren gemindert werden.

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der herein genommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredites auf Basis konzerneinheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominde-

rungsinstrument bei der Mindest-Eigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Garantie- sowie Sicherheitgeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherungsinstrumentes zur Kreditrisikominderung trifft die Postbank im Kontext ihrer Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Sach-sicherheiten wie Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und Sachsicherheiten.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlustes bei Ausfall eines Kredites berücksichtigt. Immobiliensicherheiten unterliegen einer vorsichtigen Bewertung, die auch Risiken potenzieller Wertverschlechterungen adäquat berücksichtigt. Je nach zugrunde liegendem Risiko werden Sicherheiten in unterschiedlichen Zeitabständen und Intensitäten überwacht. Der Anrechnungsbetrag differiert nach der Nutzung als Gewerbe- oder Wohnimmobilie und bei den Wohngebäuden nach der Eigen- oder Fremdnutzung der Objekte. 2007 hat die Postbank ein Marktschwankungskonzept zur Überwachung von Wohnimmobilien entwickelt, das auf statistischen Analysen von Marktindizes und Ad-hoc-Analysen bei außergewöhnlichen Wertänderungen beruht.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei Nicht-Retail-Krediten erfolgt eine regelmäßige Einzelüberwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Risikohöhe sowie die Risikokonzentration werden durch Limitierung des Einzelkredits oder Limitierung des Gesamtblogs eines Kreditnehmers begrenzt. Für die Erfassung und Kontrolle werden moderne Datenverarbeitungssysteme eingesetzt. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden bzw. Geschäftskunden sowie im Bereich der Baufinanzierung ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit hat die Postbank entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand produktindividuell definierter harter und weicher Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) mit erhöhtem Risiko behaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, ggf. Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Der Postbank Konzern führt im 14-tägigen Rhythmus mit Hilfe von Researchinformationen Bonitätsüberprüfungen insbesondere in den Segmenten Finanzdienstleister, Unternehmen und strukturierte Finanzierungen durch, um sehr frühzeitig negative Trends in der Entwicklung der Bonität erkennen und Handlungsalternativen entwickeln zu können. Diese Überprüfungen werden durch eine Software

unterstützt, die Kreditausfallwahrscheinlichkeiten aus einer Vielzahl von Marktdaten ableitet.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredites als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Die Überwachungsliste dient auch der Erfassung und Analyse der Qualitätsänderungen dieser Kredite. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand, das Kreditrisikokomitee und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Steuerung des Kreditrisikos auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Zusätzlich zur Überwachung der Einzelrisiken ermittelt der Postbank Konzern den Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestandes des Konzerns. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, der innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Gegensatz dazu ist der in der Tabelle „Portfoliostruktur“ angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Postbank Portfolios, bezogen auf einen Einjahreshorizont. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Adressenausfallrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied dazu ist der erwartete Verlust eines Kreditportfolios der Forderungsbestand, der erwartungsgemäß im Durchschnitt innerhalb eines Zeitintervalls von einem Jahr in Verzug geraten bzw. ausfallen wird; dieser berechnet sich als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Forderungshöhe und der Verlustquote. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Messung des CVaR wird mit einem Kreditrisikomodell durchgeführt, das die konsistente Erfassung aller Kreditrisiken ermöglicht. Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulnerspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Konzernkreditportfolios berechnet, für Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

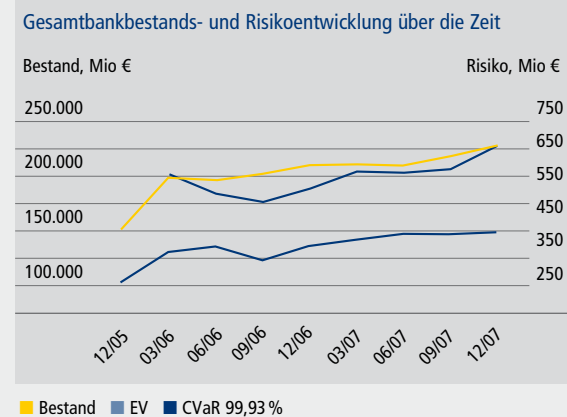
Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2007 (Berechnung per 30. November 2007) im Vergleich zum Jahresende 2006 werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Abweichung des in dieser Tabelle angegebenen Volumens für den Konzernkreditbestand von dem weiter unten ausgewiesenen „maximalen Adressenausfallrisiko“ resultiert zum einen daraus, dass als Stichtag zur Berechnung des CVaR der Vormonatsultimo herangezogen wird und zum anderen zur vollständigen Quantifizierung der Kreditrisiken bei der Berechnung des CVaR je nach Position Buchwerte, Marktwerte oder Kreditäquivalenzbeträge verwendet werden.

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Credit VaR *	
	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Firmenkunden	18.670	16.975	55	48	181	167
Privatkunden	42.380	35.638	173	134	133	111
Financial Markets	112.494	94.662	109	98	606	496
Sonstige (Banken/Kommunen)	7.828	13.226	4	7	121	244
BHW	41.965	46.590	73	87	57	117
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	223.337	207.091	414	374	661	544

* Konfidenzniveau 99,93%

Der Anstieg des Gesamtkreditbestands von 207.091 Mio € auf 223.337 Mio € geht mit einem Anstieg des erwarteten Verlustes um 10,6 % und des unerwarteten Verlustes um 21,6 % einher. Die starke Veränderung des CVaR im Profitcenter Financial Markets spiegelt dabei die aktuelle Entwicklungen der Finanzmärkte wider. Im Vergleich

zu den Vorjahreszahlen ist eine Abnahme des Konzernkreditbestands gegenüber Banken und Kommunen und ein Anstieg der Privat- und Firmenkundenkredite sowie im Profitcenter Financial Markets zu beobachten. Unter Berücksichtigung des geplanten Wachstums im Kreditvolumen ist auch für das nächste Jahr mit einer entsprechenden Ausweitung des erwarteten Verlustes und des CVaR zu rechnen.



Das maximale Kreditrisiko stellt sich zum 31. Dezember 2007 im Vergleich zum 31. Dezember 2006 wie folgt dar:

Maximale Adressenausfallrisiken		
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Handelsaktiva	9.936	13.280
Held for Trading	9.936	13.280
Hedging-Derivate	421	485
Held for Trading	421	485
Forderungen an Kreditinstitute	24.581	16.350
Loans and Receivables	24.581	16.350
Available for Sale	0	0
Forderungen an Kunden	92.725	87.182
Loans and Receivables	85.159	80.483
Designated at Fair Value	7.110	6.181
Held to Maturity	456	518
Available for Sale	0	0
Finanzanlagen	68.606	63.299
Loans and Receivables	26.600	19.031
Designated at Fair Value	0	0
Held to Maturity	730	4.956
Available for Sale	41.276	39.312
Zwischensumme	196.269	180.596
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	1.428	1.974
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	23.480	21.369
Gesamt	221.177	203.939

Im Gegensatz zur Tabelle „Kreditrisiken“ beinhaltet die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttoexposition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings oder Sicherheiten ein, wie dies bei einer ökonomischen Risikoquantifizierung gegeben ist.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente zeigt bei ausgewogener Struktur ein weiterhin stabiles Bild. Folgende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Klassen:

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen

Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Dienstleister/ Handel		Industrie	Sonstige Branchen		Gesamt		
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Handelsaktiva	209	208	9.267	12.787	14	109	148	80	165	15	133	81	9.936	13.280
Held for Trading	209	208	9.267	12.787	14	109	148	80	165	15	133	81	9.936	13.280
Hedging-Derivate	0	0	385	429	26	0	5	18	0	14	5	24	421	485
Held for Trading	0	0	385	429	26	0	5	18	0	14	5	24	421	485
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	24.581	16.350	0	0	0	0	0	0	0	0	24.581	16.350
Loans and Receivables	0	0	24.581	16.350	0	0	0	0	0	0	0	0	24.581	16.350
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	68.230	64.750	7.723	2.642	4.643	5.972	3.938	4.995	2.705	1.588	5.486	7.235	92.725	87.182
Loans and Receivables	61.120	58.569	7.716	6.640	4.427	5.722	3.873	4.839	2.546	1.499	5.477	3.214	85.159	80.483
Designated at Fair Value	7.110	6.181	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7.110	6.181
Held to Maturity	0	0	7	2	216	250	65	156	159	89	9	21	456	518
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	0	0	46.402	39.839	15.085	16.206	740	973	4.050	3.658	2.329	2.623	68.606	63.299
Loans and Receivables	0	0	22.276	16.056	2.014	1.344	119	196	1.258	735	933	700	26.600	19.031
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	0	0	709	1.016	21	3.940	0	0	0	0	0	0	730	4.956
Available for Sale	0	0	23.417	22.767	13.050	10.922	621	777	2.792	2.923	1.396	1.923	41.276	39.312
Zwischensumme	68.439	64.958	88.358	72.047	19.768	22.287	4.831	6.066	6.920	5.275	7.953	9.963	196.269	180.596
Eventualverpflichtungen	252	436	891	1.290	22	25	172	65	16	30	75	128	1.428	1.974
Andere Verpflichtungen	19.113	16.753	34	249	35	110	971	1.362	667	793	2.660	2.102	23.480	21.369
Gesamt	87.804	82.147	89.283	73.586	19.825	22.422	5.974	7.493	7.603	6.098	10.688	12.193	221.177	203.939

Das Portfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen sowie Krediten an Banken, die sich vor allem aus Geldmarkt- und teilweise gedeckten Kapitalmarktengagements (wie z. B. Pfandbriefen) zusammensetzen. Diese Banken sind, ähnlich wie Staaten, fast ausschließlich den Ratingklassen A und besser zugeordnet. Als Orientierung dient hierbei ein Zielfportfolio, das aus Diversifikationsicht optimiert wurde. Im Geschäftsjahr 2007 wurden das Privatkundengeschäft und der Kreditbestand im Profitcenter Financial Markets weiter ausgebaut.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat der Postbank Konzern länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden.

Die regionale Aufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Finanzinstrumente zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa und Nordamerika, die u. a. von den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen eingegangen wurden.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten

Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Handelsaktiva	5.125	3.377	3.738	8.646	1.073	1.257	9.936	13.280
Held for Trading	5.125	3.377	3.738	8.646	1.073	1.257	9.936	13.280
Hedging-Derivate	67	205	275	216	79	64	421	485
Held for Trading	67	205	275	216	79	64	421	485
Forderungen an Kreditinstitute	13.937	6.717	8.348	7.116	2.296	2.517	24.581	16.350
Loans and Receivables	13.937	6.717	8.348	7.116	2.296	2.517	24.581	16.350
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	80.724	76.637	9.219	8.285	2.782	2.260	92.725	87.182
Loans and Receivables	73.158	69.938	9.219	8.285	2.782	2.260	85.159	80.483
Designated at Fair Value	7.110	6.181	0	0	0	0	7.110	6.181
Held to Maturity	456	518	0	0	0	0	456	518
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	23.878	28.055	36.438	29.116	8.290	6.128	68.606	63.299
Loans and Receivables	14.971	12.743	8.618	4.340	3.011	1.948	26.600	19.031
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	666	3.301	16	1.607	48	47	730	4.956
Available for Sale	8.241	12.011	27.804	23.168	5.231	4.133	41.276	39.312
Zwischensumme	123.731	114.992	58.018	53.378	14.520	12.226	196.269	180.596
Eventualverpflichtungen	1.130	1.807	235	104	63	63	1.428	1.974
Andere Verpflichtungen	21.989	19.288	345	329	1.146	1.752	23.480	21.369
Gesamt	146.850	136.087	58.598	53.811	15.729	14.041	221.177	203.939

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung des Postbank Konzerns. Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2007 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Es dominieren die guten Ratingklassen; 94 % des gerateten Portfolios sind der Investmentqualität zugeordnet.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Handelsaktiva	2.446	213	5.038	8.233	1.622	3.524	180	69	206	53	235	980	9.727	13.072
Held for Trading	2.446	213	5.038	8.233	1.622	3.524	180	69	206	53	235	980	9.727	13.072
Hedging-Derivate	39	36	331	195	32	170	10	30	4	13	5	41	421	485
Held for Trading	39	36	331	195	32	170	10	30	4	13	5	41	421	485
Forderungen an Kreditinstitute	936	336	7.985	4.225	13.753	10.487	387	197	38	122	1.482	983	24.581	16.350
Loans and Receivables	936	336	7.985	4.225	13.753	10.487	387	197	38	122	1.482	983	24.581	16.350
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	820	795	3.042	1.814	3.648	4.013	7.868	6.768	5.904	5.948	83	47	21.365	19.385
Loans and Receivables	730	704	2.927	1.718	3.563	3.885	7.787	6.677	5.819	5.836	83	47	20.909	18.867
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	90	91	115	96	85	128	81	91	85	112	0	0	456	518
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	25.358	23.678	20.879	15.723	15.640	15.335	1.743	2.161	1.485	1.701	2.682	2.690	67.787	61.288
Loans and Receivables	11.850	7.366	7.040	4.703	5.342	4.307	628	802	645	961	955	892	26.640	19.031
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	590	3.082	92	63	48	1.581	0	0	0	0	0	230	730	4.956
Available for Sale	12.918	13.230	13.747	10.957	10.250	9.447	1.115	1.359	840	740	1.727	1.568	40.597	37.301
Gesamt	29.599	25.058	37.275	30.190	34.695	33.529	10.188	9.225	7.637	7.837	4.487	4.741	123.881	110.580

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2006 haben sich keine wesentlichen Veränderungen in der Ratingstruktur des Kreditportfolios ergeben. Die aktuelle Ratingverteilung der Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten liegt leicht oberhalb der gemäß Kreditrisikostategie angestrebten Ziel-Ratingverteilung.

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2007 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine sehr günstige Bonitätsstruktur auf. Altbestände

im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor 08/2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h. durch Segmentierungen werden homogene Risikopools gebildet, für die dann die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der relative und der absolute Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios werden sukzessive abnehmen, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird. Für den überwiegenden Teil der ungerateten Forderungen wurden für jeweils homogene Unterportfolios in den Jahren 2006 und 2007 Verfahren zur Basel-II-konformen Pool-Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteten Verlustquoten entwickelt.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel II Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Handelsaktiva	0	0	4	0	20	0	69	0	110	0	6	208	209	208
davon: Held for Trading	0	0	4	0	20	0	69	0	110	0	6	208	209	208
Forderungen an Kunden	2.189	2.155	4.853	4.502	5.660	4.309	9.871	5.169	12.597	4.822	33.060	43.793	68.230	64.750
davon:														
Loans and Receivables	2.187	2.155	4.812	4.502	5.423	4.309	8.869	5.169	10.818	4.822	29.011	37.612	61.120	58.569
davon:														
Designated at Fair Value	2	0	41	0	237	0	1.002	0	1.779	0	4.049	6.181	7.110	6.181
Gesamt	2.189	2.155	4.857	4.502	5.680	4.309	9.940	5.169	12.707	4.822	33.066	44.001	68.439	64.958

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungspools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Dabei handelt es sich z. B. um folgende Produktarten: Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligations (CDO), Collateralized Loan Obligations (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Das Portfolio hat ein Gesamtvolumen von 6,3 Mrd €. Innerhalb der Collateralized Debt Obligations (CDO's) hat die Postbank auf Basis einer detaillierten Analyse einen relevanten Umfang von rund 0,8 Mrd € US Subprime-Exposure ermittelt, das damit ein indirektes Engagement am US-Immobilienmarkt darstellt.

Die von den Entwicklungen am US-Immobilienmarkt ausgehenden Verwerfungen an den Kapitalmärkten haben wir mit Blick auf potenzielle Ausfälle in unserem Structured-Credit-Portfolio eng begleitet. Die Bestände haben wir fortlaufend systematisch analysiert und Impairment-Tests unterzogen.

Auf Basis einer vorsichtigen Bewertung des Portfolios wurde ein Impairment in Höhe von insgesamt 112 Mio € vorgenommen.

Originator

Neben der Rolle als Investor in Kreditsatzgeschäften tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Bei einer synthetischen Verbriefungstransaktion in Form der Verbriefung von Wohnungsbau-darlehen (PB Domicile 2006-1) wurde ein Gesamtvolumen von 2,4 Mrd € verbrieft. Diese Transaktion führt einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation.

Überfälliges und im Wert gemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2007 mit mindestens 100 € überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Kreditrisikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung stattgefunden hat (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Fair Values der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Die Berechnung des Fair Value der Sicherheiten erfolgt jeweils einzelgeschäftsbezogen unter Berücksichtigung der geschätzten Verwertungserlöse, der Verwertungszeitpunkte und dem Effektivzinssatz der Forderung. Kredite im Firmenkundenbereich, für die bereits eine Einzelwertberichtigung besteht, sowie alle auf der Überwachungsliste geführten Kredite, werden regelmäßig einer Bewertung unterzogen, d. h. es findet eine ständige Beobachtung anhand definierter Risikoindikatoren statt, die ggf. zu einer Bildung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung führt; quartalsweise wird ein erneuter Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf ein Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern innerhalb des Portfolios ein Wertberichtigungsbedarf besteht. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf pauschale Quoten zurückgegriffen, die auf historischen Erfahrungswerten bezüglich der Verlustquote beruhen. Der Postbank Konzern bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite und der Kreditkartenforderungen.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente												
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr		Gesamt		Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kunden	940	835	174	221	89	90	50	37	1.253	1.183	1.290	1.221
davon: Loans and Receivables	940	835	174	221	89	90	50	37	1.253	1.183	1.290	1.221
Gesamt	940	835	174	221	89	90	50	37	1.253	1.183	1.290	1.221

Die folgende Tabelle zeigt alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2007 und 31. Dezember 2006, aufgeteilt in durch Einzelwertberichtigungen wertgeminderte Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Impairments gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Forderungen an Kunden	1.877	1.864	1.154	1.155	723	709	922	901
davon: Loans and Receivables	1.877	1.864	1.154	1.155	723	709	922	901
Finanzanlagen	819	2.011	130	128	689	1.883	–	–
davon: Loans and Receivables	140	0	67	0	73	0	–	–
davon: Available for Sale	679	2.011	63	128	616	1.883	–	–
Gesamt	2.696	3.875	1.284	1.283	1.412	2.592	922	901

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde noch seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung, jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene Reporting-Instrumente zur Darstellung der Kreditrisiken:

- Der Kreditrisikobericht, der dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrates vierteljährlich zur Kenntnis gegeben wird, gibt Aufschluss über die Entwicklung des aktuellen Konzernkreditportfolios und die Ausfallentwicklung auf Einzelgeschäftsebene. Neben der Darstellung von Kreditbestands- und -risikokennzahlen werden u. a. die größten auf den Einzelschuldner aggregierten Forderungsbestände und die größten notleidenden Kredite sowie die Auslastung der Risikolimits dargestellt.
- Der Credit-Monitoring-Bericht wird vierteljährlich parallel zum Kreditrisikobericht erstellt und enthält zusätzliche Detailinformationen auf Geschäftsfeld- und Produktebene zur Steuerung der Kreditrisiken durch die operativen Einheiten. Der Credit-Monitoring-Bericht wird durch das Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastung, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.

- Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditenebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modellmonitoringreports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumentieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d. h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.

- Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren Engagements.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich der Postbank Konzern und seine Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Postbank hat erkannt, dass die Identifizierung und Quantifizierung von Umweltrisiken einen Bestandteil der üblichen Risiko-beurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft bilden müssen. Im Hinblick auf unsere Kunden betrachten wir die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet der Postbank Konzern zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spread-Risiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.

Organisation und Risikostrategie

Zu Beginn des Jahres 2007 sind vom Vorstand, dem die Verantwortung für die Steuerung der Liquiditätsrisiken des Postbank Konzerns obliegt, die Liquiditätsrisikostrategie und das Notfallkonzept verabschiedet und konzernweit verankert worden. Die Zielstrukturen und Prozesse im Liquiditätsrisikomanagement sind vor dem Hintergrund der deutlich gewachsenen Konzernstrukturen und gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Rahmen eines eigenständigen Projekts grundlegend neu konzipiert worden. Im Zuge dieser Umsetzung sind die Steuerungs- und Überwachungsprozesse stärker auf den Gesamtkonzern ausgerichtet, die von den MaRisk geforderte Funktionstrennung durchgängig etabliert, die für die Steuerung notwendigen Daten detaillierter modelliert, eine geeignete Systemunterstützung aufgebaut und detaillierte Liquiditätsrisikoberichte für den Konzern, die auch Stressszenarien beinhalten, entwickelt worden.

Zum Ende des Jahres 2007 hat der Postbank Konzern bereits ein Nachfolgeprojekt gestartet, das wesentliche Aspekte im Rahmen einer integrierten Gesamtbanksteuerung miteinander verknüpft und die sukzessive Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung auf Grundlage der „Sound Practices for Managing Liquidity in Banking Organisations“ der BIZ verfolgt.

Die Liquiditätssteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Deutschen Postbank AG, wobei die BHW Bank AG, die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken im Rahmen konzernweit einheitlicher Vorgaben eigenständig steuern.

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine begrenzte Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Liquiditätsrisiken werden nur im Rahmen genehmigter Grenzen übernommen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein umfangreiches Portfolio mit freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, das kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur Verbreiterung der Funding-Basis ist im Berichtsjahr ein Debt-Issuance-Programm aufgesetzt worden, das u. a. beginnend im ersten Quartal 2008, die regelmäßige Emission von Pfandbriefen (Jumbo, Private Placements) vorsieht. Das Programm erlaubt auch andere Emissionsformen. Alle Produkte

können in den gängigen Währungen und Strukturierungsvarianten emittiert werden. Weiterhin hat die Postbank im Berichtsjahr die Pfandbrieflizenz für öffentliche und Hypothekendarlehen erhalten.

Der Bereich Risikocontrolling definiert im Rahmen seiner Verantwortlichkeit als konzernweite unabhängige Überwachungseinheit die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung und übernimmt die operative Überwachungs- und Reportingfunktion.

Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen in den Töchtern und Auslandsniederlassungen.

Gemäß § 12 Liquiditätsverordnung (Übergangsbestimmungen) hat die Postbank im Jahr 2007 weiterhin den Liquiditätsgrundsatz (II) gemäß § 11 KWG als aufsichtsrechtliches Beurteilungskriterium (Abdeckungsverhältnis der zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel zu den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen) angewendet. Die Anforderungen wurden durchgehend erfüllt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen wird geschäftstäglich der Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns festgestellt, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens monatlich Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände.

Die Liquiditätssituation des Postbank Konzerns ist – auch unter Berücksichtigung der im Zug der Subprime-Krise erschwerten Marktbedingungen – insbesondere aufgrund ihres Einlagengeschäfts solide und lässt über den Betrachtungshorizont des nächsten Jahres keine Engpässe erkennen.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2007 differenziert nach Restlaufzeiten. Hierbei werden die undiskontierten vertraglichen Cashflows der bilanziellen und außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Mit dieser Tabelle erfüllt der Postbank Konzern die Rechnungslegungsanforderungen an die Risikoberichterstattung nach IFRS 7 bezüglich Liquiditätsrisiken. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h. bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

Verbindlichkeiten	≤ 1 Monat		> 1 Monat und ≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.668	270	44.849	35.798	3.916	4.555	4.307	7.658	4.558	3.846	60.298	52.127
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	25.684	22.375	47.273	48.136	22.056	19.080	3.008	6.471	1.103	2.504	99.124	98.565
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2.042	6.733	1.445	2.183	8.374	10.987	3.931	3.877	15.792	23.780
Handelspassiva	0	0	487	348	953	-339	1.935	-351	2.446	25	5.822	-317
Hedging-Derivate	0	0	81	70	106	608	619	663	1.417	542	2.222	1.882
Nachrangkapital	0	0	27	27	89	31	689	1.305	14.887	16.878	15.692	18.241
Sonstige Passiva	0	0	186	100	326	351	66	47	25	45	602	543
Unwiderrufliche Kreditzusagen	23.480	21.369	0	0	0	0	0	0	0	0	23.480	21.369
Gesamt	51.832	44.014	94.945	91.212	28.891	26.469	18.998	26.779	28.367	27.716	223.033	216.190

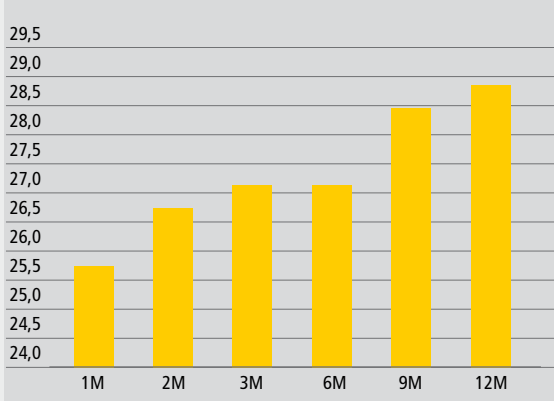
Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2007 eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung innerhalb eines Einjahres-Horizonts.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen, die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten, zum Teil auf Annahmen, die einer regelmäßigen Validierung unterliegen.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen, die die gute Liquiditätsposition des Postbank Konzerns unterstreichen.

Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns

Mrd €



Risikoreporting

2007 hat der Postbank Konzern wie geplant sein internes Berichtswesen zum Liquiditätsrisikomanagement erweitert. Insgesamt nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Instrumente zum Reporting der Liquiditätsrisiken:

- Die Mitglieder des Marktrisikokomitees und die für die Liquiditätssteuerung relevanten Einheiten werden täglich über den Liquiditätsstatus auf Konzernebene unterrichtet.
- Der Gesamtvorstand erhält monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inkl. der etablierten Stresstests auf Konzernebene.
- Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung gehen im Rahmen des Vorstands-Informations-Systems (VIS) an den Gesamtvorstand.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Risikodefinition

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Seit dem Start der neuen Eigenkapitalregelungen im Jahr 2007 nutzt der Postbank Konzern bei der Ermittlung der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken den Standardansatz. Die Erfüllung der Anforderungen an den Standardansatz entsprechend der Solvabilitätsverordnung wurde im Rahmen einer Prüfung durch die Interne Revision bestätigt und der Bankenaufsicht angezeigt. Mit der Umsetzung der Anforderungen für den Standardansatz wurden zugleich die Grundlagen für einen späteren Wechsel zu einem fortgeschrittenen Ansatz (AMA – Advanced Measurement Approach) gelegt. Hierzu gehört auch die Nutzung externer Daten, die vom Datenkonsortium DakOR bezogen werden.

Organisation und Risikostrategie

Der Vorstand des Postbank Konzerns verantwortet die Steuerung der Operationellen Risiken. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) ist für die Festlegung konzernweiter Grundsätze zuständig. Das Management der Operationellen Risiken ist Aufgabe der jeweiligen Einheiten des Konzerns.

Bereits 2005 wurde eine Strategie zum Umgang mit Operationellen Risiken im Postbank Konzern definiert. Hierin werden für das Management der Operationellen Risiken verschiedene Prinzipien festgelegt. Die Prinzipien gliedern sich in konzernweite Standards, die vom ORK definiert wurden und von allen Organisationseinheiten beachtet werden müssen, und in Prinzipien, die in der Verantwortung der einzelnen Geschäftsfelder (GF) liegen.

Die Operationellen Risiken sind in das RTF-Konzept (Risikotragfähigkeitskonzept) des Postbank Konzerns integriert. Der ermittelte Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken fließt als Abzugsgröße von der verfügbaren Risikodeckungsmasse in den Limitierungsprozess ein. Eine Suballokation von Risikokapital auf die einzelnen Profitcenter findet derzeit nicht statt.

Zur Sicherstellung eines konzernweit einheitlichen Vorgehens werden alle Maßnahmen zur Steuerung und Überwachung der Operationellen Risiken durch die Abteilung Markt-/Operationelle Risiken der Postbank Zentrale koordiniert. Dies betrifft die eingesetzten Methoden zur Sammlung von Schadenfällen, die Definition von Indikatoren im Sinne eines Frühwarninstruments sowie das Self-Assessment zur Erhebung und Bewertung der aktuellen Risikosituation. Auch die regelmäßige Schulung der dezentralen Risikomanager und die Weiterentwicklung der eingesetzten Softwarelösung werden von der Zentrale verantwortet. In dem „Handbuch zum Controlling Operationeller Risiken im Postbank Konzern“ sind sowohl die Methoden als auch die originären Verantwortlichkeiten der am Controllingprozess Beteiligten beschrieben.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Management der Operationellen Risiken bleibt wichtige Aufgabe der einzelnen Einheiten des Konzerns.

In Ergänzung zum zentralen Controlling und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern.

Im Jahr 2007 wurde nach der erfolgreichen Zusammenführung der früheren PB Vermögensberatung und des BHW Vertriebs die neue Einheit Postbank Finanzberatung AG in das OpRisk-Controlling der Postbank eingebunden. Die BCB PAS GmbH, in der die zu Beginn des Jahres 2007 von der HypoVereinsbank übernommenen Zahlungsverkehrsaktivitäten gebündelt sind, konnte ebenfalls erfolgreich in den Controllingprozess integriert werden. Somit sind alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Postbank Konzerns Bestandteil des Controllingprozesses.

Zur Ermittlung der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken nutzt die Postbank den aufsichtlichen Standardansatz. Die Anrechnungsbeträge für die Operationellen Risiken werden für interne Zwecke – abweichend von den aufsichtlichen

Vorgaben – vierteljährlich ermittelt und dem Betrag, der für die Operationellen Risiken im Rahmen der Kapitalallokation reserviert wurde, gegenübergestellt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Anrechnungsbeträge je Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung zum 31. Dezember 2007 dargestellt.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken Mio €
Unternehmensfinanzierungen	–
Handel	32
Privatkundengeschäft	385
Firmenkundengeschäft	57
Zahlungsverkehr und Abwicklung	26
Depot- und Treuhandgeschäft	1
Vermögensverwaltung	5
Wertpapierprovisionsgeschäft	10
Summe Postbank Konzern	516

Zur internen Validierung ist darüber hinaus im Geschäftsjahr ein Modell zur Quantifizierung der Operationellen Risiken entwickelt worden, mit dem erstmals der Operational Value-at-Risk (OpVaR) auf Konzernebene berechnet werden kann. Dieses Modell wird nun im Hinblick auf die geplante mittelfristige Umsetzung eines fortgeschrittenen Messansatzes sukzessive weiterentwickelt.

Risikoreporting

Die Leitungsebenen des Postbank Konzerns erhalten regelmäßig Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- I Die Mitglieder des ORK werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren, die die definierte Toleranzschwelle überschritten haben, informiert.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich eine aktuelle Zusammenstellung der erfassten Schadenfälle.
- I Das ORK wird daneben halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- I Dezentral erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen entsprechend den Informationsbedürfnissen abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme werden die ORK-Mitglieder im Rahmen des Ad-hoc-Reportings unverzüglich informiert.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungs- und Immobilienrisiken

Risikodefinition

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes.

Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden.

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz des Postbank Konzerns und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten.

Organisation und Risikostrategie

Die Portfoliosteuerung des Immobilien- und Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungsbesitz werden in der Bank von verschiedenen zentralen Konzerneinheiten wahrgenommen. Das Beteiligungsmanagement koordiniert insbesondere im Rahmen der Organbetreuung die Überwachung der Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften und der sonstigen Beteiligungen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2007 hält die Deutsche Postbank AG 59 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2007 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr moderat erhöht.

Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. Zentralfunktionen wie Controlling, Rechnungswesen, Recht, Personal und Revision werden in diesen Fällen grundsätzlich unmittelbar durch zuständige Organisationseinheiten der Postbank wahrgenommen.

Die Deutsche Postbank AG hält darüber hinaus derzeit keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Der Postbank Konzern hat ein Verfahren eingerichtet, das eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellt. Der Bereich Risikocontrolling überwacht regelmäßig die für die Risiken innerhalb des Beteiligungsbesitzes definierten Wesentlichkeitsgrenzen und informiert hierüber den Vorstand und die Risikokomitees.

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG, der BHW Bausparkasse AG und der BHW Bank AG.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die wesentlichen Risiken (insbesondere Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken) strategischer Beteiligungen und Tochtergesellschaften sind in die operativen und strategischen konzernweiten Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme eingebunden. Die Operationellen Risiken und Geschäftsrisiken der Mehrheitsbeteiligungen sind in das entsprechende Steuerungs- und -überwachungs-

system der Postbank mit eingebunden. Das residuale Beteiligungsrisiko vermindert als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital.

Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden Fachebenen der Bank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese in vierteljährlichem Abstand einem Impairment-Test unterzogen. Entsprechend den vom Institut der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätzen zur Bewertung von Beteiligungen und Unternehmensanteilen basiert diese Überprüfung auf der Anwendung des Ertragswertverfahrens.

Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der darin einbezogenen strategischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften berichtet. Daneben nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente zu den Beteiligungsrisiken:

- I Dem Vorstand der Postbank werden quartalsweise die wesentlichen Ergebniskennziffern aller im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften berichtet.
- I Darüber hinaus wird im Rahmen der Organsitzungen der Tochtergesellschaften (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlungen etc.) kontinuierlich dem Anteilseigner Deutsche Postbank AG über die Entwicklung der Risikosituation in den jeweiligen Tochtergesellschaften berichtet.

Überwachung und Steuerung der Kollektivrisiken

Risikodefinition

Aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG rührt als spezifisches Geschäftsrisiko das Kollektivrisiko. Hierunter fasst die Bausparkasse negative Auswirkungen aufgrund von (nicht zinsinduzierten) Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen der Bausparer von den prognostizierten Verhaltensannahmen.

Die allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge räumen den Bausparkunden diverse Wahlrechte für die Spar- und Darlehensphase ein. Die Kollektiventwicklung basiert auf der Einschätzung der zukünftigen Verhaltensausprägungen der Bausparer, abgeleitet aus langjährigen Erfahrungswerten und detaillierten Strukturanalysen. Die Faktoren, die das Kundenverhalten beeinflussen, reichen von Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung bis hin zu Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen der Bausparer.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Steuerung der Kollektivrisiken liegt in der Verantwortung des Vorstands. Die Behandlung der Kollektivrisiken ist Bestandteil der übergreifenden Konzernrisikostategie.

Zur Risikoquantifizierung nutzt die BHW Bausparkasse ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden die Neuabschlüsse und erwarteten Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow, der vierteljährlich neu berechnet wird.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die Kollektivrisiken werden durch ein aktives Kollektivmanagement der BHW Bausparkasse AG systematisch gesteuert, während die Überwachung der Risiken dem Risikocontrolling der BHW Bausparkasse obliegt.

Die negativen Auswirkungen der Kollektivrisiken aufgrund von (nicht zinsinduzierten) Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen der Bausparer von der Prognose werden mithilfe eines Kollektiv-Simulationsmodells quantifiziert.

Ein Teil der Verhaltensannahmen für die Modellierung, nämlich das Zuteilungsverhalten, die Darlehensverzichte sowie das Tilgungsverhalten, werden in der Simulation als zinsabhängig betrachtet. Deshalb werden Kollektivsimulationen auf der Basis unterschiedlicher Zinsszenarien durchgeführt. Hieraus resultieren für die Bausparkasse zinsensitive Optionsrisiken, die grundsätzlich den Marktpreisrisiken zuzuordnen sind, aber heute noch als Teil der Kollektivrisiken ausgewiesen werden. Es ist vorgesehen, diese zinsabhängigen Optionsrisiken zukünftig als Teil der Marktpreisrisiken auszuweisen.

Die Validität des Modells ist von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) akzeptiert. Zur Kontrolle der Simulationsergebnisse führt die BHW Bausparkasse zusätzlich eine Abweichungsanalyse durch. Die Modellgüte wird regelmäßig anhand eines Backtestings überprüft und kontinuierlich verbessert.

Das Prinzip des kollektiven Bausparens erfordert einen kontinuierlichen Neuzugang auf der Grundlage eines von der BaFin genehmigten Bauspartarifs mit weitgehend festen Zinskonditionen. Tarifanpassungen erfordern einen Vorlauf ca. sechs bis zwölf Monaten, eine Marktelastizität ist nur eingeschränkt vorhanden. Die Modellierung eines Bausparkollektivs in Konzepten zur Risikomessung erfordert daher nicht nur die Simulation des Kollektivbestands, sondern auch die Einbeziehung zukünftigen Bausparneugeschäfts.

Der Postbank Konzern sieht die spezifischen Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft als wesentlich an und hat daher in der Risikokapitalallokation einen pauschalen Betrag in ausreichender Höhe reserviert.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente zu den Kollektivrisiken:

- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK über die durch das Kollektiv entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- I Die Entwicklung des Kollektivs wird in der BHW Bausparkasse anhand wesentlicher Kennzahlen im Rahmen eines monatlichen bzw. zum Teil quartalsweisen Reportings dem Vorstand der BHW Bausparkasse dargestellt.
- I Das derzeit noch durch einen pauschalen Betrag abgeschätzte Kollektivrisiko wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts quartalsweise an den Vorstand berichtet.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Risikodefinition

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnisrückgänge, die dadurch entstehen, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnisrückgänge können neben internen Faktoren z. B. unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben. Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

- I **Modellrisiken**
Risiko aus unerwartetem Volumens- oder Margenrückgang, der durch die Modellierung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapitalbindung und variabler Verzinsung hervorgerufen wird.
- I **Residuale Geschäftsrisiken**
Sonstige unerwartete Volumens- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind.
- I **Strategische Risiken**
Gefährdung der Ergebniserreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung des Konzerns auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können somit aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren. Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.
- I **Reputationsrisiken**
Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung der Geschäftsrisiken als Teil der Konzernrisikostrategie obliegt dem Gesamtvorstand. Er steht entsprechend bei strategischen Risiken in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite der strategischen Entscheidung ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrats notwendig.

Die Ermittlung der Geschäftsrisiken wird mindestens quartalsweise im Bereich Risikocontrolling durchgeführt und in der Risikotragfähigkeitsermittlung als Abzugsposten vom Risikokapital berücksichtigt. Der Risikokapitalbedarf durch das Modellrisiko wird aufgrund der möglichen Volatilität monatlich gemessen und an den Gesamtvorstand berichtet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die Abschätzung der Geschäftsrisiken erfolgt mithilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von periodenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der Geschäftsrisiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Das Modellrisiko existiert hauptsächlich im Geschäftsfeld Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, tritt jedoch auch im Bereich der Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kundengeschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablaufkationen von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (vor allem Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden. In der Ablaufkation werden die Cashflows der variabel verzinslichen Kundenprodukte nach dem gängigen Verfahren der gleitenden Durchschnitte abgebildet. Unter der getroffenen Annahme eines langfristig stabilen Bodensatzes der Kundenvolumen zielt die Mischung gleitender Durchschnitte darauf ab, Portfolios aus Geld- und Kapitalmarktgeschäften zu bilden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf Volumens- und Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Die anderen Geschäftsrisiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts nicht separat quantifiziert, sondern aggregiert mit Risikokapital unterlegt. Im Sinne eines Frühwarnsystems werden laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente zu den Geschäftsrisiken:

- Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts wird dem Vorstand quartalsweise über die Höhe der Geschäftsrisiken berichtet.
- Im Rahmen des monatlichen Risikoberichts wird der Vorstand zur Entwicklung des Modellrisikos informiert.
- Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK monatlich über die durch die Modellrisiken entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- Die Volumensentwicklung der Kundenprodukte mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung wird in einem täglichen Reporting überwacht.
- Zu strategischen Risiken existieren in der Postbank mehrere Formen des Reportings. So wird dem Vorstand regelmäßig durch die Ergebnisse der Markt- und Wettbewerbsanalysen, durch quartalsweise Reviews zur Geschäftsentwicklung und im Rahmen des monatlichen und quartalsweisen Vorstands-Informationen-Systems (M- und Q-VIS-Reportings) Bericht erstattet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Planungsprozesses strategische Risiken und Entwicklungen intensiv vorgestellt und diskutiert.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Als Teil des unternehmerischen Überwachungssystems prüft die Interne Revision – entsprechend den MaRisk – grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften im Postbank Konzern und den von der Deutschen Post AG erworbenen Filialbereich. Die Tätigkeiten in den Töchtern reichen von einer Kontroll- und Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Interne Revision prüft in diesem Rahmen ebenfalls jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt tool-gestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Als regelmäßige Prüfungen werden im Rahmen des Jahresprogramms Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von bedeutenden Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen im Konzern und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen (z. B. 2007: MiFid – Markets in Financial Instruments Directive).

Darstellung der Risikolage

Vor dem Hintergrund der im Zuge der Finanzmarktkrise weiterhin volatilen Kapitalmärkte, einer flachen Zinsstrukturkurve und der weiter intensiven Wettbewerbssituation am Einlagen- und Kreditmarkt mit dem daraus resultierenden Druck auf die Zinsmargen sowie der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Insolvenzentwicklung kommt einer effizienten Risikosteuerung weiterhin eine zentrale Bedeutung zu. Der Postbank Konzern hat im Geschäftsjahr 2007 die Strukturen, Instrumente und Prozesse für das Risikomanagement und -controlling in den relevanten Risikoarten weiter verfeinert und verfügt über ein modernes Instrumentarium zur Steuerung der Gesamtbank. Auch das im Jahr 2006 erworbene BHW ist mittlerweile vollständig in die Risikocontrollingprozesse eingebunden. Damit ist der Postbank Konzern in der Lage, den Herausforderungen des Marktes gerecht zu werden und eine risiko-/ertragsoptimierte Steuerung und Limitierung über alle Risikoarten und Geschäftsbereiche hinweg durchzuführen. Die Methoden und Verfahren entsprechen den aktuellen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Die von dem Structured-Credit-Portfolio der Postbank ausgehenden Risiken werden systematisch und intensiv analysiert und im Rahmen einer eigenständigen Projektstruktur zeitnah überwacht. Sofern sich aus den durchgeführten Impairment-Tests voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen ergeben, sind entsprechende Impairments gebildet worden.

Im Bereich der sonstigen, nicht mit strukturierten Kreditprodukten in Verbindung stehenden Kreditrisiken konnte auch im Jahr 2007 das relativ risikoarme Profil des Kreditgeschäfts mit vergleichsweise geringen Risikokosten sichergestellt werden. Unter anderem konnte den steigenden Kreditrisiken im Retail-Segment in Deutschland durch eine restriktive scoringgestützte Vergabepolitik sowie effizientere und schnellere Prozesse in der Intensivbetreuung notleidender Engagements begegnet werden. Die Zuführungen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft resultieren im Wesentlichen aus dem planmäßigen Ausbau des Privatkundengeschäfts des Geschäftsjahres 2007. Im Gegenzug konnte jedoch auch aufgrund der positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in zurückliegenden Perioden gebildete Risikovorsorge aufgelöst werden, sodass die Nettozuführung deutlich begrenzt werden konnte. Seine risikosensitive Geschäftspolitik wird der Postbank Konzern auch in Zukunft weiter fortsetzen.

Der Postbank Konzern konnte und kann bei der Allokation des Risikokapitals den Geschäftsbereichen ausreichenden Spielraum für das strategiekonforme Geschäftswachstum einräumen. Mit Blick auf die vom US-Immobilienmarkt ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten und ein eventuelles Übergreifen auf die

Realwirtschaft können weitere finanzielle Belastungen nicht ausgeschlossen werden.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken, aus den oben dargestellten Risikoarten, waren und sind nicht erkennbar.

Verfahren der EU-Kommission

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten hin an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfe-Verbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutschen Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht.

Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um Stellungnahme bezüglich des zum 1. Januar 1999 erfolgten Verkaufs der vollen Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG durch den Bund. Allerdings hat die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeverfahrens untersucht. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe nach ihrer Auffassung unbegründet seien. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutschen Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutschen Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutscher Post AG und Deutscher Postbank AG sowie zwischen Deutscher Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Postbank AG ist ebenso wie die Deutsche Post AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfe-

prüfverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Deutsche Postbank AG und Deutsche Post AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Postbank AG teilt ferner die Auffassung der Deutschen Post AG, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Die Unsicherheit über die konjunkturellen Aussichten für die Weltwirtschaft ist zu Beginn des Jahres 2008 außergewöhnlich hoch. Die anhaltenden Verspannungen an den Finanzmärkten bergen in Verbindung mit dem schwachen US-Dollar und dem hohen Ölpreis das Risiko, den globalen Aufschwung spürbar zu dämpfen. Gleichzeitig zeigt sich die Weltkonjunktur bislang aber in einer robusten Verfassung. Dies gilt insbesondere für die Schwellenländer in Asien, Osteuropa und Lateinamerika, die sich weiterhin in einem kräftigen strukturellen Aufschwung befinden. Da wir zudem davon ausgehen, dass sich die Verspannungen an den Finanzmärkten im Jahresverlauf aufzulösen beginnen, sollten ihre negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft begrenzt bleiben. Insgesamt dürfte die globale Wirtschaftsleistung 2008 laut Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit 4,1 % etwas schwächer wachsen als im Vorjahr.

Die US-Wirtschaft wird 2008 weiterhin durch rückläufige Wohnungsbauinvestitionen belastet. Für die erste Jahreshälfte rechnen wir mit einer Fortsetzung des kräftigen Abwärtstrends, ab der Jahresmitte sollte jedoch eine allmähliche Stabilisierung auf niedrigem Niveau folgen. Beim privaten Verbrauch erwarten wir infolge der Belastungen durch den hohen Ölpreis und sinkende Hauspreise für das erste Halbjahr nur sehr verhaltene Zuwächse. Jedoch dürften die dämpfenden Effekte im weiteren Jahresverlauf nachlassen und damit ein wieder stärkeres Wachstum des Konsums ermöglichen. Bei den Unternehmensinvestitionen sollte sich der solide Aufwärtstrend fortsetzen. Zudem sind aufgrund des robusten globalen Umfeldes und des niedrigen Niveaus des Dollar-Außenwertes vom Außenhandel weiterhin positive Impulse zu erwarten. Gestützt wird das US-Wachstum außerdem durch eine massive Leitzinssenkung und das geplante Konjunkturpaket der US-Regierung. Insgesamt dürfte die Wachstumsdynamik daher im Verlauf des Jahres 2008 wieder zunehmen. Wegen des schwachen Jahresauftakts dürfte das BIP-Wachstum mit 2,2 % aber nur auf Vorjahresniveau liegen.

Der Aufschwung im Euroraum sollte sich 2008 mit reduziertem Tempo fortsetzen. Träger des Wachstums wird die Binnennachfrage sein. Die Investitionen dürften zwar schwächer wachsen als im Jahr 2007, dafür sollte sich aber die Zunahme des privaten Verbrauchs beschleunigen. Positiv wirkt sich hierbei der anhaltende Rückgang der Arbeitslosenquote aus. Zudem sollte der Konsum in Deutschland Anschluss an die Entwicklung in den anderen EWU-Ländern finden, nachdem die Belastungen durch die Mehrwertsteuererhöhung

überwunden sind. Aufgrund der etwas nachgebenden globalen Konjunkturdynamik und der Euro-Stärke dürfte der Außenhandel den Aufschwung hingegen leicht dämpfen. Das BIP-Wachstum im Euroraum wird deshalb 2008 voraussichtlich mit 2,0 % nicht mehr so kräftig ausfallen wie 2007.

Gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft dürfte 2008 auf Wachstumskurs bleiben. Die konjunkturelle Dynamik wird allerdings nachlassen. Schwächere Impulse sind seitens der ausländischen Nachfrage zu erwarten. Diese sollte zwar weiter zunehmen, ihr Wachstum wird aber von dem starken Euro gebremst. Die Investitionen sollten langsamer steigen als im Vorjahr. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird sich der Aufwärtstrend zwar fortsetzen; das Aufschwungstempo wird sich aber aufgrund der Unternehmenssteuerreform, die zu Jahresbeginn 2008 in Kraft getreten ist, verlangsamen. Viele Unternehmen dürften Investitionen in das Jahr 2007 vorgezogen haben, um so noch in den Genuss der degressiven Abschreibung zu kommen. Bei den gewerblichen Bauinvestitionen rechnen wir dagegen mit einer Beschleunigung des Aufschwungs, während die Wohnungsbauinvestitionen nur sehr mäßig wachsen dürften.

Eine spürbare Belebung erwarten wir beim privaten Verbrauch. Dieser sollte von der deutlichen Verbesserung am Arbeitsmarkt und dem damit verbundenen höheren Volkseinkommen profitieren. Zudem entfällt die Belastung durch die höhere Mehrwertsteuer, die den Konsum 2007 kräftig gedämpft hat. Der private Verbrauch sollte damit 2008 zu einer tragenden Säule der Konjunktur werden. Dies wird zwar nicht ausreichen, um das Wachstumstempo des Vorjahres zu halten. Mit einem Zuwachs des BIP um 2,1 % dürfte sich der Aufschwung in Deutschland jedoch 2008 fortsetzen. Der Sachverständigenrat sowie einige deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute kommen zu ähnlichen bis leicht skeptischeren Einschätzungen.

Märkte

Im Januar 2008 hat die US-Notenbank angesichts wachsender Konjunktursorgen und anhaltender Verspannungen im US-Finanzsystem ihren Leitzins in zwei Schritten auf 3 % abgesenkt. Da die Unsicherheit über die Konjunkturentwicklung in den USA vorerst noch anhalten wird, rechnen wir mit einer weiteren Reduzierung des Notenbankzinses auf 2,5 % in der ersten Jahreshälfte. Für eine weitergehende Senkung, wie sie am Markt erwartet wird, sehen wir in Anbetracht der vorhandenen Inflationsrisiken keinen Spielraum. Vielmehr könnte die US-Notenbank bei einer wieder anziehenden US-Konjunkturdynamik gegen Ende 2008 bereits einen Kurswechsel in Richtung steigender Leitzinsen signalisieren. Dies sollte die US-Währung gegenüber dem Euro stützen und zu einer leichten Aufwertung des US-Dollars führen.

Im Spannungsfeld zwischen Inflationsrisiken auf der einen und einem unsicheren Konjunkturmilieu auf der anderen Seite dürfte die EZB ihren Leitzins auf absehbare Zeit auf dem aktuellen Niveau von 4 % konstant halten. Bis Ende 2008 rechnen wir nicht mit einer Änderung der Notenbankzinsen im Euroraum. Die Kapitalmarktzinsen dürften von ihrem derzeit niedrigen Niveau leicht steigen, sobald die Konjunktursorgen, wie von uns erwartet, im weiteren Jahresverlauf abnehmen. Bei den Geldmarktsätzen rechnen wir für 2008 nicht mit einer signifikanten Veränderung. Die Zinsstrukturkurve im Euroraum dürfte damit auch 2008 relativ flach bleiben.

Branchensituation

Für die Finanzbranche dürfte das Jahr 2008 im Zeichen einer anhaltend flachen Zinsstrukturkurve und volatiler Kapitalmärkte stehen.

2008 sollte das Kreditgeschäft in Deutschland wiederum moderat wachsen, die Entwicklung der einzelnen Marktsegmente wird aber wohl gespalten bleiben. Bei den Ausleihungen an Unternehmen rechnen wir mit einem erneuten kräftigen Zuwachs. Wenngleich sich die Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich nicht mehr so stark erhöhen werden wie im Berichtsjahr, wird im Zuge des fortschreitenden Investitionszyklus der Bedarf an Fremdfinanzierungsmitteln aber dennoch weiter steigen. Bei den konsumorientierten Krediten sind erneut allenfalls leichte Zuwächse zu erwarten. Zwar sollte der private Verbrauch 2008 spürbar zulegen, doch dürfte der zusätzliche Konsum überwiegend aus den steigenden Einkommen finanziert werden. Mit einer leichten Belebung ist bei den Wohnungsbaukrediten zu rechnen. Die Wohnungsbauinvestitionen werden 2008 erneut nur sehr schwach wachsen, allerdings hat sich die Zahl der Baugenehmigungen, die Anfang 2007 eingebrochen war, inzwischen wieder auf einem etwas höheren Niveau stabilisiert. Dies wird den Finanzierungsbedarf voraussichtlich leicht steigen lassen.

Die Qualität der Kreditportfolios deutscher Banken dürfte sich 2008 auf einem hohen Niveau stabilisieren. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen sollte allerdings nur noch leicht zurückgehen. Bereits im Verlauf des Jahres 2007 hat sich der Abwärtstrend spürbar abgeschwächt. Zudem wird auf dem erreichten niedrigen Niveau bei gleichzeitiger Abschwächung der konjunkturellen Dynamik das Potenzial für weitere Rückgänge deutlich kleiner. Grundsätzlich ist bei den Verbraucherinsolvenzen aufgrund des weiterhin hohen Bestandes an Altfällen mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Der Zuwachs sollte 2008 aber nochmals deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr. Zu beachten ist überdies, dass möglicherweise noch im Verlauf des Jahres 2008 eine rechtliche Neuregelung der Verbraucherinsolvenz in Kraft tritt, die sich auf die Zahl der Insolvenzen auswirken kann.

Bei den deutschen Banken sind aus unserer Sicht – wie auch bei anderen europäischen und US-Banken – für 2008 im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise weitere Belastungen nicht auszuschließen. Insbesondere bei strukturierten Produkten kann es nochmals zu Herabstufungen der Ratings kommen. In der Folge sind weitere Kursverluste bei den entsprechenden Produkten möglich, die zu finanziellen Auswirkungen auf Banken weltweit führen können. Anfang 2008 traten zudem Probleme bei US-Versicherern zutage, die sich auf die Vergabe von Garantien für Wertpapieremissionen spezialisiert haben. Die Ausfälle bei US-Hypotheken an Schuldner minderer Bonität werden voraussichtlich weiter steigen. Zudem bleibt der Angebotsdruck auf dem US-Immobilienmarkt hoch, sodass 2008 mit weiteren Rückgängen der Immobilienpreise gerechnet werden muss. Außerdem ist das Risiko eines Übergreifens dieser Entwicklungen auf andere Märkte sowie auf die wirtschaftliche Entwicklung in den USA nach wie vor gegeben.

Investitionsschwerpunkte 2008

Die Investitionsausgaben der Postbank im Jahr 2008 werden sich zum einen auf die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wie Abgeltungssteuer, Basel II und das Projekt Liquiditätssteuerung konzentrieren. Ziel dieses Projekts ist die Implementierung einer optimierten Liquiditätsrisiko-Steuerung orientiert an den Baseler „Sound Practice“. Dadurch

wird die Umsetzung der nationalen aufsichtsrechtlichen Vorgaben um internationale Komponenten ergänzt.

Zum anderen werden im Rahmen des Projekts „Filiale im Wandel“ weitere Filialen optimiert, mit dem Ziel, die Cross-Selling-Quote nachhaltig zu verbessern und weitere Neukunden zu gewinnen.

Darüber hinaus wird die Verschmelzung des AXA-Kollektivs vorbereitet und das Projekt „Fit für Wachstum“ weiter umgesetzt. Weiterhin fortgeführt werden verschiedene IT-Investitionen wie der Ausbau der Payment-Solution-Plattform und die Dekommissionierung und Bereitstellung der IT-Infrastruktur.

Ziele in den Segmenten

Auf der Grundlage ihrer Stärke im Kostenmanagement und ihrer im Markt einzigartigen Vertriebsplattform erweitert die Postbank ihre Value Proposition im Retail Banking. Sie will ihre rund 14,5 Millionen Kunden künftig mit einem höheren Serviceniveau überzeugen und Innovationsführer bei Produkten und Prozessen sein. Hierzu wird sie ihre Vertriebskapazitäten im Privatkundengeschäft insbesondere auf ihre 4,6 Millionen Stammkunden fokussieren. Diese Kunden wickeln ihre Bankgeschäfte vorwiegend über die Postbank ab. Die Postbank will die Zahl ihrer Stammkunden bis 2010 auf 5,2 Millionen Kunden steigern und gleichzeitig deren Potenzial durch intensiveres Cross-Selling stärker ausschöpfen. Gegenüber den weiteren knapp zehn Millionen Potenzialkunden wird sie ein anhaltend hohes Leistungsniveau erbringen.

Dies erfordert insbesondere im mobilen Vertrieb einen weiteren qualitativen Ausbau der Vertriebsmannschaft, den wir bis zum Jahr 2010 mit einer Erhöhung der Beraterzahl von 4.260 am Jahresende 2007 auf 5.000 („5 in 10“) zügig vorantreiben wollen. Zu diesem Zeitpunkt sollen mehr als 60 % der mobilen Berater in der Lage sein, drei bis fünf Produktkategorien zu vertreiben, nachdem dieser Anteil derzeit bei ca. 54 % liegt. An unsere Finanzmanager stellen wir parallel dazu die Anforderung, ihre Produktivität um ca. 40 % gegenüber dem Jahr 2006 zu erhöhen.

Im Filialvertrieb streben wir bis 2010 eine Steigerung der Produktivität um 50 % an, ausgehend vom Jahr 2006 als Berechnungsbasis. Nach erfolgreichem Abschluss des Pilotprojekts im vierten Quartal 2007 werden wir im Rahmen des Projekts „Filiale im Wandel“ nach und nach unsere Filialen neu ausstatten und starten mit ca. 100 Filialen im Jahr 2008.

Im Spargeschäft plant die Postbank mithilfe von attraktiver Produktverzinsung und weiteren verkaufsfördernden Maßnahmen die Einlagevolumen weiter deutlich zu steigern. In der privaten Baufinanzierung erwarten wir insbesondere belebende Impulse von Baumaßnahmen zur Energieeinsparung und einem steigenden Modernisierungs- und Renovierungsbedarf in Deutschland. Die Margen dürften hier allerdings weiter auf dem niedrigen Niveau des Jahres 2007 verharren. Im Versicherungsbereich sollte die zu Beginn des Jahres 2008 erreichte letzte Riester-Stufe für wachsende Abschlusszahlen sorgen. Positive Auswirkungen auf das Wertpapiergeschäft sollten von den Dispositionen privater Kunden im Vorfeld der Einführung der Abgeltungssteuer im Jahr 2009 ausgehen.

Im Firmenkundengeschäft wird sich die Postbank darauf konzentrieren, für bis zu 3.000 ihrer insgesamt rund 30.000 Kunden zu einer ihrer Top-5-Banken zu gehören. Mit einer auch für die Firmenkunden erweiterten Value Proposition werden wir uns hier als Liquiditäts- und Finanzmanagement-Spezialist im Markt positionieren. Den Bestand an Mittelstandskrediten wollen wir bis zum Jahr 2010 auf 5 Mrd € steigern (2,8 Mrd € per Jahresende 2006). Gleichzeitig bauen wir unser profitables Geschäft der gewerblichen Immobilienfinanzierung mit Schwerpunkt Europa gezielt und risikobewusst aus. Insgesamt sollen die Erträge des Ressorts Firmenkunden bis zum Jahr 2010 auf 500 Mio € (372 Mio € in 2006) steigen.

Zur Erschließung weiterer Wachstumspotenziale will die Postbank ihr Transaction Banking in Richtung des europäischen Marktes ausbauen. Angesichts der dazu erforderlichen Investitionen strebt sie hierzu eine Partnerstrategie an. Bereits in der ersten Jahreshälfte 2008 wird sie den Aufbau ihrer mandantenfähigen Plattform nach SEPA-Standard abschließen. Auch ihre Kompetenzen in der Kreditabwicklung will sie zur Marktfähigkeit ausbauen.

Das Ressort Financial Markets als hochprofessioneller interner Dienstleister im Management von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken soll künftig als Innovationsmotor Produkte für die Privat- und die Firmenkunden der Postbank entwickeln. Darüber hinaus werden wir unter Federführung dieses Ressorts nach der bereits im Januar des laufenden Geschäftsjahres durchgeführten ersten erfolgreichen Pfandbriefemission im weiteren Verlauf des Jahres voraussichtlich noch einen Hypothekenspfandbrief und eventuell einen öffentlichen Pfandbrief emittieren.

Ziele der Postbank für das Jahr 2008

Für das Jahr 2008 strebt die Postbank weiterhin eine Eigenkapitalrentabilität vor Steuern von über 20 % und eine Cost Income Ratio (im klassischen Bankgeschäft) von unter 63 % an. Auch beim Ergebnis vor Steuern plant die Bank unverändert, die implizite Zielgröße von 1.220 Mio € auszuweisen. Aufgrund des zunehmend kompetitiven deutschen Retail-Marktes, der anhaltend flachen Zinsstrukturkurve und anderer belastender Effekte ist im operativen Geschäft – d. h. vor Sondereffekten – mit einem Ergebnis vor Steuern von 1.100 Mio € bis 1.200 Mio € zu rechnen. Dabei gehen wir davon aus, dass sich die Erträge u. a. infolge der anfänglichen Auswirkungen der neuen Sparstrategie gegenüber 2007 zunächst nur moderat erhöhen, die Verwaltungsaufwendungen jedoch spürbar zurückgehen werden. Bei der Risikovorsorge erwarten wir entsprechend der geplanten Ausweitung des Kreditvolumens einen Anstieg gegenüber dem Berichtsjahr.

Bei einer weiteren spürbaren Verschlechterung der Situation an den Kapitalmärkten im Vergleich zu 2007 bzw. einem Übergreifen der Entwicklung auf die Realwirtschaft mit entsprechenden Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven kann auch die Postbank weitere finanzielle Belastungen nicht ausschließen.

Neue mittelfristige Finanzziele

Die Postbank plant, ihr Ergebnis vor Steuern bis 2010 deutlich auf 1.400 Mio € bis 1.450 Mio € und ihr Ergebnis nach Steuern auf 980 Mio € bis 1.015 Mio € zu steigern. Die Planung beruht auf einem kontinuierlichen Anstieg der Erträge bei anhaltend strenger Kostenkontrolle. Die Cost Income Ratio (im klassischen Bankgeschäft) soll sich bis 2010 auf unter 58 % verbessern. Das Ergebnis nach Steuern

wird von der beschlossenen Unternehmenssteuerreform profitieren. Danach erwartet die Postbank ab 2008 einen gegenüber der ursprünglichen Planung um 5 Prozentpunkte auf 30 % verminderten Steuersatz. Unter sonst gleichen Bedingungen führt dies zu einer Erhöhung des Ergebnisses nach Steuern und damit des Gewinns je Aktie um ca. 8 %.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 12. Februar 2008

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Wolfgang Klein

Dirk Berensmann

Dr. Mario Daberkow

Stefan Jütte

Guido Lohmann

Dr. Michael Meyer

Loukas Rizos

Hans-Peter Schmid

Ralf Stemmer

Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. Dezember 2007

101	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007
102	Bilanz zum 31. Dezember 2007
103	Eigenkapitalveränderungsrechnung
104	Kapitalflussrechnung
106	Notes
139	Segmentberichterstattung (Note 41)
162	Bestätigungsvermerk

I Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

	Erläuterungen	2007 Mio €	2006 ¹ Mio €
Zinserträge	(6)	8.384	7.650
Zinsaufwendungen	(6)	–6.144	–5.496
Zinsüberschuss	(6)	2.240	2.154
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(7)	–338	–337
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.902	1.817
Provisionserträge	(8)	1.675	1.623
Provisionsaufwendungen	(8)	–246	–216
Provisionsüberschuss	(8)	1.429	1.407
Handelsergebnis	(9)	290	264
Ergebnis aus Finanzanlagen	(10)	294	292
Verwaltungsaufwand	(11)	–2.856	–2.812
Sonstige Erträge	(12)	160	205
Sonstige Aufwendungen	(13)	–215	–232
Ergebnis vor Steuern		1.004	941
Ertragsteuern	(14)	–133	–245
Ergebnis nach Steuern		871	696
Ergebnis Konzernfremde		–1	–1
Konzerngewinn		870	695

Ergebnis je Aktie

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2007 befanden sich durchschnittlich 164.000.000 (Vorjahr: 164.000.000) Aktien im Umlauf.

	2007	2006
Ergebnis je Aktie in €	5,30	4,24
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €	5,30	4,24

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividendenausschüttung in Höhe von 1,25 € je Aktie vorschlagen.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

I Bilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Barreserve	(15)	3.352	1.015
Forderungen an Kreditinstitute	(16)	24.581	16.350
Forderungen an Kunden	(17)	92.130	87.182
Risikovorsorge	(19)	-1.154	-1.155
Handelsaktiva	(20)	9.936	13.280
Hedging-Derivate	(21)	421	485
Finanzanlagen	(22)	68.606	63.299
Immaterielle Vermögenswerte	(23)	2.425	2.505
Sachanlagen	(24)	927	941
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(25)	73	74
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(26)	117	86
Latente Ertragsteueransprüche	(26)	483	244
Sonstige Aktiva	(27)	529	581
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(28)	565	–
Summe der Aktiva		202.991	184.887

Passiva	Erläuterungen	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(29)	61.146	47.319
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(30)	110.696	101.316
Verbriefte Verbindlichkeiten	(31)	9.558	15.886
Handelsspassiva	(32)	5.594	3.618
Hedging-Derivate	(33)	873	958
Rückstellungen		2.107	3.691
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(34)	1.143	1.115
b) Sonstige Rückstellungen	(35)	964	2.576
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	122	84
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	1.102	974
Sonstige Passiva	(37)	835	786
Nachrangkapital	(38)	5.603	5.048
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	(39)	44	–
Eigenkapital	(40)	5.311	5.207
a) Gezeichnetes Kapital		410	410
b) Kapitalrücklage		1.160	1.160
c) Andere Rücklagen		2.869	2.940
d) Konzerngewinn		870	695
Anteile in Fremdbesitz		2	2
Summe der Passiva		202.991	184.887

I Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Währungs- umrech- nungs- rücklage	Neubewer- tungs- rück- lage	Konzern- gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2006	410	1.160	2.764	-77	311	492	5.060	1	5.061
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			287			-287	0		0
Veränderungen aus Währungsumrechnung				-40			-40		-40
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-305		-305		-305
Konzerngewinn 01.01.–31.12.2006						695	695	1	696
Eigene Aktien im Bestand							0		0
Übrige Veränderungen							0		0
Stand 31.12.2006	410	1.160	3.051	-117	6	695	5.205	2	5.207
nachrichtlich: Summe der Eigenkapitalver- ändernden Positionen gem. IAS 1.96c in 2006			0	-40	-305	695	350	1	351
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			490			-490	0		0
Veränderungen aus Währungsumrechnung				-32			-32		-32
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-529		-529		-529
Konzerngewinn 01.01.–31.12.2007						870	870	1	871
Eigene Aktien im Bestand							0		0
Übrige Veränderungen							0	-1	-1
Stand 31.12.2007	410	1.160	3.541	-149	-523	870	5.309	2	5.311
nachrichtlich: Summe der Eigenkapitalver- ändernden Positionen gem. IAS 1.96c in 2007				-32	-529	870	309	1	310

In den Veränderungen der unrealisierten Gewinne und Verluste nach latenten Steuern sind Bewertungs- und Abgangsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten.

Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 40 verwiesen.

138

Zum 31. Dezember 2007 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

I Kapitalflussrechnung

	Erläuterungen	2007 Mio €	2006 Mio €
Jahresüberschuss		870	695
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		543	318
Veränderungen der Rückstellungen	(34), (35), (36)	-1.418	254
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		69	-89
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	(10)	-399	-269
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im wesentlichen Zinsüberschuss)		-2.222	-2.103
Zwischensumme		-2.557	-1.194
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		-8.461	7.605
Forderungen an Kunden		-5.751	-6.997
Handelsaktiva		3.628	-2.354
Hedging-Derivate positive Marktwerte		-69	618
Sonstige Aktiva		-218	1.734
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		13.692	6.649
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		9.685	2.400
Verbriefte Verbindlichkeiten		-5.939	-3.834
Handelspassiva		1.966	-409
Hedging-Derivate negative Marktwerte		-152	-857
Sonstige Passiva		49	-5
Zinseinzahlungen		7.969	7.058
Zinsauszahlungen		-5.902	-4.868
Erhaltene Dividendenzahlungen		48	79
Ertragsteuerzahlungen		62	-85
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		8.050	5.540

	Erläuterungen	2007 Mio €	2006 Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		7.717	18.862
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	561	131
Sachanlagen		0	54
Immateriellen Vermögenswerten		51	3
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-14.218	-22.490
Anteilen an Tochterunternehmen		-14	-1.753
Sachanlagen		-69	-58
Immateriellen Vermögenswerten		-70	-101
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-6.042	-5.352
Dividendenzahlungen			
Dividendenzahlungen		-205	-205
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)			
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		534	-220
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		329	-425
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(15)	1.015	968
Zugang Konsolidierungskreis			
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		8.050	5.540
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-6.042	-5.352
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		329	-425
Effekte aus Wechselkursänderungen		-	67
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(15)	3.352	1.015

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresüberschuss ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Inhaltsverzeichnis

I Erläuterungen – Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	108
(2) Konsolidierungskreis	108
(3) Konsolidierungsgrundsätze	110
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	110
(a) Forderungen	111
(b) Leasinggeschäfte	111
(c) Risikovorsorge und Wertberichtigung	111
(d) Handelsaktiva	112
(e) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	112
(f) Hedging-Derivate	112
(g) Finanzanlagen	113
(h) Immaterielle Vermögenswerte	114
(i) Sachanlagen	115
(j) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	115
(k) Sonstige Aktiva	115
(l) Verbindlichkeiten	115
(m) Handelspassiva	115
(n) Rückstellungen	115
(o) Währungsumrechnung	117
(p) Ertragsteuern	117
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS und gesetzliche Neuerungen	118

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(6) Zinsüberschuss	120
(7) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	120
(8) Provisionsüberschuss	120
(9) Handelsergebnis	121
(10) Ergebnis aus Finanzanlagen	121
(11) Verwaltungsaufwand	122
(12) Sonstige Erträge	122
(13) Sonstige Aufwendungen	122
(14) Ertragsteuern	123

Erläuterungen zur Bilanz

(15) Barreserve	123
(16) Forderungen an Kreditinstitute	123
(17) Forderungen an Kunden	124
(18) Kreditvolumen	124
(19) Risikovorsorge	125
(20) Handelsaktiva	125
(21) Hedging-Derivate	126
(22) Finanzanlagen	126
(23) Immaterielle Vermögenswerte	127
(24) Sachanlagen	129
(25) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	130
(26) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	131
(27) Sonstige Aktiva	132
(28) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	132
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	132
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	132
(31) Verbriefte Verbindlichkeiten	133
(32) Handelspassiva	133
(33) Hedging Derivate	133
(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	134
(35) Sonstige Rückstellungen	135
(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen	136
(37) Sonstige Passiva	137
(38) Nachrangkapital	137
(39) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	138
(40) Eigenkapital	138

Sonstige Angaben

(41) Segmentberichterstattung	139
(42) Eventual- und andere Verpflichtungen	140
(43) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden	141
(44) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	141
(45) Derivative Finanzinstrumente	142
(46) Umlauf Schuldverschreibungen	146
(47) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen	146
(48) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	147
(49) Fremdwährungsvolumina	147
(50) Angaben über wesentliche Konzentrationen	147
(51) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	147
(52) Restlaufzeitengliederung	148
(53) Nachrangige Vermögenswerte	149
(54) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	149
(55) Treuhandgeschäfte	150
(56) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	150
(57) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	150
(58) Andere Angaben	156
(59) Namen und Mandate der Organmitglieder	156
(60) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	161
(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	161

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Erläuterungen – Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (§ 37 v WpHG) vom 5. Januar 2007 dar.

165

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2007) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Die Steuerung der Zinsänderungs-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

78

81

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 43 Tochterunternehmen (31. Dezember 2006: 40) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind. Zum 31. Dezember 2007 bestehen keine Gemeinschaftsunternehmen.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) Unmittelbar	Anteil (%) Mittelbar
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	98,4	
BHW Bausparkasse AG, Hameln		98,4
BHW Bank AG, Hameln	100,0	
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		98,4
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		98,4
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		98,4
BHW Immobilien GmbH, Hameln		98,4
BHW Home Finance Limited, New Delhi, Indien		98,4
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	75,5
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		98,8
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg		100,0
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
einsnull IT-Support GmbH, Köln		100,0
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		90,0
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		10,01
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Realty Corp., New York, USA		94,7
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH, München		100,0
Betriebs-Center für Banken Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß §§ 313, 287 HGB ist im elektronischen Bundesanzeiger einsehbar.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG hat mit Wirkung ab 1. Januar 2007 die Geschäftsanteile an der HVB Payments & Services GmbH von der HypoVereinsbank AG übernommen. Die Gesellschaft wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 13. März 2007 in Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH umfirmiert. Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu den beizulegenden Zeitwerten erfolgt im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3.

Die Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A. wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2007 konzernintern von der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Postbank International S.A. veräußert.

Die Deutsche Postbank AG hat mit Wirkung zum 1. Januar 2007 den 100-%-Anteil an der einsnull IT-Support GmbH von der Deutschen Post Beteiligungen Holding GmbH übernommen, die Gesellschaft wurde in den Konzernabschluss der Postbank einbezogen.

Die PB Vierte Beteiligungen GmbH wurde zum 1. Januar 2007 erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. Die Gesellschaft wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 23. Februar 2007 in Postbank Beteiligungen GmbH umfirmiert.

Die Postbank Versicherungsvermittlung GmbH wurde am 8. Mai 2007 als 100%ige Tochtergesellschaft der Postbank Finanzberatung AG gegründet und erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Zusammenhang mit einer Wertpapieremission von „Trust Preferred Securities“ wurden am 1. Juni 2007 zwei Gesellschaften als 100%ige Tochtergesellschaften der Postbank gegründet: Deutsche Postbank Funding LLC IV und Deutsche Postbank Funding Trust IV.

Die Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG wurde am 29. Juni 2007 umgewandelt in die Betriebs-Center für Banken AG.

Die drei Spezialfonds der BHW Bausparkasse AG wurden im August aufgelöst.

Die BHW Lebensversicherung AG einschließlich deren vier Spezialfonds sowie die 50%igen Beteiligungen an der PB Versicherung AG und der PB Lebensversicherung AG wurden mit Wirkung zum 30. September 2007 veräußert. Die Gesellschaften hatten zum Veräußerungszeitpunkt ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 3,4 Mio €. Durch die Entkonsolidierung gingen Vermögenswerte in Höhe von 2,5 Mrd € und Verbindlichkeiten in Höhe von 2,3 Mrd € ab. Die Verbindlichkeiten betreffen mit 2,2 Mrd € versicherungstechnische Rückstellungen, die Vermögenswerte mit 1,1 Mrd € Forderungen an Kreditinstitute und mit 1,0 Mrd € Finanzanlagen. Der Verkaufsgewinn wird im Ergebnis aus Finanzanlagen als Beteiligungsergebnis ausgewiesen.

Die BHW Bank AG wurde zum 1. Oktober 2007 konzernintern von der BHW Holding AG an die Deutsche Postbank AG veräußert. Es ist geplant, das Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsgeschäft der BHW Bank AG im ersten Quartal 2008 an die Landesbank Berlin zu veräußern. Die entsprechenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus zur veräu-

ßerung bestimmten Vermögenswerten klassifiziert und gesondert ausgewiesen.

Die Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH und die Betriebs-Center für Banken Payments AG wurden mit Wirkung zum 11. Oktober 2007 auf die Betriebs-Center für Banken AG verschmolzen.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden insgesamt 23 Spezialfonds (31. Dezember 2006: 30) als Special Purpose Entities in den Konzernabschluss einbezogen.

Darüber hinaus bestehen keine Zweckgesellschaften.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 i. V. m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Wert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Zeitwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.24 eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.25 herausgerechnet.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden mit Ausnahme der BHW Immobilien GmbH auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt. Aufgrund des abweichenden Geschäftsjahres wurde der Jahresabschluss zum 30. September 2007 der BHW Immobilien GmbH zugrunde gelegt; von der Aufstellung eines Zwischenabschlusses wurde aus Wesentlichkeitsgründen abgesehen.

Die Konsolidierungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereiches an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung (Accounting-Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt auf Basis eines Bewertungsmodells. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörenden Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

75

Im Zusammenhang mit den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht ein maximales Kreditrisiko in Höhe von 7,1 Mrd € (siehe Risikobericht).

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen wird in Höhe von 2,6 Mrd € durch Credit Default Swaps reduziert, da diese Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Bei den das Kreditrisiko reduzierenden Credit Default Swaps handelt es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IAS 37 bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgriffsforderung bewertet werden.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) für die der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbestände erfolgt auf der Basis des DCF-Verfahrens unter Anwendung der aktuellen Swap-Renditekurve und darlehensspezifischer Risikoaufschläge.

2007 wurden im Rahmen der Basel II-IRBA-Umsetzung die Voraussetzungen geschaffen, das Kreditrisiko im Bereich der privaten Baufinanzierung über ein internes Ratingsystem abzuleiten, so auch für die in der Fair-Value-Option befindlichen Darlehensbestände. Ausgehend von den Ergebnissen des internen Ratings, werden die Risikoaufschläge auf der Basis von geschätzten Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten ermittelt. Aus der Änderung der beizulegenden Zeitwerte infolge der Bonitätsveränderung resultierte im Berichtsjahr ein Bewertungseffekt von –7,2 Mio €.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht ergebniswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagioträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte

Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

(b) Leasinggeschäfte

Leasingverhältnisse werden nach IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finance Lease die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (ergebniswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht.

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Bei einem Operating Lease weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasingnehmer bei einem Finance Lease bilanziert die Postbank den Leasinggegenstand als Sachanlage zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

IFRIC 4 enthält Vorschriften und Anwendungsbeispiele zur Ermittlung, ob Vereinbarungen oder Verträge in einem Unternehmen als Leasingverträge zu klassifizieren und nach IAS 17 zu bilanzieren sind. Bei der Postbank sind keine zusätzlichen Leasingverträge aufgrund von IFRIC 4 zu bilanzieren.

(c) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierte Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel-II-Parametern (erwartete Ausfallquoten und Wahrscheinlichkeit) ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen verschiedener Indikatoren, wie Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen, angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (IAS 39.63) anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung ergebniswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.AG84ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- I Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- I Marktpreis, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt ergebniswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden ergebniswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

(d) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die Bilanzierung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG 71 ff. vorliegen, werden diese grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Zinsen aus Kassageschäften werden im Zinsergebnis und die Swapzinsen im Handelsergebnis erfasst.

Die Postbank hat die in den synthetischen Collateralized-Debt-Obligationen (CDO) eingebetteten Derivate gemäß IAS 39.AG.30h abgespalten und damit separat erfolgswirksam bewertet. Die Fair Values der eingebetteten Derivate sind Ende 2007 aufgrund der Marktanspannungen deutlich im Vergleich zum Vorjahr angestiegen; die daraus resultierenden Effekte waren in Vorjahren unwesentlich.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert)

oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Die SCP-Bestände des Handels werden ebenfalls unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“ ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Notes (4) (g) Finanzanlagen.

(e) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden entsprechend handelsrechtlichen Regelungen in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgezinst. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(f) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtkonzernposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken und der bilanzbezogenen Erträge nach IFRS (Summe aus Zins-, Handels- und Finanzanlageergebnis).

Die Sicherungsstrategien im Aktiv-Passiv-Management dienen zur Steuerung dieser Größen in einem sich ändernden Markt- und Bestandsumfeld; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf Marktpreisrisiken beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen zu drehen. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert. Die Steuerung der Aktienbestände erfolgt durch Derivate mit Optionscharakter.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikro-Hedge bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 restriktiv geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets ergebniswirksam bewertet und in den Bilanzposten Handelsaktiva/-passiva als „Derivate des Bankbuchs“ zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettopositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Anforderungen des Hedge Accountings müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen.

(g) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die Bilanzierung der Finanzanlagen erfolgt zum Erfüllungszeitpunkt. Bei der erstmaligen Erfassung der Finanzanlagen werden diese mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Loans-and-Receivables (LaR)-Bestände werden in der Bilanz mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwerts bei Finanzanlagen Available for Sale werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Schuldverschreibungen Held to Maturity sowie Wertpapiere, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag.

Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, wird der Buchwert um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Im Rahmen ihres Kreditersatzgeschäfts hat die Postbank in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um folgende Produktarten: Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS).

Für die bilanzielle Behandlung der SCP-Bestände ist entscheidend, ob diese als sogenannte „Cash-Strukturen“ oder aber als „Synthetische Strukturen“ einzustufen sind. Bei Cash-Strukturen befinden sich zur Unterlegung der von der Zweckgesellschaft emittierten Anleihen Forderungen und/oder Wertpapiere im Bestand der Zweckgesellschaft. Bei synthetischen Strukturen dahingegen wird das Kreditrisiko des Portfolios von finanziellen Vermögenswerten synthetisch üblicherweise mit einem Credit Default Swap (CDS) übertragen. Kombinationen aus Cash- und synthetischen Strukturen werden bilanziell wie synthetische Strukturen behandelt.

In geringem Umfang befinden sich SCP-Produkte im Handelsbestand. Diese Geschäfte sind – unabhängig von ihrer Struktur – der IAS 39 Kategorie „Held for Trading“ (HfT) zugeordnet. SCP-Bestände des Bankbuchs mit Cash-Strukturen werden der IAS 39 Kategorie „Loans and Receivables“ (LaR) und mit synthetischen Strukturen der IAS 39 Kategorie „Available for Sale“ (AfS) zugeordnet.

Die CDOs, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet werden, sind gemäß IAS 39.11 – wie auch vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Positionspapier vom 10. Dezember 2007 klargestellt – daraufhin zu untersuchen, ob ein absplattungspflichtiges eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) vorliegt. Die Cash-Strukturen (LaR) enthalten keine abzuspaltenden eingebetteten Derivate und werden als ein finanzieller Vermögenswert bilanziert. Die synthetischen Strukturen (AfS) werden dahingegen in einen Basisvertrag (Host Contract) und ein eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) aufgespalten. Die Trennung und Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivative erfolgt anhand eines Simulationsmodells.

Bei den SCP-Beständen des Bankbuchs werden das gesamte strukturierte Produkt (Cash-Strukturen) bzw. der Grundvertrag bei Absplattung des eingebetteten Derivats (synthetische Strukturen) unter der Bilanzposition „Finanzanlagen“ ausgewiesen (siehe des Weiteren auch (4) (d)).

Die abgespaltenen Embedded Derivatives sowie die SCP des Handelsbestands werden mit dem Full Fair Value bewertet. Änderungen im Full Fair Value werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Grundsätzlich erfolgt die Full-Fair-Value-Bewertung der SCP-Produkte über veröffentlichte Transaktions- oder Börsenkurse. Liegen keine Transaktions- oder Börsenkurse vor, wie derzeit für die (meisten der) im Bestand befindlichen Produkte, werden sogenannte Arranger oder Dealer Quotes (Indikationen) zur Bewertung herangezogen. In Marktphasen mit eingeschränkter Liquidität – wie sie derzeit für diese Produkte vorherrschen – fehlen insbesondere für CDOs vielfach marktnahe Indikationen. In Abhängigkeit vom Collateral-Pool wird deshalb für definierte CDOs eine spreadkurvenbasierte Bewertung genutzt. Dieses Bewertungsverfahren basiert auf beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen (Primärmarktemissionen) mit ähnlichem Risikoprofil.

Als Entscheidungsgrundlage, wann eine spreadbasierte Bewertung der Bewertung anhand von Indikationen vorzuziehen ist, existieren klar definierte Kriterien, die einer fortlaufenden Überprüfung unterliegen.

Wie oben dargestellt, sind synthetische SCP-Strukturen in einen Host Contract und ein Embedded Derivative zu zerlegen. Die Trennung und Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivative erfolgt dabei anhand eines Simulationsmodells, welches auf einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen CDO-Struktur beruht. Hierfür wird ein internes Modell (analog S&P CDO Evaluator, Moody's CDO Net und Fitch Vector) verwendet.

Zur Bewertung werden die aus dem CDO resultierenden Zahlungsströme prognostiziert und mit einem laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssatz abgezinst. Dazu werden mittels eines Simulationsverfahrens Ausfallereignisse der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools aufgedeckt und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet. Die Ausfalldetektion je Underlying erfolgt nach dem Merton-Modell. Die Default-Schwellen sind über die kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (Moody's) der Ratingklassen bzw. über die zeitliche Entwicklung des erwarteten Verlustes (RMBS/Retail) festgelegt.

Die vom Modell verwendeten Bewertungsparameter werden an die aktuellen Marktverhältnisse am Bilanzstichtag angepasst. So wird z. B. bei indirektem Subprime Exposure das Rating auf den Bilanzstichtag aktualisiert, indem dieses in Abhängigkeit vom Underlying in verschiedenen Stufen herabgesetzt wird.

Eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (objective evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Die Postbank hat die objektiven Faktoren dahingehend erweitert, dass das Vorliegen von indirekten Subprime-Investments als Faktor definiert worden ist, somit ist für alle indirekten Subprime-Investments ein Impairment-Test durchzuführen.

Liegen solche objektiven Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren:

Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (recoverable amount) als Impairment in der GuV zu erfassen. Bei AfS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen. Die Impairment-Feststellung bei den SCP-Beständen erfolgt auf Basis der Analyse der erwarteten Cashflows anhand eines internen Bewertungsmodells, in das die aktuellen Schätzungen des Adressenausfallrisikos der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools einbezogen werden. Die Ausfallereignisse der Underlyings wurden über die Zeit simuliert und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet.

Die Ratingmigrationen und Kennzeichnung der ausgefallenen Underlyings ermöglichen eine Analyse von bestimmten Triggern bei Cash-CDOs. Die Berücksichtigung komplexer Trigger, wie z. B. Auflösungs-Trigger, ist über zusätzliche Einzelfallanalysen gewährleistet. Die aktuelle Schätzung des Adressenausfallrisikos der Underlyings basiert auf einer Produkte/Märkte/Vintage-Matrix unter Berücksichtigung des ursprünglichen und aktuellen Ratings sowie der Recovery-Erwartungen.

Die Fair-Value-Veränderung der Embedded Derivatives wird im Handelsergebnis erfasst. Die restliche Fair-Value-Veränderung (d. h. die des Host Contract) wird – sofern kein Impairment vorliegt – erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage gezeigt. Dabei wird vom Full Fair Value, der durch Arranger-Preise gestellt oder durch die spreadbasierte Bewertung entwickelt wurde, der Wert des Embedded Derivative abgezogen. Der Wert des eingebetteten Derivats bestimmt sich durch ein marktgängiges ausfallbasiertes Bewertungsmodell, bei dem aktuelle, an die jeweilige Marktlage angepasste Input-Parameter verwendet werden.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

(h) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden Software-Entwicklungskosten gem. IAS 38.21-23 dann aktiviert, wenn durch die Herstellung der selbst entwickelten Software der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Abnutzungsdauer werden grundsätzlich linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von zwölf Jahren abgeschrieben. Die etablierte Marke „BHW“ wird durch kontinuierliche Investitionen in Form von Werbung laufend gefördert. Es ist beabsichtigt, sie dauerhaft zu nutzen. Die Marke unterliegt einer unbestimmten Nutzungsdauer.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner regelmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairment-Test durchzuführen, um eine Wertminderung – und somit außerplanmäßige Abschreibung – zu bestimmen (IFRS 3.54).

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IFRS 3.55 und IAS 36). Hierzu wird festgestellt, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert) übersteigt. Bei der Berechnung der erzielbaren Beträge werden die Nutzungswerte des Segments Retail Banking (zahlungsmittelgenerierende Einheit), dem die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte zugeordnet sind, und der immateriellen Vermögenswerte zugrunde gelegt. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (management approach).

(i) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	60
EDV-Anlagen	4–7
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–20

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst. Ebenso werden die Kosten zur Erhaltung von Sachanlagen als Aufwand erfasst.

(j) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property) werden gemäß den Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Bei gemischt genutzten Immobilien wird dann auf eine Aufteilung in einen fremdgenutzten Teil, für den die Regelungen des IAS 40 Anwendungen finden, und einen betrieblich genutzten Teil, der nach IAS 16 zu bewerten ist, verzichtet, wenn der vermietete Anteil weniger als 20 % der Gesamtfläche ausmacht. In diesen Fällen wird die gesamte Immobilie als Sachanlagevermögen behandelt. Die Mieterträge werden unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Das nach IAS 40 bestehende Wahlrecht zwischen einer Bewertung zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten wird von der Postbank zugunsten der Anschaffungskostenbewertung ausgeübt. Die notwendigen Angaben werden in Note 25 erläutert. Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer entsprechen denen der Grundstücke und Gebäude. Die beizulegenden Zeitwerte werden auf Basis interner Gutachten ermittelt.

130

(k) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

(l) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagioträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst.

(m) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die Bilanzierung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die abgespalteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Notes (4) (g) Finanzanlagen.

113

(n) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. in Höhe von 111 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) und werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Die leistungsorientierten Pläne sind über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Gesamtverpflichtung aus leistungsorientierten Plänen entspricht dem Barwert der zum Bewertungsstichtag verdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurde auf der Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten

gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen erfolgt auf Basis der „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Berechtigten Gruppen der Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z. B.:

- I Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahrs, bei Schwerbehinderung frühestens ab Vollendung des 60. Lebensjahrs,
- I Invalidenrenten bei Vorliegen von Dienstunfähigkeit oder Erwerbsminderung,
- I Hinterbliebenenrenten.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

Rechnungszinsfuß	5,5 % p. a.
Gehaltsdynamik	2,5 %
Anpassungsrate für Renten	2,0 %
Fluktuation	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60–63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	4,25 %

Im Geschäftsjahr wurde der Rechnungszinsfuß zur Anpassung an den Kapitalmarktzins von 4,5 % auf 5,5 % angehoben. Die anderen Annahmen blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Berechnung der Lebenserwartung bei den deutschen Konzernunternehmen basiert für das Jahr 2006 und 2007 auf den Richttafeln 2005G, herausgegeben von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Der erwartete Ertrag aus Planvermögen wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarktrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang oder Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 bzw. IAS 19 (ohne Pensionsverpflichtungen) zu passivieren sind. Die Rückstellungshöhe bemisst sich gemäß IAS 37.36 nach dem bestmöglichen Schätzwert des Erfüllungsbetrages. Rückstellungen, aus denen Mittelabflüsse nach zwölf Monaten erfolgen, werden in Höhe des Barwerts ausgewiesen, wenn die Wirkung des Zinseffekts wesentlich ist. Dies gilt insbesondere für Rückstellungen im Bauspargeschäft. Für die Abzinsung werden zum Bilanzstichtag gültige laufzeitkongruente Zinssätze berücksichtigt, die den Renditen für Bundeswertpapiere entsprechen. Im Berichtsjahr vorzunehmende Aufzinsungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die bis zum 30. September 2007 konsolidierten Lebensversicherungsunternehmen schlossen primär Kapitalbildende, Risikolebens-, Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen sowie Bauspar-Risikolebensversicherungen ab.

Im Vorjahr wurden versicherungstechnische Rückstellungen bilanziert; nach der Veräußerung der Versicherungsgesellschaften zum 30. September 2007 ist der Ausweis dieser Rückstellungen fortgefallen. Die erfolgsneutralen und die erfolgswirksamen Veränderungen der ersten drei Quartale des Berichtsjahres wurden berücksichtigt.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Bedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungsdotierungen für Rückerstattung von Abschlussgebühren das Provisionsergebnis belasten.

(o) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Die Umrechnung der in Fremdwährung aufgestellten Jahresabschlüsse der ausländischen Tochtergesellschaften der Postbank erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden ergebnisneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(p) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist.

Latente Steuern werden unter der Position „Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuererminderungsansprüche handelt, und unter der Position „Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Während der Berechnung der tatsächlichen Steuern zum 31. Dezember 2007 ein Steuersatz von 39,9% zugrunde liegt, wurden die latenten Steuern bereits mit dem ab 2008 geltenden Steuersatz von 29,8% bewertet (siehe Note 5).

Der rechnerische Steuersatz von 29,8% setzt sich aus der gesetzlichen Körperschaftssteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 15,825 % sowie einer Gewerbesteuer in Höhe von 14% zusammen, die unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Gewerbesteuer-Hebesatzes von 400 % ermittelt worden ist.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst ergebniswirksam behandelt wird. Eine ergebnisneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“.

Latente Steuerschulden aufgrund temporärer Differenzen aus Anteilen an Tochterunternehmen, Zweigniederlassungen und assoziierten Unternehmen sind nach IAS 12.39 nicht auszuweisen, wenn die Konzernmutter in der Lage ist, den zeitlichen Verlauf der Umkehrung der temporären Differenz zu steuern und es gleichzeitig wahrscheinlich ist, dass sich die temporäre Differenz in absehbarer Zeit nicht umkehren wird. Da im vorliegenden Fall beide Bedingungen erfüllt sind, wurden auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 22,4 Mio € keine latenten Steuerschulden angesetzt.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS und gesetzliche Neuerungen

Ab dem 1. Januar 2007 wird der International Financial Reporting Standard 7 – Financial Instruments Disclosures bei der Postbank angewendet. Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten setzt die Postbank wie folgt um:

Bewertung	Klassen	
	Bilanzposition und IAS 39 Kategorie	
Bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten ¹ (at amortised cost)	Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables
	Forderungen an Kunden	Loans and Receivables
	Forderungen an Kunden	Held to Maturity
	Finanzanlagen	Held to Maturity
	Finanzanlagen	Loans and Receivables
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Liabilities at amortised cost
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Liabilities at amortised cost
	Verbriefte Verbindlichkeiten	Liabilities at amortised cost
	Nachrangkapital	Liabilities at amortised cost
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value)	Forderungen an Kunden	Designated as at fair value
	Finanzanlagen	Available for Sale
	Handelsaktiva	Held for Trading
	Handelspassiva	Held for Trading
	Hedging-Derivate (Aktiva)	
	Hedging-Derivate (Passiva)	
Außerbilanzielles Geschäft (Nominale)	Eventualverpflichtungen (Bürgschaften und Gewährleistungsverträge)	
	Andere Verpflichtungen (unwiderufliche Kreditzusagen)	

¹ Inklusive Fair-Value-Veränderung auf das abgesicherte Risiko bei gehedgten Positionen („Hedge Fair Value“)

Die Klassendefinition ergibt sich aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzpositionen. Die geforderten Angaben werden in den Notes-Tabellen oder als textliche Erläuterungen dargestellt.

Durch die verpflichtende Anwendung des IFRS 7 ab dem 1. Januar 2007 entfällt der Standard IAS 30; IAS 32 ist in der überarbeiteten Version weiter anzuwenden. Ein branchenspezifischer Standard mit Vorschriften für Offenlegungspflichten von Finanzinstrumenten existiert nicht mehr. Für die kontinuierliche Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank werden teilweise ehemalige Vorschriften des IAS 30 und des IAS 32 weiterhin angewendet. Die Angaben nach IFRS 7 zu Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

Im Amendment zum IAS 1 – Capital Disclosures werden erweiterte Angaben zum Kapital eines Unternehmens verlangt. Die Angaben bezüglich der Ziele und Grundsätze des Managements des Kapitals werden im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitt „Risikokapital und Risikolimitierung“) des Konzernlageberichts erläutert.

Der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option wurde gegenüber dem Vorjahr geändert. Die Marktwertänderungen der Bestände werden nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst. Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörenden Zinsswaps werden weiterhin im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Gemäß IFRIC 10 „Interim Financial Reporting and Impairment“ werden unterjährig erfasste Wertminderungen (Impairment) von Geschäfts- oder Firmenwerten oder Eigenkapitalinstrumenten nicht rückgängig gemacht.

Aufgrund der vom Bundesrat am 6. Juli 2007 beschlossenen Unternehmensteuerreform 2008 bewertet die Deutsche Postbank AG die latenten Steuerpositionen mit den neu anzuwendenden Steuersätzen. Hierdurch reduziert sich der rechnerische Ertragsteuersatz von 39,9% auf 29,8%. Da bei der Deutschen Postbank AG ein Überhang an latenten Ertragsteuerverpflichtungen besteht, führt die einmalige Neubewertung im Geschäftsjahr 2007 zu einer Steuerentlastung von rund 153 Mio €, in der auch der Effekt aus der Anpassung der Neubewertungsrücklage enthalten ist.

Die Postbank hat auf eine vorzeitige Anwendung der Regelungen des IFRS 8 „Geschäftssegmente“ (endorsed durch die EU-Verordnung 1358/2007 vom 21. November 2007) verzichtet. IFRS 8 ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Anwendung des IFRS 8 ab dem Jahr 2009 wird keine materiellen Auswirkungen haben.

Die zukünftig wirksamen Standards IAS 1 (separate Darstellung von nicht eigentümerbezogenen und eigentümerbezogenen Eigenkapitalveränderungen) und IFRIC 11 „Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“ werden nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Auswirkungen auf die Postbank haben.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(6) Zinsüberschuss

	2007 Mio €	2006 ¹ Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.437	5.083
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.491	2.068
Handelsgeschäften	347	249
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	–1	8
	8.274	7.408
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	103	231
Beteiligungen	7	11
	110	242
	8.384	7.650
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	4.825	3.887
Verbriefen Verbindlichkeiten	587	853
Nachrangkapital	280	264
Swaps	110	246
Handelsgeschäften	342	246
	6.144	5.496
Gesamt	2.240	2.154

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten nach IFRS 7.20 (d) in Höhe von 34 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbriefen Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 54 Mio € (Vorjahr: 159 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 56 Mio € (Vorjahr: 87 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Der Zinsaufwand des Handelsbestands betrifft die kalkulatorischen Zinsaufwendungen.

¹ Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)



Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2007 Mio €	2006 ¹ Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	165	–375
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	–166	383
Gesamt	–1	8

(7) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2007 Mio €	2006 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	415	384
Portfoliowertberichtigungen	19	19
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	18	21
Direkte Forderungsabschreibung	31	27
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	130	100
Portfoliowertberichtigungen	1	–
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	3	–
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	11	14
Gesamt	338	337

Der Risikovorsorgeaufwand entfällt in Höhe von 323 Mio € (Vorjahr: 316 Mio €) auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 15 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) auf Bürgschaften.

(8) Provisionsüberschuss

	2007 Mio €	2006 Mio €
Girogeschäft	361	363
Wertpapiergeschäft	136	118
Kredit- und Avalgeschäft	111	105
Filialgeschäft	509	542
Sonstiges Provisionsgeschäft	312	279
Gesamt	1.429	1.407

In der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 8 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

(9) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2007 Mio €	2006 ¹ Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	105	24
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-5	1
Aktien	4	1
Darlehen (Held for Trading)	-6	-3
	-7	-1
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	3.639	4.581
Aufwand aus Derivaten	-3.445	-4.355
	194	226
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	-174	-284
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	186	303
	12	19
Devisenergebnis	-7	-2
Provisionsergebnis Handelsbestand	-7	-2
Gesamt	290	264

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs ist ein Ertrag aus Swapzinsen in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 73 Mio € Aufwand) enthalten. Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39. Im Ergebnis aus Derivaten sind außerdem die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten (-85 Mio €), CPPI-Strukturen (-19 Mio €) und sonstigen Schuldscheindarlehen (-20 Mio €) enthalten.

	2007 Mio €	2006 ¹ Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	90	26
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	194	226
Ergebnis aus Fair-Value-Option	12	19
Ergebnis aus Aktien	8	-3
Devisenergebnis	-7	-2
Provisionsergebnis Handelsbestand	-7	-2
Gesamt	290	264

(10) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2007 Mio €	2006 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	-87	28
davon Verkaufsergebnis	-20	28
Verkaufsgewinne	10	85
Verkaufsverluste	30	57
davon Wertminderungsergebnis	-67	-
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	-36	167
davon Verkaufsergebnis	27	295
Verkaufsgewinne	381	493
Verkaufsverluste	354	198
davon Wertminderungsergebnis	-63	-128
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	1	15
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	1	15
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	24	9
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	24	9
Ergebnis aus dem Verkauf von Fair Value Hedges	3	-2
Ergebnis aus Beteiligungen	389	75
Gesamt	294	292

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

	2007 Mio €	2006 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	-163	40
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	198	305
Ergebnis aus Beteiligungen	389	75
Impairment	-130	-128
Gesamt	294	292

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 112 Mio € auf Structured Credit Products und 18 Mio € auf Abschreibungen auf Publikumsfonds.

(11) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Immobilien und Betriebs- und Geschäftsausstattung. Sie gliedern sich wie folgt:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.053	1.030
Soziale Abgaben	102	111
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	217	240
	1.372	1.381
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.402	1.324
Abschreibungen auf Sachanlagen	82	107
Gesamt	2.856	2.812

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 120 Mio € (Vorjahr: 114 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 81 Mio € (Vorjahr: 101 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 328 Mio € (Vorjahr: 296 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 159 Mio € (Vorjahr: 150 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 151 Mio € (Vorjahr: 136 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 128 Mio € (Vorjahr: 146 Mio €) sowie Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 102 Mio € (Vorjahr: 74 Mio €) enthalten. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) auf Investment Property.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 150 Mio € (Vorjahr: 138 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögens-

werte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

Von den Abschreibungen auf Sachanlagen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

(12) Sonstige Erträge

	2007 Mio €	2006 Mio €
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	45	53
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	20	28
Erstattungen aus Sozialbereichen	19	20
Erträge aus der Auflösung von Accruals	10	2
Erträge aus der Schlussabrechnung der Filialen	10	–
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	6	7
Übrige	50	95
Gesamt	160	205

Die Erträge aus Sachanlagevermögen betreffen Mieteinnahmen (Vorjahr: 23 Mio €), von denen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property entfällt.

In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(13) Sonstige Aufwendungen

	2007 Mio €	2006 Mio €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	78	63
Aufwendungen für Sonderprojekte	23	–
Aufwendungen für sonstige Steuern	13	12
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	5	8
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StiftPT)	4	5
Aufwendungen aus der Schlussabrechnung der Filialen	–	1
Übrige	92	143
Gesamt	215	232

Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

In den übrigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	22	54
Gewerbeertragsteuer	22	23
	44	77
Ertragsteuern Vorjahr	20	16
Tatsächliche Ertragsteuern	64	93
Aufwand aus latenten Ertragsteuern		
temporäre Differenzen	18	133
steuerliche Verlustvorträge	51	19
	69	152
Gesamt	133	245

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Ergebnis nach Steuern	871	696
Ertragsteuern	133	245
Ergebnis vor Steuern	1.004	941
Anzuwendender Steuersatz	39,90 %	39,90 %
Rechnerische Ertragsteuer	401	375
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	-206	-
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und Ausland	-17	-30
aus steuerfreien ausländischen Erträgen	-	-
aus steuerfreien inländischen Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	7	-8
aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlusten	30	40
für Steuern aus Vorjahren	77	12
aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	-158	-140
Sonstige	-1	-4
	-268	-130
Ertragsteueraufwand	133	245

Bezieht eine Körperschaft Dividenden oder andere Bezüge von einer Beteiligungsgesellschaft oder erzielt sie aus dieser Beteiligung einen Veräußerungsgewinn, dann sind diese Beteiligungsergebnisse mit 95 % nach § 8b KStG bei der empfangenden Körperschaft steuerfrei zu belassen. Dieser Regelung liegt der Grundsatz zugrunde, dass

Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerfrei bleiben, solange diese im Bereich von Kapitalgesellschaften verbleiben.

Diese Gewinne werden demzufolge erst besteuert, wenn sie im Rahmen des Halbeinkünfteverfahrens an nicht begünstigte Empfänger (natürliche Personen oder Personenvereinigungen) ausgeschüttet werden. Eine Differenzierung nach inländischen oder ausländischen Beteiligungen findet nicht statt.

Erläuterungen zur Bilanz**(15) Barreserve**

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Kassenbestand	1.036	807
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.316	208
Gesamt	3.352	1.015

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 2.247 Mio € (Vorjahr: 140 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2007 beträgt 1.687 Mio € (Vorjahr: 1.493 Mio €).

(16) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	581	1.179
Andere Forderungen	10.149	6.028
	10.730	7.207
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.020	727
Andere Forderungen	12.831	8.416
	13.851	9.143
Gesamt	24.581	16.350

Unter der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ werden nur Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables erfasst.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 6.871 Mio € (Vorjahr: 7.241 Mio €) fällig.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	11.413	1.251	1.298	486
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	11.413	1.251	1.298	486

In den Forderungen an Kreditinstitute werden bis auf die gesicherten Forderungen (Fair Value Hedge) in Höhe von 1.516 Mio € (Vorjahr: 2.136 Mio €) ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables erfasst.

Zum 31. Dezember 2007 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 12.384 Mio € (Vorjahr: 2.013 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrieschuldverschreibungen sowie Aktien.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 18,2 Mrd € (Vorjahr: 10,4 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 6,4 Mrd € (Vorjahr: 6,0 Mrd €).

(17) Forderungen an Kunden

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Private Baufinanzierungen	64.781	59.148
Bauspardarlehen	3.179	3.147
Gewerbliche Kredite	17.553	13.603
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.546	5.444
Ratenkredite	2.289	2.447
Sonstige Forderungen	782	3.393
Gesamt	92.130	87.182
davon		
durch Grundpfandrechte gesichert	50.372	45.565
Kommunalkredite	3.546	5.444

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Inländische Kunden	74.970	74.358
Ausländische Kunden	17.160	12.824
Gesamt	92.130	87.182

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,3 % (Vorjahr: 0,8 %) der Bilanzsumme.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 69.769 Mio € (Vorjahr: 70.872 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 84,4 Mrd € (Vorjahr: 77,0 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 7,7 Mrd € (Vorjahr: 10,2 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 146 Mio € (Vorjahr: 95 Mio €) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasingverhältnisse beträgt 155 Mio € (Vorjahr: 108 Mio €).

Die Summe der zukünftigen Leasingraten beläuft sich auf 153 Mio € (Vorjahr: 107 Mio €) und gliedert sich in folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	40	32
im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	41	26
im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	35	25
im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	21	15
im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	11	6
in mehr als 5 Jahren nach Bilanzstichtag	5	3
Gesamt	153	107

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Loans and Receivables	84.564	80.483
davon Fair Value Hedge	1.356	1.500
Held to Maturity	456	518
Fair-Value-Option	7.110	6.181
Gesamt	92.130	87.182

(18) Kreditvolumen

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	24.581	16.350
Forderungen an Kunden	92.130	87.182
Bürgschaften und Garantien	1.428	1.974
Gesamt	118.139	105.506

(19) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Risikovorsorge wurde durch aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	–	–
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.154	1.155
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.154	1.155
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	39	34
Gesamt	1.193	1.189

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Stand 1. Januar	1.090	732	65	44	1.155	776
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	267	–	2	–	269
Umgliederung wegen IFRS 5	–30	–	–	–	–30	–
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	415	384	19	19	434	403
Abgänge						
Inanspruchnahme	236	161	–	–	236	161
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	130	100	1	–	131	100
Unwinding	34	29	–	–	34	29
Währungsumrechnungsdifferenzen	4	3	–	–	4	3
Stand 31. Dezember	1.071	1.090	83	65	1.154	1.155

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 918 Mio € (Vorjahr: 926 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.877 Mio € (Vorjahr: 1.864 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf 124 Mio € (Vorjahr: 128 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2007 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 31 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betrugen 11 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €).

(20) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuld-scheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	31	180
von anderen Emittenten	4.108	9.575
davon Geldmarktpapiere	1.292	171
	4.139	9.755
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	161	28
Baudarlehen Held for Trading	209	208
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	5.155	2.942
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	131	276
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	141	71
Gesamt	9.936	13.280

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 7.365 Mio € (Vorjahr: 11.810 Mio €) fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 1,5 Mrd € (Vorjahr: 0,8 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 2,6 Mrd € (Vorjahr: 9,0 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.109	9.720
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	161	28

(21) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	11	8
	11	8
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	13	11
	13	11
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	241	281
	241	281
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17	35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14	41
Verbriefte Verbindlichkeiten	98	101
Nachrangkapital	27	8
	156	185
Gesamt	421	485

Bestände in Höhe von 371 Mio € (Vorjahr: 407 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(22) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	15.124	17.252
von anderen Emittenten	50.961	40.114
	66.085	57.366
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	1.016	1.287
Investmentfondsanteile	1.402	4.544
	2.418	5.831
Beteiligungen	22	17
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	81	85
Gesamt	68.606	63.299

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Einzugspapiere in Höhe von 6 Mio € (Vorjahr: 75 Mio €) enthalten.

Bestände in Höhe von 61.477 Mio € (Vorjahr: 55.591 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 41,6 Mrd € (Vorjahr: 44,3 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 24,5 Mrd € (Vorjahr: 13,1 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 6,3 Mrd €. Innerhalb der Collateralized Debt Obligations (CDOs) hat die Postbank auf Basis einer detaillierten Analyse einen relevanten Umfang von rund 0,8 Mrd € US-Subprime-Exposures ermittelt.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	26.600	19.031
davon Fair Value Hedge	5.447	5.369
Held to Maturity	730	4.956
Available for Sale	38.755	33.379
davon Fair Value Hedge	14.633	15.770
	66.085	57.366
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	2.418	5.831
	2.418	5.831
Beteiligungen (Available for Sale)	22	17
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	81	85
Gesamt	68.606	63.299

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	64.066	56.624
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.583	3.327
Beteiligungen	9	–

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbindlichkeiten	24.518	22.984
Eventualverbindlichkeiten	–	66
Gesamt	24.518	23.050

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die Postbank zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 23 Mrd € (Vorjahr: 15 Mrd €) abgegeben. Zum Bilanzstichtag bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 15 Mrd € (Vorjahr: 10 Mrd €). Die als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere werden weiterhin als Finanzanlagen ausgewiesen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –515 Mio € (Vorjahr: –125 Mio €)

in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairment wurden in der Berichtsperiode 24 Mio € (Vorjahr: 177 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 130 Mio € (Vorjahr: 128 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

(23) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.631	1.626
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	606	721
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	66	55
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	122	103
Gesamt	2.425	2.505

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke BHW in Höhe von 319 Mio € enthalten. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 90 Mio € (Vorjahr: 166 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 66 Mio € (Vorjahr: 72 Mio €). Neben den laufenden Abschreibungen reduzierte sich der Wert der Kundenbeziehungen um 69 Mio € durch die Veräußerung der BHW Lebensversicherung AG.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzah- lungen auf immate- rielle Vermögens- werte und in der Entwicklung befind- liche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2006	62	366	17	35	480
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	602	22	53	677
Zugänge	1.575	21	18	59	1.673
Umbuchungen	–	34	8	–42	0
Abgänge	–	10	3	2	15
Endbestand 31.12.2006	1.637	1.013	62	103	2.815
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–23	–	–	–23
Zugänge	5	18	8	44	75
Umbuchungen	–	10	12	–22	0
Abgänge	–	83	–	3	86
Endbestand 31.12.2007	1.642	935	82	122	2.781

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzah- lungen auf immate- rielle Vermögens- werte und in der Entwicklung befind- liche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2006	11	245	1	–	257
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Planmäßige Abschreibungen	–	58	5	–	63
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–1	1	–	0
Abgänge	–	10	–	–	10
Endbestand 31.12.2006	11	292	7	–	310
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–19	–	–	–19
Planmäßige Abschreibungen	–	69	9	–	78
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	13	–	–	13
Endbestand 31.12.2007	11	329	16	–	356
Buchwert 31.12.2006	1.626	721	55	103	2.505
Buchwert 31.12.2007	1.631	606	66	122	2.425

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2007 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2007 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.626	5	–	–	–	1.631
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	721	18	74	10	69	606
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	55	8	–	12	9	66
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	103	44	3	–22	–	122
Gesamt	2.505	75	77	0	78	2.425

Der Buchwert zum 31. Dezember 2007 der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte beträgt 83 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 39 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €).

(24) Sachanlagen

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Grundstücke und Gebäude	768	784
Betriebs- und Geschäftsausstattung	148	152
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11	5
Gesamt	927	941

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio €	Geleistete Anzahl- ungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2006	864	429	7	1.300
Veränderungen des Konsolidierungskreises	164	80	2	246
Zugänge	1	51	5	57
Umbuchungen	1	6	–7	0
Abgänge	2	156	2	160
Endbestand 31.12.2006	1.028	410	5	1.443
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	1	–	1
Zugänge	50	149	11	210
Umbuchungen	3	1	–4	–
Abgänge	2	61	1	64
Endbestand 31.12.2007	1.079	500	11	1.590

	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahl- ungen und Anlagen im Bau	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2006	212	337	–	549
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–2	–6	–	–8
Abschreibungen	34	73	–	107
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	–	146	–	146
Endbestand 31.12.2006	244	258	–	502
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	1	–	1
Zugänge	48	92	–	140
Umbuchungen	–	–	–	–
Abschreibungen	20	61	–	81
Abgänge	1	58	–	59
Endbestand 31.12.2007	311	352	–	663
Buchwert 31.12.2006	784	152	5	941
Buchwert 31.12.2007	768	148	11	927

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buch- wert 01.01. 2007	Zu- gänge	Ab- gänge	Umbu- chungen	Ab- schrei- bungen	Buch- wert 31.12. 2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	784	2	–	3	21	768
Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	152	59	3	1	61	148
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5	11	1	–4	–	11
Gesamt	941	72	4	0	82	927

Zugänge und Abgänge enthalten sonstige Anpassungen in den Anschaffungswerten und kumulierten Abschreibungen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 8 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

(25) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen der Investment Property stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungs- werte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Investment Property	102	102	29	28

Die Buchwerte der Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2007 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2007 Mio €
Investment Property	74	–	–	–	1	73

Die Angaben der Investment Property stellen sich in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 wie folgt dar:

	Fremd- nutzung %	Mietein- nahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	100	1	1	–	–	–

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Property beträgt laut Gutachten 73 Mio €.

(26) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	117	86
Latente Ertragsteueransprüche		
temporäre Differenzen	333	42
steuerliche Verlustvorträge, davon	150	202
inländisch	150	202
ausländisch	–	–
	483	244
Gesamt	600	330

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	207	93
Risikovorsorge	–	15
Handelsaktiva	–	–
Hedging-Derivate	–	–
Finanzanlagen	186	24
Sachanlagen	3	3
Sonstige Aktiva	18	125
Passivposten		
Verbindlichkeiten	75	2
Handelspassiva	1.440	916
Hedging-Derivate	138	235
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	33	46
Andere Rückstellungen	12	79
Sonstige Passiva	2	3
	2.114	1.541
Steuerliche Verlustvorträge	150	202
Saldierung mit passiven latenten Steuern	1.781	1.499
Gesamt	483	244

Zum 31. Dezember 2007 bestanden keine abzugsfähigen temporären Unterschiede und steuerlichen Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde.

(27) Sonstige Aktiva

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	363	327
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	90	62
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	11	23
Forderungen an Finanzbehörden	10	8
Übrige	55	161
Gesamt	529	581

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 276 Mio € (Vorjahr: 283 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen und 48 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

Bestände in Höhe von 393 Mio € (Vorjahr: 335 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(28) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

	31.12.2007 Mio €
Forderungen an Kunden	595
Risikovorsorge	-30
Gesamt	565

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	2.708	2.245
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	37.125	27.376
	39.833	29.621
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	584	474
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20.729	17.224
	21.313	17.698
Gesamt	61.146	47.319

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 783 Mio € (Vorjahr: 2.802 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten. Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 11.454 Mio € (Vorjahr: 9.236 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 54,2 Mrd € (Vorjahr: 44,8 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 6,9 Mrd € (Vorjahr: 2,5 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2007 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 8,7 Mrd € (Vorjahr: 9,2 Mrd €).

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	34.588	35.574
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	408	460
	34.996	36.034
Bauspareinlagen	16.915	16.981
darunter: auf gekündigte Verträge	70	68
darunter: auf zugeteilte Verträge	6	5
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	26.589	23.525
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	32.196	24.776
	58.785	48.301
Gesamt	110.696	101.316
Inländische Kunden	105.281	97.312
Ausländische Kunden	5.415	4.004
Gesamt	110.696	101.316

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 4.542 Mio € (Vorjahr: 4.761 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten. Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 32.257 Mio € (Vorjahr: 28.962 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 46,2 Mrd € (Vorjahr: 43,1 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 64,5 Mrd € (Vorjahr: 58,2 Mrd €).

(31) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Hypothekendarlehen	11	53
Öffentliche Pfandbriefe	59	81
Sonstige Schuldverschreibungen	9.488	15.752
Gesamt	9.558	15.886

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 5.797 Mio € (Vorjahr: 8.012 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten. Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 7.393 Mio € (Vorjahr: 8.059 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 6,2 Mrd € (Vorjahr: 13,7 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 3,4 Mrd € (Vorjahr: 2,2 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 100 Mio € (Vorjahr: 158 Mio €) direkt abgesetzt.

(32) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	4.955	2.864
Negative Marktwerte Hedging-Derivate des Bankbuchs	330	351
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	308	401
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	1	2
Gesamt	5.594	3.618

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 4.875 Mio € (Vorjahr: 2.753 Mio €) fällig.

(33) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	34	66
Angekaufte Forderungen Available for Sale	–	–
	34	66
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	31	50
Angekaufte Forderungen Available for Sale	–	–
	31	50
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	267	344
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–
	267	344
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6	63
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51	78
Verbriefte Verbindlichkeiten	311	237
Nachrangkapital	173	120
	541	498
Gesamt	873	958

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 696 Mio € (Vorjahr: 808 Mio €) fällig.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember		
	2007 Mio €	2006 Mio €
Barwert der Verpflichtung der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	698	773
Barwert der Verpflichtung der nicht kapitalgedeckten Leistungen	729	824
Barwert der Gesamtverpflichtung	1.427	1.597
Zeitwert des Planvermögens	-392	-381
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	108	-101
Nettopensionsrückstellungen	1.143	1.115

Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflichtung		
	2007 Mio €	2006 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	1.597	834
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	34	38
Arbeitnehmerbeiträge	-	-
Zinsaufwand	72	68
Erbrachte Pensionsleistungen	-71	-69
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-14	1
Planabgeltungen	-	-
Transfers	4	79
Veränderung Konsolidierungskreis	16	726
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-210	-80
Währungseffekte	-1	-
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	1.427	1.597

Entwicklung des Planvermögens		
	2007 Mio €	2006 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	381	59
Arbeitgeberbeiträge	16	16
Arbeitnehmerbeiträge	-	-
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	17	16
Gewinne (+)/ Verluste (-) aus dem Planvermögen	-7	-1
Erbrachte Pensionsleistungen	-26	-25
Transfers	1	-2
Veränderung Konsolidierungskreis	11	316
Planabgeltungen	-	-
Währungseffekte	-1	2
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	392	381

Das Planvermögen besteht aus festverzinslichen Wertpapieren, Festgeldern, sonstigen liquiden Mitteln etc. (10 %, Vorjahr: 10 %), Versicherungsverträgen (80 %, Vorjahr: 83 %), Aktien (1 %, Vorjahr: 1 %) und anderen Vermögenswerten wie Immobilien (9 %, Vorjahr: 6 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Postbank Gruppe selbst genutzt.

Gewinne und Verluste

Gewinne und Verluste aus Planvermögen			
	2007 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	10	15	6
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	17	16	3
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) des Planvermögens	-7	-1	3

Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen			
	2007 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	33	-12	-13
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	177	91	-60
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	210	79	-73

Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen		
	2007 Mio €	2006 Mio €
Stand 1. Januar	1.115	585
Pensionsaufwand	81	101
Erbrachte Pensionsleistungen	-45	-44
Fondsbeiträge	-16	-16
Veränderung des Konsolidierungskreises	5	410
Transfers	3	81
Währungseffekte	-	-2
Stand 31. Dezember	1.143	1.115

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden für 2008 Zahlungen in Höhe von 69 Mio € erwartet. Hiervon entfallen 56 Mio € auf direkte erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens und 13 Mio € auf erwartete Beiträge an das Planvermögen.

Pensionsaufwand		
	2007 Mio €	2006 Mio €
Dienstzeitaufwand	34	38
Zinsaufwand	72	68
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-17	-16
Realisierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-14	1
Armortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	5	10
Auswirkungen von Planabgeltungen	1	-
Sonstiges	-	-
Pensionsaufwand	81	101

(35) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2007 Mio €	Veränderungen des Konsolidierungskreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2007 Mio €
Versicherungstechnische Rückstellungen	1.560	-1.800	52	1	293	0
Rückstellungen im Bauspargeschäft	727	-	176	8	167	710
Neustrukturierung	111	10	46	7	8	76
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	34	0	10	3	18	39
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	6	-	-	-	-	6
Übrige	138	7	133	29	150	133
Gesamt	2.576	-1.783	417	48	636	964

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Nach mehr als 12 Monaten sind 723 Mio € (Vorjahr: 2.277 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2007 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2007 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	507	134	–	148	521
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	132	22	–	1	111
für Zinssatzwechsel	78	19	–	17	76
Übrige	10	1	8	1	2
Gesamt	727	176	8	167	710

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €), Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) sowie Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2007 Mio €	Veränderungen des Konsolidierungs- kreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2007 Mio €
Tatsächliche Steuern	84	–3	27	5	73	122
Latente Steuern	974	–16	–	1.605	1.749	1.102
Gesamt	1.058	–19	27	1.610	1.822	1.224

Die Rückstellungen für Tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	242	384
Risikovorsorge	2	–
Handelsaktiva	1.515	958
Hedging-Derivate	102	148
Finanzanlagen	344	475
Sachanlagen	12	8
Sonstige Aktiva	270	306
Passivposten		
Verbindlichkeiten	91	83
Handelsspassiva	–	–
Hedging-Derivate	6	–
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	12	22
Andere Rückstellungen	15	1
Sonstige Passiva	272	88
	2.883	2.473
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	1.781	1.499
Gesamt	1.102	974

(37) Sonstige Passiva

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	188	123
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	99	76
Verbindlichkeiten aus Leistungen der Deutschen Post AG	81	53
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	75	69
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	77	63
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	43	43
Rechnungsabgrenzungsposten	42	40
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	46	45
Sonstige Verbindlichkeiten	184	274
Gesamt	835	786

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 69 Mio € (Vorjahr: 125 Mio €) fällig.

(38) Nachrangkapital

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.778	2.822
Hybride Kapitalinstrumente	1.508	1.039
Genussrechtskapital	1.262	1.132
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	55	55
Gesamt	5.603	5.048

In der Position „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.260 Mio € (Vorjahr: 4.980 Mio €) fällig.

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 3.521 Mio € (Vorjahr: 3.354 Mio €) haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 142 Mio € (Vorjahr: 134 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 30 Mio € (Vorjahr: 43 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Hybriden Kapitalinstrumente stellen vier Emissionen in Form von Class B Preferred Securities dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Class B Preferred Securities der Postbank Funding LLC I bis IV haben eine unbegrenzte Laufzeit und werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 16 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €); sie werden im Posten „Hybride Kapitalinstrumente“ erfasst.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2007 beträgt insgesamt 55 Mio € (Vorjahr: 52 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 48 Mio € (Vorjahr: 53 Mio €) werden dem Posten „Genussrechtskapital“ direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Der Zinsaufwand für die aufgenommenen Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter beträgt 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 2.006 Mio € (Vorjahr: 1.668 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 498 Mio € (Vorjahr: 629 Mio €) auf Nachrangige Verbindlichkeiten und 1.508 Mio € (Vorjahr: 1.125 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

Das Nachrangkapital ist mit 4,1 Mrd € (Vorjahr: 4,2 Mrd €) festverzinslich sowie mit 1,6 Mrd € (Vorjahr: 0,8 Mrd €) variabel verzinslich.

(39) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten

Die Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten betreffen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

(40) Eigenkapital

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Gezeichnetes Kapital	410	410
Kapitalrücklage	1.160	1.160
Gewinnrücklagen	3.541	3.051
Währungsumrechnungsrücklage	-149	-117
Neubewertungsrücklage	-523	6
Andere Rücklagen	2.869	2.940
Bilanzgewinn	870	695
Anteile im Fremdbesitz	2	2
Gesamt	5.311	5.207

Das gezeichnete Kapital der Postbank ist in 164.000.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Bank bis zum 24. März 2009 durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, ein- oder mehrmals um bis zu insgesamt 41 Mio € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Bank bis zum 10. Mai 2011 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 137 Mio € zu erhöhen (genehmigtes Kapital II). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit es zum Ausgleich von Spitzenbeträgen erforderlich ist. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen.

In der Hauptversammlung vom 10. Mai 2007 wurde der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 9. November 2008. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, ursprünglich bis zum 10. November 2007 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG sowie § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wurden mit Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

	Finanzinstrumente Available for Sale	
	2007 Mio €	2006 Mio €
Stand zum 1. Januar	6	311
Bewertungsänderungen	-742	-247
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	-227	-122
Available for Sale nicht gehedgt	-515	-125
Bestandsänderungen	36	-187
Available for Sale aufgrund Impairment	63	128
davon auf gehedgte Bestände	2	-
davon auf nicht gehedgte Bestände	61	128
Available for Sale aufgrund von Verkauf/ Hedge-Auflösung	-27	-315
davon auf gehedgte Bestände	60	-10
davon auf nicht gehedgte Bestände	-87	-305
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	177	129
Stand zum 31. Dezember	-523	6

Aus den Abgängen und Impairment von Finanzinstrumenten Available for Sale wurden im Geschäftsjahr 36 Mio € (Vorjahr: 187 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen. Des Weiteren reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um 742 Mio € (Vorjahr: 247 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um 177 Mio € (Vorjahr: 129 Mio €) auf einen Endbestand von 286 Mio € (Vorjahr: 109 Mio €), welche die Neubewertungsrücklage insgesamt erhöhen.

Sonstige Angaben

(41) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informations-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Im Geschäftsfeld „Retail Banking“ bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bau-spargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Bankings der Postbank AG, des Teilkonzerns BHW, der BHW Bank, der Postbank Filialvertrieb AG und der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zusammen.

Im Geschäftsfeld „Firmenkunden“ erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr.

Außerdem gehören gewerbliche Finanzierungen, insbesondere von Immobilien, Factoring und Leasing sowie Logistikfinanzierungen zu diesem Geschäftsbereich.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den Ergebnissen des Firmenkundengeschäfts der Postbank AG, der PB Firmenkunden AG, der PB Capital, der Postbank Leasing GmbH, PB Factoring GmbH, der Niederlassung London und des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank International S.A. zusammen.

Dem Geschäftsfeld „Financial Markets“ sind neben den Eigenhandelsaktivitäten ferner die aus Luxemburg geführten Aktivitäten der Deutschen Postbank International S.A. sowie die Fondsverwaltung und das Fondsmanagement für verschiedene Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds zugeordnet (Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft GmbH und Deutsche Postbank Financial Services GmbH).

Das Geschäftsfeld „Transaction Banking“ bietet konzernintern sowie für andere Banken organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs an.

In dem Posten „Übrige“ sind Konsolidierungssachverhalte, nicht den Geschäftsfeldern zuordenbare Positionen, nicht verrechnete Overhead-Kosten sowie das Eigengeschäftsergebnis enthalten.

Die Vorjahreszahlen wurden an die 2007 geltenden Organisationsstrukturen bzw. an geänderte Zuordnungskriterien angepasst.

	Retail Banking		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige		Konzern ¹	
	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Zinsüberschuss	2.392	2.339	292	260	4	5	114	92	-562	-542	2.240	2.154
Handelsergebnis	14	32	-9	5	-	-	72	46	213	181	290	264
Finanzanlageergebnis	50	25	-5	2	-	-1	1	6	248	260	294	292
Bilanzbezogene Erträge	2.456	2.396	278	267	4	4	187	144	-101	-101	2.824	2.710
Provisionsüberschuss	988	1.061	104	105	350	263	83	63	-96	-85	1.429	1.407
Gesamt-Erträge	3.444	3.457	382	372	354	267	270	207	-197	-186	4.253	4.117
Verwaltungsaufwand	-2.210	-2.178	-163	-171	-331	-245	-83	-78	-69	-140	-2.856	-2.812
Risikovorsorge	-292	-277	-28	-38	-	-	4	-3	-22	-19	-338	-337
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	2	-78	-	2	13	5	-1	6	-69	38	-55	-27
Ergebnis vor Steuern	944	924	191	165	36	27	190	132	-357	-307	1.004	941
Cost Income Ratio (CIR)	64,2 %	63,0 %	42,7 %	46,0 %	93,5 %	91,8 %	30,7 %	37,7 %	-	-	67,2 %	68,3 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	32,7 %	32,7 %	50,5 %	46,7 %	-	-	37,2 %	23,8 %	-25,3 %	-25,6 %	19,3 %	18,9 %
Segmentvermögen	79.107	77.370	21.032	16.364	93	82	22.521	28.209	72.500	58.086	195.253	180.111
Segmentverbindlichkeiten	94.563	93.200	18.469	17.179	1	-	12.569	11.313	61.392	46.447	186.994	168.139

¹ Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnungen der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand basiert auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Die Höhe der zugewiesenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft bemisst sich nach den festgelegten Standardrisikokosten, also den erwarteten Verlusten.

Die Zuordnung des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken und Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten

erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IAS-Eigenkapitals auf die Segmente.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld „Transaction Banking“ keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Die Zuordnung von Vermögen und Verbindlichkeiten auf die Segmente basiert auf der operativen Geschäftstätigkeit der Segmente. Dazu werden die Aktiva „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Handelsaktiva“ und „Finanzanlagen“ sowie die Passiva „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“, „Verbriefte Verbindlichkeiten“ und „Handelspassiva“ Geschäftsfeldern verursachungsgerecht zugeordnet.

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen

Die Zuordnung der Segmente nach dem jeweiligen Sitz der Niederlassung oder des Konzernunternehmens ergibt nachfolgende Verteilung:

	Vermögen		Verbindlichkeiten		Erträge		Ergebnis vor Steuern	
	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Deutschland	163.155	145.171	156.683	134.940	3.995	3.884	824	785
Übrige	32.098	34.940	30.311	33.199	258	233	180	156
Europa	25.974	30.081	24.665	28.765	174	142	134	106
USA	5.655	4.484	5.225	4.116	70	85	41	49
Asien	469	375	421	318	14	6	5	1
Gesamt	195.253	180.111	186.994	168.139	4.253	4.117	1.004	941

(42) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann. Finanzgarantien werden nach der Nettomethode erfasst.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.428	1.974
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	23.480	21.369
davon: bereitgestellte Baudarlehen	707	1.536
Gesamt	24.908	23.343

(43) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2007		31.12.2006	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktiva				
Barreserve	3.352	3.352	1.015	1.015
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	24.581	24.510	16.350	16.357
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	85.159	85.414	80.483	82.496
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	456	456	518	518
Risikoversorge	-1.184	-1.184	-1.155	-1.155
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	26.600	25.922	19.031	18.838
Finanzanlagen (Held to Maturity)	730	731	4.956	5.025
	139.694	139.201	121.198	123.094
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	61.146	60.935	47.319	47.366
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	110.740	110.335	101.316	101.439
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	15.161	14.753	20.934	21.019
	187.047	186.023	169.569	169.824

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z. B. Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtages ermittelt. Liegt kein liquider Markt vor, wird der Fair Value durch anerkannte Bewertungsverfahren bestimmt.

Die eingesetzten Bewertungsverfahren berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente und verwenden Bewertungsparameter, die aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag resultieren. Die im Rahmen der Barwertmethode verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente.

(44) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

Erläuterungen	2007 Mio €	2006 Mio €
Zinserträge und -aufwendungen (6)		
Loans and Receivables	6.192	5.606
Available for Sale	1.572	1.332
Held to Maturity	130	184
Liabilities at amortised cost	5.692	5.004
Nettogewinne- und -verluste (9), (10)		
Held for Trading	271	243
Designated as at fair value	12	19
Loans and Receivables	-62	52
Available for Sale	-33	165

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktiva	30.624	31.512	165.050	149.084	195.674	180.596
Loans and Receivables	8.319	9.005	127.426	106.859	135.745	115.864
Forderungen an Kreditinstitute	1.516	2.136	23.065	14.214	24.581	16.350
Forderungen an Kunden	1.356	1.500	83.208	78.983	84.564	80.483
Finanzanlagen	5.447	5.369	21.153	13.662	26.600	19.031
Available for Sale	14.633	15.770	26.643	23.542	41.276	39.312
Finanzanlagen	14.633	15.770	26.643	23.542	41.276	39.312
Held to Maturity	–	–	1.186	5.474	1.186	5.474
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden	–	–	456	518	456	518
Finanzanlagen	–	–	730	4.956	730	4.956
Held for Trading	141	71	9.795	13.209	9.936	13.280
Handelsaktiva	141	71	9.795	13.209	9.936	13.280
Fair-Value-Option	7.110	6.181	–	–	7.110	6.181
Forderungen an Kunden	7.110	6.181	–	–	7.110	6.181
Hedging-Derivate	421	485	–	–	421	485
Passiva	14.309	18.602	179.161	155.543	193.470	174.145
Liabilities at amortised cost	13.128	17.243	173.875	152.326	187.003	169.569
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	783	2.802	60.363	44.517	61.146	47.319
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.542	4.761	106.154	96.555	110.696	101.316
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.797	8.012	3.761	7.874	9.558	15.886
Nachrangkapital	2.006	1.668	3.597	3.380	5.603	5.048
Held for Trading	308	401	5.286	3.217	5.594	3.618
Handelspassiva	308	401	5.286	3.217	5.594	3.618
Hedging-Derivate	873	958	–	–	873	958

(45) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisen-swaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Derivate des Handelsbestands	518.853	438.244	5.427	3.289	5.593	3.616
Hedging-Derivate	34.052	43.568	421	485	873	958
Gesamt	552.905	481.812	5.848	3.774	6.466	4.574

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalbetrag		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	2.273	4.115	35	36	50	22
Devisenswaps	22.518	17.767	202	152	270	129
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	24.791	21.882	237	188	320	151
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	469.220	398.821	5.142	3.068	5.046	3.436
Cross Currency Swaps	146	55	4	2	5	–
FRAs	5.723	2.632	–	9	2	1
OTC-Zinsoptionen	673	645	1	–	1	1
Sonstige zinsgebundene Verträge	871	479	3	1	2	1
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	9.893	4.131	–	–	–	–
Zinsoptionen	490	7.996	1	1	–	–
Gesamtbestand Zinsderivate	487.016	414.759	5.151	3.081	5.056	3.439

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

	Nominalbetrag		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktionsoptionen (long/short)	453	165	10	13	66	19
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexfutures	117	8	–	–	–	2
Aktien-/Indexoptionen	259	83	2	1	1	1
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	829	256	12	14	67	22
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	6.217	1.347	27	6	150	4
Gesamtbestand Kreditderivate	6.217	1.347	27	6	150	4
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	518.853	438.244	5.427	3.289	5.593	3.616
davon Derivate des Bankbuchs	15.416	22.214	131	276	330	351
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	12.767	8.097	141	71	308	401
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	32.560	41.423	410	482	621	733
Cross Currency Swaps	1.338	1.796	10	3	252	222
Credit Default Swaps	154	349	1	–	–	3
Gesamtbestand Hedging-Derivate	34.052	43.568	421	485	873	958
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	552.905	481.812	5.848	3.774	6.466	4.574

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

Hedging-Derivate				
	Positive Marktwerte 31.12.2007 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2007 Mio €	Positive Marktwerte 31.12.2006 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2006 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	45	138	63	123
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5	39	15	27
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	18	131	11	65
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	15	67	22	148
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	7	29	31	129
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	23	69	21	50
mehr als 5 Jahre	308	400	322	416
	421	873	485	958
Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs				
	Positive Marktwerte 31.12.2007 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2007 Mio €	Positive Marktwerte 31.12.2006 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2006 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	316	508	471	749
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	144	211	105	116
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	147	233	120	151
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	205	201	182	272
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	197	193	226	193
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	270	336	144	170
mehr als 5 Jahre	4.148	3.911	2.041	1.965
	5.427	5.593	3.289	3.616

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	5.720	3.699	6.132	4.457
Öffentliche Stellen in der OECD	–	17	–	26
Sonstige Kontrahenten in der OECD	117	58	250	91
Nicht OECD	11	–	84	–
	5.848	3.774	6.466	4.574

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(46) Umlauf Schuldverschreibungen

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Im Umlauf befindliche Schuldverschreibungen		
Begebene Schuldverschreibungen	18.673	16.034
Zur Sicherstellung ausgehändigte Namenspfandbriefe	10	62
Öffentliche Pfandbriefe/Kommunalschuldverschreibungen	12	23
Deckungspflichtiger Umlauf	18.695	16.119

(47) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Deckung der Namenspapiere		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	14.408	11.390
Summe der deckungspflichtigen Namenspapiere	13.307	9.191
Überdeckung	1.101	2.199
Deckung der Pfandbriefe		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (Hypothekendarlehen)	2.583	3.023
Summe der deckungspflichtigen Pfandbriefe	1.423	1.890
Überdeckung	1.160	1.133
Deckung der Kommunalschuldverschreibungen		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Ersatzdeckung in Wertpapieren	4.544	5.640
Summe der deckungspflichtigen Kommunalschuldverschreibungen	3.943	4.953
Überdeckung	601	687
Deckung der Zinsaufwendungen für Namenspapiere		
Zinsaufwendungen für Namenspapiere	582	395
Zinserträge aus Deckungswerten	655	555
Überdeckung	73	160
Deckung der Zinsaufwendungen für Pfandbriefe		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe	72	101
Zinserträge aus Deckungswerten	106	160
Überdeckung	34	59
Deckung der Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen		
Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen	154	248
Zinserträge aus Deckungswerten	199	272
Überdeckung	45	24

(48) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2007 Anzahl	31.12.2006 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	1.161	996
Zwangsverwaltungsverfahren	764	678
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	272	218

(49) Fremdwährungsvolumina

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Fremdwährungsaktiva	19.404	15.831
Fremdwährungspassiva	19.191	15.799

(50) Angaben über wesentliche Konzentrationen

Die prozentuale Gliederung der Kredite der Deutschen Postbank AG erfolgt nach Wirtschaftszweigen:

	2007 %	2006 %
Wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen	46,9	51,9
Sonstige Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	25,8	18,1
Öffentliche Haushalte	6,6	10,0
Kreditinstitute	20,7	20,0
	100,0	100,0

Die prozentuale Gliederung nach Inländern und Ausländern ergibt sich wie folgt:

	2007 %	2006 %
Inländer	73,5	83,6
Ausländer	26,5	16,4
	100,0	100,0

(51) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank auf Konzernebene sicher. Die Eigenmittelausstattung gemäß dem Kreditwesengesetz sowie der Solvabilitätsverordnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 ¹ Mio €
Adressrisiken	75.788	68.705
Marktrisikopositionen	12.225	13.375
Operationelle Risiken	3.063	3.063
Gesamtanrechnungsbetrag	91.076	85.143
Zusätzlicher Anrechnungsbetrag gemäß Übergangsregel ²	4.500	0
Kernkapital	5.455	4.701
darunter: Hybride Kapitalinstrumente	1.651	1.151
Ergänzungskapital	3.312	3.459
darunter: Genussrechtskapital	1.213	1.152
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	2.308	2.394
Drittangemittel	0	24
Anrechenbare Eigenmittel	8.767	8.184
Kernkapitalquote vor Anwendung der Übergangsregel in %	6,9	6,6
Auswirkung der Übergangsregel ² in Prozentpunkten	-0,4	0,0
Gesamtkennziffer vor Anwendung der Übergangsregel in %	9,6	9,6
Auswirkung der Übergangsregel ² in Prozentpunkten	-0,4	0,0

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotienten aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital, gebildete Rücklagen und innovative Kapitalinstrumente. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Genussrechtsverbindlichkeiten sowie längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen. Der Entlastungseffekt gegenüber der bisherigen Grundsatz-I-Meldung konnte aufgrund der Übergangsregel für IRBA-Institute gemäß § 339 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3–5 SolvV noch nicht in voller Höhe realisiert werden. Die Eigenmittelausstattung von Instituten, die den Anrechnungsbetrag für Adressenausfallrisiken mit internen Ratingssystemen ermitteln (IRB-Ansatz), darf danach im ersten Jahr der Anwendung 95 % der nach Grundsatz I mit aufsichtlichen Gewichtungsfaktoren ermittelten Mindesteigenmittel nicht unterschreiten.

¹Interne Berechnung

²§ 339 Abs.1 i. V. m. Abs. 3–5 SolvV

(52) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2007:

	Täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.601	14.071	2.038	1.624	772	679	1.846	1.950	24.581
Forderungen an Kunden	3.362	10.413	8.586	7.177	5.852	6.627	7.085	43.028	92.130
Handelsaktiva	1	1.002	1.568	1.691	456	346	301	4.571	9.936
Hedging-Derivate	1	44	5	18	15	7	23	308	421
Finanzanlagen	–	2.203	4.926	7.469	6.545	5.133	7.094	35.236	68.606
Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	3	32	94	47	9	72	336	7	600
Sonstige Aktiva	71	68	34	47	38	48	27	196	529
Gesamt	5.039	27.833	17.251	18.073	13.687	12.912	16.712	85.296	196.803
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.293	41.068	5.332	2.515	830	898	1.299	5.911	61.146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.589	45.538	6.312	1.755	1.811	3.451	5.439	19.801	110.696
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	992	1.173	3.913	1.206	258	248	1.768	9.558
Handelspassiva	–	508	211	233	201	193	336	3.912	5.594
Hedging-Derivate	–	138	39	131	67	29	69	400	873
Rückstellungen	14	70	226	274	222	208	180	913	2.107
Pensionsrückstellungen	–	19	50	94	80	78	77	745	1.143
Sonstige Rückstellungen	14	51	176	180	142	130	103	168	964
Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	5	–	66	9	5	453	539	147	1.224
Sonstige Passiva	208	296	263	14	14	13	2	25	835
Nachrangkapital	–	14	329	234	102	318	274	4.332	5.603
Gesamt	30.109	88.624	13.951	9.078	4.458	5.821	8.386	37.209	197.636

142

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note (45) ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2006:

	Täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.906	5.470	1.733	934	1.254	858	846	3.349	16.350
Forderungen an Kunden	2.193	5.777	8.340	8.429	8.976	7.129	10.050	36.288	87.182
Handelsaktiva	–	643	827	6.817	1.365	568	708	2.352	13.280
Hedging-Derivate	–	63	15	11	22	31	21	322	485
Finanzanlagen	46	1.948	5.714	4.484	5.127	4.594	5.540	35.846	63.299
Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	4	17	82	7	71	5	10	134	330
Sonstige Aktiva	132	110	6	22	16	36	21	238	581
Gesamt	4.281	14.028	16.717	20.704	16.831	13.221	17.196	78.529	181.507
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.719	30.719	4.645	1.614	2.224	508	488	4.402	47.319
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.436	48.379	2.539	793	982	453	2.406	24.328	101.316
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	5.227	2.600	1.818	3.552	1.210	116	1.363	15.886
Handelspassiva	–	749	116	151	272	193	170	1.967	3.618
Hedging-Derivate	–	123	27	65	148	129	50	416	958
Rückstellungen	11	86	273	349	206	188	184	2.394	3.691
Pensionsrückstellungen	–	19	52	70	68	67	66	773	1.115
Sonstige Rückstellungen	11	67	221	279	138	121	118	1.621	2.576
Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	5	–	131	11	5	89	421	396	1.058
Sonstige Passiva	204	228	229	16	13	18	34	44	786
Nachrangkapital	16	–	24	300	238	125	1.422	2.895	5.048
Gesamt	24.391	85.539	10.584	5.117	7.640	2.913	5.291	38.205	179.680

(53) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12.2007 Mio €	31.12. 2006 Mio €
Forderungen an Kunden	–	–
Forderungen an Kreditinstitute	21	5
Finanzanlagen	–	–
Gesamt	21	5

(54) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gemäß Artikel 4 §16 Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) zahlt die Postbank seit 2000 33 % der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge

ihrer beurlaubten Beamten an eine zu diesem Zweck gegründete Unterstützungskasse. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Unterstützungskasse bestehen nicht, sondern sind durch den Bund zu tragen.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, und PB Capital Corp., Delaware, USA, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,0 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädi-

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

gungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Außerdem ist die Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg Mitglied des „Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg“.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank AG aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2007 Mio €	31.12. 2006 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	23	20
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	22	18
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	19	17
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	15	16
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	12	11
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	65	65
Gesamt	156	147

Darüber hinaus bestehen jährliche Verpflichtungen der Postbank Filialvertrieb AG aus Mieten und Mietnebenkosten (2007: 81 Mio €).

(55) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	51	47
Forderungen an Kunden	1.123	1.240
	1.174	1.287
Treuhandverbindlichkeiten		
Treuhandmittel für durchlaufende Kredite	551	594
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	44
Altenteilerrentenfonds	11	11
Zweckvermögen	567	638
	1.174	1.287

(56) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraumes:

	Gesamt 2007	Gesamt 2006
Vollzeitkräfte		
Beamte	6.661	6.838
Angestellte	11.460	11.734
	18.121	18.572
Teilzeitkräfte		
Beamte	1.005	1.046
Angestellte	2.714	2.666
	3.719	3.712
	21.840	22.284

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(57) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht der Postbank Konzern unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit einer Vielzahl von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen des DPWN Konzerns in Beziehung sowie einer geringen Anzahl von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Postbank AG, die nicht im Postbank Konzern konsolidiert wurden. Als nahestehende Personen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Muttergesellschaft Deutsche Post AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Deutschen Post AG einschließlich der nicht in den Postbank Konzern einbezogenen verbundenen Unternehmen bezeichnet. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Post AG

Mit Wirkung vom 1. Januar 2006 wurde zwischen der DPAG und der Postbank ein neuer Kooperationsvertrag abgeschlossen. Diesem Vertrag entsprechend übernimmt die Postbank mit dem eigenen stationären Vertriebsnetz die Betreuung der Postbank Kunden. Darüber hinaus wurde im Nachtrag zum Kooperationsvertrag vom 30. Oktober 2007 geregelt, dass die Postbank in dem stationären Vertriebsnetz Postdienstleistungen im Namen und für Rechnung der DPAG vertreibt. Ziel des Kooperationsvertrages ist die Bemessung der an die DPAG zu leistenden Vergütung in Abhängigkeit von dem Wertschöpfungsbeitrag der jeweils zugrunde liegenden Produkte. Die im Kooperationsvertrag geregelten Leistungen und Produkte betreffen neben dem Zahlungsverkehr insbesondere Girokonten, Gelddienste, Kreditkarten, Privatkredite, Spar- und Investmentfondsgeschäfte, Baufinanzierungen und Versicherungsprodukte sowie die Bargeldversorgung und die Betreuung von Geldausgabeautomaten und Kontoauszugsdruckern.

Als Geschäftsbeziehungen werden die Leistungen zwischen der Postbank und der DPAG sowie den mit der DPAG verbundenen Unternehmen gezeigt.

Geschäftsbeziehungen mit sonstigen nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – gesondert nach Geschäftsbereichen – verzeichnet. Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im elektronischen Bundesanzeiger einsehbar.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 111 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) betragen. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (n) „Rückstellungen“.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	Gesamt 2007	Gesamt 2006
Forderungen an Kunden		
an die Deutsche Post AG	402	4
an Tochtergesellschaften	30	54
	432	58
Sonstige Aktiva		
an die Deutsche Post AG	24	63
an Tochtergesellschaften	2	–
an sonstige nahestehende Unternehmen	4	3
	30	66

Kundenforderungen der Deutschen Postbank AG werden in Höhe von 204 Mio € und der Deutschen Postbank International S.A. in Höhe von 198 Mio € gegenüber der Deutschen Post AG ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Darlehen und Kontokorrentkredite, die zu marktüblichen Konditionen gewährt wurden.

In den Kundenforderungen an Tochtergesellschaften sind im Wesentlichen Forderungen zwischen der BHW Bank AG und der BHW Eurofinance B.V. in Höhe von 15 Mio € enthalten.

In den Sonstigen Aktiva gegenüber der Deutschen Post AG sind insbesondere die Forderungen aus Schalterabgeltungen der Postbank AG an die Deutsche Post AG in Höhe von 7 Mio €, Forderungen der Postbank Filialvertrieb AG an die Deutsche Post AG in Höhe von 9 Mio € und aktive Rechnungsabgrenzungen der Deutschen Postbank AG gegenüber der Deutschen Post AG in Höhe von 6 Mio € enthalten.

In den Sonstigen Aktiva gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen sind insbesondere Forderungen der PB Factoring GmbH gegenüber der DHL Vertriebs GmbH & Co. OHG in Höhe von 3 Mio € enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehende Unternehmen

Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich in folgender Höhe:

	Gesamt 2007	Gesamt 2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
an die Deutsche Post AG	–	380
an Tochtergesellschaften	44	26
an sonstige nahestehende Unternehmen	36	25
	80	431
Sonstige Passiva		
an die Deutsche Post AG	95	65
an Tochtergesellschaften	2	1
an sonstige nahestehende Unternehmen	4	5
	101	71
Nachrangkapital		
an Tochtergesellschaften	141	–

Die Kundenverbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften entfallen im Wesentlichen auf ein Termingeld der Postbank P.O.S. Transact GmbH bei der Deutschen Postbank International S.A. in Höhe von 18 Mio € und auf Leistungsbeziehungen zwischen der Deutschen Postbank AG und der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH in Höhe von 15 Mio €.

Gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen entfallen die Kundenverbindlichkeiten insbesondere auf Leistungsverpflichtungen zwischen der Deutschen Postbank International S.A. und der Deutschen Post Pensionsfonds GmbH in Höhe von 23 Mio €.

Die Sonstigen Passiva resultieren im Wesentlichen aus dem Filialgeschäft gemäß Kooperationsvertrag.

In der Position „Nachrangkapital“ werden nachrangige Verbindlichkeiten der BHW Bausparkasse in Höhe von 126 Mio € und der BHW Bank AG in Höhe von 15 Mio € gegenüber der BHW Eurofinance B.V. ausgewiesen, dabei handelt es sich um nachrangige Schuldscheindarlehen.

Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen bestehen in Höhe von 6 Mio € gegenüber der Deutschen Post AG. Eventualverpflichtungen aus anderen Verpflichtungen, d.h. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder ähnlichen Verpflichtungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, existieren nicht.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

Gegenüber der Deutschen Post AG fielen Zinserträge von 24 Mio € und Zinsaufwendungen von 1 Mio € an, gegenüber nicht einbezogenen Tochtergesellschaften fielen Zinserträge von 4 Mio € und Zinsaufwendungen von 8 Mio € an. Der Zinsüberschuss mit sonstigen nahestehenden Unternehmen beträgt 3 Mio €.

Der Provisionsüberschuss gegenüber der Deutschen Post AG betrug 518 Mio € (Provisionserträge 520 Mio €, Provisionsaufwendungen 2 Mio €), gegenüber nicht einbezogenen Tochtergesellschaften –7 Mio €.

Verwaltungsaufwendungen fielen mit 357 Mio € gegenüber der Deutschen Post AG, mit 151 Mio € gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen und mit 21 Mio € gegenüber nicht einbezogenen Tochtergesellschaften an.

Sonstige Erträge entfallen in Höhe von 26 Mio € auf sonstige nahestehende Unternehmen, in Höhe von 11 Mio € auf die Deutsche Post AG und in Höhe von 6 Mio € auf nicht einbezogene Tochterunternehmen.

Sonstige Aufwendungen fielen mit 18 Mio € gegenüber der Deutschen Post AG an.

Die Aufwendungen und Erträge der Deutschen Postbank AG gegenüber der Deutschen Post AG setzen sich wie folgt zusammen:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Filialaufwand gemäß Kooperationsvertrag		
Bestandsprovision für die Bereitstellung des Vertriebsnetzes	100	105
Abschlussprovisionen für Neugeschäft	11	19
Betreuung von EC-Geldausgabeautomaten und Kontoauszugsdruckern	6	8
Transaktionen mit Firmenkunden	6	8
Investitionszuschüsse	4	6
	127	146
Aufwendungen aus sonstigen Geschäftsbeziehungen		
Portokosten	65	67
Besoldungskassendienst	5	5
Druck- und Kuvertierungskosten	4	6
Sonstige	10	14
	84	92

Die Erträge der Deutschen Postbank AG gegenüber der Deutschen Post AG aus sonstigen Geschäftsbeziehungen von 95 Mio € betreffen mit 82 Mio € Kostenerstattungen für Werbeausgaben.

Die Erträge aus Geschäftsbeziehungen der Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Post AG setzen sich wie folgt zusammen:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Provisionserträge aus Filialgeschäft der Postbank Filialvertrieb AG	434	460
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften der PB Factoring GmbH	21	18
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften der Deutschen Postbank International S.A.	2	1
	457	479

Die Aufwendungen aus den Geschäftsbeziehungen der Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Post AG von 164 Mio € entfallen mit 138 Mio € auf Verwaltungsaufwendungen und mit 18 Mio € auf sonstige Aufwendungen der Postbank Filialvertrieb AG.

Die Deutsche Postbank AG hatte gegenüber den sonstigen nahestehenden Unternehmen Aufwendungen aus den folgenden Leistungsverflechtungen:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Objektbewirtschaftung von Immobilien	9	4
Betrieb und Instandhaltung von Gebäuden	7	7
Personalkostenerstattung	7	4
Markt- und Meinungsforschung	4	–
Serviceleistungen und In-Haus-Service	3	2
Erstellung und Versendung von Kontoauszügen	3	–
Sonstige Leistungen	4	27
	37	44

Die Deutsche Postbank AG hatte gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen Erträge aus den folgenden Leistungsverflechtungen:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Mieten und Mietnebenkosten	9	8
Versorgungszuschläge für Abgeordnete Beamte	8	6
Personalkostenerstattung	1	2
sonstige Kostenerstattungen von nahestehenden Unternehmen	–	10
	18	26

Die Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG haben gegenüber den sonstigen nahestehenden Unternehmen Aufwendungen aus den folgenden Leistungsverpflichtungen:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Mieten und Mietnebenkosten	81	75
Betrieb und Instandhaltung von Gebäuden	12	10
Objektbewirtschaftung	9	6
Sonstige	–	13
	102	104

Käufe und Verkäufe von Grundstücken und Bauten sowie anderer Vermögenswerte an nahestehenden Unternehmen wurden nicht getätigt.

Leasingaufwendungen aufgrund von Anmietungen von sonstigen nahestehenden Unternehmen belaufen sich auf 63 Mio € (Vorjahr: 62 Mio €), Leasingerträge aus Vermietungen an sonstige nahestehende Unternehmen auf 11 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €) und Erträge aus Vermietungen an nicht einbezogene Tochtergesellschaften der Postbank AG auf gegenüber dem Vorjahr unverändert 1 Mio €.

Transfers aufgrund von Lizenzvereinbarungen an nahestehende Unternehmen existieren nicht, Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen an nahestehende Unternehmen wurden nicht gebildet.

Vorstandsvergütung

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung wird vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Versorgungszusagen. Das Fixum wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Der Jahresbonus des Vorstandsvorsitzenden wird durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats auf Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

Die Jahresboni der übrigen Vorstandsmitglieder werden auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich zu jeweils 50 % aus Unternehmenszielen der Deutschen Postbank AG und aus individuellen Zielen zusammen. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird der maximale Jahresbonus gewährt. Im Fall des Vorstandsvorsitzenden liegt die Begrenzung bei der Höhe der fixen jährlichen Vergütung. Im Übrigen ist das Verhältnis des möglichen variablen Vergütungsbestandteils zum fixen Vergütungsbestandteil aus Anreizgründen so bemessen, dass der mögliche variable Vergütungsbestandteil die Höhe des fixen Vergütungsbestandteils übersteigen kann.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht. Bis 2004 haben Mitglieder des Vorstands der Deutschen Postbank AG Aktienoptionen der Deutschen Post AG erhalten.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2007 insgesamt Bezüge in Höhe von 10.529,0 T€ erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 4.469,8 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.489,2 T€) und 6.059,2 T€ auf Boni (im Vorjahr 6.082,2 T€).

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „Sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 189,8 T€ enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Einzelheiten ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle:

	Fixum	Nebenleistungen	Erfolgsabhängige Vergütung	Summe
	T€	T€	T€	T€
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007) ¹	687,5	45,7	797,7	1.530,9
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)	555,0	14,6	825,0	1.394,6
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9
Henning R. Engmann (Mitglied bis 31. März 2007)	125,0	7,8	200,0	332,8
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8
Guido Lohmann (Mitglied seit 1. Juli 2007)	125,0	9,8	161,5	296,3
Dr. Michael Meyer (Mitglied seit 1. Juli 2007)	175,0	6,9	219,9	401,8
Loukas Rizos	550,0	19,5	1.067,3	1.636,8
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4
Gesamt	4.280,0	189,8	6.059,2	10.529,0

¹ Der ausgewiesene Betrag umfasst die Vorstandstätigkeit im Gesamtjahreszeitraum.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Im Fall von Herrn Rizos bestehen Ruhegehaltsansprüche darüber hinaus bei mehrheitlicher Übernahme der Gesellschaft durch eine Drittgesellschaft oder wegen Änderung des vereinbarten Aufgabebereichs ohne wichtigen, von Herrn Rizos zu vertretenden Grund.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach

Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bilden die Vorstandsmitglieder Jütte und Rizos. Herr Rizos hat einen maximalen Versorgungsgrad von 75 %. Der höchstmögliche Versorgungsgrad beträgt bei Herrn Jütte 50 % des versorgungsfähigen Einkommens. Der Vorstandsvorsitzende hat den maximalen Versorgungsgrad von 60 % bereits erreicht. Die bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrages durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt in den bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Am 10. Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Lohmann und Dr. Meyer liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben und ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst. Derzeit liegt dieser Zinssatz bei 6 %. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Rizos und Dr. Meyer haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		
	Versorgungs- grad am Ende des Geschäfts- jahres 31.12.2007 %	Maximal- versorgungs- grad %	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung €
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007)	60	60	184.414
Prof. Dr. Wulf von Schimmelfmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007) Ruhestand	–	75	1.623.938
Dirk Berensmann	56	60	206.979
Dr. Mario Daberkow	0	60	95.858
Henning R. Engmann (ausge- schieden am 31. März 2007)	–	60	146.386
Stefan Jütte	28,4	50	232.740
Loukas Rizos	66	75	343.715
Hans-Peter Schmid	0	60	303.715
Ralf Stemmer	0	60	79.976

In den Fällen der Herren Schmid, Stemmer und Dr. Daberkow ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2007 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen seiner vorhergehenden Versorgung ein.

	Beitrags- summe für 2007 €	Stand des Versorgungs- kontos am 31.12.2007 €	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung €
Guido Lohmann (seit 1. Juli 2007)	192.109	197.872	55.806
Dr. Michael Meyer (seit 1. Juli 2007)	229.214	236.090	nicht bei Postbank bewertet

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betrugen 4,95 Mio €.

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz DBO) für laufende Pensionen beläuft sich auf 42,77 Mio €.

Sonstiges

Die Vorstände haben im Geschäftsjahr keine Leistungen Dritter erhalten, die im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand zugesagt oder gewährt worden sind.

Abgesehen von den aufgeführten Versorgungszusagen sind keinem Vorstandsmitglied weitere Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit zugesagt worden.

Aufsichtsratsvergütung

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2009 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2006 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2010 fällig.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Vergütung. Für den Vorsitzenden eines Aufsichtsratsausschusses erhöht sich die Vergütung jeweils um das 1-Fache, für ein Mitglied eines Aufsichtsratsausschusses jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Anfallende Umsatzsteuern auf die Aufsichtsratsvergütung und Auslagen werden erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtauf-sichtsrats oder eines Ausschusses.

Begrenzt wird die Aufsichtsratsvergütung, indem die beiden variablen Vergütungskomponenten jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten dürfen. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt nicht 0,5 % des Bilanz-gewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von vier Prozent der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, übersteigen. Darüber hinaus darf die Ausschussvergütung nicht das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds übersteigen.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäfts-jahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung anteilig.

Für das Geschäftsjahr 2007 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 996 T€ (Vorjahr: 963 T€). Die Erhöhung der variablen Vergütung beruht im Wesentlichen auf dem deutlich verbesserten und nachhaltig positiven Ergebnis des Deutsche Postbank Konzerns.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

	Fixe Vergütung	Variable Vergütung*	Summe	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung**
	T€	T€	T€	T€
Dr. Klaus Zumwinkel	52,5	55,3	107,8	52,5
Michael Sommer	45,0	47,5	92,5	45,0
Wilfried Anhäuser	12,8	14,3	27,1	12,8
Jörg Asmussen	15,0	15,5	30,5	15,0
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5
Rolf Bauermeister	9,7	10,7	20,4	9,7
Rosemarie Bolte	5,3	5,6	10,9	5,3
Wilfried Boysen	15,0	16,0	31,0	15,0
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	33,5	63,5	30,0
Annette Harms	15,0	16,3	31,3	15,0
Dr. Peter Hoch	37,5	41,0	78,5	37,5
Ralf Höhmnn	5,3	5,6	10,9	5,3
Elmar Kallfelz	32,7	36,5	69,2	32,7
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	41,5	79,0	37,5
Harald Kuhlowl	6,3	6,8	13,1	6,3
Dr. Hans-Dieter Petram	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Klaus Schlede	22,5	23,8	46,3	22,5
Elmo von Schorlemer	15,0	16,3	31,3	15,0
Thorsten Schulte	12,8	14,1	26,9	12,8
Sabine Schwarz	5,3	5,6	10,9	5,3
Eric Stadler	9,7	10,7	20,4	9,7
Gerd Tausendfreund	22,5	24,5	47,0	22,5
Renate Treis	12,8	14,8	27,6	12,8
Christine Weiler	5,3	5,6	10,9	5,3
Summe	478,0	518,4	996,4	478,0

* inkl. Sitzungsgeld

** Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 14,5 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2007 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Bis zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 931 T€ (Vorjahr: 924,7 T€) gewährt. An Vorstandsmitglieder, die 2007 ausgeschieden sind, wurden keine Kredite vergeben. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

(58) Andere Angaben

Der Konzernabschluss der Postbank wird in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG einbezogen.

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten. Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corp., Delaware, USA, Garantieerklärungen in Höhe von 156,0 Mio US-\$ abgegeben. Diese beinhalten eine Garantieerklärung für das Commercial-Paper-Programm (87,8 Mio US-\$), eine Garantieerklärung für Swaps (62,6 Mio US-\$) und eine Mietgarantie für Geschäftsräume in New York (5,6 Mio US-\$).

(59) Namen und Mandate der Organmitglieder Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Dr. Wolfgang Klein, Bonn
(Vorsitzender seit 1. Juli 2007)

Prof. Dr. Wulf von Schimmelfmann,
Brüssel (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)

Dirk Berensmann, Unkel

Dr. Mario Daberkow, Bonn

Henning R. Engmann, Ostelsheim bis 31. März 2007

Stefan Jütte, Bonn

Guido Lohmann, Dülmen seit 1. Juli 2007

Dr. Michael Meyer, Bonn seit 1. Juli 2007

Loukas Rizos, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2007 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Dr. Wolfgang Klein	Vorsitzender seit 1. Juli 2007
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Juni 2007)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Juni 2007)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Juni 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Juni 2007)	
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2007)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2007)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	
Mitglied des Vorstands (seit 1. Juli 2007)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats (seit 1. Januar 2007)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Beirats (bis 30. Juni 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. September 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	V PAY Deutschland, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann **Vorsitzender bis 30. Juni 2007**

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	maxingvest ag, Hamburg*
Mitglied des Board of Directors	accenture Corp., Irving (Texas, USA)
Mitglied des Board of Directors	Altadis S.A., Madrid (Spanien)

Im Laufe des Zeitraums 1. Januar 2007 bis 30. Juni 2007 aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 26. Juni 2007)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 26. Juni 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands (bis 30. Juni 2007)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
* vormals TCHIBO Holding AG, Hamburg	

Dirk Berensmann

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro Holding A/S, Taastrup (Dänemark)*
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands	e-Finance Lab Universität Frankfurt am Main

* vormals Eurogiro Network A/S

Dr. Mario Daberkow

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2007)	Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH, München
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 29. Juni 2007)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Beirats	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 17. Dezember 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Beirats (von 1. Dezember 2007 bis 16. Dezember 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. Oktober 2007)	Betriebs-Center für Banken Payments AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. Oktober 2007)	Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 20. November 2007)	PB Pensionsfonds AG, Hilden

Henning R. Engmann	Mitglied des Vorstands bis 31. März 2007
--------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	EUWAX AG, Stuttgart
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Bank AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Lebensversicherung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Pensionskasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	

Im Laufe des Zeitraums 1. Januar bis 31. März 2007 aufgegebene Mandate

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	Frankfurter Service Kapitalanlage- Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors (bis 16. März 2007)	BHW Home Finance Limited, New Delhi (Indien)

Stefan Jütte

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Factoring GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	BVVG Bodenverwertungs- und verwal- tungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden*
Mitglied des Beirats	CorpusSireo Immobiliengruppe, Düsseldorf**

* vormals Oppenheim Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wiesbaden

** vormals SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Guido Lohmann	Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007
---------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Januar 2008)	BHW Immobilien GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 19. Dezember 2007 bis 29. Januar 2008)	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 7. August 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Dr. Michael Meyer	Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007
-------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bank AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. Dezember 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 24. September 2007 bis 3. Dezember 2007)	
Präsident des Verwaltungsrats (bis 31.12.2007)	BHW Financial S.r.l., Verona (Italien)
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 4. Juli 2007)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Verwaltungsrats (von 1. Juli 2007 bis 3. Juli 2007)	
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 4. Juli 2007)	Deutsche Postbank Vermögens- Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Verwaltungsrats (von 1. Juli 2007 bis 3. Juli 2007)	
Mitglied und Vorsitzender des Beirats (seit 1. Juli 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsver- kehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Juli 2007)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main

Neues Mandat ab 2008

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2008)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
---	-----------------------------

Loukas Rizos

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens- Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 7. Mai 2007)	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 24. September 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Versicherung AG, Hilden

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. Dezember 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 24. April 2007 bis 3. Dezember 2007)	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 29. Juni 2007)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Köln (Vorsitzender)
Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Wilfried Boysen, Hamburg
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn
Dr. Peter Hoch, München
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg
Dr. Hans-Dieter Petram, Bonn
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech
Dr. Klaus Schlede, Carabetta/Lugano
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin (Stellv. Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	seit 10. Mai 2007
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	seit 10. Mai 2007
Rosemarie Bolte, Landesbezirksfachbereichsleiterin Finanzdienstleistungen Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart	bis 10. Mai 2007
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Ralf Höhmann, Vorsitzender des Betriebsrats Postbank Stuttgart, Korntal-Münchingen	bis 10. Mai 2007
Elmar Kallfelz, Mitglied des Europäischen Betriebsrats und Gesamtbetriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg	
Harald Kuhlow, Betriebsratsmitglied Deutsche Postbank AG, Weingarten	bis 10. Mai 2007
Torsten Schulte, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Hessisch Oldendorf	seit 10. Mai 2007
Sabine Schwarz, Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Berlin, Berlin	bis 10. Mai 2007
Eric Stadler, Vorsitzender des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben	seit 10. Mai 2007
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	seit 10. Mai 2007
Christine Weiler, Mitarbeiterin Postbank München, Kraling	bis 10. Mai 2007

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2007 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Arcandor, Essen
Mitglied des Board of Directors	Morgan Stanley, Delaware, USA

Jörg Asmussen

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Allianz Versicherungs-AG, München

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2007)	Giesecke & Devrient GmbH, München

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS Asset Management AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Beirats	SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover
Chairman of the Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	Williams Lea Holdings PLC, London
Chairman of the Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	Williams Lea Group Limited, London

Dr. Bernd Pfaffenbach

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bahn AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 11. Dezember 2007)	KfW IPEX-Bank, Frankfurt am Main

Dr. Klaus Schleder

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Swiss International Airlines AG, Basel, Schweiz

Elmo von Schorlemer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Caruno AG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Consuno AG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Schneider Golling Die Assekuranzmakler AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum AG, Essen*
Mitglied des Aufsichtsrats	VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

*vormals Secures AG Die Versicherungsmakler

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Salzgitter AG, Salzgitter
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser Mitglied des Aufsichtsrats seit 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Elmar Kallfelz	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Torsten Schulte	
	Mitglied des Aufsichtsrats seit 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin

Gerd Tausendfreund	
--------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats seit 14. März 2007	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Rosemarie Bolte	
	Mitglied des Aufsichtsrats bis 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis September 2007)	Karlsruher Lebensversicherung AG, Karlsruhe

Ralf Höhmann	
	Mitglied des Aufsichtsrats bis 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche BKK, Wolfsburg
Mitglied des Vorstands	Landesfachbereich Finanzdienstleistungen, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart
Mitglied des Vorstands	UKPT, Tübingen
Mitglied des Verwaltungsrats	BKK Bundesverband
Mitglied des Verwaltungsrats	BKK Landesverband Niedersachsen-Bremen

(60) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2007 Mio €	2006 Mio €
Abschlussprüfungen	7,0	5,6
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	3,1	3,2
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	6,2	5,3
Gesamt	16,4	14,2

(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam am 30. November 2007 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.



Vorstand und Aufsichtsrat der BHW Holding AG, deren Abschluss in den Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG einbezogen wird, haben gemeinsam am 11. Dezember 2007 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf der Homepage www.bhw.de im Wortlaut abrufbar.



Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 12. Februar 2008
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Wolfgang Klein

Dirk Berensmann

Dr. Mario Daberkow

Stefan Jütte

Guido Lohmann

Dr. Michael Meyer

Loukas Rizos

Hans-Peter Schmid

Ralf Stemmer

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutschen Postbank AG aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 13. Februar 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Burkhard Eckes)
Wirtschaftsprüfer

(Susanne Beurschgens)
Wirtschaftsprüferin

Weitere Informationen

I Gewinn- und Verlustrechnung – Quartalsübersicht¹

	2007				2006 ¹				2007	2006
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	2.215	2.101	2.081	1.987	1.981	1.933	1.861	1.875	8.384	7.650
Zinsaufwendungen	–1.613	–1.561	–1.526	–1.444	–1.437	–1.372	–1.328	–1.359	–6.144	–5.496
Zinsüberschuss	602	540	555	543	544	561	533	516	2.240	2.154
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–70	–92	–86	–90	–78	–87	–86	–86	–338	–337
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	532	448	469	453	466	474	447	430	1.902	1.817
Provisionserträge	436	424	396	419	414	402	398	409	1.675	1.623
Provisionsaufwendungen	–60	–67	–57	–62	–59	–53	–51	–53	–246	–216
Provisionsüberschuss	376	357	339	357	355	349	347	356	1.429	1.407
Handelsergebnis	26	95	108	61	79	47	76	62	290	264
Ergebnis aus Finanzanlagen	2	184	38	70	109	55	58	70	294	292
Verwaltungsaufwand	–728	–706	–707	–715	–702	–695	–700	–715	–2.856	–2.812
Sonstige Erträge	71	36	29	24	45	47	53	60	160	205
Sonstige Aufwendungen	–81	–64	–42	–28	–58	–57	–61	–56	–215	–232
Ergebnis vor Steuern	198	350	234	222	294	220	220	207	1.004	941
Ertragsteuern	–29	56	–83	–77	–17	–76	–79	–73	–133	–245
Ergebnis nach Steuern	169	406	151	145	277	144	141	134	871	696
Ergebnis Konzernfremde	0	0	0	–1	–2	1	1	–1	–1	1
Konzerngewinn	169	406	151	144	275	145	142	133	870	695

¹ Quartale I bis III 2006 wegen Fair-Value-Option (siehe Note 5) und Unwinding nach IFRS 7.20 (d) angepasst

I Gewinn- und Verlustrechnung – Mehrjahresübersicht

	2003	2004	2005	2005 pro forma	2006 ¹	2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinserträge	5.610	5.271	5.350	7.045	7.650	8.384
Zinsaufwendungen	-3.957	-3.704	-3.675	-5.097	-5.496	-6.144
Zinsüberschuss	1.653	1.567	1.675	1.948	2.154	2.240
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-154	-185	-205	-286	-337	-338
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.499	1.382	1.470	1.662	1.817	1.902
Provisionserträge	539	706	801	1.560	1.623	1.675
Provisionsaufwendungen	-72	-94	-102	-181	-216	-246
Provisionsüberschuss	467	612	699	1.379	1.407	1.429
Handelsergebnis	183	198	205	231	264	290
Ergebnis aus Finanzanlagen	75	297	252	270	292	294
Verwaltungsaufwand	-1.809	-1.869	-1.886	-2.870	-2.812	-2.856
Sonstige Erträge	218	161	252	361	205	160
Sonstige Aufwendungen	-136	-133	-273	-318	-232	-215
Ergebnis vor Steuern	497	648	719	715	941	1.004
Ertragsteuern	-144	-212	-226	-225	-245	-133
Ergebnis nach Steuern	353	436	493	490	696	871
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Konzerngewinn	352	435	492	489	695	870
Cost Income Ratio (CIR)	76,1 %	69,9 %	66,6 %	75,0 %	68,3 %	67,2 %
Eigenkapital-Rendite (RoE)						
vor Steuern	10,7 %	14,0 %	15,0 %	14,9 %	18,9 %	19,3 %
nach Steuern	7,6 %	9,4 %	10,3 %	10,2 %	14,0 %	16,7 %

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

I Anlage

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2007)

Vorschrift ¹	Stand	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ³
1. International Financial Reporting Standards (IFRS) ⁴					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	2005	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	108/2006 v. 11.01.2006
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1725/2003 v. 29.09.2003
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1725/2003 v. 29.09.2003
IAS 14	rev. 1997	Segment Reporting	Segmentberichterstattung	01.07.1998	1725/2003 v. 29.09.2003
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1725/2003 v. 29.09.2003
IAS 19	2004	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	1910/2005 v. 08.11.2005
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2006	708/2006 v. 08.05.2006
IAS 24	rev. 2003	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 27	rev. 2003	Consolidated and Separate Financial Statements	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 28	rev. 2003	Investments in Associates	Anteile an assoziierten Unternehmen	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 31	rev. 2003	Interests in Joint Ventures	Anteile an Joint Ventures	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 32	rev. 2003	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	2237/2004 v. 29.12.2004
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenberichterstattung	01.01.1999	2238/2004 v. 29.12.2004
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	2236/2004 v. 29.12.2004
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1725/2003 v. 29.09.2003
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	2236/2004 v. 29.12.2004
IAS 39	2005	Financial Guarantee Contracts	Finanzgarantien	01.01.2006	108/2006 v. 11.01.2006
IAS 40	rev. 2003	Investment Property	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	01.01.2005	2238/2004 v. 29.12.2004

¹⁻⁴ Legende siehe S. 166

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2007)

Vorschrift ¹	Stand	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ³
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁴					
IFRS 3	rev. 2004	Business Combinations	Unternehmenszusammenschlüsse	31.03.2004	2236/2004 v. 29.12.2004
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	108/2006 v. 11.01.2006
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	2236/2004 v. 29.12.2004
IFRS 7	2004	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	108/2006 v. 11.01.2006
1.3. Standard Interpretation Committee (SIC)					
SIC-12	2004	Consolidation-Special Purpose Entities	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	01.01.2005	1751/2005 v. 25.10.2005
1.4. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)					
IFRIC 4	2004	Determining whether an Arrangement contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1910/2005 v. 08.11.2005
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	610/2007 v. 01.06.2007
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁵					
DRS 5-10	2005	n. r.	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitutionen	01.01.2005	n. r.
DRS 15	rev. 2005	n. r.	Lageberichterstattung	01.01.2003/01.01.2004/ 01.01.2005	n. r.
DRS 16nfd	2007	n. r.	Zwischenberichterstattung (near final draft)	⁶	n. r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2007	n. r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n. r.
DCGK i.V.m. § 161 AktG	2007	n. r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	31.12.2007	n. r.
FWBO	2007	n. r.	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	01.11.2007	n. r.

Legende:

¹ Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.

² Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang explizit darauf hingewiesen.

³ Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunktes der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).

⁴ IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB November 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.

⁵ Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.

⁶ Diese DRS waren zwar zum 31. Dezember 2007 noch nicht durch das Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemacht worden, wurden von der Postbank aber (freiwillig) bereits zum Bilanzstichtag angewendet.

I Gremien

Vorstände

Dr. Wolfgang Klein, Bonn
Vorsitzender seit 1. Juli 2007

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Brüssel
Vorsitzender bis 30. Juni 2007

Dirk Berensmann, Unkel

Dr. Mario Daberkow, Bonn

Henning R. Engmann, Ostelsheim
bis 31. März 2007

Stefan Jütte, Bonn

Guido Lohmann, Dülmen
seit 1. Juli 2007

Dr. Michael Meyer, Bonn
seit 1. Juli 2007

Loukas Rizos, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

CFO und Generalbevollmächtigter

Marc Heß, Bonn
seit 1. April 2007

Aufsichtsrat

Dr. Klaus Zumwinkel, Köln
Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG

Michael Sommer*, Berlin
Stellv. Vorsitzender,
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Wilfried Anhäuser*, Kerpen
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG
seit 10. Mai 2007

Jörg Asmussen, Berlin
Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen

Marietta Auer*, Unterhaching
Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale

Rolf Bauermeister*, Berlin
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung
seit 10. Mai 2007

Rosemarie Bolte*, Stuttgart
Landesbezirksfachbereichsleiterin Finanzdienstleistungen
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
bis 10. Mai 2007

Wilfried Boysen, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Unternehmensberater

Annette Harms*, Hamburg
Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG

Dr. Peter Hoch, München

Ralf Höhmman*, Korntal-Münchingen
Vorsitzender des Betriebsrats Postbank Stuttgart
bis 10. Mai 2007

Elmar Kallfelz*, Wachtberg
Mitglied des Europäischen Betriebsrats und Gesamtbetriebsrats
Deutsche Post AG

Prof. Dr. Ralf Krüger, Kronberg
Unternehmensberater

Harald Kuhlow*, Weingarten
Betriebsratsmitglied Deutsche Postbank AG
bis 10. Mai 2007

Dr. Hans-Dieter Petram, Bonn

Dr. Bernd Pfaffenbach, Wachtberg-Pech
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Dr. Klaus Schlede, Carabietta/Lugano

Elmo von Schorlemer, Aachen
Rechtsanwalt

Torsten Schulte*, Hessisch Oldendorf
Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG
seit 10. Mai 2007

Sabine Schwarz*, Berlin
Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Berlin
bis 10. Mai 2007

Eric Stadler*, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Deutsche Postbank AG
seit 10. Mai 2007

Gerd Tausendfreund*, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Renate Treis*, Brühl
Stellvertretende Vorsitzende des
Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG
seit 10. Mai 2007

Christine Weiler*, Krailing
Mitarbeiterin Postbank München
bis 10. Mai 2007

*Arbeitnehmervertreter

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

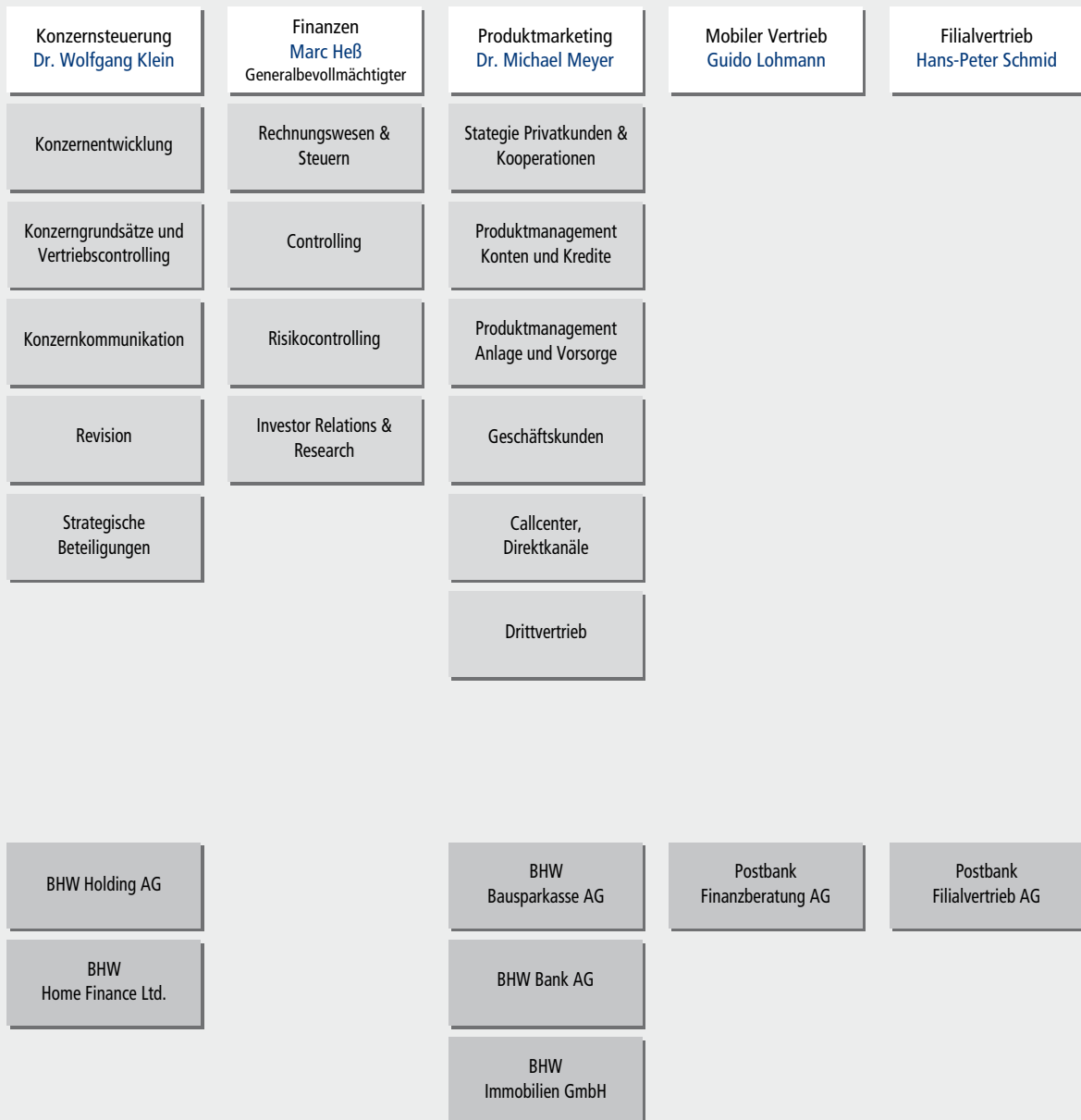
Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Deutsche Postbank AG



*mit ausgewählten Beteiligungsgesellschaften

Kredit Stefan Jütte	Financial Markets Loukas Rizos	Services Dr. Mario Daberkow	IT/Operations Dirk Berensmann	Ressourcen Ralf Stemmer
Kreditmanagement Inland	Geld-, Devisen- und Kapitalmärkte	Betriebssteuerung	Strategische Projekte	Strategische Personalarbeit
Kreditmanagement Ausland	Treasury	Kunden und Vertrieb	Kontoführung	Operative Personalarbeit
	Emissions- und Konsortialgeschäft	Zahlungsverkehr Euro	Operations Financial Markets	Personalmanagement
		Zahlungsverkehr Global	Servicefeld Filialvertrieb	Personalarbeit, Führungskräfte und Personalentwicklung
		Konten und Services	Servicefeld Direktvertrieb	Recht
		Kreditservice Bausparen/ Baufinanzierung		Immobilien- management
		Kreditservice Rate & Workout		Mitarbeiter und Treuhandkunden
PB Capital Corporation	Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg	Betriebs-Center für Banken AG	Postbank Systems AG	Postbank Vertriebs- akademie GmbH
Postbank Leasing GmbH	Deutsche Postbank Vermögensmanagement S.A. Luxemburg			
PB Factoring GmbH	Deutsche Postbank Privat Investment Kapital- anlagegesellschaft mbH			
PB Firmenkunden AG	Deutsche Postbank Financial Services GmbH			

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Glossar

Adressenausfallrisiken	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
Agio	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-Backed Securities	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
Assoziiertes Unternehmen	Ein Unternehmen, das nicht durch Voll- oder Quotenkonsolidierung, sondern nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik aber ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat. Bei der Postbank werden diese Unternehmen alternativ auch durch die Quotenkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen.
Available for Sale (afs)	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
Backtesting	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere, die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivum (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechtlich gesicherte Kredite.

Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.	An unsere Investoren
CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schulscheindarlehen.	
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswerts abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.	
Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsche Rechnungslegungs Standard Committee e.V.).	Unsere Geschäftsfelder
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.	
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.	Unsere Verantwortung
Embedded Derivatives	Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.	
Equity-Methode	Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.	Konzernlagebericht
Fair Value (Full Fair Value)	Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).	Konzernabschluss
Fair Value Hedge	Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzpositionen (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).	
Fair-Value-Option (FVO)	Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.	Weitere Informationen
Finanzinstrumente	Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.	

Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Handelsaktiva	In dieser Bilanzposition werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelspassiva	In dieser Bilanzposition werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.
Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der ergebniswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.
Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.

Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value at Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.
Liquiditätsrisiko	Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.
Loans and Receivables	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.
Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.
Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen (inklusive Klimaschutz) aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.
Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.
Operationelles Risiko	Unter dem operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“, verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over The Counter) gehandelt werden.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapital- rendite	Grundsätzliche Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentbericht- erstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).
Sell-and-Buy-Back- Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.
Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.
Underlying	Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikates bzw. eines Terminkontraktes, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberechtigter (impaired) Kredite.

Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, muss zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Volatilität	Kursschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
Währungsrisiko	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.
Wertpapiere Available for Sale	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten ergebniswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls ergebniswirksam vereinnahmt.
Wertpapierdarlehen	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Adressen

Deutsche Postbank AG

Zentrale

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

BHW Home Finance Ltd.

202, 2nd & 3rd Floor,
Okhla Industrial Estate, Phase-III
New Delhi 110020
Telefon: +9111 66564-100
Telefax: +9111 66564-290
E-Mail: sales@bhw.in

BHW Immobilien GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 1013 42
31763 Hameln
Telefon: 05151 18-3350
Telefax: 05151 18-3544
E-Mail: info@bhw-immobilien.de

Deutsche Postbank Financial Services GmbH

Ludwig-Erhard-Anlage 2–8
60325 Frankfurt am Main
Postfach 15 02 55
60062 Frankfurt am Main
Telefon: 069 789 86-0
Telefax: 069 789 86-57101
E-Mail: info.pfs@postbank.de

Deutsche Postbank International S.A.

PB Finance Center
18–20, Parc d'Activité Syrdall
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31 - 1
Telefax: +352 34 95 32 - 550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

Deutsche Postbank

Privat Investment

Kapitalanlagegesellschaft mbH

Ahrstraße 20
53175 Bonn
Postfach 22 22
53012 Bonn
Telefon: 0228 920-58800
Telefax: 0228 920-58809
E-Mail: postbank.privatinvestment@postbank.de

PB Capital Corporation

230 Park Avenue
19 & 20th Floor
New York, NY 10169
USA
Telefon: +1 21 27 56-5500
Telefax: +1 21 27 56-5536
E-Mail: ksachs@pb-us.com

PB Factoring GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 50905-22
Telefax: 0180 50905-33
E-Mail: factoring@postbank.de

PB Firmenkunden AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 3040-636
Telefax: 0180 3040-696
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

Postbank Filialvertrieb AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Finanzberatung AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postanschrift:
31770 Hameln
Telefon: 05151 18-0
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

Postbank Leasing GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 01805 72 53-27
Telefax: 01805 72 53-28
E-Mail: leasing@postbank.de

Postbank P.O.S. Transact GmbH

Frankfurter Straße 71–75
65760 Eschborn
Telefon: 06196 96 96-0
Telefax: 06196 96 96-200
E-Mail: info@postransact.de

Postbank Support GmbH

Edmund-Rumpler-Straße 3
51149 Köln
Telefon: 02203 560-0
Telefax: 02203 560-4009

Postbank Systems AG

Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

Tochtergesellschaften

Betriebs-Center für Banken AG

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: direkt@bcb-ag.de

BHW Bausparkasse AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 1013 22
31781 Hameln
Telefon: 05151 18-0
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

BHW Holding AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 1013 04
31763 Hameln
Telefon: 05151 18-0
Telefax: 05151 18-2616
E-Mail: info@bhw.de

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations

Inhalt gedruckt auf
100 %igem Recyclingpapier.

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

